

Protokoll der 68. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Mittwoch, dem 16. März 1994; Beginn: 9.00 Uhr; Jena, Klubhaus „Ernst Abbe“, August-Bebel-Straße 24; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“

Inhalt

Eröffnung

Vorsitzender Rainer Eppelmann 180

Vortrag

Andreas Schmidt 182

„Widerständiges Verhalten des einzelnen“

Zeitzeugen 194

Eva-Maria Bartl – Ilko-Sascha Kowalczuk – Georg Meusel – Michael Beleites – Bernd Steinert

Diskussion 225

Vortrag

Martin Gutzeit 235

„Widerstand und Opposition in den achtziger Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur“

Zeitzeugen 245

Katrin Eigenfeld – Hans Misselwitz – Ulrike Poppe – Christian Dietrich

Diskussion 264

Zeitzeugen 276

Bärbel Bohley – Markus Meckel – Dr. Hans-Jürgen Fischbeck – Carlo Jordan – Gerd Poppe – Rainer Eppelmann

Diskussion 293

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Am gestrigen Tage haben wir im historischen Rückblick erfahren, daß es zu jeder Zeit der Deutschen Demokratischen Republik oder davor der SBZ widerständiges und oppositionelles Verhalten gegen die Diktatur gegeben hat.

Am heutigen zweiten Tag beschäftigt sich unsere Enquete-Kommission mit zwei weiteren Bereichen dieses Themenkomplexes. Zunächst werden wir in einem Vortrag und in Zeitzeugenberichten etwas über das „widerständige Verhalten des einzelnen“ hören. Dabei fällt mir ganz spontan ein Buchtitel von Hans Fallada ein, der fast sprichwörtlich gestaltet ist: „Jeder stirbt für sich allein“. Fallada erzählt in diesem späten Roman die Geschichte eines Arbeiterhepaaars in der Zeit des Nationalsozialismus, das beschließt, irgend etwas gegen das überall vorherrschende Unrecht zu unternehmen. Ohne jede Verbindung zu anderen verteilen sie Zettel in die Briefkästen der Nachbarschaft, auf denen sie ihren Protest niedergeschrieben haben. Die beiden werden sehr rasch von der Gestapo ermittelt, verhaftet und zum Tode verurteilt: Jeder stirbt für sich allein. Der moralische Mut, der diese einfachen Menschen bis zum Tode beseelte, ist von Fallada auf eindrucksvolle Weise geschildert worden. Diese Menschen fragten nicht nach Unterstützung und suchten keine Verbündeten. Sie taten das, was ihnen ihr Gewissen befahl. Die Rache des Regimes für die wenigen Zettel, die sie als Protest verteilen konnten, nahmen sie auf sich und gingen ungebrochen in den Tod.

In der DDR wurden solche Opfer nur von vergleichsweise wenigen verlangt, obwohl ich auch hier fragen möchte: Was wissen wir von denen, die von der SED-Diktatur wegen „politischer Delikte“ in Geheimprozessen verurteilt und hingerichtet wurden? Was wissen wir von denen, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen wie Wirtschaftsvergehen, Zerstörung sozialistischen Eigentums oder Rowdytum abgeurteilt wurden? Es gab doch auch diese Opfer. Wir sind es ihrem Andenken schuldig, uns an sie zu erinnern.

Der politische Widerstand in der DDR wurde immer auch von dem widerständigen Verhalten einzelner getragen. Die Motive dazu konnten sehr unterschiedlicher Art sein. Ich erinnere hier noch einmal an Oskar Brüsewitz, der sich am 18. August 1976 vor der Michaelskirche in Zeitz selbst verbrannte.

Auch er war einer, der in seinem Widerstand weithin einsam blieb, auch in seiner Gemeinde und in seiner Kirche. Selbst wenn es richtig ist, daß jeder politische Widerstand mit dem Entschluß des einzelnen beginnt „Bis hierher und nicht weiter“, so führt dieser in der Regel doch dazu, daß man nach Gleichgesinnten sucht. Wer wirksam Widerstand leisten will, braucht Freunde, Verbündete, Rückhalt in einer Gruppe, die Unterstützung durch die Medien, ausländische Politiker und eine möglichst breite interessierte internationale Öffentlichkeit.

Als die DDR-Führung 1961 die Mauer baute, beseitigte sie damit selber die wirksamste Methode, den Widerstand in ihrem Bereich klein zu halten. Der

Ausweg in den Westen war nun nicht mehr möglich oder zumindest über eine ganze Reihe von Jahren nicht und auch nachher nicht für jeden. Aber jetzt gab es nur noch die Möglichkeit, im eigenen Land den Widerstand zu proben. Dieser erwuchs aus kleinen Anfängen. Solche Anfänge gab es an den Universitäten, in den Betrieben, in den Kirchen, in den Schulen und vereinzelt sogar auch in der SED und in den Blockparteien. Politisch wirksam wurde er dort, wo sich Gruppen bildeten, die diesem Widerstand Basis, Rückhalt und Kontinuität boten.

Spätestens zu Beginn der achtziger Jahre begannen sich diese sehr verschiedenartigen Gruppen miteinander zu vernetzen. Zunächst geschah dies im Raum der evangelischen Kirchen, ab Mitte der achtziger Jahre, und dann sehr bewußt, auch darüber hinaus. Es kam dabei immer wieder zu Koalitionen, die nur unter den Bedingungen der SED-Diktatur möglich waren. Christen operierten gemeinsam mit Marxisten, suchten die Verbindung zur Friedensbewegung, erkannten die grundsätzliche Bedeutung des Eintretens für die Menschenrechte und begriffen, daß alles politische Wollen gegenstandslos sein würde, wenn es nicht gelingt, die Bewahrung der Schöpfung zu organisieren.

Diese Koalitionen der politischen Vernunft gegenüber einer Diktatur, die immer unvernünftiger handelte, traten aus den Kreisen kleiner und kaum bemerkbarer Zirkel in das Licht der Öffentlichkeit, als die politischen Rahmenbedingungen dies dann endlich zuließen. Die internationale Entspannungspolitik und die politischen Umgestaltungen in der Sowjetunion schufen maßgebliche Voraussetzungen dafür, daß das, was zunächst nur einzelne und kleine Gruppen beschäftigte, auf breite Kreise der Bevölkerung übergriff. Da wurde der Satz von der „Idee, die zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift“, auf eine Weise Realität, die wir so zumindest in der Schule nicht gelernt hatten.

Die Opposition in der DDR, entstanden im widerständigen Verhalten ungezählter, vor allem auch unbekannter einzelner, organisiert und gefestigt in den zahlreichen Gruppen, die über die Zukunft ihres Landes nachdachten und immer offener für neue Lösungen eintraten, erzwang den Sturz der SED-Diktatur, als die Hunderttausende auf der Straße skandierten: „Wir sind das Volk!“

Die Geschichte der Opposition in der DDR begann als die Geschichte von einzelnen Menschen, die auf ihre ganz eigene und unterschiedliche Weise Widerstand leisteten. Sie endete mit dem Widerstand großer Teile des Volkes, die gegen ihre Entmündigung auf die Straße gingen. Ich hoffe, daß es uns heute gelingt, etwas von dieser Geschichte so festzuhalten, daß uns das Erbe dieser Opposition auch in der Zukunft noch hilfreich sein kann. (Beifall)

Wir hören als ersten Herrn Schmidt, der bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Außenstelle Gera, beschäftigt ist, über „Widerständiges Verhalten des einzel-

nen“, und wir werden dann unter der Leitung von Dr. Jürgen Schmieder, einem Mitglied unserer Enquete-Kommission, ein weiteres Zeitzeugengespräch haben. Zunächst aber bitte Herr Schmidt.

Andreas Schmidt: Ich bin gebeten worden, am heutigen Tage einige Ausführungen zu dem Thema „Widerständiges Verhalten des einzelnen“ zu machen. Ich habe auch gestern schon den Vorträgen dieser Veranstaltung beigewohnt, habe natürlich bemerkt, auf welcher vielfältigen Art und Weise die Begriffe „Opposition“, „Widerstand“, „Resistenz“ und „Dissidenz“ thematisiert wurden, und habe mir Gedanken darüber gemacht, inwieweit ich heute noch einmal das widerständige Verhalten von einzelnen Menschen unter einem ganz anderen Aspekt thematisiere. Ich möchte mich von einer ganz anderen Seite an diese Problematik annähern, weil sie meines Erachtens gestern etwas zu kurz kam, und zwar möchte ich über widerständiges Verhalten in dem Sinne sprechen, daß es sehr viele Menschen gab, die sich in die aktive Verweigerung begeben haben. Diese Vorgehensweise resultiert natürlich zu einem großen Teil daraus, daß ich seit vier Jahren, also seit der Wende, mit den Unterlagen der Staatssicherheit zu tun habe und mich auch vornehmlich in den letzten Monaten mit Tatsachen und Sachverhalten aus diesen Akten beschäftigt habe, die solch widerständiges Verhalten von Menschen wiedergeben, die vorrangig in Situationen der Belastung und Beanspruchung durch das MfS standen und daraus ihre eigenen Schlüsse und Konsequenzen gezogen haben.

Mir liegt weiter daran, Ihnen mit meinen Ausführungen zu verdeutlichen, daß ich etwas mehr auch auf die inneren Befindlichkeiten, also auf die innere Landschaft, dieser Menschen eingehen möchte, denn es war ja nicht eine Über-Nacht-Entscheidung vieler Menschen, sich diesem Zugriff zu entziehen, sondern oftmals liefen im Inneren sehr, sehr viele Prozesse ab.

Schließlich möchte ich meinem Vortrag einige Wahrnehmungen, Beobachtungen über den derzeitigen Umgang mit Schuld und Verantwortung voranstellen. Sie sollen dann auch ins Verhältnis gesetzt werden zu Ausführungen über Motive, die Menschen bewogen haben, sich in widerständiges Verhalten hineinzubegeben.

Der Zusammenbruch des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR war so gründlich, daß die Benommenheit des Bewußtseins noch vier Jahre nach der Wende die Erinnerung und das Begreifen lähmt. Sorge, Furcht und Zittern begleiten die meisten Menschen lange Zeit bei der Erledigung ihres existentiellen Tagewerkes. Verstörte Gefühle, Ungewißheit, schlechte Aussicht auf Zukunft, beschädigte Ehen, intellektuelle und moralische Auszehrung und plagende Depressionen, es wird gewühlt und gehetzt in der schadhafte hinterbliebenen privaten und kollektiven Identität. Gewiß sind das keine guten Zeichen, wenn man bedenkt, daß die Apathie oder auch die Entscheidung, besser zu schweigen, die Anstrengung des Begreifens und Erinnerns weiter

lähmt bei der Suche nach Antworten auf das eigene Involviertsein in Verhältnisse, die keine rechtsstaatlichen waren.

Was uns in diesen Verhältnissen zugestoßen ist, ist entweder allen zugestoßen oder uns allein. Alle tragen wir gewissermaßen das psychologische Trauma dieser gelebten und erlebten Zeit in uns, und die bedenklichste Wirkung für unsere unmittelbare Zukunft, so scheint es mir, erwächst aus der anhaltenden Versuchung vieler Menschen, den latenten und akuten Gewissenskonflikt durch Schuldabweisung oder Verdrängung zu lösen. Ich beobachte nach wie vor die Abgeklärtheit und Mentalität, das Unrechtsgeschehen abzutun und abzuwiegeln. Gleichzeitig erlebe ich die Verächtlichkeit gegenüber Bürgern, die mit ihrem konkreten und mutigen Verhalten und ihrem Eintreten für andere in der Tradition des solidarischen Verhaltens anzusiedeln sind.

Ich spüre einen Mangel an Betroffenheit gegenüber Wörtern wie Bespitzelung, Vernehmung, Festnahme, Berufsverbot, Publikationsverbot, Auftrittsverbot, Diffamierung, Bedrohung, Bevormundung, Entrechtung, Überwachung, Prügel, Gefängnis, letztlich Zersetzung. Es ist die Raschheit und Eile, mit der wir uns in beängstigender Weise von Bildern und Erfahrungen entfernen. Es genügt nicht, immer wieder unter dem Eindruck dieser Bilder und Szenen zusammenzuzucken, um dann gleich eine Ausflucht ins Gesetzbuch oder in die Gleichgültigkeit anzutreten oder gar die Mitverantwortung an das vergangene System zu delegieren. Viele nehmen sich nicht als Produzenten und Täter, sondern als Produzierte und Opfer wahr, erzeugt von den Umständen und einem übermächtigen System, das sie nicht gemacht, sondern vorgefunden haben.

Auch aus dieser Sichtweise kommt vielleicht die Irritation, mit der viele Menschen jegliche Diskussion über Schuld und Verantwortung verweigern. Entweder meinen sie, die Schuld sei gleich verteilt, woraus notwendigerweise folgt, daß alle letztlich schuldlos sind, weil alle schuldig sind, oder es heißt: „Wir haben jetzt Wichtigeres zu tun.“ Nicht zuletzt registriere ich bei vielen Menschen den intakten Wunsch nach einem guten Gewissen. Ich bezeichne diesen Wunsch als Sucht: Was nicht zur Entschuldigung verrechnet werden kann, wird verdrängt oder führt zu dumpfen, unbedenklichen Wörtern oder zu schwerelosen Unterhaltungen.

Die andere Seite ist, daß die Frage des eigenen Tuns und Lassens, die Frage nach der eigenen Schuld und der eigenen Verantwortung in allen Nuancen und in ihrer ganzen Spielbreite vor allen Menschen steht, die der gesellschaftlichen Entwicklung über Jahre hinweg als Dramaturgen, Regisseure, Haupt- und Kleindarsteller sowie Statisten bis zum bitteren Ende beigewohnt haben. Diese Frage richtet sich offenkundig an die Mehrzahl der Menschen, also an all jene, die so oder so in diesem Land lebten und am eigenen Leibe die Verwebung ihrer Biographie mit dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit erfahren haben. Es sind immer wieder Menschen mit dem

mörderischen Prinzip in Konflikt geraten, sich für eine Sache hingeben zu sollen, die größer ist als man selber, und dafür die Werte moralischer Integrität und moralischer Verantwortung zu opfern oder sich mit Unbekümmertheit darüber hinwegzusetzen. In konspirativen Wohnungen, auf Parkplätzen, auf Waldwegen, in Dienst- oder Privatzimmern, in den Zellen ohne Raum oder in anderen Logen des Geheimen machten Tausende Menschen die Erfahrung, daß „Ja“ und „Nein“ nur im Hinblick auf das gemeinsame Ziel existierten, keine individuellen Abweichungen von der Vorlage, kein eigenbrötlerisches Aus-der-Reihe-Tanzen gestattet waren.

Viele Menschen sind im Befehlsraum des Staates ihres eigentlichen Charakters beraubt worden. Im Zusammenleben der Menschen setzte sich etwas Unvorstellbares durch: Aus Schwäche, Feigheit, Opportunismus, Bequemlichkeit, Selbstverleugnung und Heuchelei bedienten sie die paranoide Vorstellung der Machthaber, ringsum von Feinden umstellt zu sein, indem sie die „feindlich-negativen Kräfte“ ans Messer von Normen, Disziplin, Gehorsam, Glaubensstreue und konformem Verhalten lieferten. Das Gewissen lebte in Unterquartierung dahin. Unter dem Ordnungsauge des Vater-Staates vollzog sich unablässig, was ich als die „fortwährende Kompetenz für andere“ bezeichnen möchte. Dieses Unwesen aus Verrat, Vertrauensbruch, Anzeigen und Anschwärzen manifestierte sich letztlich als eine demoralisierende Organisationsform unseres damaligen Lebens und reproduzierte in den banalen Situationen des Alltags jene Potentiale, die immer wieder einen Angriff auf die individuelle Identität von Menschen nach sich zogen: in den Schulen und Universitäten, in den Fabriken und Institutionen, in den Parteien und Massenorganisationen, ja selbst in den Familien, überall dort, wo Menschen in alltäglichen Situationen einander gegenüberstanden. Dieses Unwesen brachte zudem jene Menschen in ein moralisches Dilemma, die sich gerade entschlossen hatten, einem in Bedrängnis und Nöte geratenen Menschen beizustehen.

Andererseits muß es auch einen klaren Begriff von dem geben, was ich im Hinblick auf gestern das Mutige nennen möchte, denn das Leben war für nicht wenige Menschen kein moralisches Lehrstück und kein pädagogisches Drama; es war das einzige Leben, das sie besaßen, das seinen eigenen Wert und seine eigene Bedeutung hatte. Es war der natürliche Anspruch und die Sehnsucht danach, daß das offene, frische Fühlen, Denken und Atmen damals möglich zu sein hatte, nicht in einem utopistischen Ungefähr. Nachträglich darf nicht der Eindruck entstehen und bewahrt bleiben, daß jeder Mensch in einem enttäuschenden Alltag das Verwischen der klaren Grenzen zwischen Subjekt und Objekt, Vertrauen und Verrat, Verantwortlichkeit und Gleichgültigkeit, Kollaboration und Gewissen hinnahm. Der individuelle Aufstand gegen die politischen Prämissen, gegen die enorme seelische und moralische Verelendung war eine Angelegenheit vieler Menschen und wurzelte nicht zuletzt in der Frage: Wie weit kann und darf man über den Wert des

einzelnen hinweggehen, über seine Einzigartigkeit, seine Unwiederholbarkeit, und wie hoch ist der Preis, der dafür bezahlt werden muß, daß man im anderen nur die Figur, den Nutzen und die fremde Gesinnung sieht? Inwieweit ist man fähig, sich zu entwickeln, sich wahrzunehmen, sich zu verändern? Ober bleibt man immer die gleiche/der gleiche und merkt nur an der veränderten Umgebung die Veränderung?

Individuelles Aufbegehren, Auflehnen einzelner Menschen wurzelte auch unter den Bedingungen der DDR in dem Versuch, der natürlichen Sehnsucht nach dem Selbst einen Sinn zu verleihen, und entsprang zugleich der nie ermüdenden Abwehr von rigiden Bewegungsanweisungen innerhalb des durchstaatlichten Lebens. Es ist Tatsache, daß es trotz des Gefühls, zur Wirkungslosigkeit verdammt zu sein oder zu einem folgsamen Handeln und Denken in staatlich sanktionierten Bereichen, immer wieder Menschen gab, die sich dem machtgewaltigen Zugriff auf ihre Persönlichkeit entzogen haben, um einen Wandel ihrer geistig-seelischen Verfassung und damit auch der Gesellschaft anzustreben. Engagierte Menschen, sowohl einzeln als auch in den Friedenskreisen, Ökologiegruppen, in der „Kirche von unten“, der „Solidarischen Kirche“, in alternativen und nichtöffentlichen Diskussionskreisen, die Wehrdienstverweigerer, Wissenschaftler und Schriftsteller von Format und nicht zuletzt – wie Jens Reich einmal schrieb – „die jungen Leute bei uns, die langhaarigen, unansehnlichen, die drop-outs ohne respektierlichen Beruf und geordnete Lebensweise, in den Kutten und Latschen, des Theaterdeutschen nicht mächtig“, sie alle haben immer wieder an humanistische, ethisch-moralische und ökologische Zielstellungen erinnert.

Kritische Menschen, Unduldsame, Widerspenstige ließen sich nicht von ihren Intentionen und Vorhaben abbringen, dem Angesicht des „realen Sozialismus“ in die Tiefe zu leuchten, um die verschiedensten Aspekte zu untersuchen und zu analysieren. Sie nahmen einen unerschöpflichen Vorrat an Perversionen zur Kenntnis. Sie negierten sie nicht, die Erfahrungen des Unmenschlichen und Amoralischen. Sie artikulierten sie und kamen mit sich selbst überein, den diktatorischen „Status quo“ abzulehnen. Die Forderungen nach Offenheit und Wahrheit in den Medien, nach ökonomischer Effizienz und Meinungsfreiheit, nach Entideologisierung des Bildungswesens und nach Möglichkeiten der autonomen Entfaltung von Menschen können heute als Beleg dafür verstanden werden, daß die humane Orientierung nicht so ohne weiteres auszurotten war. Dem stupiden Krieg des Staates gegen die Persönlichkeit hatten sich immer wieder Menschen entgegengestellt, oft im Wissen, daß ihnen eine akute oder latente längerwährende Marginalisierung am Rande der Gesellschaft drohte oder zuteil wurde.

Individuelles Aufbegehren realisierte sich über das elementare Eingeständnis von Menschen, die entdeckt hatten, daß sie verantwortlich sind für ihr Verhalten und Handeln, also für ihr Versagen und Bestehen vor sich selbst und natür-

lich gegenüber den Mitmenschen. Diese Erkenntnis befähigte einzelne immer wieder, übergestülpte Werte und Normative zu ignorieren und zugleich die Blindheit für die herzlosen, granitenen Gewißheiten in ihrem sozialen Umfeld abzulegen und sich gegen sie aufzulehnen. Sie durchbrachen den antrainierten, verinnerlichten Verhaltenskodex: wegsehen – weghören – dulden – schweigen. Sie verabschiedeten sich vom Kompaß des Selbstbetruges. Sie wählten die „Ablehnung der Unaufrichtigkeit“.

Ein anderes Motiv für individuelles Aufbegehren und Auflehnen finde ich schließlich in einem Essay bei André Glucksmann formuliert, den ich kürzlich las. Ich möchte zitieren:

„Bin ich imstande, den Feind in meinem Inneren zu erkennen, der immer auf dem Sprung ist, böswillig zu verführen, zu betrügen und das Denken zu zähmen?“

In diesen Worten wohnt gewiß die Erkenntnis, daß ich immer auch der andere, der Feind und Täter, sein kann. Bin ich also fähig, den Feind in mir wahrzunehmen und, wenn ja, liefere ich mich ihm aus und befolge unweigerlich seine Anweisungen? Oder entscheide ich mich, mich nicht verführen zu lassen? Immer wieder waren Menschen gefangen im Drehkreuz dieser Frage.

Ich möchte diese letzten Bemerkungen auch hier als Fragen stehenlassen. Es sind gestern einige Antworten gekommen. Ich möchte aber zugleich die Verbindung zu einigen Beispielen bringen, die ich ausgewählt habe, um noch einmal über die innere Befindlichkeit von Menschen zu reflektieren, die sich auch immer wieder diesen Fragen gegenübergestellt sahen, um möglicherweise eine Haltung und auch eine Überzeugung des Verweigerns zu finden. Ich stelle Originalzitate vor und werde nach dem Vorlesen dieser Zitate darauf näher eingehen.

Ein Bekannter von mir hat nach einer längeren Phase der Zusammenarbeit mit dem MfS folgendes geschrieben:

„Ich bitte darum, mich von der Zusammenarbeit zu entbinden. Meine Gründe dafür sind folgende: Bereits seit Beginn der Zusammenarbeit habe ich für diese Arbeit kein Interesse. Ich sah zwar anfangs die Notwendigkeit der Inoffiziellen Arbeit ein, möchte diese aber nicht mehr durchführen. Außerdem habe ich moralische Bedenken in der Form, daß ich mich wegen der Zusammenarbeit schäme, obwohl diese nicht bekannt ist.“

Ich meine, daß der letzte Satz vor allem das Wort „Scham“ ins Bewußtsein führt. Ich muß immer wieder sagen, mir ist manchmal ein kalter Schauer den Rücken hinuntergelaufen, wenn ich solche Bekenntnisse von Menschen gefunden habe, die dann tatsächlich auch dafür verantwortlich waren, daß dieser einzelne Mensch aus dem Blickfeld der Beanspruchung durch das MfS geriet. Diese Worte bedeuten eine mutige Absage und die elementare Weigerung

eines Menschen, im starken Geflecht von Bewegungsanweisungen weiter zu agieren. Sie sind eine eindeutige Aufkündigung der Bereitschaft eines Menschen, als Informant des MfS seinen Arbeitskollegen, Bekannten, vielleicht auch Freunden und Verwandten eine kriminelle bzw. staatsfeindliche Identität zuzuschreiben.

Diese selbstverfaßte Entpflichtung gibt nur einen kleinen Ausschnitt der inneren Realität dieses Menschen frei, nur einen Bruchteil jener emotionalen und mentalen Irritationen, die eine Rolle gespielt haben mögen, sich am Ende einer Zeit selbstquälerischen Abwägens doch an eigenen Maßstäben und moralischen Werten zu orientieren, sich als Subjekt anzusehen, das seinen eigenen Eindrücken und Erfahrungen folgt und dem System nicht bedingungslos Gefolgschaft leistet. Vielleicht waren es die langen Gedanken in den Nächten an die Unerbittlichkeit der Abfolge, Informationen zu Personen liefern zu sollen, die ihn in seiner Gewissensnot plagten. Vielleicht war es der Gedanke an seine vorschnelle unbedenkliche Verpflichtung zum konspirativen Geschäft. Vielleicht war es die geheuchelte Zustimmung im Moment des Einwilligens, im Moment der Unterschrift. Vielleicht hatte er seine Bedenken und seine Kritik gegenüber dem Zuträgerdienst zu lange geheimgehalten, aus einem peinlichen Mangel an Selbstbewußtsein oder aus Angst. Vielleicht war das Gefühl der Demütigung seine vorherrschende Empfindung, das Gefühl der Demütigung, nicht deutlich auf Distanz gegangen zu sein, damit die Offiziere der Macht nicht auf den Gedanken kommen konnten, er wäre ein Freund der Feinde des stacheldrahtbewehrten Systems. Vielleicht belastete ihn der Gedanke, intime Informationen in schwerelosen Unterhaltungen an jene preisgegeben zu haben, die immer subtiler und berechnender nach Gemeinheiten und Taktlosigkeiten begierig waren. Vielleicht hatten ihn die Ereignisse gewandelt, zu neuen Einsichten und zu der selbständigen Entscheidung gebracht, das Ritual vom blinden Gehorsam zu durchbrechen.

Diese Gedanken und Fragwürdigkeiten lassen keinen Überblick über das Ganze zu. Aber es sind Teilwahrheiten, die, in sich begründet, miteinander in Beziehung stehen. Sie geben den Blick frei auf die Notlage des Gewissens von Menschen, die von hergebrachten Ideen und Verhaltensmustern in Fassung gehalten wurden.

Ich möchte auf ein weiteres Beispiel eingehen. Es gab beispielhafte Akte einer elementaren Besinnung und Rückkehr zu sich selber, geboren aus Angst, Selbstzweifel und Scham. Zugegeben, diese mutige Abwehr war die seltenere Form unter den Möglichkeiten der Verweigerung. Ein Freund, der in den Jahren 1972/73 im Gefängnis saß und dort auch eine Verpflichtung zur Zusammenarbeit eingegangen war, hat kurz vor Ende seiner Haftzeit eine Entpflichtung geschrieben, und zwar auf eine sehr radikale Art und Weise. Das möchte ich hier als einen solchen beispielhaften Akt vorstellen:

„Gegen Ende des Jahres unterschrieb ich bei Ihnen ein Papier, wonach

ich mehr oder weniger ehrenamtlicher Mitarbeiter des MfS wurde. Sicher können Sie sich erinnern, daß ich erst nach langem Hin und Her zur Unterschrift und somit zur Zusammenarbeit bereit war. Ich hatte versucht, mich selbst von der Richtigkeit der Sache zu überzeugen. In Wahrheit hatte ich Angst, habe sie jetzt noch. Ich stehe Ihnen quasi nackt gegenüber. Von Anfang an bereute ich, meine Unterschrift gegeben zu haben. Immer wieder versuchte ich, die guten Absichten gegen meine Zweifel zu stellen. Es kam jedesmal das Ergebnis, Sie gehen rücksichtslos gegen jeden Gegner vor. Daß er ein Mensch mit einem Recht auf Individualität ist, stellen Sie so gut wie ganz in Abrede. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Ohne Sie beleidigen zu wollen, vergleiche ich Sie mit der Inquisition im Mittelalter. Ich habe Angst, einmal gegen mich selbst, gegen meine Freunde arbeiten zu müssen. Jedesmal, wenn Ihr Besuch hier bevorstand, nahm ich mir vor, klare Fronten zu schaffen, schaffte es nie aus Angst vor möglichen Konsequenzen, wie keine vorzeitige Haftentlassung etc. Auch wenn ich viel drumherum geschrieben habe, ist das Kernproblem doch klar, ich will nichts mehr mit dem MfS in der bisherigen Form zu tun haben.“

Ich möchte gern bei diesen Worten verweilen; diese Worte befördern die Erkenntnis, daß Begriffe wie Spitzel, Spitzeltum, Verrat an Nächsten im Bewußtsein der Menschen verankert waren. Und es gab Menschen, die in der direkten Konfrontation mit dem MfS den elementaren Wert, den eigenen moralischen Anspruch nicht aufgaben, den Nebenmenschen nicht zielgerichtet zu denunzieren. Zwei Haltungen mögen dafür einstehen:

„Dem Kandidaten wurde die Frage gestellt, ob er bereits sei, das MfS zu unterstützen. Er verneinte dies, wobei er gleichzeitig zum Ausdruck brachte, daß er kein Spitzeltyp sei, der eine Zusammenarbeit mit dem MfS dazu nutze, andere zu verpfeifen.“

Ein weiteres Beispiel:

„Der Kandidat wurde aufgrund seiner fachlichen Befähigung in Umweltfragen, mit der er uns nützen könnte, angesprochen. B. stellte dar, daß es dazu noch kompetentere Leute geben würde, was vom Unterzeichner verneint wurde. Von sich aus ging er darauf ein, daß er es ablehnen würde, andere Personen zu belasten, dies betrachte er als 'Vertrauensbruch' bzw. '-mißbrauch.' Sollte er dazu gezwungen werden, Angaben über andere Personen aus seinem 'Freundeskreis' zu machen, müsse er diesem davon Mitteilung machen. Da B. eine konkrete Unterstützung unseres Organs mit Androhung von Dekonspiration ablehnt, wird der IM-Vorlauf zur Ablage gebracht.“

Ich komme zu einem weiteren Sachverhalt. Wo es um Wirkungen in die Zukunft ging, war die Zurückhaltung der richtigen Worte für Menschen so folgenreich wie ihre Offenbarung. Wir wissen doch, wohin das Berichten, Angeben, Zutragen und Beschuldigen für das Opfer führte. Einige retteten

sich in die strikte Verweigerung der Aussage. Andere blendeten ihr Wissen bewußt aus oder zogen es vor, den Ahnungslosen darzustellen. Das strategische Postulat der Ehrlichkeit bei der Berichterstattung neutralisierten viele Menschen durch das Gegenteil: Unehrllichkeit. Sie mag eine mißverständliche Strategie sein, letztlich resultierte sie aus der Schwäche vieler Menschen, den rigorosen Bruch mit dem MfS zu vollziehen, aber sie blieb eine bewußt gelebte Möglichkeit, zu desorientieren, die Fakten und Tatsachen über einen Menschen nicht zu bestätigen, sondern weiter im Nebulösen anzusiedeln. Unehrllichkeit war das Weglassen, das Positivieren, Beschönigen, Verharmlosen, Lügen und Beschwindeln. Unehrllichkeit war die schlaflose Mühe um die Haltung des Ausweichens, um ein Wort, das den anderen nicht preisgab und verriet. Jedes Nichtwissen, jede Verschlossenheit, selbst punktuelle Verschlossenheit, jedes Schweigen, selbst punktuell Schweigen, führte den Irrweg zurück in jene Offenheit, in der es möglich war, dem Blick eines Menschengesichtes standzuhalten. Ein Beispiel dafür:

„Im IM-Verlauf sollte geprüft werden, ob der Kandidat die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die inoffizielle Zusammenarbeit besitzt, um in den Kreisen Jungerwachsener, die in kulturellen Bereichen zur Untergrundtätigkeit neigen, zur Aufklärung und offensiven Bekämpfung wirksam werden zu können. Im Prozeß der Aufklärung und der Durchführung von Kontaktgesprächen mit dem Kandidaten mußte jedoch festgestellt werden, daß er unzuverlässig und bei der Erarbeitung von personenbezogenen Informationen unehrlich war. Er positivierte die Personen seines Umgangskreises und verharmloste deren feindlich-negative Aktivitäten. Ihm übertragene Aufträge erfüllte er nicht bzw. nicht konsequent. Er versuchte sich der Zusammenarbeit unter fadenscheinigen Vorwänden zu entziehen, was sich auch in der Nichteinhaltung von Treffterminen zeigte.“

Freilich müssen die nachfolgenden Äußerungen mit den vorangegangenen in Beziehung gesetzt werden. Es gab andere Möglichkeiten, aus den Fängen einer sich immer tiefer anbahnenden Verstrickung zu kommen. Die Loslösung, verbunden mit der Illusion, von der Krake verschont zu bleiben, war ein quälender Prozeß: Konfusion der Gedanken, geräuschlose Gefühlskämpfe in Tagen und Nächten, Gereiztheit im Schwindel der taumelnden Identität, hinreichende Verwirrungen im Ringen, sich auf die andere Seite zu schlagen.

Es gab Menschen, die das strategische Postulat der Konspiration einfach aufgebrochen haben, indem sie die Zeitpunkte der Geheimkontakte bewußt verpaßten, ignorierten, schwänzten. In Schülermanier gewissermaßen entledigten sie sich des wuchtigen Drucks eines bevorstehenden Kontaktgesprächs durch Ausreden bzw. durch „fadenscheinige Vorwände“, wie es in der Terminologie des MfS immer wieder hieß: Bus- und Zugverspätungen, Fahrzeugschaden, Wasserrohrbruch in der Wohnung, Arzttermine, Schlaflosigkeit der Kleinkinder, kurzfristiger Urlaub, Herzattacken von Großmüttern und Großvätern,

Kohlenlieferungen waren ausgewählte Möglichkeiten für das Überspringen der Kontakthürde. Allerdings waren es erfolgreiche Bemühungen, das Ritual und Gehabe von Konspiration, Disziplin, Pünktlichkeit, Kontaktbereitschaft, Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit in der Bedeutungslosigkeit versinken zu lassen. Diese grundlegenden Prämissen des MfS wurden durch ihr Gegenteil aufgehoben: Dekonspiration, Disziplinlosigkeit, Unpünktlichkeit, Unzuverlässigkeit, Redseligkeit waren die Antwort vieler Menschen auf eine gezielte Vereinnahmung durch das MfS. Zeigen sich nicht auch hierin das Unberechenbare, Eigentliche, Eigenwillige, Selbstbewußte und die situativ gewollte Unabhängigkeit von Menschen, die sich durchaus bewußt waren, während der Trefftermine als Informationsfiguren erhalten zu müssen? Waren es nicht Skrupel und die Sensitivität gegen die traurigen Lasten und Drohungen, die man ihnen immer wieder auferlegen wollte? Gewiß waren auch diese Verweigerungshaltungen nicht unbedingt, aber sie können und müssen sogar als Belege angesehen werden, daß viele Menschen nicht bereit waren, diese Zusammenarbeit, letztlich dieser Hinwendung zum Staat, erste Priorität einzuräumen.

Wie jeder Mensch ein Unikat ist, so ist er als Unikat vielschichtig und widersprüchlich. Viele Menschen waren nicht blind für ihre eigene Schwäche, eine radikale Abwendung nicht zu vollziehen oder dem MfS bereits gelegentlich mit Informationen gedient zu haben. Aber die Schwäche setzte noch lange nicht ihre Kritik daran außer Kraft, was es heißt, andere zu „verpfeifen“.

Ich gebe hier noch zwei Beispiele:

„Der Kandidat äußerte, daß er kein Interesse hat, in irgendeiner Weise das MfS zu unterstützen, bzw. kein Interesse an einem Gespräch. Einer Kontaktaufnahme ging er bisher aus dem Weg und erschien nicht zu den festgelegten Terminen des Kontaktgespräches.“

Ein weiteres Beispiel stellt sich ganz anders dar:

„In der Zeit von ... bis ... wurden 12 Kontaktgespräche mit dem VIM (IM-Vorlauf) geführt. In diesen Kontaktgesprächen machte der VIM zum Teil operativ bedeutsame Angaben zu seinem Umgangskreis, der teilweise dem politischen Untergrund zuzurechnen ist. Zunehmend bildeten sich beim VIM Skrupel heraus, was letztlich zur Ablehnung einer weiteren 'Zusammenarbeit' mit dem MfS führte. Der VIM identifizierte sich auch zunehmend mit den politisch-feindlichen Ansichten seines Umgangskreises, was ebenfalls wesentlich zur ablehnenden Haltung dem MfS gegenüber führte. 19... dekonspirierte sich der VIM gegenüber dem GMS und legte diesem auch dar, daß eine weitere Zusammenarbeit mit dem MfS für den VIM nicht mehr in Frage käme.“

Über die Darstellung einer beliebigen Auswahl von Beispielen, die gemeinsam haben, daß die ausgewählten IM-Kandidaten abrupt früher oder später die inoffizielle Tätigkeit für das MfS verweigerten, ablehnten, soll auch deutlich

werden, daß wir auf einen vielgestaltigen Hintergrund für die Ursachen und psychischen Bedingungen dieses Verweigerungsverhaltens treffen. Im psychologischen Sprachraum des MfS wurde verwiesen auf „direkte feindliche Motivationen und Einstellungen, beständige oder zeitweilige Konfliktlagen, Gefühle der Unsicherheit, charakterliche Unbeständigkeit und im Einzelfall auch psychische Störungen.“ Die Führungsoffiziere des MfS sammelten und verfügten über eine Vielzahl von Einzelinformationen über jene Verhaltensmerkmale der Kandidaten, die offensichtlich oder verdeckt in die Gefährdung bis hin zum Abbruch der „konspirativen Arbeit“ mündeten und zugleich ein Indikator für geminderte Vertrauensbeziehungen waren. In der sozialpsychologischen Terminologie des ehemaligen MfS wurden solche Auffälligkeiten und Erscheinungsbilder mit dem Terminus „Ausweich- und Täuschungsverhalten“ beschrieben. Im wesentlichen zeigte sich das „Ausweich- und Täuschungsverhalten

in der Durchführung von Aufgaben, wobei der Auftrag nicht, teilweise oder falsch ausgeführt wird, bei der Ablehnung von Aufträgen unter Angabe falscher Gründe, bei der unvollständigen Berichterstattung, beim Ausbleiben oder Verfälschen von Mitteilungen zur eigenen Person, beim Vorlegen von Informationen ohne Auftrag, um vom eigentlichen nichterfüllten Auftrag abzulenken, beim Nichteinhalten der Konspiration, z. B. um Zeit zu sparen. Ein solches Ausweich- und Täuschungsverhalten tritt in verschiedenen Formen auf, so zum Beispiel im Ablehnen, das heißt in der generellen Verweigerung der Erfüllung einer Anforderung, im Unterlassen, das heißt im vollständigen oder teilweisen Nichterfüllen einer Forderung im praktischen Handeln, im Verzögern, das heißt im aktuellen oder beständigen Verschieben von Handlungen und Äußerungen, im Verschweigen, das heißt im Zurückhalten von angeforderten Informationen, im Desinformieren, das heißt in der Übermittlung falscher bzw. bewußt mehrdeutiger Informationen.“

Soweit ein kurzer Auszug aus einem Dokument, aus einer sozialpsychologischen Reihe des ehemaligen MfS. Es soll gleichzeitig noch einmal die Sprache vor Augen geführt werden, die das MfS selber formuliert hatte. Natürlich sind auch diese Gedanken, diese Sachverhalte und die Terminologie des MfS in Beziehung zu dem vorher Beschriebenen zu setzen.

Abschließend biete ich den Betrachtern ein Beispiel, das die Spielbreite an möglichen Reaktionen und Gemütsverfassungen offenläßt. Es handelt sich um den „Eigenbericht“ eines Führungsoffiziers nach einem Werbungsgespräch in der Wohnung eines IM-Kandidaten. Ich habe natürlich die verschiedenen Angaben geändert, um keine Rückschlüsse auf die Person zuzulassen. Das ist das einzige Beispiel, wo mir die Person nicht bekannt ist. Bei den anderen Beispielen kenne ich die Personen und habe sie auch gebeten, nach ihrer Akteneinsicht diese Sachverhalte zur Verfügung zu stellen. Ich

mache mir einfach mal die Mühe, hier eine längere Passage vorzulesen, nämlich diesen „Eigenbericht“. Ich habe diesen Bericht immer wieder mit viel Schwejskscher Ironie gelesen. Wenn man bedenkt, daß das im Original durch den Führungsoffizier so ausformuliert wurde, dann kommt man sehr schnell zu eigenen Gedanken und auch zu Betrachtungen über das Niveau dieser Analyse.

„Nachdem wir uns telefonisch bei der KP (Kontaktperson – A. Sch.) angemeldet hatten, suchten wir diese um 15.00 Uhr in seiner Wohnung auf. Im Flur begrüßte uns die Frau der KP und führte uns in das Arbeitszimmer derselben. Dort stellte uns die KP seiner Frau als Offiziere des MfS vor. Seine Frau setzte sich mit an den Tisch, und zwar so, daß sie, wenn sie aufstehen wollte, uns stören mußte. Genosse P. frug die KP zuerst nach ihrem persönlichen Befinden, worauf die KP nur knapp 'gut' antwortete. Danach gab der Genosse P. zu verstehen, daß wir mit der KP etwas Dienstliches durchsprechen möchten. Erst nach längerem Zögern frug uns die KP, ob uns die Anwesenheit seiner Frau stört, daraufhin schickte er sie in ein anderes Zimmer. Es hatte den Anschein, daß die KP bewußt seine Frau bei dem Gespräch dabeihaben wollte. Als die Frau das Zimmer verlassen hatte, frug uns die KP, ob wir uns bei seinem Vorgesetzten angemeldet hätten. Wir sagten ihm, daß das doch nicht notwendig wäre, und erklärten ihm nochmals die Aufgaben des MfS. Daraufhin sagte er uns, daß er seinen Vorgesetzten von unserem Besuch in Kenntnis gesetzt habe.

(Heiterkeit)

Daraufhin sagten wir ihm, daß wir diese Frage klären werden. Er sollte aber seinen Vorgesetzten nicht wieder in Kenntnis setzen, wenn wir uns vorher bei ihm anmelden.

Danach kamen wir auf die letzte Tagung zu sprechen und sagten ihm, daß uns bekannt wurde, daß der W. seines Amtes enthoben wurde. Die KP sagte uns, daß er das wohl wüßte, es wäre auf der Tagung bekanntgegeben worden. Die Gründe, warum, wären ihm nicht bekannt, sagte uns aber, daß wir das doch besser wissen müßten, da W. doch ständig mit M. telefonierte hätte und wir doch sicher die Telefongespräche abhören würden.

(Heiterkeit)

Wir antworteten ihm darauf, daß wir nicht mit solchen Mitteln arbeiten würden. Auf unsere Frage, daß wir Kenntnis bekommen haben von den Vorkommnissen in der Kirche, wo L. gesprochen habe, antwortete die KP, daß er davon gehört habe, uns aber auch nichts berichten könne. Er sei nur orientiert, daß L. die anderen zwei Vorträge auch nicht gehalten habe.

Um 15.30 Uhr kam seine Frau ins Zimmer und machte die KP darauf aufmerksam, daß es bereits 15.30 Uhr wäre.

(Heiterkeit)

Wir frugen die KP, ob er weg wollte, er sagte: Nein, aber ich habe jetzt Teezeit.“ (Heiterkeit)

Ich sage noch einmal: Das ist die Analyse des Führungsoffiziers! Das muß letzten Endes für ihn selber peinlich gewesen sein, wenn es ihm bewußt wurde.

Ich komme zum Ende:

„Wir frugen ihn noch kurz, wann wir wiederkommen könnten. Daraufhin sagte er, das hätte sowieso keinen Zweck, da er uns nichts erzählen könne. Wenn wir etwas Wichtiges hätten, könnte er uns zwar nicht herauswerfen, denn er wäre ja zur Wachsamkeit verpflichtet. (Heiterkeit)

Am Schluß sagten wir ihm, daß wir ihm ein kleines Weihnachtsgeschenk überreichen wollen. Obwohl die KP das Geschenk noch gar nicht gesehen hatte, bedankte er sich, sagte aber zugleich, daß er es nicht annehmen könnte, denn so etwas wollte er nicht machen. Danach gab er uns die Hand und wollte so beweisen, daß für ihn das Gespräch zu Ende sei. Um 15.35 Uhr verließen wir die Wohnung. Schlußfolgernd muß gesagt werden, daß die KP bei diesem ganzen Treff einen Eindruck machte, als ob er die Verbindung mit uns nicht mehr haben möchte.

(Heiterkeit)

Obwohl bei den ersten zwei Treffs die KP über alles offen Auskunft gab, gab er diesmal nur sehr kurze Antworten und noch dazu welche, die nicht den Tatsachen entsprechen, wie zum Beispiel den Fall W. Trotz der ablehnenden Haltung wird die KP in ca. 6 Wochen nochmals aufgesucht, um zu versuchen, doch noch mit ihm in einen besseren vertraulichen Kontakt zu kommen.“

Ich habe dieses Beispiel ausgewählt, um noch einmal zu zeigen, daß man die Problematik der aktiven Verweigerung und damit widerständigen Verhaltens – ich habe am Anfang gesagt, daß ich mich dem von dieser Seite nähern wollte – natürlich auch noch einmal mit ironischem Blick betrachten kann und daß es durchaus legitim ist, in diesem Gremium mit einem solchen Beispiel aufzuwarten. Denn ich denke, daß gerade die hier analysierten und beschriebenen Verhaltensweisen dieses IM-Kandidaten ganz klar vor Augen führen, in welcher Art und Weise er in der Lage war, sich autonom zu verhalten, also von vornherein durch ganz bestimmte Verhaltensweisen, durch die Organisation des Gesprächsablaufs in seiner Wohnung unmißverständlich zu zeigen, daß er überhaupt nicht bereit war, zum damaligen Zeitpunkt und nach weiteren Überlegungen mit dem MfS in Kontakt zu kommen.

Vermutlich wird das Niveau dieser Gesprächsbilanz einige Leser bestürzen.

Andere wieder werden sicher über den naiv-skurrilen Gehalt der Sprache zum Schmunzeln verführt. Der Mehrzahl der Betrachter wird ohne viel Mühe auffallen, daß hier in einem vorwurfsvollen und beleidigten Tonfall an die Adresse des IM-Kandidaten über die Atmosphäre des stattgefundenen Kontaktgesprächs reflektiert wird.

Ich meine, daß es kaum der Mühe wert ist, analytisch auszuschweifen. Ich habe diese Zeilen wiederholt mit viel Schwejskscher Ironie gelesen und zugleich ohne Zaudern festgestellt, daß gerade diese Sicht eines Führungsoffiziers wie selten verständlich vor Augen führt, wie autonom sich Menschen gegenüber den Vertretern des MfS zu verhalten wußten. Die Niederschrift dieses Führungsoffiziers beherbergt in aneinandergereihter Dichte relevante und ins Banal-Lustige tendierende Verhaltensmerkmale eines Menschen, die den angestrebten Heimlichkeiten und Vertraulichkeiten elementar zuwiderliefen. Das als kurze Reflexion zu diesem Gespräch.

Ich habe am Ende dieser Schlußfolgerungen noch einmal das Wort „autonom“ in den Raum gestellt. Ich denke, daß es den Bogen zu den eingangs gemachten Ausführungen spannen kann, die letzten Endes vor Augen führen sollten, daß es immer wieder sehr existentielle Fragen für Menschen gab, die geklärt werden mußten, daß also innere Befindlichkeiten vorhanden waren, die Menschen in Zerrissenheiten und immer wieder auch zu einem selbstquälerischen Abwägen führten, ob man sich in diese Verweigerung hineinbegeben sollte. Letztlich ist es doch so, daß sich diese Menschen am Ende des Prozesses als autonome Subjekte bewiesen haben und ihren eigenen moralischen Überzeugungen und ihrem Wertgefühl gefolgt sind.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schmidt, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und Ihr Material. Ich danke Ihnen herzlich dafür, weil das noch einmal deutlich gemacht hat, daß es unter den über zwölf Millionen Erwachsenen, die es am Ende in der DDR gegeben hat, sehr viele Menschen gab, die nicht zu schmutziger Tätigkeit fähig gewesen sind, die das nicht tun wollten, die sich dem verweigert haben, und daß es nur wenige tausend gewesen sind, die sich für die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit zur Verfügung gestellt haben. Für mehr als zwölf Millionen Menschen, also fast alle, ist das eine unanständige Tätigkeit gewesen.

Herr Schmieder, bitte.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Ich darf mich jetzt insbesondere bei Herrn Schmidt bedanken, daß er uns mit seinem reich illustrierten Vortrag wieder ins Bild gesetzt hat. Ich stelle fest, wir sind eigentlich schon wieder mitten im Gespräch miteinander. Ich darf an dieser Stelle meiner Freude Ausdruck verleihen, daß ich hier viele Zuhörer sehe, die auch gestern an der Veranstaltung teilgenommen haben.

In diesem Zusammenhang kann ich auch darauf hinweisen, daß wir heute nicht neu beginnen, sondern wir haben die Veranstaltung gestern nur für wenige Stunden unterbrochen und setzen sie heute mit dieser Anhörung fort. Ich möchte versuchen, den Bogen von gestern zu heute zu schlagen, indem ich das aufgreife, was Jürgen Fuchs gestern sagte, als er sich bei der Enquete-Kommission dafür bedankte, daß mit der Anhörung von Zeitzeugen der Jenaer Kreise der Opposition erst möglich gemacht wurde, daß sich die „Fünfziger“, „Sechziger“ und „Siebziger“ persönlich kennenlernten und hier von ihren Aktivitäten erfuhren.

Was die Aufgaben der Enquete-Kommission betrifft, sind wir an dem Punkt unseres Selbstverständnisses angelangt. Wir können im Prinzip hier nur anregen, initiieren, zusammenführen und zusammentragen. Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, daß die Enquete-Kommission keinen Alleinvertretungsanspruch für die Aufarbeitung der Vergangenheit hat, sondern wir brauchen genau das, was heute passiert: Wir brauchen die Unterstützung aller Bürger, die sich mit uns gemeinsam für diese Aufarbeitung engagieren wollen, denn nur so gelingt es, alle Facetten zu erfassen und nach Möglichkeit viele Details kennenzulernen. Dann gelingt es, daß wir uns alle mit dem Namen ansprechen, denn dann kennen wir uns alle. Im Prinzip wirken bis dahin die Selektierung und die Entsolidarisierung, wie sie durch das SED-Regime und insbesondere durch die Stasi vorgenommen worden sind, fort. Wir können dem nur entgegenwirken, indem wir versuchen, gemeinsam die Aufarbeitung zu betreiben, denn viele Schicksale sind noch unbekannt. Das gilt insbesondere für Einzelschicksale.

Während wir gestern versucht haben, dekadenweise – für die fünfziger, sechziger und siebziger Jahre – die Möglichkeiten von oppositionellem und widerständigem Verhalten aufzuarbeiten, wollen wir uns heute, zumindest in der ersten Runde, verstärkt mit Einzelschicksalen beschäftigen, mit persönlichem Widerstand. Gestern war für mich noch deutlich, daß zumindest in den fünfziger Jahren parteiübergreifend Opposition möglich war. Wir haben gehört von Hochschulgruppen, die hier in Jena gewirkt haben. Es gab auch Gewerkschaftsaktivitäten, die man als Opposition begreifen konnte. Wir haben diesen Dekadenablauf unterbrochen durch die Jenaer Runde gestern abend. Die erste Gesprächsrunde heute hat den gleichen Duktus. Wir wollen also ohne definitiven Zeitbezug versuchen, Einzelschicksale, einzelnes widerständiges Verhalten zu untersuchen, und werden in der zweiten Runde heute nachmittag die achtziger Jahre noch einmal als Dekade insgesamt beleuchten.

Wir wollen uns zunächst vorstellen, um uns auch persönlich bekannt zu machen. Ich beginne mit Frau Bartl, bitte.

Eva-Maria Bartl: Mein Name ist Eva-Maria Bartl.

Ich möchte mich beim Vorsitzenden und bei den Kommissionsmitgliedern

bedanken für die Einladung, hier als Zeitzeugin zu sprechen. Ich bin froh, daß mir das Publikum Aufmerksamkeit entgegenbringt.

Ich will mich in der kurzen Vorstellung zunächst auf meine Biographie beschränken. Ich bin 1955 geboren, habe also bewußt gelebt in einem Land, in dem ich die Mauer bereits vorgefunden habe. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, daß sie gebaut wurde.

Ein Blick auf meine Eltern: Mein Vater hat in der DDR eine Ausbildung als Lehrer mit Schwerpunkt Pionierleiter absolviert, hat dann Karriere gemacht und war bis zum Schluß im Zentralrat der FDJ in hoher Funktion tätig. Mein Stiefvater ist Arbeiter, hat in den siebziger Jahren das SED-Mitgliedsbuch abgegeben und gleichzeitig seine Bereitschaft, in der Kampfgruppe mitzuwirken, zurückgenommen. Das zeigt das Spannungsfeld, in dem ich aufgewachsen bin. Einer meiner Brüder ist auf der Halleschen Stasi-Liste, von der einige von Ihnen wissen, als IM erschienen, was vorher der Familie nicht bekannt war. Ich will aber dazu sagen, daß in meiner Stasi-Akte von meinem Bruder nichts zu finden ist.

Meine Ausbildung habe ich in Halle genossen, wo ich auch geboren bin: Grundschule, Oberschule. Ich habe einen Beruf, habe an der Humboldt-Universität in Berlin Psychologie studiert, übe diesen Beruf auch aus, ununterbrochen, in den letzten Jahren sehr begrenzt, teilzeitbeschäftigt wegen der beiden Kinder, die ich habe.

Ich habe seit der Oberschulzeit versucht, mich in den Bereichen, wo Einflüsse der SED-Diktatur zu sehr in mein persönliches Leben hineinreichten, zu verweigern. Ich bin Herrn Schmidt dankbar, daß er den Begriff der „passiven Verweigerung“ eingebracht hat. Ich meine, die Beispiele, die ich zu nennen habe, kann man vielleicht unter einem solchen Stichwort am ehesten fassen.

Anfang der achtziger Jahre habe ich mich über persönliche Abgrenzung und Verweigerung hinaus einer Friedensgruppe angeschlossen. Wir nannten uns „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“, sind als „Ärztelkreis“ im Raum Halle und darüber hinaus bekannt gewesen. Ich habe in dieser Zeit begonnen, mich doch mehr in organisierten Formen des Abgrenzens und Nein-Sagens zu bewegen. Der Grund dafür war weniger das Leiden unter der SED-Diktatur als die existentielle Bedrohung, die ich in der Zeit des Kalten Krieges sehr spürte. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank, Herr Kowalczuk, bitte.

Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich bin auch dankbar, hier sprechen zu dürfen, zumal ich wahrscheinlich nicht nur heute, sondern überhaupt bei der Enquete-Kommission einer der jüngsten Zeitzeugen bin. Ich bin 1967 geboren und hoffe, im Laufe der Anhörung einen Blick auf die junge Generation vermitteln zu können. Wir haben gestern sehr viel über die Schulzeit, über die Armeezeit,

über das Studium gehört. Es wurde immer gesagt, daß das Studium der „Knackpunkt“ war. Ich würde nachher gern beim Stichwort „Motivierung“ in der Zeit davor anfangen, in der Schulzeit. Die Schulzeit und die Armeezeit hatten für mich einige solcher „Knackpunkte“, wo das eine und das andere passierte.

Zu meiner Biographie: Ich habe seit meinem 14. Lebensjahr Gespräche mit der Staatssicherheit führen dürfen, allerdings nicht so, wie es vorhin in dem Vortrag dargestellt worden ist, daß die „Kollegen“ mich da anwerben wollten, sondern sie haben das eine oder das andere von mir wissen wollen.

Ich habe dann Baufacharbeiter gelernt. Nach der Lehre begann für mich eine Odyssee, ich war einige Monate arbeitslos und habe versucht, als Pförtner in Berlin zu arbeiten. Nach der ungefähr 40. Bewerbung habe ich dann auch irgendwann einen Platz bekommen, habe im dritten Anlauf auf der Abendschule Abitur machen dürfen, durfte nicht studieren und habe dann während meiner Armeezeit kurz vor Ende der DDR eine Anklage wegen staatsfeindlicher Hetze an den Hals bekommen, die zum Glück aufgrund der Revolution niedergeschlagen wurde. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank, Herr Meusel bitte als nächster.

Georg Meusel: Ich bin 1942 geboren. Nach Mittel- und Oberschulverbot wegen Nichtmitgliedschaft in der Pionier- und FDJ-Organisation, Verweisung aus der Berufsschule wegen Nichtteilnahme am Fahnenappell und weil ich mich weigerte, das Bekenntniszeichen der Jungen Gemeinde abzulegen, und Studienverbot wegen Kritik an der Volksarmee arbeitete ich als Gärtner, als Lager- und Transportarbeiter, Schweißer und Elektriker in volkseigenen stahlverarbeitenden Industriebetrieben. Ich bin verheiratet, und wir haben vier Kinder. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Dann möchte ich Herrn Beleites bitten.

Michael Beleites: Mein Name ist Michael Beleites.

Ich bin 1964 in Halle geboren, gehöre also auch noch zu den Jüngeren. Ich bin auf einem Dorf bei Zeitz in einem Pfarrhaus ausgewachsen, habe nach der 10. Klasse, als mir eine Berufsausbildung mit Abitur verwehrt wurde, eine Ausbildung zum Präparator in Gera gemacht, habe dann fest zehn Jahre in Gera gelebt, dort im Zusammenhang mit kirchlicher Umweltbewegung, kirchlicher Friedensbewegung die Uranbergbaufolgen aufgedeckt, dort die Stasi-Auflösung 1989/90 mitbetrieben. Dann bin ich nach Berlin gegangen und habe versucht, ein Studium zu machen. Ich mache jetzt in Dresden ein Fachschulstudium Landwirtschaft. Der Zeitraum meines Engagements waren ziemlich exakt die achtziger Jahre. (Beifall)

Bernd Steinert: Mein Name ist Bernd Steinert.

Ich freue mich, daß ich heute hier sein kann. Daran schuld ist gewissermaßen mein Bruder, der eigentlich hier sitzen müßte, der viel betroffener war und der auch zum Eisenberger/Jenaer Kreis gehörte. Herrn Ammer danke ich ebenso, daß ich heute mit hier sein kann. Ich stamme aus dieser Gegend, 30 Kilometer von hier, aus Pöbneck, wurde 1940 geboren, stamme aus einem frommen, christlich-evangelischen Elternhaus, habe die Grund- und Oberschule besucht, dann nach vielen Problemen das Medizinstudium begonnen und wurde im fünften Semester, nach dem 13. August 1961, exmatrikuliert. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Ich möchte mich zunächst bei meinen „Kontaktpersonen“ hier vorn bedanken, daß sie die Vorgaben für die Vorstellung so exakt eingehalten haben.

Wir wollen jetzt Fragen des oppositionellen Verhaltens im Alltag eruieren. Ich möchte gern mit Ihnen, Herr Beleites, beginnen. Eine Hauptüberschrift heute morgen in der Zeitung betrifft eine Untersuchung zu den Umweltschäden durch den Uranbergbau. Wir sind immer noch dabei, diese Fragen zu behandeln. Es gibt noch keine abschließende Erklärung. Es tauchen ständig neue Ungereimtheiten und Mißstände auf. Herr Beleites, Sie haben sich schon zu DDR-Zeiten, natürlich unter ganz anderen Vorzeichen, dieser Problematik gewidmet. Ich möchte Sie bitten, uns hierzu etwas mitzuteilen.

Michael Beleites: Ich habe mich zu DDR-Zeiten sehr intensiv mit dem Themenkreis „Uranbergbaufolgen“ auseinandergesetzt. Das hatte seinen Anfang 1982/83 in der Raketendiskussion.

Es ging aber um weit mehr als um Raketen, es ging darum, daß durch diese wechselseitige Hochrüstung die Welt an den Rand des Abgrundes geraten war und mittels Atomwaffen, sei es durch ein technisches Versagen oder durch Aggressionsakte, die Möglichkeit bestand, daß gerade Mitteleuropa, also Deutschland, verglüht wird. Das habe ich sehr konkret auch als Angst empfunden. Wahrscheinlich spüren das Jüngere mehr oder direkter als Ältere, die solche Gefahren doch besser verdrängen können.

Ich habe mich intensiv eingebracht in die Diskussion, die damals lief, vor allem in kirchlichen Friedensgruppen, in Synoden. Es wurden Beschlüsse gefaßt oder der Beschluß des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 von Vancouver aufgegriffen: Es ist ein Verbrechen, sich an der Herstellung oder Anwendung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen, zu beteiligen. Dies wurde immer so frisch, frei, fröhlich beschlossen in der Gewißheit, daß das für uns überhaupt nicht zutrifft, daß das irgendwoanders passiert und wir nicht davon betroffen sind.

Nun sind aber im Süden der DDR Hunderttausende von Menschen im Uranbergbau beschäftigt gewesen. Eine ganze Region war damit beschäftigt, für das sowjetische Atombombenprojekt den Grundstoff, das Uran, aus der Erde zu wühlen. Nicht nur irgendwelche Leute, sondern auch Kirchenmitglieder waren daran intensiv beteiligt. Es stellte sich niemand die Frage: Inwieweit ist

das nicht auch Beteiligung an der Herstellung von Atomwaffen, und inwieweit ist das nicht in Frage zu stellen? Wird nicht dadurch, daß dieses Uran hier herausgewählt wird, die Situation überhaupt erst möglich gemacht, in der wir damals waren? Dies in die Diskussion zu bringen war ausgesprochen heikel, weil „Wismut“ ein Tabuthema war. Die „Wismut“ war praktisch ein Teil des sowjetischen Atombombenprojektes seit Ende der vierziger Jahre und hat sich in der DDR als Staat im Staate entwickelt. Man durfte darüber nicht sprechen, obwohl Hunderttausende damit beschäftigt waren.

In dieser Anfangszeit hat sich auch die Kirche sehr schwer getan, dieses Thema aufzugreifen. Es ist sogar bei Synoden abgebugelt worden, man hat es unter den Tisch fallen lassen. Man fand auch in den Gruppen kaum jemanden, der da richtig mit eingestiegen wäre. Es war einfach zu heikel. Ein neuer Ansatz kam dann durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, als klar war, daß radioaktive Umweltbelastungen auch im Niedrigdosisbereich zu langfristigen Schäden führen. Es lag auf der Hand, daß die Umweltbelastung im Zusammenhang mit dem Uranbergbau dieselben Effekte haben muß.

Ich war in Gruppen, die sich mit Friedensbewegungen aus Westdeutschland regelmäßig in der Tschechoslowakei oder in Ungarn trafen, da diese in die DDR nicht einreisen durften. Dort wurde vor allen Dingen mehr global diskutiert, nach Möglichkeiten eines „dritten Weges“ gesucht usw. Es waren aber auch Leute dabei, die das konkrete Anliegen, Informationen über die Uranbergbauproblematik zu erhalten, unterstützten und Literatur über entsprechende Abbauprobleme in Frankreich oder in den USA beschafften. Diese Erfahrungen waren ja übertragbar. Mit dieser Literatur konnte ich dann auch in Gera ganz gezielt recherchieren und letztlich Informationen mosaiksteinartig zusammenfügen, bis sich das Bild ergab, daß da eine ganze Region nicht nur verschandelt, sondern regelrecht verseucht ist und daß große Gefahren davon ausgehen.

Als ich die Mosaiksteine an Informationen zusammengetragen hatte, tat sich ein sehr düsteres Bild auf. Ich habe diese Informationen unter dem Titel „Pechblende“ vervielfältigt; „veröffentlicht“ kann man dazu nicht sagen, es wurde im Selbstdruck hergestellt. Das ist vom kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg zusammen mit dem kirchlichen Ärztekreis in Berlin herausgegeben worden. Dies war zum einen ein Schutz, zum anderen auch technische Hilfe. Das ist Anfang 1988 verbreitet worden und hat unwahrscheinliche Resonanz ausgelöst, also nicht nur Verfolgungen durch die Staatssicherheit, die auch vorher schon im Gange waren. Es ist dann auch erstmals in den westlichen Medien ein großes Thema geworden, ein bißchen eher sogar, da ich auf der Ökumenischen Versammlung in Dresden im Februar 1988 schon zu dem Thema gesprochen hatte und vorher auch heimlich in den verbotenen Gebieten ein Video gedreht hatte und Ausschnitte davon in einer „Kontraste“-Sendung

Ende 1987 gezeigt worden sind. Dadurch war dieses „Wismut“-Thema in der Öffentlichkeit.

Es gab dann Streit. Man hat das Problem bagatellisieren wollen, will das zum Teil bis heute noch. Man muß immer wieder sagen, daß es doch nicht so harmlos ist, wie es die DDR-Behörden dargestellt haben. Es ist gerade in den letzten Tagen wieder eine Studie auf den Tisch gekommen, die im Grunde das, was ich damals in der „Pechblende“ geschrieben habe, noch einmal mit Fakten untermauert und belegt, daß es keine harmlose Sache war, was da abgelaufen ist.

Zu der Frage des eigenständigen oppositionellen Verhaltens will ich sagen, daß es für mich dann auch wichtig war, über die Verweigerung hinauszugehen, daß also die Erkenntnis, daß die atomare Hochrüstung Wahnsinn und lebensbedrohlich ist, nicht nur dazu geführt hat, den Wehrdienst zu verweigern in einer Armee, die mit diesen Massenvernichtungswaffen operieren will, sondern daß es für mich auch wichtig war, über diese Verweigerung hinaus aktiv zu werden und, da ich in Gera wohnte und sich dort der Uranbergbau abspielte, das auch konkret zu beleuchten. Ich habe das aber nur bedingt als einzelner getan.

Ich hatte die Verbindung zu überregionalen Gruppen, gerade zu den Kreisen, wo wir uns mit westdeutschen Gruppen blockübergreifend trafen und auch themenübergreifend miteinander gesprochen haben. Es wäre mir dort nicht möglich gewesen, nur ganz speziell über dieses Uranbergbauproblem zu arbeiten. Ich hatte auch vor Ort in Gera einen Freundeskreis – zum Teil sogar meine Kulturbundgruppe –, mit dem ich zusammengearbeitet habe; aber bei dem konkreten Projekt der Urandokumentation „Pechblende“ war mir klar: Wenn das der Stasi vorher bekannt wird, dann ist das gestorben, dann wird, egal, was mit mir passiert, zumindest verhindert werden, daß das fertig wird. Ich wollte aber, daß es fertig und publik wird.

Deswegen habe ich mir gesagt, es darf vorher keiner davon erfahren, der nicht dorthin könnte. Daher haben das nur wirklich enge Freunde vorher zu erfahren bekommen. Und tatsächlich hat die Staatssicherheit dieses Manuskript erst in der Hand gehabt, als es fertig und verteilt war, nicht vorher. Es war in dieser Situation nicht nur wichtig, sondern auch zwingend, mir selbst ein Stück Isolation aufzuerlegen und zu sagen: „Das machst du allein oder weihst nur ganz bestimmte Leute ein.“ Sonst wäre das Projekt nicht gelaufen.

Ich bin gebeten worden, über das Engagement zu reden und nicht über die Repressionen, die sich daraus ergeben haben. Der Wunsch ist verständlich, es einmal von dieser Seite zu betrachten. Es gab natürlich nicht so ein herausragendes Engagement ohne eine entsprechend herausgehobene Verfolgung, und es gab eine Verfolgung, die bis in die heutige Zeit hineinreicht, so daß bestimmte Behinderungen in der beruflichen Entwicklung bis heute fortwirken, die mit der Verfolgung von damals zusammenhängen. Ich bin schon vor über

zwei Jahren von der Enquete-Kommission eingeladen worden und habe damals abschließend gesagt: „Es kann nicht sein, daß hier Veranstaltungen stattfinden, wo man die 'armen Opfer' anhört und die Geschichten erzählen läßt wie bei einer Kulturveranstaltung, aber dann nicht darüber nachdenkt, wie den Leuten geholfen werden kann.“ (Beifall)

Dann hat es noch einmal zwei Jahre gedauert, bis ein Gesetzentwurf für das 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz auf den Tisch kam. Zur Anhörung vor dem Rechtsausschuß zu diesem Entwurf war ich mit nach Rostock eingeladen, konnte dort auch meine Einwände vorbringen, daß es notwendig ist, bestimmte Regelungen, z. B. Studienzugang ohne Abitur, wie es ihn in einigen Bundesländern ohnehin schon gibt, auch für von operativen Vorgängen mit Zersetzungsmaßnahmen Betroffene oder Entschädigungsleistungen und ähnliches für von Zersetzungsmaßnahmen Betroffene einzuführen. Das ist nun nicht mit in dieses Gesetz aufgenommen worden.

Ich möchte deswegen hier noch einmal sehr deutlich sagen, daß ich anfangs mit sehr zwiespältigen Gefühlen hierher gefahren bin. Ich finde es auf der einen Seite wichtig, das zu beleuchten, was in der Vergangenheit gewesen ist, war wir gemacht haben; auf der anderen Seite finde ich es geradezu skandalös, wenn wir hier als Betroffene, als Engagierte, aber auch als Verfolgte vor dem Gesetzgeber Aussagen machen, der Gesetzgeber es am Ende der Legislaturperiode, nach der Revolution und nach der Vereinigung jedoch noch nicht zuwege gebracht hat, den Wegbereitern der Demokratisierung so weit zu helfen, daß sie einen gleichberechtigten Start in die demokratische Zukunft haben. Es ergibt sich für uns das fatale Bild, wie es einmal jemand sagte: „Was wollt ihr denn? Ihr habt Demokratie gewollt, und jetzt ist Demokratie, und Demokratie orientiert sich an Mehrheiten, aber die Gruppe der Widerständigen in der DDR war nun einmal keine Mehrheit; nun dürft ihr euch nicht wundern, wenn ihr hintenrunterfallt.“ (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank, Herr Beleites. Insbesondere darf ich Ihnen danken für die letzten Ausführungen, denn ich denke, sie sind sehr wichtig. Ich habe vorhin über das Selbstverständnis der Kommission gesprochen. Ich möchte das noch ergänzen um einen Punkt, daß wir uns bemühen, Anhörungen und Gespräche mit Opfergruppen natürlich auch auszuwerten und für die parlamentarische Arbeit aufzubereiten. Wir sind ja heute nicht in Jena angetreten, um Parteipolitik zu machen, obwohl das sicherlich auch reizvoll wäre, gerade bei diesem Thema. Gestern gab es einen solchen Versuch in der Diskussion, woraus ich die Schlußfolgerung gezogen habe, daß es sicherlich sinnvoll wäre, insbesondere wenn das Justizministerium darangeht, Gesetze über Entschädigungsregelungen, über Eigentumsfragen zu erarbeiten, eine solche Zeitzeugenanhörung vorzuschalten, um wirklich die Befindlichkeiten und die Anliegen – es geht ja fast nur um ostdeutsche Fragen, wenn ich von Entschädigungs- und Eigentumsregelungen spreche – der Bürger

in den neuen Bundesländern einzubringen. Das kommt mir auch insgesamt zu kurz. Die Kritik, die Sie eingebracht haben, möchte ich jedoch so pauschal nicht stehenlassen. Wir haben aus der Enquete-Kommission heraus durchaus schon einige Initiativen und Aktivitäten gestartet. Aber es ist sicherlich legitim, hier noch einmal besonders darauf hinzuweisen.

Herr Steinert, aus den Worten Ihres Vorredners ist deutlich geworden, daß von den Armeen des Warschauer Vertrages Bedrohungen und Gefahren ausgingen. Ich frage Sie: Hat das auch bei Ihrer Entscheidung eine Rolle gespielt, daß Sie sich 1961 und 1964 während des Studiums weigerten, eine Freiwilligkeitserklärung für den Armeedienst abzugeben?

Bernd Steinert: Dazu muß ich sagen, daß meine Entwicklung keineswegs geradlinig verlaufen ist. Ich deutete schon an, daß ich in einem christlichen Elternhaus groß geworden bin. Sie können sich ausmalen, daß das in den ersten Jahren sehr schwierig war: Der Vater war im Krieg geblieben, die Mutter hatte es sehr, sehr schwer. Ich habe trotzdem, wie auch mein Bruder, Grund- und Oberschule besuchen können und war dort natürlich den damaligen Einflüssen ausgesetzt, den Überzeugungen und Überredungen, vielleicht auch den Idealen und Vorstellungen, die einem, christlich und ethisch geprägt, im Kopf herumschwirren. So war ich in der Oberschule durchaus auch in der GST tätig, habe dort Kampfsport und Motorsport betrieben. Am Ende der Oberschulzeit war ich in der FDJ und habe mich – Sie werden es kaum glauben – verpflichtet, Offizier der NVA zu werden. Es hat sogar ein Bild in der Zeitung gegeben, und manche häßlichen Leute haben es uns noch aus Boshaftigkeit geschickt.

Ich stand also diesem Staat, diesem System zum Teil unkritisch und relativ wohlwollend, unbedarft gegenüber, mit 17 bis 18 Jahren. Kurz nachdem ich die Verpflichtung zur Offizierslaufbahn unterschrieben hatte, wurde mein Bruder verhaftet. Er hatte meines Wissens nie etwas unternommen, was als staatsfeindliche Tätigkeit hätte ausgelegt werden können. Er sitzt übrigens hier vorn. Er gehörte zur Jenaer/Eisenberger Gruppe. Er war von jemanden angesprochen worden: „Wenn es schwierig ist, dann kannst du doch einmal jemanden bei dir übernachten lassen.“ Das war die Zusage. Es war nie etwas gelaufen, es war nie etwas passiert, und als die Gruppe aufgefliegen ist, wurde auch er verhaftet. Auch Frau Benjamin hatte sich nicht entblödet, zu drohen: „Es werden Köpfe rollen.“ Ich weiß noch genau, wie emotional belastend das auf meine Mutter wirkte. Er wurde dann für nichts zu einem Jahr und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Stasi-Untersuchungshaft, Waldheim, mehr brauche ich vielleicht nicht zu sagen – für nichts, für gar nichts.

Eine ganz kleine Nebenepisode, aber auch sehr wichtig: Ich war in der Oberschulzeit ab und zu einmal bei der Post als Aushilfskraft tätig. Dadurch hatte meine Mutter manchmal mit dem Chef der Post in Pößneck zu tun. Und wie erstaunt, erschrocken war sie, als sie in Gera dann beim Prozeß meines

Bruders einen Herrn in Offiziersuniform sah, der in Pößneck der Postchef war. So lief das also in der DDR.

Ich habe aufgrund der Ereignisse um die Verhaftung und Verurteilung meines Bruders die Verpflichtung zur Armee zurückgezogen und bin dann nach einem praktischen Jahr doch merkwürdigerweise ohne größere Schwierigkeiten zum Studium in Jena zugelassen worden. Ich habe Medizin studiert, habe auch das Vorphysikum gut passiert und stand kurz vor dem Physikum. Sie alle kennen die Zeit; ich brauche nicht auszumalen, wie schwierig die Situation im Sommer oder Herbst 1961 war. Der Kalte Krieg war auf dem Höhepunkt. Ich hatte im Frühjahr aus Glaubens- und Gewissensgründen meinen Austritt aus GST und FDJ erklärt, was merkwürdigerweise gar nicht irgendwie bestraft wurde; es wurde hingegenommen. Ich habe unter anderem gesagt, ich möchte kein zahlendes Mitglied mehr sein, aus Glaubens- und Gewissensgründen möchte ich austreten. Dann kam der Mauerbau am 13. August, und wie viele andere auch habe ich mit Wut und Ohnmacht ansehen müssen, was da passierte. Man wollte es gar nicht glauben, als am Sonntag früh bei wunderschönem Wetter die Nachricht durchs Radio kam, daß alles dicht ist.

In Jena verstärkte sich dann der Druck auf die Studenten. Wie es an anderen Universitäten und Hochschulen war, weiß ich bis zur Stunde nicht. Es war auch so, daß Informationen nicht gelaufen sind, wenn es die Leute nicht selbst gemacht haben. Ich war vielleicht auch von meiner Mentalität und Erziehung her einer, der immer allein stand und auch, ehrlich gesagt, keinen Anschluß oder keine Gruppe gesucht hat. Ich bin aber auch nicht angesprochen und gefragt worden: „Willst du nicht mitmachen?“

So stand ich dann allein mit der Frage, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, im Bedarfsfall, im „Notfall“ gegen die Bundesrepublik zu kämpfen. Es bestand damals in der DDR noch keine Wehrpflicht. Die Wehrpflicht kam erst im Januar 1962. Es ging um die freiwillige Erklärung, zum Kampf gegen die Bundesrepublik bereit zu sein. Dies habe ich nicht unterschrieben. Ob das noch jemand anders nicht unterschrieben hat und wie es woanders gelaufen ist, weiß ich nicht. Ich habe gedacht, ich bin der einzige. Nicht, daß ich mich auf ein Podest gestellt gefühlt habe, im Gegenteil. Ich habe schon die Schwere oder die Dramatik der Entscheidung empfunden. Ich weiß schon, daß es eine ganz schlimme Zäsur in meinem damaligen Leben war. So habe ich es auch später in den verschiedensten Bereichen erlebt.

Es fiel gestern der Name Helmut Diener im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953. Ich habe Medizin studiert und ging einmal aus Neugier in die Anatomie ganz oben unter dem Dach, da ist eine große anatomische Sammlung. Dort habe ich eine Vitrine gesehen, darin waren preußisch-deutsch, schön sauber aufgereiht lauter Schädel, und auf Zettelchen stand „Juni 1953“, „Juni 1953“, „Juni 1953“, und merkwürdigerweise hatten alle diese Schädel an der Schläfe ein Loch. Also Diener ist kein Einzelfall. Diese Menschen waren nach meiner

Ansicht nicht normal exekutiert worden. Sie waren nach meiner Ansicht – die Fachleute müßten das bestätigen – mit aufgesetztem Schuß getötet worden. Wenn man so etwas sieht, vergißt man das nie. Dann weiß man auch, wie der Staat und die Stasi im schlimmsten Fall reagieren. So etwas hat auch immer wieder einmal eine Rolle gespielt. Damals und auch später haben mehr Gefühle und Einengung und Depression eine außerordentliche Rolle gespielt.

Ich habe 1964 – um das Kapitel abzuschließen – versucht, hier in Jena wieder einzusteigen. Ich habe das ganz formal beantragt und wurde hierher eingeladen. Die FDJ, etwas ganz Wichtiges, war natürlich dabei und jemand von der Hochschulleitung. Sie haben mir gesagt: „Wenn Sie wieder einsteigen wollen, dann müssen Sie das unterschreiben, was Sie damals nicht unterschrieben haben.“ Und paradoxerweise gab es inzwischen längst die Wehrpflicht, das hatte also gar keinen Sinn mehr. Sie sagten das also nur, um ihre Macht zu beweisen, Druck auszuüben und deutlich zu machen: „So nicht; wir bestimmen, wie es läuft.“

Zur Exmatrikulation 1961 ist noch zu sagen, daß darin eingeschlossen war, daß ich natürlich in allen Universitäten und Hochschulen nicht mehr studieren durfte.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank, Herr Steinert.

Kritik und Verweigerung im Alltag, das waren eigentlich die feinen Nadelstiche, mit denen man die Machthaber im SED-Staat nerven, mit denen man deutlich machen konnte, wie weit der Spielraum auszureizen war, den jeder einzelne hatte. Ich möchte gern überleiten zu Frau Bartl, die sicher aus eigenem Erleben einige Beispiele für dieses Verhalten schildern kann.

Eva-Maria Bartl: Ich muß am Anfang sagen, daß ich zwar auch lächle, wenn Sie „Kontaktperson“ sagen; aber ich bin ganz froh, daß ich in eine solche Situation nicht kam, weil ich nicht sagen kann, wie ich mich verhalten hätte. Ich weiß es nicht.

Am Anfang möchte ich auch sagen, daß Sie meinen Namen und meine Anwesenheit hier als Synonym und Beispiel sehen sollten für viele in der DDR – für viele Frauen auch, die hier so wenig in einer aktiven Rolle sind –, die versucht haben, im Alltagsgeschehen sich zu distanzieren und zu wehren gegen manchen Übergriff der SED-Diktatur.

Ich bin mir nicht so sicher, ob die Beispiele, die ich hier nennen will, Bagatellen oder Lappalien sind oder ob es Beispiele sein können für das, was Sie „passive Verweigerung“ genannt haben. (Zuruf: Vielleicht auch „aktive Verweigerung“!)

– „Aktive Verweigerung“, ja. Das zeigt auch den Konflikt, den ich bei dieser Formulierung im Kopf habe.

Ich bin mir auch deswegen nicht so sicher, weil die Beispiele, die ich Ihnen aus

meinem eigenen Erleben und aus meinem Bekanntenkreis nennen kann, wenig in Stasi-Unterlagen dokumentiert sind. Es sind Dinge, die mehr im Alltag eine Rolle gespielt haben, die in den Stasi-Akten auch nicht erfassbar waren. Damit will ich überleiten zu dem, wie ich meinen kurzen Vortrag gegliedert habe.

Bei der Einladung, über Folgen der SED-Diktatur zu sprechen, habe ich weniger an Dinge gedacht, die bei der Stasi dokumentiert waren oder eine Rolle gespielt haben, sondern mehr an Dinge, die durch die SED-Diktatur in den Alltag und in das scheinbar unpolitische Leben eingegriffen haben. Für die, die in der DDR gelebt haben, ist klar, die SED-Diktatur reichte in alle Bereiche hinein. Für die, die es sich jetzt anhören, hier z. B. heute, noch einmal ein kleiner Blick auf ein Alltagsgeschehen, wodurch sie vielleicht manche größeren Zusammenhänge besser beurteilen können, wenn Sie eine Stimmung geschildert bekommen, die Sie nicht erleben mußten.

Ich möchte mit dem Bereich Schule anfangen. Ich habe selbst in der neunten oder zehnten Klasse – ich kann mich nicht mehr genau entsinnen – erlebt, daß ich aus einem Unterrichtsfach, das ich sehr liebte, Englisch, herausgenommen wurde. Ich bekam einen großen Schreck, als mitten in der Unterrichtsstunde die Tür aufging, der Direktor hereinkam mit noch einem Mann: „Fräulein Bartholomäus – so hieß ich damals –, kommen Sie bitte mit.“ Da steht man als Schülerin auf und denkt: „O Gott, was hast du gemacht, was ist los?“ Da kriegt man Angst. Ich bin mit ins Direktorenzimmer gegangen. Dort standen der Direktor, einer von der FDJ – die Schule hatte einen hauptamtlichen FDJ-Sekretär – und noch ein Mann. Die sagten: „Wir haben Sie hierhergebeten, weil wir gehört haben, daß Sie sich zur Jungen Gemeinde hingezogen fühlen, daß Sie dort die Veranstaltungen besuchen.“ Ich war still. Die sagten, sie hätten das gehört, und fragten, ob das stimme. Ich sagte: „Ja, ich bin Mitglied in einer Jungen Gemeinde.“ Dann haben sie gesagt, sie würden mich bitten, dort nicht mehr hinzugehen, weil – das war die Begründung, die ich nicht vergessen werde – ich damit Verrat an der Arbeiterklasse üben würde. (Zuruf: Wann war das?)

– 1974 habe ich Abitur gemacht, also 1971/72. Das war eine Sprache, in der ich nicht dachte. Das war eine Sprache, die auch meine Lehrer mir nicht nahebrachten. Das war etwas ganz Fremdes für mich. Ich habe das zu Hause besprochen. Ich habe meinen Eltern gesagt: „Die haben gesagt, ich soll da nicht mehr hingehen, das sei Verrat an der Arbeiterklasse.“ Meine Eltern sagten: „Das sind Spinner; wir verstehen das nicht. Du kannst dahin gehen; wir sehen das zwar nicht gern, denn du gefährdest deine berufliche Entwicklung; aber wir können dich nicht hindern, weil wir merken, du gehst gerne dahin.“ Und dabei blieb es auch. Ich habe nicht überlegt, ob ich dahin gehe oder nicht. Ich will nur mein Befremden über solches Denken, das mir da entgegenkam, ausdrücken.

Meine Mitschüler haben mich gefragt: „Was war los? Wieso mußtest du zum

Direktor?“ Ich habe das so erzählt. Da haben sie gelacht, haben sich umgedreht oder haben Angst gekriegt, ich weiß es nicht.

Ein anderes Beispiel aus dem Schulbereich, ganz anders gelagert; ich war viel älter. Wir haben in einem Freundes- und Bekanntenkreis, als die eigenen Kinder heranwuchsen, überlegt: „Kann man denn die Kinder hier in der DDR in eine Schule geben, können wir das unseren Kindern zumuten?“ Wir haben überlegt: „Wir müssen es, weil wir hierbleiben wollen, also können wir nur versuchen, mit Kritik etwas zu verändern.“ Wir haben uns die Schulbücher vorgenommen und sie auf militärische und paramilitärische Inhalte hin untersucht. Wir haben wenig gefunden – weniger, als wir dachten – an schlimmen militärischen Dingen. Aber die wenigen fanden wir ausreichend. So mußten die Kinder einer zweiten oder dritten Klasse Grundrechenarten am Beispiel von Panzermengen lernen.

Wir haben einen Brief an den damals gerade geplanten Pädagogischen Kongreß geschrieben, haben auf diese Beispiele hingewiesen, haben das auch nicht christlich begründet, obwohl wir zum größten Teil aus solchen Elternhäusern oder solcher Gedankenwelt kamen. Wir haben hineingeschrieben, wir möchten nicht, daß unsere Kinder nach solchen Inhalten unterrichtet werden. Wir haben keine Antwort bekommen. Wir waren auch nicht so naiv zu glauben, wir bekämen eine. Wir wollten die Situation bewältigen. Wir wollten dem, was uns entgegenkam, aktiv etwas entgegensetzen.

Das waren zwei Beispiele aus dem Schulbereich.

Beispiele aus der Zeit der Berufsausbildung betrafen mich an einer Hochschule, an die ich wider Erwarten ohne Komplikationen gekommen war. Man bekam an der Schule in der DDR nicht nur Zensuren, sondern auch eine gesellschaftliche Beurteilung, die einen sehr großen Stellenwert hatte. In meiner Beurteilung steht unter anderem: „Der Klassenstandpunkt von Eva-Maria muß noch gefestigt werden.“

„Der Klassenstandpunkt“ – wieder diese Sprache. Jeder wußte, was das bedeutet. Da ich mich aber für das Studienfach Psychologie entschieden hatte und an der Humboldt-Universität in Berlin zumindest in der damaligen Zeit viele von denen, die entscheiden mußten, welche Schüler als Studenten angenommen werden, Vertreter eines humanistischen Gedankenguts waren, die nach meiner Meinung solche Formulierungen schon einordnen konnten, hatte ich Glück. Vielleicht war es auch eine Quotenregelung, ich kann es nicht beurteilen; ich bekam den Studienplatz. Es war bitter für mich, daß später Freundinnen zu mir sagten: „Na, du mußt ja ganz schön rot gewesen sein, daß du solchen Studienplatz bekommen konntest.“ Ich konnte es nicht erklären. Ich habe an der Humboldt-Universität studiert.

Es war für alle Studenten in der DDR üblich, neben der fachlichen Ausbildung ideologische Veranstaltungen zu besuchen. Es war gefordert, man mußte ein „Abzeichen für gutes Wissen“ erwerben. Das bekam man, wenn man an einem

FDJ-Lehrjahr teilnahm. Ich habe diese Veranstaltungen nicht besucht, nicht eine davon. Ich wurde von der FDJ-Gruppe gefragt, ob ich auf das Abzeichen nicht Wert legen würde. Ich habe gesagt: „Natürlich nicht, sonst würde ich hingehen. Ich möchte es nicht haben.“ Es gab Kommilitonen, die sich mir angeschlossen haben, aber es waren wenige.

Man mußte eine „Rote Woche“ besuchen. Eine Woche vor Beginn des regulären Semesters mußte man da sein und sich eine Menge Vorträge in der Sprache, die mir ganz fremd war, anhören. Ich bin da auch nicht hingegangen, aber andere auch nicht.

Der ML-Unterricht, der obligatorisch war – zu dem bin ich gegangen –, bestand aus drei Einheiten. Im ersten Jahr hatte man das Unterrichtsfach „Grundlagen der marxistischen Philosophie“, das habe ich gern besucht, das war interessant. Es vermittelte tatsächlich ein bißchen Eindruck von Philosophie. Man konnte außer dem, was einem erklärt wurde, noch etwas lesen. Im zweiten Jahr nannte es sich „Politische Ökonomie“, das fand ich auch noch halbwegs interessant. „Wissenschaftlicher Kommunismus“ – damit war es dann vollends vorbei, das habe ich nicht verstanden. Ich habe diese Veranstaltungen besucht – mit großem Widerwillen, aber ich war Studentin an einer sozialistischen Universität. Ich mußte das tun.

Ich bin in dieser Zeit, in der ich Studentin war, Kompromisse eingegangen. Ich bin zu einer Volkskammerwahl gegangen, der einzigen Wahl, die ich jemals in der DDR-Zeit besucht habe (Zuruf: „Besucht“ ist richtig – Heiterkeit) aus Gründen, die viele mit mir geteilt haben: Es ist keine Wahl gewesen, das wissen Sie alle. Aber nicht hinzugehen, das war eine Wahl. Ich konnte wählen zwischen Namendurchstreichen und Nichthingehen. Ich hatte mich so entschieden. Aber im Studium bin ich hingegangen; leider fiel in diese Zeit eine Wahl.

Ich habe gerne studiert. Ich habe außer Psychologie als Gasthörer Vorlesungen besucht. Philosophie interessierte mich. Es gab ja trotz marxistisch-leninistischer Prägung tatsächlich Philosophiegeschichte. Man konnte Philosophievorlesungen hören, gerade an der Humboldt-Universität in Berlin. Ich habe Germanistikvorlesungen besucht, weil ich eine Neigung zu diesem Fach hatte. Ich hatte einen FDJ-Gruppensekretär, der nahm mich öfter zur Seite und sagte: „Eva-Maria, wir haben gehört, du besuchst andere Vorlesungen.“ „Ja“, habe ich gesagt. „Wieso machst du das?“ Ich sagte: „Du, das interessiert mich.“ „Ach so“, sagte er.

Ich habe gern studiert; ich habe gute Zensuren bekommen für die Arbeiten, die ich abliefern mußte. Die Professoren sind auf mich aufmerksam geworden. „Da ist eine, die ist interessiert.“ Es gab ja viele Ältere, denen gefiel das, die haben zu mir gesagt: „Forschungsstudentin, das wäre doch etwas!“ Da habe ich gesagt: „Ja, das wäre etwas, das gefällt mir, das möchte ich gern machen.“ Ich war ein Jahr lang Forschungsstudentin und bin nach dem

einen Jahr exmatrikuliert worden durch diesen FDJ-Sekretär. Ich mußte noch eine Prüfung ablegen im „Wissenschaftlichen Kommunismus“, habe in dieser Prüfung eine so schlechte Zensur bekommen, möglicherweise in dem System zu Recht; ich wußte wenig zu erzählen. Ich hatte die ungewöhnliche Frage nach der Rolle Chinas bei der Entwicklung des Kommunismus. Das fand ich ausgesprochen schwierig. (Heiterkeit)

Ich hatte einen anderen Prüfer als alle anderen; ich hatte eine andere Prüfungszeit als alle anderen Studenten. Es war auffällig, nicht nur mir. Ich bekam eine Vier. Das war für mich innerlich eigentlich ein Lob, aber das bedeutete, daß ich mit einer Vier in einem Hauptfach, was ja Marxismus-Leninismus war, insgesamt in meinem Hochschulzeugnis nur noch eine Drei bekommen konnte, weil man nicht um zwei Zensuren besser sein durfte. Es war eine ganz komplizierte Rechnung.

Nun das Ende vom Lied: Mit einem Hochschulzeugnis mit einer Drei, die im Widerspruch zu allen anderen Zensuren stand, konnte ich nicht ein Forschungsstudium an einer sozialistischen Universität weiterführen. Dieser FDJ-Sekretär kam zu mir, legte die Hand auf meine Schulter und sagte: „Eva-Maria, mit dieser Vier ist es nun vorbei hier mit dir.“ Später hat dieser Student diesen Forschungsstudienplatz bekommen. Ich brauchte nicht auf meine Stasi-Akten zu warten, um nachzulesen, wie die Zusammenhänge waren. Das konnte ich mir alleine denken.

Nun war ich in der glücklichen Lage, wie wenige in der DDR – man unterlag ja der Absolventenvermittlung –, mir allein einen Arbeitsplatz zu suchen. Das ist mir auch gelungen.

Ich habe dieses Beispiel ein bißchen ausführlicher erzählt, als ich die anderen erzählen werde, denn es hat mich sehr gekränkt. Das können Sie sicher verstehen. An dieser Stelle habe ich, wie ich denke, das einzige Mal in meiner Biographie bisher wirklich gespürt, was diese Macht bedeuten kann.

Ich habe meinen Beruf dann später im praktischen Bereich ausgeübt. In der Psychologie muß man sich entscheiden: Entweder man arbeitet theoretisch oder praktisch. Für mich wurde sozusagen entschieden, daß ich praktisch arbeite. Ich habe auch immer Arbeitsstellen gefunden. Da habe ich folgende Beispiele erlebt, die auch exemplarisch für verschiedene Berufsgruppen sind.

Einmal bei einer Weiterbildung sollten wir Tonbandgespräche mit Patienten mitbringen. Das war eine ganz gute Sache. Die wurden ausgewertet. Wir Kollegen besprachen die Kriterien, ob das Gespräch gut war oder nicht. Ich hatte einen Konflikt ausgewählt, den ich nicht so tiefgehend fand, und die Patientin, die mir den Konflikt schilderte, war auch nicht so gestört, weil ich es nicht mochte und es mir auch zu schwierig war, von Schwerkranken Gespräche vorzustellen. Ich wußte, daß es ein heißes Eisen war, das ich anfaßte. Aber es war ein Stück DDR-Realität. Diese Person hatte mir den Konflikt geschildert:

Ihre Eltern gehen nach dem Westen, und sie überlegt, hinterherzugehen. Was soll sie tun? Für mich war es ein gut nachvollziehbarer Konflikt: Die Eltern verlassen das Land; gehe ich mit oder gehe ich nicht mit? Wenn ich hierbleibe, kann ich sie vielleicht nicht wiedersehen; eigentlich möchte ich hierbleiben, ich habe hier meine Freunde; ich habe hier meine Arbeit. Was soll ich tun?

Diesen Konflikt habe ich im Sinne der Gesprächspsychotherapie, in der ich ausgebildet bin, besprochen. Ich habe dieses Tonband in der Weiterbildung – vielleicht waren 15 Leute im Raum – vorgestellt. Das lief nicht zwei Minuten. Die Kollegen haben das Problem erfaßt; einer sprang auf, rannte zu dem Tonbandgerät, stellte es aus, drei andere verließen den Raum. Sie haben mir hinterher gesagt: „Du hast uns gefährdet, wir dürfen so etwas nicht anhören.“ Das ging mir nahe; ich wollte niemanden gefährden.

Zwei andere Beispiele für Einflüsse der SED-Diktatur auf die Art der Berufsausübung: Ich habe die meiste Zeit meiner beruflichen Tätigkeit in kirchlichen Krankenhäusern gearbeitet. Nun wird ja oft gesagt – und man kann es lesen –, daß das eine Nische und ein Schutz war. Das war es auch, aber begrenzt. Ich habe in einem kirchlichen Krankenhaus erlebt, daß mein Chefarzt in Dienstbesprechungen, wo Kollegen dabei waren, mich aufgefordert hat, Vorträge, die ich im Rahmen der Kirche gehalten habe über Feindbildabbau, über Stereotypen, über Schulbuchauswertung – das Beispiel, das ich vorhin nannte –, nicht mehr zu halten. Ein kirchlicher Chefarzt! Ich wußte, was das bedeutet. Ich hatte meine Teilzeitstelle, die mir ausgesprochen wichtig war. Ich war von ihm abhängig. Ich habe diese Vorträge weiter gehalten. Das ist mir ein Beispiel, daß es auch in kirchlichen Häusern so war.

Ein anderes Beispiel, das mich auch gekränkt hat, war, daß der Geschäftsführer ebenfalls eines kirchlichen Krankenhauses auf mich zukam und sagte: „Es ist sehr heikel, was ich Sie fragen möchte, aber ich möchte es tun, ich muß es tun.“ Ich hatte eine internationale Tagung im Rahmen der Ärzteorganisation IPPNW, Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges, in Moskau besuchen können und dort absichtlich und willentlich Kontakt zu westdeutschen Kollegen hergestellt. Das sah so aus, daß man abends zusammensaß, erzählte und trank bis spät in die Nacht. Es war durchaus auch etwas sehr Geselliges. Dieser Geschäftsführer des Krankenhauses sprach mich im Krankenhausgelände an – wir waren beide allein – und sagte: „Sie wissen ja, daß die Staatssicherheit Kontakt hält zu unserem Krankenhaus.“ Das wußte ich. Die haben gefragt, ob ich tatsächlich mit einem westdeutschen Kollegen intimen Kontakt gehabt hätte. Das müssen Sie sich einmal vorstellen: Der Arbeitgeber kommt mit solchen Fragen auf einen zu.

Zwei Beispiele, um Ihnen klarzumachen, daß die berühmt-berüchtigte Nische auch nicht davor schützen konnte, die SED-Diktatur am eigenen Leibe zu spüren.

Ein anderes Beispiel noch: Ich hatte meine Ambitionen, mich theoretisch

weiterzubilden, nicht aufzugeben. Ich habe zwischendurch einmal die Gelegenheit genutzt. In einem großen Krankenhaus war aufgerufen worden. „Junge Kollegen, die wollen, können eine Promotion im Rahmen eines DDR-Forschungsprojektes machen.“ Ich bin hingegangen und dachte, es ist eine gute Gelegenheit, berufsbegleitend doch noch die Promotion zu machen. Die Rede fing damit an: „Sie wissen, daß Sie in der Einführung auf den letzten Parteitag Bezug nehmen müssen.“ Da bin ich aufgestanden und gegangen. Ich wußte, daß ich das tun mußte, aber ich hatte die Hoffnung, vielleicht würde es nicht so sein. Es war aber doch so.

Viertes Beispiel – das Verhalten zu Massenorganisationen: Die SED war ja, weiß Gott, nicht die einzige Anbindung. Ich muß sagen, daß ich gerne bei den Pionieren war; das befriedigte meine kindlichen Bedürfnisse. Wir sind ums Lagerfeuer gerannt, haben da Knüppelkuchen gebacken; wir haben in Zelten geschlafen, auf Strohsäcken, das war toll. Ich hatte mich als Kind ganz und gar identifiziert mit dem Ganzen. Wir mußten abends mit Fackeln in der Hand um ein Thälmann-Bild laufen. Das fand ich komisch. Aber das Bild war gar nicht so unfreundlich. Der hatte so eine schicke Mütze auf und hieß Thälmann – ja, was wußte ich! Die anderen machten das auch gern. Ich war gerne Pionier! Wir haben Lieder gesungen, die waren einfach und leicht, die konnte man schnell nachsingen.

Mit der FDJ wurde das schwieriger. Ich kam dann in ein Alter, wo ich andere Interessen hatte oder am Lagerfeuer andere Lieder singen wollte. Ich habe in der Jungen Gemeinde dann eine geistige Heimat gefunden. Ich kam erst später zur Kirche und habe mich auch erst später taufen lassen. Das war zunächst ein geistiges, kulturelles Interesse. Da wurde es schwieriger.

Als ich mein Studium beendet hatte, bekam ich meinen SV-Ausweis – der war das, was heute die Krankenscheine sind –, einen grünen Ausweis in die Hand und gleichzeitig dazu den FDGB-Mitgliedsausweis mit meinem Namen drin. Ich wunderte mich. Ich hatte keinen Antrag gestellt und war Mitglied im FDGB. Na gut, dachte ich, nimmst ihn erst einmal mit. Ich ging auf meine erste Arbeitsstelle, und da gab es eine FDGB-Vertrauensfrau, die bei allen beliebt war; ich mochte sie auch, eine mütterliche Frau; wir alle hatten viel Zuneigung zu ihr. Zu der sagte ich nach einiger Zeit: „Du, ich möchte nicht Mitglied sein im FDGB; ich möchte das nicht tun. Ich kann dich gut leiden; das hat mit dir nichts zu tun. Wir sitzen ja eh zusammen, erzählen und gehen mal in die Kneipe und sonstwas; aber FDGB, das ist nichts, was ich teile.“ Da hat sie gesagt: „Was machen wir denn nun? Das kann ich ja verstehen, bist du eben nicht mehr Mitglied; ich weiß es jetzt. Können wir das aber so machen, wenn wir hier um den Titel 'Sozialistische Brigade' kämpfen, daß du dann trotzdem noch Mitglied bist, daß wir nach oben melden können: 'hundert Prozent?' Das war wichtig. Ich wußte, daß das für die Kollegen wichtig war, die bekamen nämlich Geld dafür, zwar nicht viel, aber die bekamen Geld, und

das wiederum wurde verpraßt. Da habe ich gesagt: „Ich kann es nicht ändern, wenn du dich so entscheidest; ich will es auch nicht ändern. Ich möchte nicht Mitglied sein. Und wenn die Gelder kommen, komme ich gerne mit euch mit, aber ich bezahle meins selber.“ Die Gelder haben eh nicht gereicht, um eine Riesenfete zu machen; man mußte noch zuzahlen. Dann habe ich meinen Ausweis vor ihren Augen zerrissen und war dann nicht mehr Mitglied, bezahlte auch nicht. Ich habe aber nie etwas gehört. Die Mitgliedsbeiträge müssen ja irgendwo gefehlt haben.

Wenn es hier um Möglichkeiten und Grenzen geht, wird Ihnen klar, daß ich versucht habe und Freunde von mir natürlich auch, in einer Balance zu leben zwischen beiden. Ich habe z. B. während der Zeit meines Studiums auch eine dieser schlimmen Maidemonstrationen mitgemacht. Ich wollte diesen Berufsabschluß haben. Ich bin an der Tribüne vorbeigegangen; ich habe natürlich nicht gewinkt. Aber ich war eine von denen, die da gelaufen sind – in diesem einen Jahr. Später ist mir gesagt worden: „Dann und dann ist Treffpunkt.“ Da war Treffpunkt, aber ich bin nicht hingegangen und viele andere auch nicht. Und es passierte auch nichts. Hinterher sagte irgend jemand: „Du warst ja nicht da.“ Ich sagte: „Ja, ich war nicht da.“

Das fünfte Beispiel: Was sich nach meiner Meinung auf besonders gefährliche Weise bei der SED-Diktatur ausgewirkt hat, war, daß man dieses System für so geschlossen hielt. Die Mauer war das eine und die wenigen Kontakte, die man demzufolge haben konnte, das andere. Ich wollte mir das nicht gefallen lassen. Ich habe – in Berlin war das nicht so schwierig – Kontakte gesucht und gefunden zu gleichaltrigen Studenten, die auch deutsch sprachen – damals sprach ich nicht so gut englisch –, und habe diese Kontakte gepflegt. Wir haben uns Briefe geschrieben. Meine Stasi-Akte ist voll von sehr persönlichen Briefkopien, die keine direkte politische Bedeutung haben.

Ich hatte eine Freundin in Schweden, zu der sich eine tiefe und gute Freundschaft entwickelt hat. Es ging nicht vordergründig um politische Inhalte. Es ging um etwas ganz Normales: daß man sich als junger Mensch mit anderen austauschen, andere Entwicklungen kennenlernen und Vergleiche anstellen möchte: Wie studieren andere, wie entwickeln sie sich, wie kriegen sie ihre Kinder, wie erziehen sie sie? Sie hat zwar oft in dem einen Jahr keine Einreise bekommen – sie kam dann häufig nach Ost-Berlin –, aber im nächsten Jahr bekam sie wieder eine, oder wir haben uns viel geschrieben und viel miteinander telefoniert. Die Verbindung ist nicht abgerissen.

Später, Ende der siebziger oder Anfang der achtziger Jahre, habe ich in einem beruflichen Zusammenhang in Halle westdeutsche Kollegen kennengelernt; sie sagten zu mir: „Unsere Familie lebt in Westdeutschland, mehr oder weniger zufällig; wir haben keinen Kontakt nach Ostdeutschland. Wir möchten gern eine Familie haben, mit der wir wegen der deutschen Problematik in

Verbindung stehen.“ Ich habe dem gerne zugestimmt. Auch daraus hat sich eine nette Beziehung mit gegenseitigen Besuchen entwickelt.

Ich habe, als ich zu dem IPPNW-Kongreß in Moskau war, ganz bewußt Kontakt zu westdeutschen Arztkollegen gesucht, um für unsere Gruppe in Halle Kontaktpersonen zu haben. Wir brauchten Literatur, wir brauchten Austausch. Wir wollten dieses Geschlossene nicht mitmachen. Das ist mir auch gelungen; es gab ja viele Interessierte; das war ja nicht schwer. Ein paar Tage später, als ich wieder in Halle war, bekam ich einen Anruf eines Professors der Pharmakologie an der Halleschen Universität, der in der IPPNW etwas zu sagen hatte. Er rief mich privat an und sagte: „Frau Bartl, ich habe gehört, Sie haben auf einer Tagung Kontakt zu westdeutschen Kollegen gehabt.“ „Ja“, habe ich gesagt, „den habe ich gehabt.“ Seine Stimme war vorwurfsvoll. Ich habe dann noch gefragt: „Ja, und? Sie rufen mich deswegen an?“ „Ja, Sie wissen, daß das nicht erwünscht ist.“ Ich sagte: „Das war ein internationales Symposium. Sie können doch nicht verhindern, daß ich Kontakt zu anderen habe!“ „Sie haben den Kontakt gehabt und Sie haben mit Sicherheit die DDR verunglimpft.“ Das Gespräch war beendet, weil ich den Hörer aufgelegt habe. Ich habe aber auch erlebt, daß innerhalb dieser IPPNW die dort im Vorstand sitzenden Kollegen Scheu hatten, mit uns Leuten der Basis in der DDR Kontakt zu halten. (Zuruf: Die westlichen Kollegen?)- Ja, die westlichen, das habe ich auch erlebt. Sie haben zu mir gesagt: „Wir reden hier so schön, wir könnten gleich zusammen Mittag essen; aber die und die beobachten das, ich möchte es lieber nicht tun.“ Sie haben mich stehenlassen und haben untereinander auf der Führungsebene die Kontakte gepflegt.

Ich möchte noch kurz ein Beispiel nennen, das die Kirche betrifft. Ich habe mich Anfang meiner zwanziger Jahre von Pfarrer Linke taufen lassen. Er war auch gestern einmal im Gespräch. Ich habe mich gefreut. Ich hatte Kontakt zu dem Kreis in der Gemeinde und habe mich dort taufen lassen. Ich war dann zeitweise ein recht aktives Mitglied in der Kirche.

Ich habe erlebt, daß dann der Superintendent des Kirchenkreises auf mich zukam und sagte: „In Halle gibt es verschiedene kirchliche Friedensgruppen. Wir möchten gerne im Kreiskirchenrat ein Mitglied dieser Gruppen haben, und wir denken an Sie.“ Ich habe überlegt, mich mit den anderen beraten und gedacht: „Das ist gar nicht so schlecht; da sitzt man in einem Gremium, wo etwas entschieden wird für die Stadt; da kann man vielleicht mitentscheiden, und es kann so Einfluß hin und her gehen. Wenn die Stadtkirchenleitung das möchte, ist das ja auch ein gutes Zeichen für uns.“ Ich habe das gerne angenommen.

Ich habe dann bei der Kreissynode, wo ich als Synodale dabei war, schwere, lange und mühsame Abstimmungen von Gemeinden erlebt: „Geben wir Räume unserer Kirche frei für eine Veranstaltung des Ärztekreises? Was kann uns passieren? Warum sollten wir es machen und warum nicht?“ Ich konnte es

nicht mehr hören. Oft ist es so ausgegangen, daß wir Räume bekommen haben; aber es gab auch Gemeinden, die gesagt haben, daß sie das nicht möchten. Es war synodaler Beschluß, es mußte dann akzeptiert werden. Das verdeutlicht, daß das Verhältnis zur Institution Kirche nicht unproblematisch war.

Ich möchte noch ein letztes Beispiel aus dem Bereich des Verhaltens von einzelnen gegenüber den Staatsorganen, auch gegenüber der Staatssicherheit und der Polizei, nennen. Ich bekam einmal eine Vorladung, es muß Anfang der achtziger Jahre gewesen sein, vom Volkspolizeikreisamt in Halle, eine Karte „Vorladung zur Klärung eines Sachverhaltes“. Ich habe dort angerufen und gesagt, die Zeit passe mir zwar schlecht, aber es werde schon gehen; ich müsse nur wissen, um welchen Sachverhalt es geht. (Heiterkeit) Es hieß: „Das können wir Ihnen nicht sagen.“ Ich sagte, dann würde ich darum bitten, das zu klären und mich noch einmal richtig zu informieren, damit ich entscheiden könne, ob ich komme. Es war ja keine Vorladung im juristischen Sinne, es war eine Postkarte. Natürlich hätte ich mich nicht einer wirklichen Zeugenaussage entzogen. Ich habe davon nichts wieder gehört; ich weiß bis heute nicht, welcher „Sachverhalt“ da geklärt werden sollte.

Ein anderes Beispiel aus diesem Bereich: Innerhalb der Ärztegruppe gab es die sogenannten „Offiziellen“, die waren meistens in der SED, waren dicke da und hatten die großen Posten, und dann gab es die Kleinen, die sogenannten „Inoffiziellen“, die auch ihre Arbeit gemacht haben und auch im Ärztekreis aktiv waren. Ab und zu sollten die von den Oberen „diszipliniert“ werden, so haben sie das genannt. Man bekam einen Anruf: „Kommen Sie bitte nach Bernburg, der Chefarzt möchte mit Ihnen reden!“ Ich habe zurückgerufen – ich habe natürlich nur das Sekretariat bekommen – und gesagt, daß ich weder vorhabe, mich dort zu bewerben, noch daß zwischen unseren Krankenhäusern Kontakte bestehen, also fachlich gebe es nach meinem Wissen keinen Anlaß, mich einzuladen, es könne sich doch nur um die IPPNW-Sache handeln. Darauf hat die Sekretärin gesagt: „Ja, ja, es geht um IPPNW.“ Dann habe ich gesagt, das könne dann ja auch innerhalb der Mitgliederversammlung geregelt werden, ich würde doch nicht extra nach Bernburg fahren. Das steht in meinen Stasi-Akten vermerkt mit: „Verweigerte Disziplinierungsgespräch.“ Natürlich habe ich das verweigert. (Heiterkeit)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank, Frau Bartl. Ich hätte Ihnen gern noch länger zugehört. Ich bin hier im Konflikt. Zum einen wollen wir noch viele solche Beispiele hören; aber wir haben natürlich zeitliche Beschränkungen. Ich darf Ihnen ein großes Kompliment machen. Sie haben hier sehr eindringliche und anschauliche Bilder gezeichnet, so daß Sie bestimmte Dinge, die die Schizophrenie dieses Systems ausmachten, in unser Bewußtsein zurückgeholt haben.

Wenn Sie gestatten, noch eine ganz persönliche Anmerkung. Für mich wurde plötzlich mein eigenes Erleben wieder deutlich, wie ich die Hauptprüfung

im Fach Marxismus-Leninismus während des Studiums bestanden habe. Mit meinem Studienkumpel, mit dem ich auf einer Bude wohnte, zogen wir uns drei Tage vorher zurück, lernten die Themen auswendig. Es gab die Hauptüberschriften, untersetzt mit vier oder fünf Unterpunkten. Wir versuchten uns gegenseitig abzufragen und so auf die Prüfung vorzubereiten. Daß ich dann letztlich durchkam, war der Tatsache geschuldet, daß man immer als Doppelpartner in die Prüfung ging. Der Raum, in dem man die Frage zog, die man dann zu beantworten hatte, und wo man die Vorbereitungszeit „genoß“, war einige Schritte vom eigentlichen Prüfungsraum entfernt, und wir nutzten die Zeit, um die Fragen auszutauschen. Das war für mich die Chance, die Hürde zu überspringen, so daß ich dann nicht die Schwierigkeiten hatte, die Sie beschrieben haben. Die Schizophrenie trieb ja Blüten. Es gab den Begriff der „sozialistischen Persönlichkeit“, und Sie haben auch deutlich gemacht, welche Anforderungen an eine solche gestellt wurden. Man unterlag von vornherein den Kriterien, die die SED festgelegt hatte. Jeder, der kritisch eingestellt war, und jeder, der einigermaßen objektiv der Sache gegenüberstand, mußte sofort Aversionen haben.

Das war auch bei Ihnen so, Herr Kowalczuk. Sie haben während des Studiums gespürt, wie man aufgrund anderer ideologischer Anschauungen sofort den Repressionen des Staates ausgesetzt war. Sie sind auch aufgrund solcher Vorkommnisse „geext“ worden.

Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielleicht habe ich mich vorhin ein bißchen undeutlich ausgedrückt: Es hat bei mir leider nicht ganz bis zum Studium gereicht in der DDR; ich studiere erst jetzt. Gestern fiel das Wort – ich glaube, Jürgen Fuchs hat es in Abwandlung von Václav Havel gesagt –, daß eine Motivation zum widerständigen Verhalten in der DDR der Versuch sei, in Wahrheit zu leben. Mir leuchtet das auch sehr ein. Für meine Person muß ich allerdings sagen, der erste wichtige Punkt war, herauszufinden: Was ist denn überhaupt die Wahrheit, was ist denn überhaupt Ehrlichkeit? Ich konnte das als in der DDR Aufgewachsener nicht so ohne weiteres unterscheiden. Mir schien erst einmal das die Wahrheit und die Ehrlichkeit zu sein, was mir tagtäglich aus den Zeitungen bzw. aus dem Fernseher und aus meinem Elternhaus entgegenkam.

Ich möchte jetzt über meine ganz persönliche Motivierung sprechen, darüber nachzudenken, was in meinen Augen damals Ehrlichkeit und eventuell auch Wahrheit sein konnte. Für mich waren in meinem bisher relativ kurzen Leben zwei Stränge wichtig. Das waren das Elternhaus und die Schule. Ich bin in einem Elternhaus aufgewachsen, wo die Ideologie der SED niemals in Frage gestellt worden ist, wo die Politik des Staates auf das nachdrücklichste unterstützt wurde, wobei mir meine Eltern gleichzeitig doch auch immer wieder mit auf den Weg gaben, ehrlich zu sein und das zu sagen, was ich denke. Allerdings lebten sie selbst die Schizophrenie, daß sie mir das

zwar verbal beizubringen versuchten, sich aber selbst doch etwas eigenartig verhielten. Wenn es z. B. klingelte, der Versicherungsvertreter vor der Tür stand und wir gerade „heute“ schauten, wurde ein anderes Fernsehprogramm eingestellt. Das sind Verhaltensweisen, die sich mir doch als ziemlich merkwürdig einprägten.

Ich bin jedenfalls groß geworden mit der Ideologie, daß hier das wahre Deutschland entstehe, als das sich die Deutsche Demokratische Republik aus der Geschichte legitimierte. Ich habe als Kind zunächst überhaupt keinen Grund gehabt, daran zu zweifeln, und habe mich mehr oder weniger in diese Richtung für meine Lehrer und meine Eltern und sicherlich noch für andere Leute hoffnungsvoll entwickelt. Ich habe dann irgendwann im „entscheidungsreifen Alter“ von zwölf Jahren ausgerufen: „Jawohl, ich möchte Offizier der Nationalen Volksarmee werden!“ Alle um mich herum waren begeistert, die Eltern und die Lehrer. Die Quote konnte erfüllt werden etc. Man zog mit mir ins Wehrkreiskommando, und auch da waren die Genossen sehr begeistert. Ich unterschrieb fröhlich gleich irgendwelche Papiere. Später habe ich erfahren, daß es selbst nach DDR-Recht gar nicht legal war, einen Zwölfjährigen so etwas unterschreiben zu lassen. Ich kann mich an ein Papier deutlich erinnern. Ich habe mich damals, mit zwölf Jahren, verpflichtet, daß ich, wenn ich eingezogen werde, keine West-Medien mehr empfangen und keine West-Menschen mehr treffen werde.

Nach ungefähr anderthalb Jahren merkte ich, daß im Gegensatz zu mir und meinen Mitschülern die Erwachsenenwelt meine Entscheidung ziemlich ernst nahm. Mir wurde doch allmählich im Magen, im Herzen und auch im Kopf etwas mulmiger. Am Ende der achten Klasse – ich war noch nicht einmal 15 Jahre alt – sagte ich: „Ich werde doch lieber irgend etwas anderes, vielleicht Elektriker oder Lokomotivführer, aber doch kein Offizier.“ Das verstanden nun wiederum meine Mitschüler, jedoch die Erwachsenen nicht.

Nun passierte etwas, was für mich ganz persönlich die erste Grunderfahrung in meinem Leben darstellte. Es begann eine Metamorphose ohne mein Zutun, denn mein Denken hatte sich eigentlich gar nicht verändert. Ich wurde buchstäblich über Nacht von einem hoffnungsvollen Kader im Alter von 14 Jahren zu einem potentiellen Feind. Ich wurde Woche um Woche mit meinen Eltern ins Wehrkreiskommando bestellt, wo Leute saßen, jedesmal fremde Männer, die mich ganz eindringlich immer wieder befragten, warum ich mir nicht zutrauen würde, ein sozialistisches Kollektiv zu führen. Ich sagte immer: „Das ist nun mal nicht mein Naturell.“ Aber das befriedigte die doch nicht so. Wir wurden also Woche um Woche hinbestellt. Meine Mutter hielt in dieser Zeit zu mir. Die Zeit war auch für meine Eltern nicht einfach, da gerade im Umkreis meines Vaters Erkundigungen eingezogen wurden: „Was ist denn in dieser Familie los, daß der Sohn nun auf einmal abspringt?“ Alle drei, vier Wochen gab es Versammlungen in der Schule mit Leuten aus

dem Wehrkreiskommando, sechs, sieben Lehrern und Schulfunktionären. Ich saß vor einer solchen Mannschaft und mußte immer wieder erklären, warum ich nicht unseren Staat schützen wollte, ob ich irgend etwas gegen den Staat hätte, ob ich für Krieg sei usw. Mir kam das merkwürdig vor.

Nach weit über einem Jahr – alle anderen hatten inzwischen eine Lehrstelle, nur ich tappte immer noch umher – gab es ein letztes Gespräch im Wehrkreiskommando. Dieses Gespräch hat sich bei mir sehr eingepreßt. Da saß ein Mann im weißen Rollkragenpullover, den ich mittlerweile kannte, der sagte zu mir: „Wir haben uns das jetzt alles angehört, aber, lieber Freund Kowalczuk, wissen Sie eigentlich, was Sie diesem Staat bisher an Ausbildung gekostet haben und was Sie ihm schuldig sind?“ Ich schnaufte wohl tief durch – meine Mutter hat mir das danach erzählt, ich hatte einen Blackout – und schrie ihn an, er solle mir eine Rechnung machen, ich gäbe ihm alles auf Heller und Pfennig zurück. Meine Mutter wurde blaß und wußte auch nicht mehr genau, was nun passieren würde, ob draußen irgendwelche Autos vorfahren würden. Er schrie mich nun genauso empört an: „Solche Typen wie Sie, die kenne ich, mit denen habe ich laufend zu tun! Sie werden als Krimineller im Gefängnis landen!“ Da war ich 15 Jahre alt. Ich bin hinausgegangen und hatte doch einen ziemlichen gedanklichen Knick in meinem Leben weg.

Ich möchte Ihnen noch zwei andere Geschichten erzählen – die eine liegt zeitlich vor dem, was ich eben geschildert habe, die andere danach –, um deutlich zu machen, wie der SED-Staat pubertäre Verhaltensweisen politisierte, wie er übermäßig reagierte und wie dadurch die von seiner Reaktion Betroffenen, wie es bei mir auch bis zuletzt war, trotz sozialistischer Ideale, die ich immer im Kopf hatte, die sich natürlich mit der real-sozialistischen Praxis rieben, allmählich in die Ecke des Hasses, der Opposition, wie es dann genannt wurde, in eine Ecke des Feindes gestellt wurden. Und ich fragte mich selbst immer wieder: „Was suche ich hier in dieser Ecke? Da gehöre ich doch eigentlich gar nicht hin!“ Aber man stand doch dort.

Die erste Geschichte spielt in der achten Klasse. Für die Damen und Herren, die nicht aus der DDR kommen: In der DDR gab es alle zwei Wochen das Fach „Praktische Arbeit“, PA. Man ist entweder in einen Betrieb gefahren, um dort vier oder fünf Stunden zu arbeiten, oder in eigens dafür errichtete Werkstätten. Damals waren wir gerade in einer solchen Werkstatt. Als wir dorthin kamen, standen welche vor der Tür und riefen den ankommenden Schülern entgegen: „Hier ist heute geschlossen, die Sache fällt aus!“ Wie Schüler so sind, wird gleich kehrtgemacht, ab nach Hause; es könnte ja sein, daß sich daran noch etwas ändert. Wir sind nach Hause gegangen, haben uns nichts dabei gedacht und haben das gemacht, was Schüler so tun.

Am nächsten Tag sind wir wieder regulär zur Schule gegangen. Es wurde einer nach dem anderen von den beteiligten Schülern zur Direktorin bestellt.

Uns war schon klar, daß es wegen dieser Sache sein würde. Wir sind nach und nach hineingegangen und haben uns immer zugerufen: „Laßt die mal reden, es wird halt ein Tadel werden, davon haben wir eh schon genug!“ Dann haben wir uns in der Pause, als das Gros durch war, unterhalten: Die suchen wieder mal den harten Kern, wie es immer so in der Schule gemacht wurde. In der Regel wurden sie auch bei der Suche nach einem harten Kern fündig, weil sie selber immer vorher wußten, wer der harte Kern sei. Da hatten sie wieder drei, vier Leute; ich zählte auch immer dazu. In meinen Beurteilungen in der Schule stand immer: „Er kann das Klassenkollektiv sowohl positiv als auch negativ beeinflussen.“

Dann waren dort diese drei, vier Leute, und da saßen auf einmal auch Herren, die ich bisher an dieser Schule nicht gesehen hatte. Ich kam herein, und man sagte: „Schildern Sie und doch einmal, wie das ablief.“ Ich habe es geschildert. „Wissen Sie eigentlich, was Sie da getan haben?“ sagte der auf einmal zu mir. Ich sagte: „Na ja, wir sind da abgehauen.“ „Nein“, hat er gesagt, „das war ein Streik, und zwar ein Streik mit den konterrevolutionären Methoden der Solidarnosc.“ (Heiterkeit)

Sie können sich vorstellen, daß mir bei der Erinnerung daran, auch wenn man jetzt darüber lacht, immer noch ein Schauer über den Rücken läuft. Unerfahren, pubertär und dümmlich, wie ich damals war, war mir doch klar, was es bedeutete, wenn so etwas gesagt wurde wie Solidarnosc. Es wurde mir mit auf den Weg gegeben: „Denken Sie daran, wir passen auf!“

Zwei Jahre später waren die „Kollegen“ wieder zur Stelle, eine ähnliche, völlig harmlose Aktion, wo wieder nichts geplant war. Wir waren nun endlich am Ende der zehnten Klasse angelangt. Wir hatten zumindest in den Kreisen, in denen ich mich bewegte, alle sehr deftig die Schnauze voll von dieser Schule. Wir haben uns überlegt, wir müßten diesen Abschluß doch ein bißchen zünftig feiern. Da kam in einem kleinen Kreis von zwei, drei Leuten die Idee: Wir wollten ein Freudenfeuer am Ufer des Berliner Müggelsees machen, allerdings nicht im Sinne der Nationalsozialisten mit einer Bücherverbrennung, sondern wir wollten nur unsere eigenen kümmerlichen Kritzeleien in diesem Feuer verbrennen. Wir haben eine Mund-zu-Mund-Propaganda gestartet, die dann auch andere Schulen unserer Gegend erreichte, und alle Klassen, die da abgingen, wollten mitmachen.

Ungefähr zehn Tage bevor die Sache steigen sollte, waren die Jungs wieder zur Stelle, zogen wieder einige Leute ins Direktorium, wo wieder Direktor, Lehrer und unbekannte Herren saßen, die diesmal von Anfang an nicht besonders freundlich waren. Ich kam herein, und dann ging es hin und her: „Was haben Sie vor?“ „Wir haben das und das vor.“ Ich fand das gar nicht schlimm und dachte: Die waren doch auch mal jung. Dann sagte der auf einmal: „Wann soll denn eigentlich die Hefteverbrennung, wie Sie es nennen, stattfinden?“ Ich dachte, das wirst du ihm doch nicht gleich verraten, und sagte: „Demnächst

irgendwie, ich bin da auch nicht so im Bilde.“ Da sagte er auf einmal: „Wir wissen es: am 17. Juni.“ Ja, dachte ich, na und? Dann fing er an, auf dem Datum herumzureiten. Ich dachte mir: Ist der denn völlig blöde! Nach einer Weile dachte ich doch darüber genauer nach, und dann fiel mir ein, daß an diesem Tag alljährlich im Westfernsehen irgendwelche ergrauten Herren irgendwelche Feierreden halten. (Heiterkeit und Beifall)

Als ich dann da so stand – man saß da nicht, sondern man stand immer vor diesen Leuten, auch wenn es drei Stunden dauerte –, fiel mir auf einmal ein, das muß einen Zusammenhang haben, es muß etwas mit der DDR zu tun haben. Dieser „sichere Junge“ gab mir dann ein Stichwort und sagte: „Sie wollen den 30. Jahrestag des 17. Juni begehen.“ Da dachte ich mir: „Mein lieber Schwan!“ Es ging hin und her, und ich mußte mich feierlich verpflichten, diese Hefteverbrennung abzusagen. Es gab aber gar nichts abzusagen, es gab ja kein Organisationsbüro, wo man sich an- und abmelden konnte. Ich konnte letztlich nur sagen: „Okay, ich mache da nicht mit“, was ich auch tatsächlich eingehalten habe. Aber damit haben die sich nicht zufriedengegeben. Sie sind immer wieder einmal gekommen und haben bei drei, vier Leuten, unter anderem bei mir, versucht herauszufinden, ob wir tatsächlich mit dem 17. Juni nichts anfangen konnten. Sie können es mir wirklich glauben: Ich konnte damals nicht allzuviel damit anfangen.

Am Ende dieser Gespräche sagte man mir – und das war die zweite Grunderfahrung, die mich geprägt hat –: „Wir wollen Ihnen eigentlich nur helfen, bei Ihrem tadellosen Elternhaus; aber die Solidarnosc-Kiste, diese Offizierskarriere und nun diese Hefteverbrennung – wer leitet Sie an?“ Ein 16jähriger Schüler und das Wort „anleiten“, das habe ich nie wieder vergessen. Das war für mich doch ein Grund, über mehr Dinge nachzudenken, als mir bis dahin in der Schule vermittelt wurden.

In diesem Alter von 16 Jahren fing das an, was man dann alles so machte, wie es auch gestern beschrieben wurde. Ich machte das natürlich nicht allein. Insofern ist es auch nicht gerechtfertigt, daß ich hier sitze. Ich hätte bestimmte Sachen auch nie machen können, wenn ich nicht immer ein sehr starkes Umfeld von Freunden gehabt hätte, bei denen man sich Kraft holte. Sie wissen, wie es in der DDR war: Man holte sich Kraft nicht aus irgendwelchen beruflichen oder sonstigen Erfolgen, sondern aus einem persönlichen Umfeld. Da machten wir all die Sachen, die gestern in der einen und anderen Form auch zur Sprache gekommen sind.

Wir versuchten, letztendlich eine Gegenkultur in unserem eigenen Kreis auszubilden, angefangen bei Lesungen bis zum Verfassen von Texten, die wir dann diskutierten. Wir starteten Aufräumaktionen im Elbsandsteingebirge. Es störte uns, daß dort soviel Dreck umherlag und die Wege abgetrampelt wurden. Ich schrieb an die Gemeinden Briefe und meldete uns sozusagen an. Ich hatte nicht unbedingt erwartet, daß sie auf dem Bahnhof stehen und uns

mit Fähnchen begrüßen. Aber sie schickten mir Briefe zurück und schrieben, solche Typen wie uns wollten sie dort nicht haben.

Wir wollten eigene Solidaritätsaktionen starten. Es war immer wieder der Versuch, mit dem Staat, mit den Organisationen in Kontakt zu kommen. Wir sind zum Solidaritätskomitee der DDR gegangen und haben gesagt: „Wir sind sehr dafür, sich in bestimmten Regionen der Welt zu engagieren, und wir als die Reichen dieser Welt haben da eine besondere Verantwortung; aber wir wollen doch, bitte schön, ganz genau wissen, wo das Geld hingehet und daß dafür keine Waffen gekauft werden.“ Man warf uns hinaus und hat gesagt: „Entweder Sie vertrauen uns oder Sie vertrauen uns nicht; sonst funktioniert das nicht.“ Und so saßen wir auf unserem Geld.

So gab es noch viele andere Sachen: die politisch motivierten Eingaben, die Kollektiveingaben oder das Schreiben von Artikeln. Ich bin mit einer gewissen Naivität geschlagen gewesen. Ich konnte mir gar nicht vorstellen, daß das alles systematisch geschah. Das dauerte eine ganze Weile. Ich schickte z. B. Artikel an die „Weltbühne“. Ich machte aus Lenin-Zitaten gewissermaßen eine Zitatencollage zur Pressefreiheit – es wird vielleicht manchem von Ihnen ein bißchen merkwürdig vorkommen, daß man das mit Lenin machen kann, aber das geht tatsächlich – und schickte das an die „Weltbühne“. Die „Weltbühne“ meldete sich drei Monate lang nicht. Nach drei Monaten meldete ich mich aber; ich schrieb wieder einen Brief und fragte, was mit meinem Artikel ist. Zehn Tage später bekam ich eine Antwort: „Lieber Herr Kowalczuk, leider ist Ihr Artikel in den Redaktionspapieren untergegangen; aber für Ihre tolle Idee zahlen wir Ihnen ein Ideenhonorar von 150 Mark.“ (Heiterkeit)

Solche Sachen gingen Stück für Stück weiter, bis hin zur Anklage, die dann zum Glück aufgrund der Revolution 1989 niedergeschlagen wurde. Ich möchte kurz erzählen, wie es dazu kam, weil es vielleicht manche interessiert. Ich bin im Jahre 1988 die üblichen 18 Monate zur Armee einberufen worden. Ich war der einzige aus meinem Freundeskreis, der überhaupt zur regulären Armee ging. Die meisten gingen zu den Bausoldaten, die anderen verweigerten total. Das war auch kein Problem zwischen uns, aber ich sagte immer: „Wenn ich nicht regulär zur Armee gehe, muß ich dieses Land verlassen; denn ich möchte eines Tages studieren, und wenn ich das nicht mache, habe ich überhaupt keine Chance mehr.“ Ich hatte also immer noch die Hoffnung, da würde etwas passieren.

Ich bin also zur Armee gekommen und hatte während meiner Armeezeit einfach Pech. Denn draußen wäre mir mit dem, was ich so gemacht habe, überhaupt nichts passiert. Aber in der Armee, sozusagen als Abbild der Gesellschaft, ist alles noch ein bißchen extremer, wird jede kleine Äußerung noch genauer registriert und alles noch genauer verfolgt. Es kamen Ereignisse wie das „Sputnik“-Verbot oder die Wahlfälschung. Die Wahlfälschung hatte für mich noch ein besonderes Problem. Ich befand mich in einer kleinen Einheit

bei Strausberg, die sich verpflichtet hatte – natürlich ohne die Soldaten zu fragen –, daß alle bis 7.45 Uhr gewählt haben. Das hatten auch alle außer mir getan, und ich sagte: „Ich wähle nicht.“ Das gab ein bißchen Unruhe bei den Genossen. Sie waren wahrscheinlich einfach nur sauer, daß sie sich mit mir den ganzen Tag auseinandersetzen mußten. Es ist ein Sonntag gewesen, die Offiziere mußten kommen und durften nicht mehr heraus.

Dann kam China. Und Ende Juni machte ich zum ersten Mal mit dem Begriff „Konspiration“ Bekanntschaft. Bis dahin war das für mich ein Begriff aus den Geschichtsbüchern; ich habe damit immer den Widerstand im Nationalsozialismus verbunden. So etwas wäre uns nie eingefallen. Aber bei der Armee kam irgendwann tatsächlich so ein Punkt, Mitte Juni. Ich entwickelte die Idee, sozusagen die Demokratisierung der Armee voranzutreiben, und habe ein Modell entwickelt, das ein Vierteljahr später ironischerweise verwirklicht wurde. Ich arbeitete das Modell eines Soldatenrates aus und habe zwei, drei Leute in meine „konspirativen Pläne“ eingeweiht. Dummerweise schienen das die Falschen gewesen zu sein, denn die Genossen waren mir sehr schnell auf der Spur. Dann ging die Hatz los. Aber das ist insofern nicht der Rede wert, als vier Monate später die ganze Sache vorbei war. Ich konnte mir dann auf die Fahne schreiben, daß ich den ersten Soldatenrat in der DDR in der Wendezeit initiiert habe. (Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte noch einen Abschlusssatz sagen: Wenn wir über die Grenzen widerständigen Verhaltens nachdenken wollen, müssen wir bei der Generation, die ich hier vertrete, bedenken, daß uns eine Grunderfahrung fehlt, wie sie vielen von Ihnen beschert wurde mit dem 17. Juni 1953 oder – mit etwas Fernsicht – mit dem August 1968. Wir waren in vermeintlich zementierten Verhältnissen, in denen das Denken, allein das emanzipatorische Denken eine schwere Sache war, die man sich erst ziemlich hart antrainieren mußte. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank. Ich finde die Zeitzeugenberichte lebendig, und vor allen Dingen erreichen wir mehrere Effekte bei dieser Anhörung, insbesondere wenn ich an Ihren Einwurf denke mit den „graumelierten Herren“, die am 17. Juni sprachen, was jeweils vom Fernsehen übertragen wurde. Letztlich ist mir auch deutlich geworden: Wie verängstigt und verunsichert müssen im Prinzip die Schergen des Systems gewesen sein, wenn sie selbst in Kinderstreichen politische Methoden sahen. Das ist so schizopren, daß man es sich fast gar nicht vorstellen kann.

Herr Meusel, ich möchte Sie bitten, daß Sie uns auch Ihr persönliches Schicksal schildern.

Georg Meusel: Wenn ich darüber nachdenke, was mich in der DDR zu gesellschaftskritischem Verhalten motiviert hat – damals machte ich mir über meine Motive wenig Gedanken –, so meine ich, daß es vor allem der Hunger nach mehr Gerechtigkeit war, die Tradition, aus der ich als Sohn eines

während des Faschismus amtsenthobenen Pfarrers der Bekennenden Kirche kam, anfangs aber auch das in der ersten DDR-Verfassung von 1949 in Artikel 4 genannte Recht und die Pflicht zum Widerstand. Es war auch der Leidensdruck, den die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Sozialismus in mir auslöste.

Außerdem prägten mich die Befreiungsbewegungen in anderen Ländern stark mit, insbesondere die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung in den USA und der politische „Prager Frühling.“ „Ich wollte kein Zuschauer sein“, wie es Martin Luther King einmal ausdrückte, „ich wollte dort stehen, dort mittun, wo sich die Dinge entscheiden.“ Von Gandhi und King aber lernte ich vor allem, die Gewaltfreiheit anzunehmen, und zwar nicht als Notbehelf, sondern als bewußt bejahte Form, in der der Zweck nicht das Mittel heiligt und in der der Weg schon das Ziel ist.

Die Bombennächte der letzten Kriegstage in Zwickau-Planitz – ich war damals drei Jahre alt – sind meine früheste Kindheitserinnerung. Vielleicht wurde von daher die Friedensbewegung mein politisches Hauptbetätigungsfeld, Friedensbewegung, die immer auch emanzipatorische Bewegung war.

Mit ging es nicht um den Sturz des Systems. Ich versuchte, die DDR in ihrer Restlegalität anzunehmen und nach Möglichkeit legal verändern zu helfen. Ich wollte im Vertrauen auf die Veränderbarkeit von Menschen, was auch dem biblischen Menschenbild entspricht, dazu beitragen, die DDR-Gesellschaft menschlicher, friedlicher und freundlicher zu gestalten.

Einige Beispiele für meine Versuche, mich in der DDR gesellschaftskritisch einzubringen: Ich sandte scharfe Protestbriefe gegen das Kirchentagsverbot 1961 – es war kurz vor dem Mauerbau – an den Polizeipräsidenten von Berlin, Generalmajor Eikemeier, wobei ich mich ausdrücklich auf die Widerstandspflicht aus der DDR-Verfassung berief, an Wilhelm Pieck gegen die Sperrung des Rüstzeitenheimes in Lauenhain, später gegen das Verbot des Posaunenfestes in Leipzig. Ich habe in der Jungen Gemeinde die Friedensthematik einzubringen versucht, vor allem mit Hilfe von Antikriegsliteratur: Remarque, Borchert, Böll, Albrecht Goes.

Unmittelbar nach Einführung der Wehrpflicht in der DDR verweigerte ich 1962 den Wehrdienst, ohne daß mir daraufhin etwas passierte.

Die Zerschlagung des „Prager Frühlings“ war der für mich schwerste politische Schock. Zum Beginn des Generalstreiks in der CSSR im August 1968 löste ich im Betrieb Alarm aus. Ich wurde nicht entdeckt. In der Jungen Gemeinde organisierte ich aufgrund der DDR-Beteiligung an der Invasion eine Entschuldigungsbriefaktion an tschechische Adressaten.

Seit 1968 gestaltete ich philatelistisch-dokumentarische Exponate über Martin Luther King und den gewaltfreien Kampf, über die Friedensbewegung, über „Koexistenz – Pro Existenz“ und über die Bausoldaten in der DDR und ver-

suchte damit, über den Kulturbund diese Themen aus Kirchenmauern heraus in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Toleranzschwelle war unterschiedlich. Mit dem King-Exponat – das hatte eine Art Alibi-Funktion – konnte ich auf Ausstellungen bis zum nationalen Rang sowie zu Weltausstellungen 1983 in Poznan und 1988 in Prag sowie einer Freundschaftsausstellung 1978 in Stalingrad/Wolgograd Zehntausende von Besuchern erreichen.

Selbst die Russen haben trotz der Sprachbarriere mein Anliegen verstanden. Nicht nur, daß sie auf ihren Urkunden das bei uns so verpönte Schwerter-zu-Pflugscharen-Symbol abdruckten, sondern daß sie mir aus Wolgograd eine Tolstoi-Plastik mitgeschickt haben mit der Bemerkung, daß Tolstoi ja auch ein Vertreter der Gewaltlosigkeit gewesen sei. Ich hätte nie erwartet, daß es gelingen kann, das Anliegen der Gewaltfreiheit so gut rüberzubringen.

Meine anderen Exponate – außer dem King-Exponat – dagegen wurden wegen ihrer pazifistischen Tendenz immer wieder nur gekürzt oder gar nicht ausgestellt, also ziemlich stark zensiert, und das mit der Bausoldatenthematik wurde regelrecht verboten, so daß ich das nur im kirchlichen Bereich verwenden konnte, wo es aber auch schon ausreichend Wirkungsmöglichkeiten hatte. Ich hatte versucht, das in einer Art und Weise zu präparieren, daß es möglich gewesen wäre, es auch öffentlich zu zeigen. Das Gesetzblatt über die Bausoldaten auf der Titelseite war ja legal. Es kursierte zwar nicht, es wurde nicht veröffentlicht, es war ein gewisses Tabu-Thema, aber es war nicht illegal. Es gab zwei Stellen, wo man das Gesetzblatt beziehen konnte, wenn man das wußte. Das war der Zentralversand Erfurt und ein Ladengeschäft in Berlin. Und wir haben es für unser Friedensseminar zu Tausenden dort bestellt und unter die Leute gebracht. Aber hier ging das eben nicht.

Ich habe dann 1973 in Königswalde bei Werdau in Westsachsen das erste und größte Friedensseminar in der DDR mitgegründet, dessen Hauptinitiator der Kraftfahrzeugelektriker und frühere Bausoldat Hansjörg Weigel war, und arbeitete während der folgenden 20 Jahre – es besteht heute noch – dort mit. Unser Anliegen war, die zeitweise bis zu jeweils 600 Teilnehmer aus der ganzen DDR politisch zu informieren, zu sensibilisieren und zum Handeln zu befähigen, natürlich auch Kontakte herzustellen und Atmosphäre zu schaffen, damit sich die Teilnehmer wohl fühlten. Ich könnte darüber viel sagen. Aber hier ist ja der einzelne das Thema.

Unmittelbar nach der Ausbürgerung Biermanns telegraphierte ich protestierend ans ZK der SED, setzte mich für Havemann ein und schrieb mit all den positiven und negativen Erfahrungen, die man so machte, im Laufe der Zeit immer wieder kritische Eingaben an die Partei- und Staatsführung gegen die Raketenstationierung, für innenpolitische Verbesserungen, z. B. in der Informationspolitik, im Umweltschutz und für Reiserleichterungen.

Als während einer Atomschlagübung 1981 in unserem Wohnbezirk die Bewohner zwei Tage lang ihr Haus nicht verlassen durften und ihre Fensterschei-

ben diagonal mit Klebestreifen gegen Splitterwirkung zu versehen hatten – unter Umständen sollte es auch schon helfen, wenn man sich mit dem „Neuen Deutschland“ zugedeckt hat – (Heiterkeit), hat meine Familie als einzige dies abgelehnt, und unsere Kinder hängten weiße Papierfriedenstauben in die Fenster.

Während der Auseinandersetzung meiner Familie in Schule und Öffentlichkeit um den Wehrunterricht und die Schwerter-zu-Pflugscharen-Aufnäher schrieb ich Informationsbriefe über die Wehrlager an den Elternbeirat und an Klasseneltern. Die sind überhaupt nicht informiert worden, was mit dem Wehrunterricht inhaltlich auf sie zukam, was da freiwillig und was da obligatorisch war. Wir waren auf dem Leipziger Kirchentag an Informationen herangekommen, und ich habe es in den Elternbeiräten verbreitet. Es gab Riesenstunk, und der Erfolg war eigentlich beschämend gering. Die Erfahrung war leider: Die Eltern wollten das nicht wissen. Sie haben in der Regel ihre Unterschrift unter die Erklärung zur Teilnahme ihres Sohnes am Wehrlager gesetzt, um ihre Ruhe zu haben, ohne zu wissen, wie es dort geknallt hat, daß dort mit KK-Waffen geschossen wurde usw.

Unseren vier Kindern verweigerten wir die Teilnahme am Wehrunterricht. Es ist daraufhin auch nichts passiert. Nachdem aber meinem Sohn von zwei Polizisten in Dresden sein Aufnäher abgetrennt und beschlagnahmt worden war, erstattete ich aus Protest Anzeige gegen Unbekannt, und zwar wegen Verstoßes gegen § 222 Strafgesetzbuch, wo es hieß:

„Wer in der Öffentlichkeit . . . Symbole, anderer Staaten böswillig zerstört, beschädigt, wegnimmt oder in anderer Weise verächtlich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren . . . bestraft.“

Das habe ich für mich in Anspruch genommen und habe diese Anzeige erstattet.

„Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?“ 1982 beantragte ich unter dem Eindruck des von Prof. Gerhard Voigt aus Halle entworfenen Abrüstungssymbols mit dem schwarzen Mann, der vor grünem Globus sein Gewehr zerbricht, den Druck von 6.000 Postkarten und Briefumschlägen mit diesem Motiv. Nicht die umgekehrte NATO-Schüssel mit der Blume, zur NVA-Blechmütze umgezeichnet, die wir bis jetzt immer als unser Symbol im Friedensseminar verwendet hatten, nicht der sowjetische Schmied, der nie damit fertig wird, sein Schwert zur Pflugschar zu schmieden, nein, endlich ein DDR-eigenes Symbol, preisgekrönt für die UNO-Abrüstungssondertagung in New York, und schon fertig damit – der schwarze Mann – sein Gewehr zu zerbrechen. Es war nach der Kampagne gegen die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ und während der Solidarnosc-Ära in Polen.

Die mit Hilfe des Kulturbundes erlangte Druckgenehmigung für die 6.000 Karten und Kuverts wurde kurz vor Fertigstellung mündlich widerrufen, doch versehentlich nicht eingezogen. Ich gab nicht auf, ließ neue Klischees

ätzen, doch der mir dabei half, verlor beinahe seine Arbeitsstelle. Ich gab nicht auf, ließ im nicht-Karl-Marx-städtischen „Ausland“, in Gera, neue Klischees ätzen und mit der alten Druckgenehmigung, die ja eigentlich nicht mehr gültig war, im nicht-Kreis-Werdauer „Ausland“, wo man auch nicht so genau durchgesehen hat, in Meerane, drucken. So nah am Ziel, kurz vor der Verteilung, schlug die Stasi zu, mit nächtlichen Verhören und einem unglaublichen Aufwand an Personen, Fahrzeugen und Technik, meine Familie zu demoralisieren, bis ich die inzwischen 7.000 Karten aus dem Karton – da paßten nämlich 1.000 Stück mehr hinein – einzeln auf den Schreibtisch zählte, was ich dann im VPKA Werdau tun mußte – einzeln, „daß ihm auch nicht eines fehle von der ganzen Zahl“.

Eine Handvoll dieser Karten, die ich, eigentlich für jedermann zugänglich, am Blumenständer bei uns im Treppenhaus versteckt hatte, fehlte allerdings doch. Die konnte ich hinüberretten, und zwei Stück der Karten, zwei Stück von 7.000, sind postalisch echt gelaufen, seltener als die blaue Mauritius. (Beifall)

Es war schon für mich ziemlich hart, so nah am Ziel zu sein und dann diese Enttäuschung zu erleben. Der Kulturbund war inzwischen abgesprungen. Die hatten Angst bekommen. Aber eine Woche darauf war Friedensseminar. Ich hätte die Karten dort unter die Leute bringen können, und weg wären sie gewesen. Aber leider schlugen sie ein paar Tage zuvor zu.

Vier Jahre lang bemühte ich mich, gegen kirchliche Vorbehalte, gegen staatliche Bürokratie und finanzielle Hürden den großen Martin-Luther-King-Dokumentarfilm „... dann war mein Leben nicht umsonst“ in die DDR zu bekommen. Um die mehr als 3.000 Westmark dafür zusammenzukriegen, schmuggelte ich in mehr als 100 Briefen Sammlerbriefmarken in die BRD, und Freunde aus der westdeutschen Friedensbewegung halfen mir mit Spenden. 1987, nach vier Jahren, konnte die DDR-Erstaufführung des Films bei uns in Werdau stattfinden. In den zwei Jahren bis zu den Oktoberdemos 1989 erreichte der Film in 138 Aufführungen in der DDR, zumeist in kirchlichen Räumen, mehr als 10.000 Zuschauer. Ich bin davon überzeugt, daß die Beschäftigung mit Leben, Kampf und Gedankengut Martin Luther Kings in Kirchengemeinden und Friedensgruppen den Geist der Gewaltfreiheit in den Friedensgebeten des 89er Herbstes, aus denen die Demonstrationen hervorgingen, mitgeprägt und so zum gewaltfreien Verlauf der DDR-Revolution beigetragen haben.

Möglichkeiten zu oppositionellem Handeln in der DDR gab es viele. Woran es den meisten Menschen mangelte, war vor allem Zivilcourage. Für die Grenzen bestanden keine festen Regeln, sie mußten im Einzelfall immer wieder ausgelotet, das Risiko abgewogen werden, wann Zivilcourage zuviel Courage werden konnte. Kriterien konnten sein, wann ein gewisses Maß an Öffentlichkeit überschritten wurde oder welchen Rückhalt man in einer Gruppe

oder bei der Kirche hatte. Die Einbeziehung von West-Medien lehnten sowohl ich als auch unser Friedensseminar ab.

„Zivilcourage – zuviel Courage“ oder „Die Marder sind unter uns“? In meiner rund 2.500 Seiten zählenden Stasi-Akte wurde ich als Operativer Vorgang „Marder“ geführt. Im Eröffnungsbericht heißt es,

„daß der Verdächtige bestrebt ist, die für die kapitalistischen Verhältnisse entwickelte Kampfesform des gewaltlosen Widerstandes auf die sozialistischen Verhältnisse in der DDR zu übertragen und eine Bürgerrechtsbewegung ins Leben zu rufen.“

Was aber dann folgt auf meine Versuche, innerhalb und außerhalb der Strukturen etwas zu bewegen in dieser Gesellschaft, ist ein permanentes bewußtes Mißverstehen, Mißverstehen im doppelt negativen Sinn: Mißverstehen nicht nur zum Nachteil des Mißverstandenen, sondern auch zum Nachteil des Mißverstehenden. Ein solches System hat sich selbst zum Scheitern verurteilt.

Aber für mich wäre der Rückzug in die Nische oder der Gang nach dem Westen nichts gewesen. Das politische Engagement hat viel Zeit, Kraft und Gesundheit erfordert. Aber ich bzw. wir haben uns in der DDR mehr Freiheit genommen, als uns zugeteilt wurde. Und wir haben dabei Solidarität, Liebe und Glück, Hoffnung und Bewahrung erlebt. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank auch Ihnen, Herr Meusel.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sollten wir die Fragerunde einleiten. Aufgrund dessen, daß die Anhörung darauf angelegt war, den einzelnen hier die Möglichkeit zu geben, über ihr Schicksal zu berichten, müssen freilich die Fragen etwas in den Hintergrund treten. Bei der Worterteilung gehe ich in der Reihenfolge der Wortmeldung vor. Erster ist Markus Meckel.

Abg. Meckel (SPD): Die erste Frage an den Referenten des Morgens: Wir haben an konkreten Beispielen sehr eindrücklich gehört, wie sich eine ganze Reihe von Menschen der Anwerbung als Informelle Mitarbeiter verweigert haben. Das fand ich sehr beeindruckend. Kann man dies oder ähnliches nach Ihrer Einschätzung auf andere Ebenen der Verweigerung übertragen, das heißt, also in die Schule, in die Hochschule, ins Berufsleben? Gibt es dafür auch Beispiele, die Sie natürlich jetzt nicht alle darstellen konnten, in den Akten, die Sie mit auswerten und zur Verfügung haben?

Die zweite Frage geht an Michael Beleites und bezieht sich insbesondere auf den letzten Teil, der weniger seine Arbeit damals, die schon einmal dargestellt worden ist, sondern die Frage der Rehabilitierung wegen beruflicher Benachteiligung betrifft. Könntest Du die Frage der Möglichkeiten eines Studiums und das, was Du hier für notwendig erachtest, vielleicht doch noch einmal kurz inhaltlich benennen?

Die dritte Frage geht an Herrn Georg Meusel. Ich finde es natürlich ungeheuer beachtlich, wenn jemand, dessen Name in der ganzen DDR bekannt war, nicht von dem redet, für das er bekannt ist, das heißt von dem Friedensseminar, das er wesentlich mit angeschoben und dann geprägt hat, sondern die anderen Dinge erzählt. Ich möchte deshalb doch noch ein paar Fragen zu dem Friedensseminar stellen, was inhaltlich überleitet in das, was am Nachmittag geschieht. Einmal: Wie wurden Einladungen für die Friedensseminare vergeben? Wie fing das an, und wie entwickelte sich das, das heißt, wer war der Einladungskreis, und wie hat man das technisch gemacht? Wer bereitete diese Seminare vor? Wie verhielt sich die Bevölkerung im Dorf selbst, und wie entwickelte sich das innerhalb dieses langen Zeitraumes? Wie reagierte die Kirchenleitung am Anfang und nach fünf Jahren? Welche Art von Behinderung der Staatssicherheit über das hinaus, was jetzt schon dargestellt worden ist, hat man damals erlebt? Und gibt es durch die Akteneinsicht neue Erkenntnisse?

Letzte Frage an Frau Bartl: Sie erwähnten beiläufig den Bezug zu den „Ärzten für den Frieden“ in Halle. Hatten Sie dazu Kontakt? Und, wenn ja, wie sehen Sie die Art der Strukturierung gerade auch in den Konflikten, die sich ja schon in dem offiziellen IPPNW andeuteten? Wie hat sich das entwickelt? Ich finde es wichtig, daß wir auch überleitend in das, was heute nachmittag Thema ist, davon noch einiges hören, denn das würde sonst verlorengehen.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank für die Fragen. Durch den ersten Fragenden sind jetzt schon vier Personen angesprochen. Damit der dritte Teil auch ein bißchen lebt, würde ich vorschlagen, wir gehen unmittelbar in die Fragenbeantwortung hinein. Bitte, Herr Schmidt.

Andreas Schmidt: Herr Meckel, ich möchte auf Ihre Frage so antworten: Ich hatte bereits eingangs erwähnt, daß ich mich aus einem sehr speziellen Grund entschlossen habe, diese Herangehensweise zu wählen, um Formen der aktiven Verweigerung anhand von Beispielen darzustellen, nämlich anhand von Situationen, in die man sich im nachhinein noch einmal hineinversetzen kann, wo Menschen wirklich unter ziemlich hohem Druck standen und sich selbst eine Entscheidung abfordern mußten. Die Voraussetzung dafür, diese Herangehensweise zu wählen, war, daß ich mich seit vier Jahren mit diesen Dokumenten befasse. Aber es gibt noch einen anderen Grund. Ich habe in meiner eigenen Biographie einen längerfristigen Anwerbungsprozeß hinter mich gebracht. Ich studierte an der Universität in Rostock Sonderschulpädagogik. In der Phase, als ich zwischenzeitlich exmatrikuliert worden war, versuchte man mich zu werben. Ich habe damals ganz klar abgelehnt.

Nun meine ich, daß die nachfolgenden Äußerungen, gerade die lebendigen Ausführungen von Frau Bartl, die ich jetzt einmal aufgreifen möchte, auf die Thematik „Widerständiges Verhalten“ direkt eingegangen sind. Aber ich kann ganz klar den Bezug zu meinen Ausführungen herstellen, weil die

Menschen, die sich in diesen Anwerbungsphasen befanden und abgelehnt haben, möglicherweise die gleichen gewesen sind, die dann ihr Leben an den unterschiedlichsten Wirkungsstätten gelebt haben, ob es an der Schule, an der Universität oder in anderen Bereichen, auch in Betrieben, war. Deshalb möchte ich noch einmal sagen, daß für das Kürzel MfS im Sinne dessen, was ich thematisiert habe, auch Schule, Universität usw. stehen können.

Vielleicht noch einige konkrete Ausführungen dazu: Ich habe mein Studium dann doch beendet und bin nach Gera an eine Sonderschule gekommen. Ich bin dort im Frühjahr 1989 fristlos entlassen worden, was für einen Lehrer, der ich war, Berufsverbot bedeutete. Das geschah nach sehr langwierigen Auseinandersetzungen, die ich zunächst mit der Schulleitung, später mit dem Kreisschulrat zu inhaltlichen Fragen der Schulbildung geführt habe. Sie spitzten sich in dem Maße zu, daß ich dann verbannt wurde, weil ich dem Idealbild einer sozialistischen Lehrerpersönlichkeit nicht entsprach. Das als ganz konkrete biographischer Einwurf von mir. Ich könnte das auch fortsetzen anhand der Erfahrungen, die ich in der Schule gesammelt habe, und ähnliche Situationen anführen, wie sie Frau Bartl schon geschildert hat.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank. Als nächster Herr Meusel, bitte.

Georg Meusel: Das Friedensseminar in Königswalde wurde 1973 ins Leben gerufen von überwiegend ehemaligen Bausoldaten, solchen, die gerade ihren Dienst leisteten, solchen, die es werden wollten, aber auch solchen, die schon den Wehrdienst verweigert hatten, bevor es die Baueinheiten überhaupt gab. Das waren am Anfang 26 oder 27 Teilnehmer und wuchs im Laufe der Zeit auf 600, die sich zweimal im Jahr zu Wochenendseminaren dort getroffen haben.

Die Einladungen gingen erst von Mund zu Mund, und dann haben wir Anwesenheitslisten geführt, von denen allerdings ab und zu einmal eine verschwand. Da mußte man höllisch aufpassen. Aufgrund dieser Anwesenheitslisten haben wir die Teilnehmer immer wieder angeschrieben und zu den nächsten Seminaren eingeladen. Wir hatten dann schon eine Adressenkartei von weit über 1.000 Leuten, weil es auch eine gewisse Fluktuation gab. Manchmal kamen auch einige dieser Einladungen nicht an.

Das Schärfste war, daß einmal ein großer Teil einen Brief bekam: „Liebe Freunde! Leider müssen wir das Frühjahrsseminar absagen. Es wird die Kirche renoviert, der Referent ist erkrankt und noch etwas ganz Schlimmes. Wir sehen uns dann im Oktober wieder. Schalom, Euer Hansjörg Weigel.“ Faksimile-Unterschrift, alles drunter. Dieser Brief ist von uns nie geschrieben und versandt worden. Es hat aber der Sache keinen großen Abbruch getan. Es riefen dann viele an und fragten: „Was ist denn los?“ Es war also so dick aufgetragen, daß das kaum jemand glaubte.

Die Arbeit ist dann, als es mehr wurden, durch einen Vorbereitungskreis

geleistet worden. Er hat sich bis heute nie Leitungskreis genannt. Er traf und trifft sich ein- bis zweimal im Monat. Die Kirchenleitung hat am Anfang überhaupt nicht mitgekriegt, was wir dort gemacht haben. Der Ortspfarrer hat mit der Sache sympathisiert. Später sind wir doch ganz gut gedeckt und unterstützt worden von der Sächsischen Landeskirche bis hin zu Bischof Hempel, der sich deutlich für uns eingesetzt hat, als Hansjörg Weigel inhaftiert worden war. Es ist dann auch erreicht worden, durch eine breite Solidarität seiner Arbeitskollegen, von Freunden, vom Friedensseminar und durch kirchliche Solidarität, daß er, obwohl rechtskräftig verurteilt, nach der Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt wurde. Wir hatten ausgetüftelt, daß das möglich ist, wenn das Arbeitskollektiv für einen, der zu Freiheitsstrafe verurteilt ist, bürgt. Und die Bürgschaft hat statt des Arbeitskollektivs der Bischof Hempel übernommen. Dabei konnten beide Seiten ihr Gesicht wahren. Er kam heraus, ohne daß er nach dem Westen mußte, und die Arbeit ging weiter im Seminar.

Behinderungen durch die Stasi gab es kaum. Das hat sich überwiegend auf Beobachtungen beschränkt. Einmal standen an allen Ortseingängen zu Königswalde schwerbewaffnete Kampfgruppenposten, aber das diente nur der Einschüchterung. Kurz vor Beginn des Friedensseminars wurden sie abgezogen.

Die Einwohner von Königswalde haben das sehr unterschiedlich aufgenommen. Es gab sehr viele Sympathisanten. Wir brauchten ja auch eine Menge Quartiere im Ort. Es haben sich viele von den etwa 400 Einwohnern dazu bereit erklärt. Das konnte für sie auch gefährlich sein. Manche haben sich dann auch gedrückt. Es gab wiederum aber auch einige fromme Kreise, die sich von der Arbeit distanzieren oder die einfach Angst hatten. Im großen und ganzen ist das aber eine Sache, die gewachsen ist. Es hat eine Zeit gebraucht. Am Anfang, als so halbverrückte Typen mit langen Haaren oder mit einem kleinen Hündchen auf dem Arm in die Kirche kamen, haben manche Zeter und Mordio geschrien. Aber wenn sie sich dann abends im Quartier mit denen unterhalten haben, merkten sie, das sind doch ganz nette Kerle.

Aus der Akteneinsicht gibt es neue Erkenntnisse insofern, daß in den letzten Jahren in den Vorbereitungskreis ein IM eingeschleust worden ist, der bis dahin lange Zeit in dieser Hinsicht sauber war.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Danke schön. Als nächster Herr Beleites.

Michael Beleites: Zur Frage von Markus Meckel zu den Folgen und den Studienmöglichkeiten heute: Das ist eigentlich ein Gegenstand des Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes gewesen bzw. des Entwurfs dazu. Es ging darum: Ich hatte gesagt, man muß eigentlich den Status des politisch Verfolgten einführen, um die Betroffenen oder Anspruchsberechtigten auch eingrenzen zu können, und man muß diejenigen, die mit einem operativen Vorgang

von der Staatssicherheit verfolgt wurden, die von Zersetzungsmaßnahmen, das heißt meist unsichtbaren Verfolgungsmaßnahmen wie Verhinderung von Berufsbildung oder Studium, betroffen waren, auf jeden Fall dazu zählen. Man kann nicht nur, wenn eine Ausbildung unterbrochen werden mußte, annehmen, daß das verfolgungsbedingt war, sondern man muß auch erkennen, daß es, wenn so ein operativer Vorgang, eine staatliche Verfolgung lief, zu der Ausbildung gar nicht erst kam, das heißt, daß sie gar nicht begonnen werden konnte und daß das berücksichtigt werden muß.

Es gibt in einigen Bundesländern, unabhängig von Rehabilitierungsfragen, die Möglichkeit – so in Berlin und Schleswig-Holstein –, ohne Abitur, ohne formelle Hochschulberechtigung ein Hochschulstudium aufzunehmen. Ich hatte gefordert, für Leute, die nachweisen können, daß sie zu dem Zeitpunkt, als sie sich für so etwas beworben haben, mit einem operativen Vorgang verfolgt wurden und deshalb keine Chance hatten, eine gleiche Regelung bundesweit einzuführen. Das ist abgelehnt worden. Da es gar kein Geld gekostet hätte, so etwa einzuführen, und der Ausschuß einerseits die Möglichkeit hatte, die Betroffenen einzugrenzen, andererseits die Notwendigkeit bestand, hier eine Regelung einzuführen, muß ich das als politische Absicht werten, den Willen der Stasi auch in die Zukunft hinein zu vollstrecken. Anders kann ich es nicht verstehen, daß an dieser Stelle den Verfolgten nicht entgegengekommen worden ist und daß man die Wegbereiter der Demokratisierung jetzt derartig vor den Kopf stößt. (Beifall)

Ich habe immer gesagt, es geht nicht um Abfindung oder Entschädigung, sondern es geht um eine zukunftsorientierte Hilfe für sie, und es geht darum, daß die Verzögerung, die verfolgungsbedingt eingetreten ist, nun aufgefangen und daß eine Gleichberechtigung der Verfolgten zumindest mit ihren Verfolgern erreicht wird. Und davon sind wir noch weit entfernt. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Danke. Dazu gibt es jetzt unmittelbar eine Zwischenfrage. Herr Hilsberg.

Abg. Hilsberg (SPD): Nur eine Bemerkung möchte ich machen zu Michael Beleites. Es ist uns gelungen, in das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz eine Rehabilitierung einzufügen, die genau dein Problem behandelt und ein Studium ermöglicht, das im Falle von Diskriminierungsmaßnahmen bereits in der Schulzeit weit oberhalb der Altersgrenze beginnen kann. Das ist das allererste. Und alle anderen Diskriminierungsmaßnahmen, die politisch motiviert waren, sind genauso mit erfaßt.

(Michael Beleites: Aber nicht ohne Abitur!)

– Doch, genau das ist der Punkt, ohne Abitur, das heißt, das fällt in die Rehabilitierungsmaßnahme mit hinein. Es werden jetzt auch die rehabilitiert, die kein Abitur in der DDR machen durften. Das war in dem Entwurf des Gesetzes vorher nicht der Fall.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank für die Ergänzung.

Abg. Hansen (FDP): Hier noch ein Zwischenruf, weil so viele Beifall geklascht haben auch am Tisch der Enquete-Kommission zu dem, was Herr Beleites gesagt hat: Das ist in der Sache nicht richtig, jedenfalls nicht der letzte Stand der Dinge. Es ist im Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – und ich beziehe mich ausdrücklich auch auf Herrn Hilsberg – einer überfraktionellen Initiative gelungen, alle bisherigen Widerstände – insofern hatten Sie recht, Herr Beleites – zu überwinden und einen Artikel 2a, „Verfolgte Schüler“, in diesen Gesetzentwurf hineinzubringen, der am vergangenen Freitag im Bundestag verabschiedet worden ist und insofern im Sinne auch der Abgrenzbarkeit und der Abgrenzungsfähigkeit denen, die aus politischen Gründen kein Abitur machen konnten, die Möglichkeit eröffnet, in die BAFÖG-Berechtigung zu kommen, also mit BAFÖG-Unterstützung studieren zu können. Insofern, denke ich, ist eigentlich das Anliegen übergekommen, und das muß aus guten Gründen richtiggestellt werden.

(Beifall – **Michael Beleites:** Um so besser!)

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Wir wollen aber an dieser Stelle keinen Dialog aufkommen lassen. Ich bedanke mich bei den beiden Kollegen aus der Kommission, die das noch ergänzt haben. Ich habe am Freitag voriger Woche selber zu dem Thema im Plenum gesprochen. Ich bin dankbar, daß ich jetzt meine Worte nicht wiederholen mußte, sondern daß das durch die Kollegen ergänzt worden ist. Aufgrund der Unterstützung, die die Problematik im Auditorium gefunden hat, ist es vielleicht sinnvoll, wenn wir beim Sekretariat der Kommission eine Liste hinterlegen, wo sich jeder einschreiben kann, der Interesse an dem Gesetz hat, so daß wir ihm das zuschicken können.

Aus der ersten Fragerunde von Markus Meckel ist noch eine Antwort offengeblieben. Ich möchte Sie, Frau Bartl, bitten.

Eva-Maria Bartl: Die Frage betraf den Halleschen „Ärztelkreis“. Darin war ich selbst seit Anfang der achtziger Jahre. Der „Ärztelkreis“ ist sozusagen über einen diplomatischen Coup Mitglied der IPPNW geworden. Die DDR hatte es so gemacht, daß IPPNW-Mitglieder nur die offiziell Benannten sein durften. Wir haben gewühlt und hintenherum über die holländische Sektion erreicht, daß Einzelmitgliedschaften möglich wurden. Da haben wir uns dann persönlich beworben und mußten auch alle entsprechend der Geschäftsordnung aufgenommen werden. Es gab immer wieder massive Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedern und den sogenannten „Offiziellen“, weil die DDR versuchte, die Arbeit der IPPNW zu strukturieren nach Bezirkskomitees usw., was eben ein Spannungsfeld mit sich brachte. Die Spannung zwischen Führung Ost-West und Basis Ost-West hatte ich vorhin auch erwähnt.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Vielen Dank, auch für die kurze und knappe Beantwortung.

Der nächste ist Herr Weisskirchen.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): An alle, die antworten möchten, auf jeden Fall aber an Frau Bartl, weil sie es jetzt noch einmal erwähnt hat: Zur IPPNW oder, für die anderen, zu den Kontaktmöglichkeiten mit Basisbewegungen und der Reflexion dazu mit den sogenannten offiziellen Vertretern von den nicht in jedem Punkt staatlich zugeordneten Initiativen und Gruppen die Frage: Was für Möglichkeiten gab es da mit Blick auf Kontakte nach Westen, zu neuen, zu bestätigenden oder zu korrigierenden Erkenntnissen für die eigene Arbeit zu kommen? Gab es da Ermutigung, gab es Entmutigung? Und wie hat sich das für Sie selber dargestellt? War das für Sie brauchbar für Ihre eigene Entwicklung, für die Zivilcourage, oder gab es da auch Leute im Westen, die abgeraten haben?

Eva-Maria Bartl: Sie müssen bedenken, daß sich in der IPPNW West auch schon Ärzte zusammengefunden haben, die ein friedenspolitisches Denken bestimmter Couleur mitgebracht haben. Ich habe auch einige Ärzte getroffen, die davon enttäuscht waren, daß sich das Bild, das sie von der DDR hatten, nicht bestätigte. Wir mußten sie praktisch „trösten“, daß wir in dem Staat so gute Kommunisten nicht sein konnten. Ein belgischer Kollege, den wir nach Hause eingeladen hatten, hat immer wieder zu mir gesagt: „Du bist paranoid. Du bist zwar in diesem Fach tätig, aber ich muß dir das sagen: Du hast Wahnvorstellungen; es kann nicht sein, daß dein Telefon abgehört wird, es kann nicht sein, daß die Post kontrolliert wird.“ Sie haben es nicht geglaubt. (Zuruf: Nicht glauben wollen!) – Gut, sie haben es nicht glauben wollen.

Die ehemalige DDR-Sektion der IPPNW macht im Moment z. B. mit Eberhard Seidel, einem Internisten in Berlin, ein ganz gutes Papier, das er mir auch gerade geschickt hat, in dem die Entwicklung noch einmal dargestellt wird. Das ist aber seine Sache; dazu kann ich und will ich nicht viel sagen. Ich will nur noch einige persönliche Beispiele nennen: Ich bin einmal zu einem Symposium, an dem ich offiziell nicht teilnehmen durfte – es war in Weimar und hieß „Medizin im Faschismus“ –, das mich brennend interessiert hat, auch wegen der Generationsfrage, gefahren. Ich war offiziell angemeldet, bekam aber, wie andere auch, Bescheid: „Es ist längst voll, Sie können da nicht hinfahren.“ Ich bin natürlich trotzdem hingefahren, irgendwie auch hineingekommen und habe dort in der Diskussionsrunde erlebt – einer Diskussionsrunde mit Rednerliste, so ähnlich wie hier –, daß ich nicht auf die Rednerliste kam. Ich habe mich gemeldet und gemeldet und kam nicht dran. Es war eine holländische Kollegin neben mir, eine alte Dame, die mir viel erzählt hat von Holland und den Deutschen zu dieser Zeit. Das war für mich sehr interessant; es war auch das, was ich gesucht hatte, eine solche Gesprächsqualität. Sie sagte immer: „Du gehst jetzt einfach vor, du machst

das; wir ignorieren hier die ganze Demokratie.“ „Das kann ich doch nicht machen.“ Dann stand ein westdeutscher Kollege auf, der nach der Rednerliste dran war, einer von der Basis – das sah man –, der sagte, ihm reiche es jetzt, er verzichte auf sein Wort, und er möchte, daß die Kollegin spreche. Ich bin vorgegangen, und es war ein Riesenapplaus. Aber es waren auch nur kleine Dinge; was konnte ich denn schon sagen? Nur, daß es uns auch gibt, daß wir an der Basis sind und auch arbeiten. So ein Riesenaufwand und so ein Riesenapplaus für so ein bißchen, das alles war unverhältnismäßig. Aber es war ein Beispiel für Solidarität.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Danke schön, Herr Faulenbach, bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Keine Frage: Was führte eigentlich zur Verweigerung? Wir haben jetzt eine Fülle von Beispielen gehört, die sich kaum in ein einfaches Schema bringen lassen. Es gab eine Vielfalt von Motiven. Ich will von einer bestimmten Seite her fragen. Die Verweigerung konnte sich offenbar auf ganz verschiedene Anforderungen des Systems beziehen. War es eigentlich nur ein gradueller Unterschied, ob man sich der Stasi verweigerte, der SED verweigerte, dem FDGB verweigerte usw.? Frau Bartl hat ihre Verweigerung auf den FDGB bezogen. Ist es tatsächlich so, daß man keine wesentlichen Unterschiede machte zwischen den verschiedenen Teilen des Systems, daß die Stasi vielleicht das war, was am stärksten Verweigerung motivierte, daß es aber genauso auch andere Institutionen gab, die eine ähnliche Verweigerungshaltung nahelegten, so daß wir nur graduelle Unterschiede zwischen der Ablehnung bestimmter Teile, die alle zum System zu rechnen waren, festzustellen hätten, was Aussagen über das System und bestimmte Institutionen wie die Stasi innerhalb des Systems aus oppositioneller Perspektive implizieren würde?

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Ich denke, das Anliegen ist verstanden worden. Alle aus der Runde, die auf diese Frage noch antworten möchten, haben die Gelegenheit, das in einer Schlußrunde zu tun. Beginnen wir mit Herrn Schmidt.

Andreas Schmidt: Ich möchte das Wort „graduell“ aus Ihrer Fragestellung nicht so aufnehmen und nicht darauf eingehen. Ich wollte vorhin zum Ausdruck bringen, daß im Grunde genommen derjenige – ich beziehe mich jetzt auf meinen Vortrag –, der die Situation für sich selber gemeistert und widerstanden hat in der Auseinandersetzung, in der Anforderung, die das MfS an ihn gestellt hat, nämlich ihn werben zu wollen, gestärkt aus dieser Situation herausgegangen ist. Ich will das einmal so ganz trivial sagen. Ich meine, daß viele Menschen diese prinzipielle Verhaltensweise, sich immer dann zu verweigern, wenn sie vor ähnliche Situationen gestellt waren in ihrem Bereich – mein Bereich waren Volksbildung, Schule und Universität, die ich intensiv erlebt habe –, an den Tag legen konnten und das in der Mehrzahl der

Fälle so gemacht haben. Dazu gehört meines Erachtens auch immer wieder das Motiv, sich nicht irgendwo einpressen lassen zu wollen. Gerade nicht in den FDGB zu gehen ist dann ein Beleg dafür, das verhindern zu wollen, genauso wie ich mich in der Volksbildung habe dafür entscheiden können, am sogenannten Parteilehrjahr nicht teilzunehmen.

Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich möchte noch zwei Bemerkungen machen. Erstens: Ich glaube, bei widerständigem Verhalten ist immer ganz wichtig, daß man nach dem Ort fragt, wo sich widerständiges Verhalten vollzieht. Ein Beispiel, um Ihnen das deutlich zu machen: Es ist meines Erachtens ein Unterschied in der DDR gewesen, ob man als Maurer oder als Student an der Universität aus der FDJ ausgetreten ist. Der Ort ist meines Erachtens entscheidend.

Zweitens: Wenn Frau Bartl auf die Basisgruppen kommt, fühle ich mich damit auch angesprochen, weil das für uns, also für meinen Freundeskreis und für unsere Gesamtzusammenhänge, durchaus eine Frage war, mit der wir uns auseinandersetzten. Wir haben diese Szene in Berlin beobachtet und uns zu informieren versucht. Wir sind auch zu Veranstaltungen außerhalb Berlins gegangen. Aber entscheidend dafür, daß wir uns nicht eingeklinkt haben, waren zwei Dinge. Das eine waren unangenehme Erfahrungen mit den, wie wir es damals empfanden, „Herren und Damen aus der Opposition“, von denen uns elitäre und andere Verhaltensweisen entgegenschlugen. Ich will das nicht verallgemeinern, sondern einfach nur sagen, daß ich das erlebt habe. Wir sagten uns: „Bei den einen lehnen wir das ab, warum sollen wir es nun bei den anderen gutheißen, nur weil die im Untergrund kämpfen?“

Der andere Punkt, der damit zu tun hat, war: Wir wollten uns irgendwie selbst verwirklichen. Das hieß natürlich auch, wir wollten etwas Eigenes machen; wir wollten uns nicht wieder in Strukturen begeben, die schon „zementiert“ vorhanden waren. Das war uns schon ganz wichtig. (Beifall)

Georg Meusel: Zu den Grenzen der Verweigerung, inwieweit es nur graduelle Unterschiede waren: Es waren für mich im wesentlichen graduelle Unterschiede, und die waren abhängig von meinen inneren Grenzen, also wo ich mir sagen mußte: „Das kannst du nicht mehr mitmachen.“ Und bei dem anderen: „Das kannst du mitmachen oder machst du sogar gern und bewußt mit.“ Denn ich wollte mich nicht gern in die staatsfeindliche Ecke drängen lassen. Ich habe auch versucht, mich positiv einzubringen, also nicht in der totalen Negation zu verharren, sondern nach Positionen zu suchen, z. B. konstruktive Vorschläge zu machen. Für meine Aktivitäten waren wiederum die äußeren Grenzen, an die ich dann gestoßen bin, wo es zu riskant wurde.

Eva-Maria Bartl: Ich kann nicht eindeutig beantworten, ob das graduelle Unterschiede allein sind. Was ich erlebt habe und viele um mich herum auch, war, daß der Einfluß der SED-Diktatur in fast alle Lebensbereiche reichte. Wenn man jetzt das Wort „Zivilcourage“ und das Neinsagen zu bestimmten

Dingen, die von außen kamen, die man nicht selbst mitentschieden hat, nennt, so muß eine solche Möglichkeit und Fähigkeit nicht mit dem Vorhandensein eines Geheimdienstes zusammenhängen. Die Möglichkeit und Fähigkeit, zu Dingen nein zu sagen, die man nicht möchte, muß es doch überhaupt im menschlichen Leben geben.

Michael Beleites: Man hatte sich im DDR-System, egal, ob Stasi oder FDGB, wohl immer zu entscheiden zwischen einem äußeren Konflikt und einem inneren Konflikt. Wenn man mitmacht, hat man äußerlich Ruhe, aber man kommt innerlich in einen Konflikt, wenn man etwas tut, was man eigentlich überhaupt nicht will und was man für absurd hält. Wenn man nicht mitmacht, kann man reinen Gewissens leben, aber kommt äußerlich in unwahrscheinliche Konflikte mit kaum absehbaren Folgewirkungen, zum Teil auch für Familienangehörige. Deswegen war die Frage der Verweigerung immer eine Entscheidung für einen inneren oder für einen äußeren Konflikt. Diejenigen, die sich für das letztere entschieden, waren dann die Oppositionellen. Die Verweigerung setzte meist dort ein, wo man sich unmittelbar in seiner Würde verletzt fühlen mußte, wenn man Erwartungen, die an einen herangetragen wurden, entsprochen hätte. Deswegen meine ich, daß das Gefühl für die Würde mit eine große Rolle gespielt hat.

Bernd Steinert: Ich möchte nicht zur Verweigerung, sondern zu dem Problem, das mich speziell beschäftigt hat, etwas sagen, zur Personalunion: Die Leute der SED waren oft gleichzeitig im MfS oder im FDGB oder waren Wirtschaftsfunktionäre. Alles war so miteinander verquickt, daß man das gar nicht auseinanderdividieren kann. Der Anspruch kam manchmal nur von einer Seite, aber der ganze Apparat stand oft dahinter.

Noch etwas zu meiner Geschichte, zur Exmatrikulation hier in Jena 1961: Ich habe natürlich, obwohl ich nicht aktiv in der Studentengemeinde war, auch den Studentenpfarrer Klaus Peter Hertzsch angesprochen. Er hatte offenbar überhaupt kein Ohr für meine Thematik. Er ist inzwischen Professor geworden und ist sehr viel schriftstellerisch tätig. Aber er hatte für diese Problematik überhaupt kein Ohr. Später habe ich in der Kirche erfahren – ich bin mit einer Illusion aus dem staatlichen in den kirchlichen Bereich gegangen, wurde Diakon und habe im diakonischen Bereich viel gearbeitet –, daß demokratische Spielregeln bei weitem nicht in der Kirche praktiziert wurden, obwohl dort möglich gewesen wäre, daß man Demokratie auch an der Basis praktiziert. Gerade dort ist es größtenteils nicht gelaufen.

Gesprächsleiter Dr. Jürgen Schmieder (FDP): Es ist schade, daß wir an dieser Stelle aus der Diskussion aussteigen müssen. (Beifall)

Ich möchte mich ganz herzlich bei allen bedanken, die sich hier als Zeitzeugen zur Verfügung gestellt und Ihr offenes Ohr gefunden haben. Ich möchte mich bei Ihnen, bei den Jenaern, bei den Gästen, die unserer Anhörung beigewohnt

haben, ganz herzlich dafür bedanken, daß Sie mit uns gemeinsam hier zugehört haben. (Beifall)

Ich übergebe das Wort an Herrn Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte, weil ich draußen ein bißchen enttäuscht angesprochen worden bin, noch einmal in eigener Sache etwas sagen. Ich kann mir vorstellen, daß jemand, der nicht genau weiß, womit wir uns in den letzten Monaten beschäftigt haben, sich darüber wundert, daß der 17. Juni 1953 kaum hier vorkommt. Das ist Thema eines ganzen Tages gewesen. Also wundern Sie sich nicht, daß der 17. Juni hier heute keine zentrale Rolle gespielt hat. Dieses Thema haben wir schon vor Monaten bearbeitet.

Den zweiten Vorwurf, daß die Jenaer hier nicht so richtig zur Geltung gekommen sind, habe ich nicht verstanden und muß sagen, eigentlich ist der ganze gestrige Abend nur von Jena geprägt gewesen, von denen, die hier in Jena Widerstand versucht haben. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Wir haben bisher keine einzige deutsche Stadt so ausgezeichnet, wie wir das mit Jena getan haben. (Beifall)

(Unterbrechung von 12.40 bis 13.30 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir fahren mit der Sitzung fort.

Wie angezeigt, hören wir jetzt zunächst Martin Gutzeit zum Thema „Widerstand und Opposition in den achtziger Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur“, und danach gibt es unter Moderation von Professor Wilke ein Gespräch mit Zeitzeugen zu diesem Thema. Zunächst aber hören wir Martin Gutzeit, den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

Martin Gutzeit: Ich möchte meinen Ausführungen einige Vorbemerkungen vorausschicken, die sich auf die Bedeutung der Opposition für diesen ganzen Umbruch beziehen, und zwar zu einer Diskussion, die wir in der Enquete-Kommission geführt haben.

Für den Zusammenbruch des SED-Regimes, wie jenes Ende einer mehr als 40-jährigen Herrschaft auch genannt wird, finden sich heute viele Väter und Mütter. Ich erinnere unter anderem an die Aussagen vieler Zeitzeugen, insbesondere aus der alten Bundesrepublik, die wir vor der Kommission hörten. Dieser Zusammenbruch und die folgende deutsche Einheit erscheinen als das Resultat einer konsequent auf die Wiedervereinigung zustrebenden Politik seit Beginn der Bundesrepublik. Dennoch stellen sich Fragen, deren Beantwortung so leicht nicht fällt:

Weshalb war denn die politische und intellektuelle Elite des Westens so überrascht von dem, was dann im Verlauf des Jahres 1989 in der DDR geschah? Weshalb verlor diese DDR entgegen der Einschätzung der meisten Beobachter im Westen so schnell die Stabilität, die sie so lange vorzugaukeln

vermochte? Woher kam das Potential, das jenen Prozeß der Veränderung trug, der als revolutionäre, die Grundlagen des Systems zerstörende Veränderung so rasant vor den Augen eines staunenden Publikums ablief und in die Einheit Deutschlands mündete? Wie konnte sich im Osten Deutschlands gleichsam auf dem Wege einer „Konterrevolution“ ein marktwirtschaftliches, das heißt in den Begriffen der SED kapitalistisches System mit allen Ingredienzien einer bürgerlichen parlamentarischen Demokratie und eines bürgerlichen Rechtsstaates, verbunden mit dem Aufbau föderaler Strukturen, durchsetzen? – Ich erinnere daran, daß derartige politische Ziele selbst in oppositionellen Kreisen der DDR vor dem Sommer 1989 kaum artikuliert wurden. Wie gesagt, als konkret mögliche und handlungsrelevante Ziele wurden sie auch von der politischen Klasse der alten Bundesrepublik nicht angesehen, selbst wenn der Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR mit Kategorien wie der „politisch-ideologischen Diversion“ (PID) derartige Handlungsstrategien identifizierte. Insofern fällt es schwer, als Auslöser für jene Vorgänge ein absichtsvoll politisches Handeln seitens der politischen Kräfte der alten Bundesrepublik anzuführen.

Gewiß dürfen keineswegs die sich ändernden äußeren Rahmenbedingungen der DDR außer acht gelassen werden, zu denen auch die Politik der Bundesrepublik Deutschland gehört; die politischen Vorgänge, die den Sturz der SED herbeigeführt haben, sind aber – so möchte ich behaupten – von den politischen Kräften der DDR getragen worden. Dabei spielen die oppositionellen Kräfte der achtziger Jahre sowohl für den Beginn als auch für den Verlauf eine entscheidende Rolle. Ich möchte versuchen herauszuarbeiten, inwiefern und auf welche Weise sie diese Kompetenz erlangen konnten. Dazu wird es noch viele Forschungen geben müssen, denn so einfach ist diese Frage nicht zu beantworten.

Der Denk- und Handlungshorizont widerständigen und oppositionellen Verhaltens für die achtziger Jahre: – Da aus einer zurückblickenden Perspektive, d. h. post festum, vieles in einem anderen Licht erscheint und Kategorien, die ein späteres Selbstverständnis beschreiben, gern auf die Zeit vorher rückwirkend angewandt werden, möchte ich den folgenden Ausführungen noch einige methodische Bemerkungen vorausschicken.

Man sollte genau zwischen deskriptiven Begriffen, die einen Sachverhalt von außen beschreiben, und solchen Begriffen unterscheiden, in denen sich in der jeweiligen Zeit das Selbstverständnis der Handelnden ausdrückt. Dies gilt nicht nur für den Rückblick des Historikers und Soziologen, sondern auch schon für die Zeit der DDR selbst. Die Beschreibung von Handlungen oppositionellen und widerständigen Verhaltens durch die SED und ihren Sicherheitsapparat und auch die Beschreibung durch westliche Medien sind eben nicht unbedingt mit dem Selbstverständnis der Handelnden identisch, die mit dieser Beschreibung gemeint sind.

Im Hinblick auf Begriffe wie „Bürgerbewegung“ und „Opposition“ bedeutet dies, daß man mit ihnen in der Anwendung auf die Zeit vor dem Herbst 1989 äußerst vorsichtig umgehen sollte. Im nachhinein scheint es so zu sein, als ob sich sehr viele bewußt als Opposition in der DDR verstanden hätten, sogar weit in die SED und die Blockparteien hinein. Hätte man jedoch diejenigen danach gefragt, die oppositionellen Kreisen angehörten, wären es meines Erachtens nicht allzu viele gewesen, die sich bewußt dazu bekannt hätten, Opposition zu sein. Dies hat nicht unbedingt in jedem Fall etwas mit mangelnder Zivilcourage zu tun, sondern ist der spezifischen politischen und geistigen Situation zu verdanken, das heißt dem spezifisch begrenzten Denk- und Handlungshorizont für oppositionelles Handeln, wie er nach 40 Jahren SED-Diktatur entstanden war.

Daher möchte ich mit der Spezifik dieses begrenzten Denk- und Handlungshorizonts beginnen. Dazu muß man notwendigerweise auf die Zeit vor den achtziger Jahren zurückgreifen, denn dieses Personal der achtziger Jahre ist auch schon in den Jahren vorher tätig gewesen und hat dabei seine spezifischen Erfahrungen gemacht.

Natürlich ist dies eine Generationsfrage. Bis in die fünfziger Jahre hinein gab es, wie wir hörten, noch eine harte Opposition, die – bewußt anknüpfend an demokratische Vorkriegstraditionen – einerseits mit der Zielstellung von Demokratie und Rechtsstaat initiativ wurde und andererseits, da sie das SED-Regime für ein Übergangsphänomen hielt, das keinen Bestand haben würde, konsequent das Ziel der deutschen Einheit im Blick hatte. Zugleich sahen oder hatten sie in politisch gleichgelagerten Gruppierungen der Bundesrepublik ihre Partner, von denen sie unterstützt oder sogar angeleitet wurden.

Durch die Abwanderung von drei Millionen DDR-Bürgern in die Bundesrepublik dürfte ein Großteil des Potentials, aus dem sich eine Opposition rekrutierte, die DDR verlassen haben. Diese Abwanderungsbewegung von fundamentaloppositionellem Potential hat – häufig im Zusammenhang mit Unterdrückungsmaßnahmen des SED-Regimes – bis zum Ende der DDR nicht aufgehört. Wir hatten hier dafür auch Beispiele. Gerade diejenigen, die sehr konsequent waren, sind sehr schnell aus der DDR hinausgedrängt worden. Übrigens gab es, wie wir hörten, immer ein latent fundamentaloppositionelles Potential, das sich eruptiv in Einzelaktionen Ausdruck verschaffte und dann kriminalisiert wurde; das sind die Unbekannten.

Spätestens mit dem Mauerbau hatte sich die Situation geändert. Der Bestand der DDR und die in ihr herrschende SED-Diktatur schienen auf unabsehbare Zeit nicht mehr in Frage gestellt werden zu können. Die Machtfrage schien geklärt zu sein. – Diese Situation als Denk- und Handlungshorizont möglichen widerständigen und oppositionellen Verhaltens muß unbedingt auch für die Generation der achtziger Jahre im Blick behalten werden.

Die Revolution im Herbst 1989 wurde vor allem durch die Altersgruppe

der 25- bis 40-jährigen getragen. Die älteren aus dieser Gruppe, die dann auch die Parteien und die politischen Vereinigungen der Revolution prägend gestalteten, begannen ihr politisch bewußtes Leben etwa Anfang bis Ende der sechziger Jahre. Sie waren in der DDR aufgewachsen und in ihrem politischen Denken durch dieses totalitäre System tief geprägt, gerade auch dann, wenn sie im Widerspruch zu ihm standen. Jeder war von klein auf jenem ideologisch begründeten Wahrheits- und Machtanspruch der SED ausgesetzt, der alle Sphären von Staat und Gesellschaft durchzog und der dann 1968 auch in der Verfassung verankert wurde. Dieser totale Anspruch muß auch im Zusammenhang mit den 500.000 sowjetischen Soldaten gesehen werden, die für jeden sichtbar präsent waren. In diesen Zusammenhang gehört die mit Bezug auf die mit dem Nationalsozialismus belastete deutsche Geschichte durch einen instrumentalisierten Antifaschismus gestützte moralische Tabuisierung all dessen, was im Zusammenhang mit der deutschen Frage stand.

Eine präzise Ausprägung dieses Machtanspruchs findet sich im „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“ der Staatssicherheit, und zwar in der Feinddefinition, die aber nicht nur das MfS prägte, sondern auch alle gesellschaftlichen und politischen Sphären bestimmte:

„Feind: Personen, die in Gruppen oder individuell dem Sozialismus wesensfremde politisch-ideologische Haltungen und Anschauungen absichtsvoll entwickeln und in ihrem praktischen Verhalten durch gezieltes Hervorrufen von Ereignissen oder Bedingungen, die die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung generell oder in einzelnen Seiten gefährden oder schädigen, eine Verwirklichung dieser Haltungen und Anschauungen anstreben.“

Hier werden die Tabuzonen der SED eindeutig benannt. Wer ideologische und politische Auffassungen vertritt, die sich nicht im Rahmen des Sozialismus halten, ist Feind, besonders dann, wenn er das mit anderen gemeinsam tut. Wer dazu öffentlichkeitswirksam wird, ist Feind in einem noch höheren Maße. Feind zu sein war mit solchen Sanktionen versehen, die die Aussichtslosigkeit, als Feind gesellschaftlich überleben zu können, auf das deutlichste vor Augen führte. Was nimmt es wunder, daß oppositionelles oder widerständiges Denken und Verhalten davon nicht unbeeinflußt blieben und Denk- und Handlungsmuster suchten, die nicht unmittelbar den Verlust bürgerlicher Existenz bedeuteten? Direkte politische Forderung nach einem demokratischen Rechtsstaat mit Gewaltenteilung und parlamentarischer Demokratie sowie die Gründung von politischen Vereinigungen, die solche Ziele durchsetzen konnten, erschienen erst einmal jenseits des Denkbaren. Zu fragen ist, wohin potentiell widerständiger Habitus auswich, ein Habitus, der durch kein System gänzlich beseitigt werden kann.

Wo lagen nun die Ansätze und Einfallstore für die Durchbrechung der

gegen abweichendes politisches Denken und Handeln aufgestellten Tabus und Mauern, die dann letztlich zur Ausbildung einer Opposition im Herbst 1989 führten?

Für einen Teil derer, die in oppositionellen Kreisen der achtziger Jahre und dann im Herbst 1989 maßgeblich initiativ wurden, spielten die emanzipatorischen Bestrebungen in der westlichen Welt Mitte/Ende der sechziger Jahre und der „Prager Frühling“ 1968 eine wichtige Rolle. Dieser Einfluß geht über die unmittelbare politische Dimension weit hinaus. Beeinflußt von der Protestkultur, die sich in Kleidung, Musik, Lebensart ausprägte, wollte und konnte man sich in der Gestaltung des eigenen Lebens nicht mehr durch jene ideologische Engstirnigkeit beschränken lassen. Ideologisch motivierte Verbote des Tragens von Jeans und langen Haaren provozierten geradezu jugendlichen Protest. Studentischer Protest auf den Straßen führte vor Augen, daß die vorgegebenen Ordnungen nicht sakrosankt waren und die heranwachsende Generation eigene Ansprüche auf Gestaltung hatte. Damit waren zwar nicht unmittelbar inhaltlich politische Vorgaben gegeben; in der Folge wurde aber auch von bestimmten intellektuellen Kreisen das rezipiert, was an kritischen Entwürfen auf intellektueller Ebene im Westen entstand.

Gerade bei letzterem zeigen sich aber Probleme, deren Auswirkungen bisher nicht ausreichend bedacht wurden und die sich in bezug auf die Rezeption kritischer politischer und geistiger Ansätze des Westens bis in die achtziger Jahre fortsetzen. Diese Ansätze gehörten ursprünglich in den westlichen Kontext, also in ein ausgeformtes westliches demokratisches System, mit dem sie sich auseinandersetzten. Zur konsequenten handlungsorientierten und systemüberwindenden Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR waren sie meines Erachtens nur bedingt geeignet, was nicht ausschließt, daß sie auch den kritischen Blick zu schärfen vermochten. Was half es, die geistigen Auseinandersetzungen der alten Bundesrepublik zu führen, wo doch ganz anderes gefordert war? Die fatale Situation der Ermangelung einer eigenen offenen intellektuellen und politischen Kultur, wie sie z. B. bis zu einem gewissen Grade in Polen bestand, in der sich in der Rezeption und kritischen Auseinandersetzung eigene Ansätze ausbilden konnten, blieb für die DDR weitgehend kennzeichnend.

Nicht minder wichtig war für diese Generation das, was 1968 in Prag geschah. Entgegen dem durch Moskau im Sinne eines Wahrheitsmonopols definierten Sozialismus wurde hier der Versuch unternommen, einen eigenen Weg des Sozialismus zu gestalten. Das Auslegungsmonopol des „wahren“ Marxismus war gebrochen. Die Partei hatte also nicht immer recht. Hier begegnet man dann in der Folge dem Begriff eines „demokratischen Sozialismus“, über dessen theoretische und praktische Konsistenz angesichts der beschriebenen Situation in der DDR keine ausreichende eigene Verständigung stattfinden konnte.

Vorausschicken möchte ich, daß mein persönlicher geistiger Ansatz zur kritischen Würdigung des SED-Regimes nicht von diesen Ansätzen seinen Ausgang nahm. Dennoch meine ich, daß die kritische Bedeutung solcher Begriffe wie „demokratischer Sozialismus“ nicht ignoriert werden darf, insbesondere da diese Begriffe bis in den Herbst 1989 eine wichtige Rolle spielten. In einem System, das abweichende politische Vorstellungen und Begriffe als feindlich tabuisierte und mit entsprechenden Sanktionen bewehrte, schien es vielen allein ratsam, wenn nicht gar einzige Denkmöglichkeit zu sein, sich in den Kategorien auszudrücken, die vielleicht die Tabuisierung zu durchbrechen ermöglichten. Daß damit die Reichweite oppositionellen Denkens begrenzt war und zum Teil die Paradigmen des DDR-Systems nicht zu überwinden vermochte, bestreite ich nicht.

Ich gebe aber zugleich zu bedenken, daß mit solchen Begriffen oft etwas ausgedrückt wurde, was einen anderen Sinn hatte, sei es bewußt oder unbewußt. Ich verweise in diesem Zusammenhang darauf, daß ein Großteil der DDR-Bürger zugleich auch immer, durch die elektronischen Medien vermittelt, in der westlichen Wirklichkeit lebte, das heißt quasi eine politische Doppelexistenz führte. Die aus dem totalitären Selbstverständnis folgende Verweigerung der grundlegenden Bürger- und Menschenrechte trieb geradezu in jene politisch-geistige Doppelexistenz.

So konnte die Aufnahme solcher Kategorien in der Beziehungsebene einfach die Bestreitung des Definitionsmonopols der SED bedeuten. Zugleich ermöglichte die positive Rezeption von Traditionen, auf die sich die SED bezog, jenes Vergleichsspiel von Anspruch und Wirklichkeit. Diese Botschaft hat die SED gegebenenfalls sehr gut verstanden und entsprechend reagiert. Daß dies zum Sturz des SED-Regimes und zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats kaum ausreichte, ist eine These, auf die ich noch zurückkommen werde. Daß andererseits das Sich-Bewegen auf der Ebene erlaubter Sprachmuster nicht alles über die zugrunde liegenden politischen Auffassungen aussagte, wird offenkundig, als im Herbst 1989 die Enttabuisierung anderer politischer Vorstellungen fortschreitet.

Waren die internationale Anerkennung der DDR und ihre Aufnahme in und Beteiligung an UNO und KSZE einerseits gleichsam die Bestätigung der Situation, die mindestens seit dem Bau der Mauer kaum noch zu verdrängen war und pragmatische Umgangsformen erforderte, so bot sie andererseits Ansatzpunkte für die Anknüpfung an die auch von der DDR anerkannten Bürger- und Menschenrechte und damit für das eigene Selbstbewußtsein die Möglichkeit der Antizipation der in einem Rechtsstaat garantierten Rechte, wiewohl auch hier die DDR immer auf ihrem Auslegungsmonopol beharrte. Mit dem Aufgreifen von Initiativen wie der „Charta 77“ wurde dieser Faden dann durch Gruppierungen der achtziger Jahre aufgenommen und für die Ausformung der politischen Zielstellungen, z. B. die Schaffung eines

Rechtsstaates, von entscheidender Bedeutung. Vergessen sei aber auch nicht die Entstehung der Solidarnosc-Bewegung in Polen, die zeigte, daß die Macht kommunistischer Führungen ihre Grenzen hatte und in Frage gestellt werden konnte. Dies war gewiß eine Aufforderung und Ermunterung zugleich, die in der DDR aber erst einmal unmittelbar nicht die größten Auswirkungen zeigte.

In den siebziger Jahren trat Dissidenz insbesondere in der kulturellen Sphäre in Erscheinung. Schriftsteller erschienen als Symbole der Opposition. Die SED reagierte massiv, und es kam zum Exodus und zum Ausbluten dieser Sphäre, auch wenn hier später etwas nachwuchs. Dennoch möchte ich behaupten, daß die Dissidenz in der Sphäre der Kultur, also auch der Schriftsteller, eine politische Kultur mit entsprechenden Organisationsformen, die andere Erfordernisse hat, nicht ersetzen konnte.

Es nimmt nicht wunder, daß sich in diesem Staat der SED innerhalb des Bereiches, der aufgrund seines eigenen Selbstverständnisses als einziger nie dem Wahrheits- und Machtanspruch der SED völlig gleichgeschaltet werden konnte, ein Großteil der Gruppen der achtziger Jahre entfaltete. Die Kirche war auch der einzige Bereich, in dem es eine systemunabhängige Hochschul- und Fachschulausbildung eigener Mitarbeiter gab, ein unabhängiges intellektuelles Potential, das von Berufs wegen mit den geistig-politischen Auseinandersetzungen des Westens verbunden war.

Gerade in dem Versuch der Bewältigung der eigenen Vergangenheit zur Zeit des Nationalsozialismus, nämlich der der Kirche, und in der Aufnahme von Impulsen aus dem Bereich der Ökumene spielte die Frage der Verantwortung des Christen und der Kirche für die Welt, insbesondere auch in der Friedensfrage, eine entscheidende Rolle. Hier bestand ein im Selbstverständnis von Kirche und SED angelegtes Konfliktfeld, das ohne Selbstaufgabe grundlegender Positionen einer der beiden Seiten nie aus der Welt zu schaffen war. Die Frage lautete: Kann es neben der auf der Linie des Wahrheits- und Machtanspruches der SED liegenden oder von ihr abgeleiteten gesellschaftlichen oder politischen Verantwortung eine eigenständige und unabhängige Wahrnehmung von gesellschaftlicher oder politischer Verantwortung geben oder nicht?

Dieser Konflikt in der Frage der Verantwortung betraf aber nicht nur den Bereich der Kirche, die hier gewisse Privilegien hatte, sondern alle, die jene Entmündigung nicht ertragen konnten und wollten. Hier ergab sich auch zwangsläufig Streit und Konflikt mit Vertretern der Kirche, die nicht begriffen, daß sie die Freiräume, die sie selbst hatten, ohne Verlust eigener Glaubwürdigkeit anderen nicht verweigern konnten. Die Kirche hat es dennoch getan und muß sich damit heute zu Recht auseinandersetzen.

Ich halte das Thema Verantwortung, zumal vor dem Hintergrund der weltweiten Herausforderungen, die wir damals sahen, für den entscheidenden

Ansatz zur Durchbrechung der Grenzen des Denk- und Handlungshorizontes oppositioneller Gruppierungen.

Schon am Ende der siebziger Jahre, zum Teil aber noch viel früher, beginnen Gruppen in der Kirche, sich mit dem Thema Frieden zu beschäftigen. Mit der Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, der Nachrüstung und der Entstehung der Friedensbewegung im Westen ergab sich aber eine neue Situation. Damals breitete sich das Gefühl aus, die Menschheit, das heißt auch wir selbst, sei in Gefahr, wenn sich die gegenwärtige Entwicklung ungebremst weiter fortsetzt. Die Stationierung von SS-20 in der DDR, das immer bedrohlicher werdende Wettrüsten, die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft, die ökologischen Probleme und auch die Probleme der Dritten Welt traten immer stärker ins Bewußtsein.

Besonders im Raum der evangelischen Kirche, aber nicht nur dort, fanden sich Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen zusammen, um zu überlegen, wie der Erfahrung von Ohnmacht entgegengewirkt werden kann. Die Themen und Zielsetzungen dieser Gruppen waren unterschiedlich. Einte sie der Wille, etwas gegen das System der Abschreckung überhaupt, gegen die Militarisierung der Gesellschaft und gegen das nach innen wie außen funktionierende System der Bedrohung zu tun, so gehörte auch die Forderung nach Bürgerrechten von Anfang an dazu; denn diese Forderung war um der Schaffung eigener Handlungsmöglichkeiten willen unabdingbar.

Die Gruppen wurden durch das repressive Verhalten der SED geradezu gezwungen, sich den Themen von Bürgerrechten zuzuwenden und in diesem Sinne zunehmend oppositionell zu werden, was nicht heißt, daß sie sich unbedingt schon als Opposition verstanden hätten.

Da heute von diesen Gruppen als einer Friedensbewegung, Bürgerrechts- oder Bürgerbewegung oder Ökologiebewegung gesprochen wird, will ich hervorheben: Bei diesen Gruppen handelt es sich eher um eine Randerscheinung sowohl der DDR-Gesellschaft insgesamt als auch der evangelischen Kirche. Diese Gruppen entstanden unabhängig, ohne daß es dafür eine Leitfigur brauchte. Einzelne aus diesen Kreisen durchbrachen das Tabu der Nutzung westlicher Medien und machten die Forderungen der Gruppen bekannt. Erfuhr man anfangs durch Medien voneinander, so war es bald ein wichtiges Ziel, die gegenseitige Information und Vernetzung sicherzustellen. Jede einzelne Gruppe blieb selbstständig, war aber am Informationsaustausch mit anderen Gruppen interessiert. Die Materialien wurden mühsam, meist auf kirchlichen Druckmaschinen, selbst hergestellt und dann auf eigenen Wegen verteilt. So entstanden Gruppen, deren Anbindung an die Kirche eher locker war oder die sich bewußt als unabhängig verstanden wie etwa die „Friedensgemeinschaft Jena“, wie wir hörten, die „Frauen für den Frieden“ und die „Initiative Frieden und Menschenrechte“.

Neben den einzelnen Gruppen gab es Friedensseminare, zu denen Interessierte aus der ganzen DDR, aber auch aus dem Ausland zusammenkamen. Ich selbst habe an solchen Seminaren in Mecklenburg mitgewirkt. In diesen Seminaren und auch bei anderen Treffen, zu denen DDR-weit die Leute zusammenkamen, entstanden Kontakte, die in den darauffolgenden Jahren wichtig wurden.

Die so rasant ablaufenden Ereignisse im Herbst 1989 wären nicht möglich gewesen, wenn es nicht diese DDR-weiten Kontakte, diese Bekanntschaften gegeben hätte, die zum Teil in den achtziger Jahren entstanden, die zum Teil aber auch noch weiter zurückreichten, nämlich in die siebziger Jahre. Die Personen waren auch ein Rest von denen, die dageblieben sind, die sich entwickelt haben und damit ein Potential von politisch Handlungsfähigen bildeten.

Auf Initiative einer Berliner Gruppe gab es dann Anfang 1983 im Raum der Kirche, auch im Konflikt mit ihr, das erste Treffen von Delegierten verschiedener Gruppen. „Konkret für den Frieden“ oder kurz „Frieden konkret“ war das Thema dieses Treffens und wurde dann zum Namen für die jährlich stattfindenden Delegiertenversammlungen. Beim ersten Treffen war es wichtig, daß es überhaupt stattfand und daß man sich kennenlernte, beim zweiten, 1984 in Eisenach, daß es überhaupt weitergeführt wurde. Der „Altendorfer Friedenskreis“ hatte dazu die Initiative ergriffen und das Treffen in hartem Ringen gegen die Thüringische Landeskirche durchgesetzt. Zum dritten Treffen, 1985 in Schwerin, wurden Friedens-, Menschenrechts- und Frauengruppen sowie auch Ökologie- und Dritte-Welt-Gruppen eingeladen. Danach wurde ein Fortsetzungsausschuß eingesetzt. Dieser wurde dann immer mehr zu einer Sprechergruppe. 1987/88 war es dieser Ausschuß, der gemeinsam mit dem Berliner Stadtjugendpfarramt die Koordination der Friedensgebete und Mahnwachen nach den Vorfällen in der Berliner Umweltbibliothek und bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration übernahm.

Diese locker vernetzte Zusammenarbeit wurde im Laufe der Jahre immer wichtiger. Sie bildete in gewisser Hinsicht die personelle Basis auch für die Formierung der Opposition im Herbst 1989. Gerade die Ereignisse Anfang 1988 hatten gezeigt, daß es möglich war, ein Netz DDR-weiter Solidarisierung zu knüpfen. Aber auch die veränderten äußeren Rahmenbedingungen sind zu beachten. Ich erinnere an die Reformen Gorbatschows und die Aufgabe der Breschnew-Doktrin. Das hatte gewiß Auswirkungen auf die DDR-Gesellschaft bis in die SED hinein. Das Honecker-Regime weigerte sich dennoch beharrlich, die Zeichen der Zeit zu verstehen.

Anfang des Jahres 1989 entwickelte sich in den oppositionellen Kreisen eine neue Diskussionslage, auch wenn zum Teil nur erneut Ansätze artikuliert wurden, die schon in den Jahren vorher präsent waren. Ich nenne als Beispiel das Treffen „Konkret für den Frieden“ in Greifswald im Februar 1989, an dem wieder verschiedene Gruppierungen teilnahmen. In einem MfS-Bericht heißt

es: „Vorstellungen nach einer einheitlichen zentralen Führung aller kirchlichen Basisgruppen trat die Mehrzahl der Teilnehmer entgegen und beharrte auf der Position der Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit. So fanden Vorschläge, dem Friedensseminar eine feste Struktur im Sinne einer Vereinheitlichung, die künftig die Gruppen gegenüber Staat und Kirche vertreten sollte, zu geben, nicht die Zustimmung. Auch trafen Versuche des hinlänglich wegen seiner feindlich-negativen Haltung bekannten Pfarrers Tschiche, während des Friedensseminars seine Absichten zur Gründung einer 'Vereinigung zur Erneuerung der Gesellschaft' zu erläutern und Interessenten für dieses Vorhaben zu gewinnen, wenig Resonanz.“ – Das war im Februar 1989.

Anfang 1989 findet sich also noch eine gewisse Ambivalenz der Situation. Es gibt schon einige eher spontane Aktionen, eigene politische Ansprüche im öffentlichen Raum der Gesellschaft zu artikulieren. Ich erwähne die Montagsgebete in Leipzig. – Dazu werden wir nachher vielleicht noch etwas hören. Über die Leipziger Taktik wird Christian Dietrich wohl etwas sagen. – Dabei kann man sich aber schon auf die Möglichkeiten DDR-weiter informeller Zusammenarbeit, das heißt auch Solidarität, verlassen. Dies wird auch bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 relevant, bei denen Informationen in Teilbereichen, aber auch über die DDR hinaus ausgetauscht werden. Dabei ist für die Organisation auch die „Solidarische Kirche“, ein DDR-weites Kontaktnetz, wichtig. Ein wichtiges Tabu des SED-Regimes ist gebrochen.

Zugleich gibt es aber immer noch Hemmnisse, die meines Erachtens in einem noch nicht überwundenen begrenzten Denk- und Handlungshorizont gründen. Dies zeigt sich im Verhalten zu dem genannten Vorschlag von Tschiche, den dieser auch schon 1988 gemacht hatte. Es betrifft die Entschlossenheit, öffentlich und selbstbewußt die totalitären Ansprüche der SED zu bestreiten, zugleich eigene politische Ansprüche auf Teilhabe an der Macht zu artikulieren und politische Organisationsformen zu installieren, mit denen sich solche Ansprüche auch politisch durchsetzen lassen.

Zugleich sind zu dieser Zeit politische Ordnungsvorstellungen wie „Rechtsstaat“, „Gewaltenteilung“ und parlamentarische Demokratie“ als prioritäre Forderungen noch keineswegs Konsens. Gegenüber dem Modell westlicher Demokratie bestehen bei vielen noch Vorbehalte, und ein schlüssiges Gegenkonzept gibt es nicht. Überhaupt ist das Verhältnis zur Macht sehr gespalten. Auf die Frage, ob sie bereit wären, den Posten eines Innenministers zu übernehmen, hätten die meisten wahrscheinlich gelacht und sehr ablehnend reagiert; ich habe das Experiment damals gemacht.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Konzept politischer Parteien. Markus Meckel hat übrigens im Februar 1989 in Greifswald auch den Vorschlag zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei ins Spiel gebracht und ist natürlich auf Ablehnung gestoßen.

Im ersten Halbjahr 1989 gab es dann verschiedene Überlegungen und Gespräche über Handlungsformen, in denen sich Opposition in der DDR formieren sollte. Das ging dann auch schon recht zügig, wobei unterschiedliche Konzepte im Blick waren. Die Sozialdemokraten waren nicht die einzigen, die von einer Partei redeten; es gab auch andere. Aber prägend und tragend waren doch jene Konzepte, die eine Entwicklung von unten, eine Bewegung erwarteten, die einen Prozeß der Demokratisierung und Öffnung, des Dialoges voranbringen sollte. Das also war das tragende Konzept; diese anderen Dinge wurden eher stark ablehnend betrachtet.

Ein anderer wichtiger Aspekt für den Handlungshorizont der oppositionellen Gruppen ist die Frage, wie sich die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem ideologischen Loyalitätsdruck des Systems verhielt. Nicht zuletzt das Anwachsen der Ausreisewelle im Verlauf des Jahres 1989 gab recht eindeutige Zeichen dafür, daß quer durch alle Schichten der Bevölkerung der DDR der Loyalitäts- und Vertrauensverlust gegenüber der SED massiv fortgeschritten war. Als Bedingung für die Ausbildung der Opposition im Herbst 1989 muß dies mit in den Blick genommen werden. Daß die Formierung oppositioneller Parteien und Gruppierungen im Herbst jenen Loyalitätsverlust wesentlich beschleunigt und überhaupt dieser Bewegung von unten auch inhaltliche, politische Ziele gegeben hat, ist die andere Seite. Beides gehört zusammen, die Formierung der Opposition und der Aufstand des Volkes gegen die totalitären Anmaßungen der SED. Die Frage, wer denn die Revolution gemacht habe, die Opposition oder das Volk auf der Straße, das mehr und nachher sogar die deutsche Einheit wollte, wird zum Teil ja alternativ behandelt. Ich denke aber, daß sich beide Seiten nicht voneinander trennen lassen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Vielen Dank, Martin Gutzeit. – Der letzte Satz hat darauf hingewiesen, daß wir uns bei dem Unternehmen, daß wir jetzt vor uns haben, auf diese Zusammenhänge beziehen sollten.

Dieses Podium steht unter der Überschrift: „Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur.“ Was das Vorgehen betrifft, so ist der erste Ansatz, dieses Thema chronologisch zu gliedern, einhellig verworfen worden. Wir verstehen die beiden Podien, die wir jetzt noch vor uns haben, als technisch bedingten Ablauf.

Wir werden bei diesem ersten Podium die Abgeordneten und die Sachverständigen der Kommission noch nicht in die Diskussion einbeziehen. Dann wird das zweite Podium stattfinden, und in der sich daran anschließenden Diskussion werden alle Teilnehmer zu Wort kommen können.

Zu Beginn bitte ich diejenigen, die hier vorn auf dem Podium sitzen, uns kurz biographisch zu berichten, wie denn sie den Weg von der Resistenz zur Opposition oder zur Verantwortung gefunden haben. – Katrin Eigenfeld, würden Sie bitte beginnen!

Katrin Eigenfeld: Ich mache den Versuch. Es ist ein Ausschnitt, und verstehen Sie das bitte auch so.

Es gab keinen Zeitpunkt in meinem Leben, zu dem ich beschloß, eine Widerständlerin zu werden. Ich stand als DDR-Frau mitten in der Gesellschaft, und eine kritische Haltung konnte da nicht ausbleiben, wenn man täglich die Widersprüche mit ihren Lügen und Ungerechtigkeiten erlebte. „Dagegen“ zu sein, gehörte zu meinem Leben, und was ich und viele andere darunter verstanden, war ohne nähere Erläuterungen klar. Eine Opposition gab es aus meiner Sicht nicht; dies könnte historisch fehlgedeutet werden.

Meine Aussage über diese Zeit kann nur subjektiv sein – das ist ja auch nicht anders möglich –, auch wenn ich mich immer verstanden habe als Mitglied in Gruppen und kaum als Einzelkämpferin, als die man sowieso kaum Wirkung hätte erzielen können.

Begonnen hat „es“ durch die Mitarbeit, nebenbei, in der sozialdiakonischen Jugendarbeit von Halle. Fast seismographisch zeigten diese Jugendlichen die Probleme der Gesellschaft in ihrer ganzen Breite auf. Die ersten außerstaatlichen Friedensaktionen begannen; siehe: „Schwerter zu Pflugscharen.“ Die Schwierigkeiten, die entstanden, bestätigten uns in der Richtung unseres Weges. Harte Maßnahmen – bis hin zu Inhaftierungen – folgten. Nachdem diese Jugendarbeit in Halle Ende 1993 fast zerschlagen war und ich aus der U-Haft entlassen wurde, schloß ich mich der Gruppe „Frauen für den Frieden“ an.

Als Reaktion auf das neue Wehrdienstgesetz der DDR von 1982 fanden sich Frauen zusammen, um sich dagegen zu wehren, in die Armeestrukturen einbezogen zu werden, wie es dieses Gesetz vorsah. Bisher hatten wir nur die Männer bei ihren Armeeproblemen beraten und unterstützt; nun waren wir selbst betroffen. Es bestand kaum das Bedürfnis nach einer Frauengruppe, aber die meisten erlebten zum erstenmal das Gefühl weiblicher Zusammengehörigkeit über private Grenzen hinaus. Ob evangelisch, katholisch oder der Kirche fernstehend – weltanschauliche Fragen waren dabei nebensächlich. Es ging um die gemeinsame Betroffenheit und die Sorge um die Zukunft für uns und unsere Kinder.

Da war aber nicht nur das Armeeproblem. Die Gruppe bestand weiter. Seit 1984 waren wir ein Arbeitskreis beim evangelischen Kirchenkreis in Halle geworden; also: das „Dach der Kirche“.

Die Zusammensetzung änderte sich, aber es blieben immer ca. 20 Frauen unterschiedlichen Alters, die sich regelmäßig trafen. Freundschaften entstanden. Das Private und das Öffentliche gingen ineinander über. Das spiegeln die behandelten Themen wider wie Sicherheitspartnerschaft, Kindererziehung, Leiden – an Dorothee Sölle angelehnt –, Feminismus, Rosa Luxemburg, Träume, Frauenfreundschaften und die immer neuen Probleme und Konflikte mit Beruf, Schule, Haushalt, Kinder, Männer und die große Politik. Ausein-

andersetzungen untereinander blieben nicht aus. Aber da wir uns nicht als Rivalinnen gebärden mußten, gelang es, sich gegenseitig zu akzeptieren und besser kennenzulernen. Weibliche Solidarität – für viele eine neue Erfahrung. Das half der Gruppe, zu überleben. Die Aktionen nach außen – Fasten für den Frieden, Schweigen, Klagen, Friedensdekade, Eingaben, „Konkret für den Frieden“ usw. – machten nicht allein ihr Wesen aus. Es gelang, ohne Leitung auszukommen. Keine war die Chefin. Jede hatte, je nach Temperament, Charakter und Interessen, etwas anderes zu geben und einzubringen.

Wir hatten Kontakte zu anderen Friedensgruppen in der DDR. Es gab auch Begegnungen mit Freunden aus dem Ausland, provinziell bedingt allerdings nicht allzu häufig. Das Zusammensein in der Gruppe bedeutete für uns, gemeinsam einen Weg zu suchen aus der allgemeinen Isolation, Resignation, Angst, Hoffnungslosigkeit, Hilflosigkeit, Unmündigkeit und Sprachlosigkeit.

Man müßte annehmen, daß in einer Stadt wie Halle, mitten im Zentrum der chemischen Industrie, wo wir ständig den Dreck vor Augen und die verseuchte Luft in der Nase hatten, die Bereitschaft, etwas dagegen zu tun, allgemein und das Bedürfnis eines jeden normalen Menschen war. Aber wir erlebten, daß viele Menschen nicht nur deshalb den Mund hielten, weil sie Angst hatten, etwas zu sagen, sondern auch deshalb, weil sie die Verantwortung für die größeren Zusammenhänge, über die eigenen vier Wände hinaus, nicht mehr empfanden. Die Probleme waren zu groß, zu umfassend. Es ist so entmutigend gewesen, nichts unternehmen zu können, daß man sich lieber gar nicht erst damit befaßte.

Damit konnten wir uns nicht abfinden. Da entstand Konfrontation, Provokation. Menschen, die sich mit dem Satz „So ist es eben“ weder in Kirche noch Staat abfinden wollen, sind unbequem. Wer in der Kirche nicht nur den inneren Frieden, sondern auch gelebtes Evangelium sucht, wird oft mißverstanden. Wer auf Probleme hinweist, die auch im Sozialismus der DDR nicht gelöst worden sind, wird von Vertretern der Institutionen gezielt mißverstanden. Menschen, die von diesen Problemen ebenso betroffen waren wie wir, empfanden uns als Störenfriede.

So sind unsere Erfahrungen gewesen. Allerdings muß man sagen, daß es in der kirchlichen Hierarchie immer von einzelnen Personen abhing, ob man uns unterstützte oder mißtraute. Die katholische Kirche lehnte jegliche Unterstützung ihrer Friedensfrauen ab.

Der Staat zeigte sich nie bereit, in einen von uns angestrebten Dialog zu treten. Er zeigte sich nur in Gestalt von Staatssicherheitsbeamten, die für uns keine Gesprächspartner sein konnten.

Wir verteidigten unser Recht auf ein Leben in Würde als aufrechte, frei denkende Menschen in einer Welt der Phrasen, Ideologien und abstrakten Konstruktionen, in der der einzelne nicht zählte, in der nur seine Leistungen und seine Staatstreue gefragt waren. Wir wollten diese entpersönlichte Welt aus

unseren Köpfen verbannen. Wir haben nichts anderes gehabt als die Stimme unseres menschlichen Gewissens und die Liebe zu uns selbst und zu denen, die uns anvertraut waren. Aus dieser Liebe heraus lohnte es sich, Opfer zu bringen, wenn es nötig war. Mit einer Art Erfolg konnten wir nicht rechnen, aber es tat gut, immer wieder auf Menschen zu treffen, die in diesem Lande etwas taten, was ihnen eigentlich nichts einbrachte.

Nach festen Konzepten sind wir nicht vorgegangen. Wir waren hellwach und reagierten auf aktuelle Entwicklungen im Land, mit der ständigen Motivation, möglichst laut zu benennen, was ist, und zu versuchen, Änderungen herbeizuführen, um die kaum aufzuhaltende Erstarrung der DDR-Gesellschaft immer wieder aufzubrechen, mit der Illusion bzw. Vision, diesen Sozialismus menschlich, demokratisch und wahrhaftig gestalten zu können. Wir haben uns auf allen Ebenen um Dialog bemüht, außer mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Durch die vielen Vernehmungen bzw. auch Inhaftierungen wußten wir: Mit denen ist kein Dialog möglich.

Als Beispiel sei hier angeführt, daß hier und da zum Schein solche von uns gewünschten Gespräche geführt worden sind. Am 20. Mai 1988 willigte Professor Poppe, Volkskammerabgeordneter, Experte für Verfassungstheorie und Staatsrecht, ehemaliger Rektor der Universität Halle, in ein Gespräch mit Ulrike Poppe und mir ein, ganz vertraulich in seinen Diensträumen am Abend. Wir verließen ihn zwar nicht in euphorischer Stimmung, aber immerhin war da eine kleine Hoffnung, ein Anfang. Jetzt habe ich in meinen Stasi-Akten diesen Besuch detailliert aufgezeichnet wiedergefunden.

Es bleibt zu erwähnen, daß es für uns wichtig war, aus dem Westen Material zur Unterstützung unserer Argumente und unserer Arbeit zu erhalten. Mit Hilfe von Freunden und Gruppen bzw. vor allem von den hier akkreditierten Journalisten gelang das ganz gut über Berlin. Zum Beispiel sind zu nennen Literatur über Atomkraft und die Folgen, Umweltfragen, die Arbeit der Friedensbewegung und ihre Aktionen, Widerstandarbeit aus der Welt, Arbeit von Organisationen, Pressespiegel usw. Mit Hilfe dieser Materialien konnten wir Veranstaltungen inhaltlich vorbereiten und durchführen sowie Wissen vermitteln und verbreiten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke, Katrin Eigenfeld. – Hans Misselwitz, wie begann der Weg bei Ihnen?

Hans Misselwitz: Ich bin geboren worden 1950, habe hier in Jena und anschließend in Berlin Biologie, Biophysik studiert, bin also vom ersten Beruf her Naturwissenschaftler. Ich habe dann an der Akademie der Wissenschaften, Berlin, gearbeitet.

Etwa seit 1977 haben wir einen Hauskreis, Freundeskreis installiert gehabt, der sich, um das Erscheinen des Bahro-Buches herum, mit der Frage von Reformen oder Perspektiven dieser Gesellschaft befaßte.

Nachdem ich im Herbst 1980 im Zusammenhang mit den Invasionsvorbereitungen gegen Polen einen Reservistendienst verweigert habe, bin ich im Februar 1981 aus der Arbeit an der Akademie ausgeschieden. Ich habe daraus nicht den Schluß zu ziehen brauchen, in der DDR nicht mehr leben zu können, weil meine Frau als Pfarrerin in den kirchlichen Dienst ging und mir eine Entfaltungs- und uns eine Lebensmöglichkeit in diesem Zusammenhang blieb.

Ich selbst habe im Jahre 1981 dann noch ein Studium am Sprachenkonvikt, also an der kirchlichen Hochschule in Ost-Berlin, angefangen. Das habe ich Ende 1986 beendet, bin 1987 in der Sophien-Gemeinde im Vikariat gewesen. 1989, also kurz vor Ende der Geschichte der DDR, bin ich in das Pfarramt in Hennickendorf gegangen.

Meine Arbeit nach der privaten Freundeskreisrunde, die sich im Grunde als eine Form von intellektueller Dissidenz oder intellektuellem Austausch verstand, änderte sich 1981 mit der Mitgründung des Friedenskreises in Pankow.

Ich möchte zur Erläuterung dieser Zeit, die für mich persönlich, aber auch, wie sich zeigte, für viele andere von uns sehr wichtig war, darauf hinweisen, daß diese Spanne etwa von 1976 bis 1981 gekennzeichnet war a) durch die Hoffnungen, die durch die Entspannungspolitik zunächst entstanden waren, und b) durch die interne Rücknahme der Entspannungspolitik in der DDR: Ausweisung von Biermann und die Folgeerscheinungen bis hin zu den Umständen, mit denen die DDR die Solidarnosc-Bewegung in Polen begleitete.

Ich glaube, daß das Verhältnis dieser äußeren Entwicklung in jener Zeit – Ende der Entspannungspolitik, „Eiszeit“, Zunahme der militärischen Konfrontation – und der inneren Entwicklung in jenen Jahren für mich der Grund war zu überlegen, was in der DDR möglich ist. Die sicherlich nie völlig voneinander zu trennenden Erscheinungsformen der Dissidenz, wie sie sich in intellektuellen Zirkeln herausbildeten und wie sie im Ostblock auch immer wieder Vorbilder hatten – ich nenne hier die „Charta 77“ und KOR in Polen –, waren das eine. Das andere war: Die Erfahrungen dieses Widerstandes zeigten allerdings auch, daß das System gelernt hatte, damit insoweit umzugehen, als durch Isolation oder schließlich Abtrennung, Abdrängung oder Herausdrängung der Leute aus diesen Gruppen das nur eine begrenzte Wirksamkeit hatte.

Insofern waren für mich persönlich und für die Freunde um mich herum die Ereignisse in Polen, die Solidarnosc-Bewegung ein entscheidender Schritt des Lernens, das heißt eine Form der Herausbildung eines zivilen und an der Basis der Gesellschaft verankerten Netzwerkes von Arbeit. Die Entscheidung für eine solche Oppositionsarbeit mußte dann bedeuten, Formen zu finden, um neben oder außerhalb von intellektuellen Diskussionszusammenhängen

die Rekrutierung von Menschen zu leisten, die unter dem System litten, und diese Menschen in die Arbeit einzubeziehen, also nicht nur eine quasi papierne politische Arbeit zu leisten, wie sie in Deklarationen Ausdruck findet, sondern auch strukturelle Netzwerke und solidarische Zusammenhänge in der Gesellschaft herzustellen.

Ein kurzes Wort zu der Frage, warum das Friedensthema ein Schlüssel für die Entstehung dieser Bewegung war: Zwischen 1980 und 1985 bildete das Friedensthema das Schlüsselthema für die Rekrutierung dieser Opposition. Ich denke, daß außerdem die Verarbeitung einer Systemkritik zustande kam, die sich aus verschiedenen zivilisationskritischen Problemen und auch aus dem Zusammenhang der friedensethischen Problemlagen speiste. Faktisch gab es einen Hintergrund in einer wachsenden Verweigerungshaltung, die in unserer Gesellschaft anzutreffen war, und daß dieses Friedensthema natürlich auch ein Kernproblem der inneren Legitimität dieses Staates war. Es ging darum, diesen DDR-Staat dort anzufassen, weil das Thema Frieden neben der kommunistischen Ideologie und neben dem Sozialismus ein Zentralpunkt für die Existenz der DDR war und von uns auch als solcher akzeptiert wurde, da sie sich aus dem geschichtlichen Vorgang ableitete, daß der „Friedensstaat DDR“ im Grunde der Staat dieses Nachkriegsfriedens war, den wir als eine Folgeerscheinung des Zweiten Weltkrieges akzeptierten. Hier anzufangen war dann für uns auch ein Legitimitätsanker, den wir bewußt einzusetzen versucht haben.

Die Zeit von 1985 bis 1989 ist dann dadurch gekennzeichnet, daß die Friedensproblematik zurückgedrängt wurde oder in ihrer Bedeutung zurückging. Das hat etwas mit Gorbatschows Politik in diesem Zusammenhang zu tun. Das hat auch etwas damit zu tun, daß die innenpolitischen Fragen, die Fragen der Menschen- und Verfassungsrechte in der DDR immer stärker im Spiel waren.

Dazu der konzeptionelle Hinweis, daß es bedeutsam war – wenn das auch nicht zu trennen war – zwischen der klassischen Dissidenz, wie sie überall und immer vorkam und wie sie unbestritten Bedeutung hat, und Formen der Entwicklung einer Kultur, einer eigenständigen politischen Gegenöffentlichkeit zu unterscheiden. Dazu gehört natürlich auch die Dissidenz, aber eben mit Merkmalen, die eine Einwanderung in die Gesellschaft oder, wenn Sie so wollen, subversive Öffnung der Gesellschaft beinhalten. Die Einflußnahme auf den öffentlichen Diskurs, die Herstellung einer niedrigen Beteiligungsschwelle für solche Aktionen, die pluralistische Breite dieser Bewegung, die Face-to-face-Gruppen, die innere, selbsttragende Stabilität der Gruppen, Solidarstrukturen und Vernetzungsstrukturen sollten als Basis für eine eigenständige politische Willensbildung gelten. Ich denke, daß dieses einigermaßen eingelöst worden ist, zumindest in dem Sinne, daß es eine neue Struktur für die Opposition in der DDR darstellte, wenn man die Gesamtheit ihrer Geschichte betrachtet.

Zu den Bedingungen, dieses zu tun, ist viel gesagt worden. Ich möchte hervorheben, daß wir uns darüber im klaren sein mußten – nach meiner Kenntnis der Akte, die die Staatssicherheit über mich und über die Leute angelegt hat, die im Zusammenhang des Pankower Friedenskreises gearbeitet haben, hat sich das auch bestätigt –, daß die Unterwanderungstaktik der Stasi natürlich ein Faktor für unsere Arbeit gewesen ist. Wir haben wohl gewußt, daß die Agenten der Stasi da waren. Sie haben ihre Möglichkeiten natürlich ausgeschöpft. Diese Problematik hat uns auch in unserer eigenen Entwicklung beeinträchtigt. Uns sind Diskurse und Dialoge aufgezwungen worden, die an sich unnötig waren und von denen wir heute wissen, daß sie von außen gesteuert worden sind.

Diese Geschichte hat vor allem damit zu tun, daß es galt, so etwas wie Spaltung, sogenannte Differenzierung in den Gruppen zu erreichen. Was diese Formen der Arbeit anging, so gab es zwei Hauptrichtungen. Das waren einmal sicherlich die direkten persönlichen Verleumdungen und Verunsicherungen von Leuten und Mitgliedern solcher Gruppen. Die Arbeit des MfS richtete sich zum anderen ab 1985 auch sehr stark darauf, eine Differenz zwischen Kirchenleuten oder auch christlichen Leuten und anderen herzustellen.

Die Frage der internationalen Bindung und Anbindung war immer von Bedeutung. Ich möchte hier aber auch sagen, daß es sowohl in Richtung Osteuropa als auch in Richtung Westeuropa oder Bundesrepublik von unserer Seite her Selbstbeschränkungen oder Beschränkungen gab. Die engste Bindung fanden wir in einer gewissen fundamentalen Zivilisationskritik natürlich bei den Grünen in der Bundesrepublik. Es gab Bindungen, Kontakte auch zu anderen. Ich möchte aber, wie eben gesagt, betonen, daß gerade dort aus meiner Sicht immer eine Selbstbeschränkung wirksam war. Das hatte etwas damit zu tun, daß man sich durch diese Verbindungen wegen der in der DDR existierenden Gesetze nicht quasi selbst ans Messer liefern wollte. Das hatte aber auch etwas damit zu tun, daß es Entfremdungserscheinungen gab. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Vielen Dank. – Herr Dietrich, Leipzig. Oder begann Ihr Weg nicht in Leipzig?

Christian Dietrich: Nein, mein Weg begann in dieser Stadt. Ich bin Jenenser, bin hier aufgewachsen und bin tief geprägt worden auch von dem, was gestern schon berichtet worden ist.

Hier wird immer nach den Motivationen gefragt, danach, wie man Oppositioneller geworden ist. Ich kann für mich nur sagen: Ich kann keinen Anfangspunkt nennen. Vielleicht war ich immer draußen. Mir ist schon gesagt worden: „Du hast nicht in der DDR gelebt.“

Ich möchte etwas zu den siebziger Jahren sagen; ich bin Jahrgang 1965. Politisch bewußt erinnern kann ich mich an solche Vorgänge wie den Tod von Ulbricht nur anhand von Photos in Schaufenstern. Das waren politische

Ereignisse. Womit es richtig anfang, das war z. B. der Helsinki-Prozeß, durch den Freunde meiner Eltern, ein Jurist auch, der nicht arbeitete, endlich die Chance hatten auszureisen. Da deutete sich das an, und 1976 geschah das auch. Mein Vater ist Akademiker, hat hier in einem kleinen Institut gearbeitet, und zwar bis 1983; dann hatte er auch Berufsverbot.

Ich habe nur diese Sucht nach Information über Opposition in diesem Lande mitbekommen, jede Information aufgesogen. Das hat tief geprägt, und das hat man in der Schule zu spüren bekommen. Ich habe meine Auseinandersetzung z. B. mit diesem Jenenser Stadtschulrat Geyer gehabt und kein staatliches Abitur machen können. Ich kann nicht sagen, wann das angefangen hat, ob das in der zweiten Klasse oder in der achten Klasse war.

Das hat auch etwas damit zu tun, daß ich die dritte Generation bin, daß die Eltern auch schon solche Erfahrungen gemacht haben, aber anders damit umgegangen sind. Die haben auch nicht verstanden, was ich dann gemacht habe, weil sie nicht solche Hoffnung hatten, daß sich da etwas ändert. Was die Nichtanpassung angeht, hat sich eine Kultur entwickelt, eine Kultur, die in der Kirche – egal, was man zur Kirche sagt – eine Heimat gefunden hat. Ich will das auch für Jena sagen. Das ist wichtig. Wenn wir zu den Auseinandersetzungen in den achtziger Jahren kommen, werde ich dazu noch etwas sagen.

Was mich in den siebziger Jahren weiter geprägt hat, war das mit der Zivilverteidigung 1978. Die Auseinandersetzung hat da schon in der Schule stattgefunden. Für mich persönlich ist nur kurios, daß parallel dazu, gleichzeitig, Freunde meiner Eltern, die bei Zeiss als Wissenschaftler angestellt waren, in ihren Abteilungen nicht mehr weiterarbeiten konnten. Da kam Herr Biermann, der Chef von Zeiss, hierher und zerschlug solch eine – man könnte sagen – bürgerliche Enklave in dieser Gesellschaft. Das hat wieder motiviert, von einer Hoffnung darauf Abschied zu nehmen, daß dieses Land DDR reformierbar ist.

Die Idee eines demokratischen Sozialismus habe ich nicht 1978 zu hören bekommen – da hat mich Orwell mehr beeinflußt –, die habe ich in Naumburg kennengelernt, wo ich das Abitur gemacht habe. Die evangelische Kirche hatte ja in drei Orten der DDR die Möglichkeit, ihre eigenen Leute auszubilden. Man konnte da ein Abitur machen, mit dem man nur Theologie studieren konnte. Unter anderem war das eben in Naumburg möglich.

Für mich ist dort Edelbert Richter wichtig geworden, der gestern nachmittag etwas zu seinem Werdegang gesagt hat. Er hat darauf verwiesen, wie fern das Denken und die Verhältnisse in der bürgerlichen Demokratie für das Denken hier in den siebziger Jahren gewesen sind. Ich habe ihn in den achtziger Jahren kennengelernt, und ich kann nur sagen: Er hat das geschult, was man Gewaltenteilung nennt, und das in den achtziger Jahren! – Da hat es einen Umdenkungsprozeß gegeben. Ich würde ihn in die Zeit zwischen 1983 und

1987 legen. Die Vorstellungen, die für 1989 wichtig geworden sind, sind also in dieser Zeit verbreitet worden.

Was mich in der Naumburger Zeit geprägt hat und für mich sehr wichtig gewesen ist, war: Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß ich draußen war, weil ich nun bei der Kirche war. Ich habe mich auch nicht als Verfolgter empfunden, eher das Gegenteil. Ich hatte den Eindruck: Nur hier gab es noch Leben. Ich hätte nicht tauschen wollen. Dort gab es interessante Diskussionen. Ich habe wirklich noch Kontakte gefunden, von denen ich auch heute noch zehre, über die Grenzen hinweg, gen Westen, also in die Bundesrepublik damals, und – das war für mich noch wichtiger – nach Ungarn und in die Tschechoslowakei, und das hat auch in unsere Debatten Eingang gefunden.

Ich möchte einmal auf das reagieren, was Martin Gutzeit zu der deutschen Frage gesagt hat. Wir haben uns in unserem Naumburger Friedenskreis Gedanken darüber gemacht. Agnes Heller hat ja auch gesagt, daß sich so ein Atomnationalismus artikuliert hat. Anhand dieser Frage der Stationierung in Ost und West sind wir Deutschen wieder zusammengewachsen. Auf diesem Weg konnte man auch Kontakt finden zu der älteren Generation, die den Mauerbau erlebt hat, was tief gesessen hat. Diese alten Verletzungen wurden artikuliert. Das ist für das Jahr 1984 zumindest für mich wichtig, aber das hat vielleicht auch persönliche Gründe. Ich habe mit meinen Eltern 1983 einen Ausreiseantrag gestellt, den ich dann allerdings zurückgenommen habe, was zu schweren Auseinandersetzungen geführt hat.

Mitgemacht habe ich noch in anderen Gruppen, nicht nur im Friedenskreis in Naumburg. Wichtig waren die Gründung der „Solidarischen Kirche“, die Kontakte dann in die ganze DDR hinein, die Kontakte zu Mitgliedern der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Die Voraussetzung dafür, daß man sich als Opposition verstehen konnte, war, daß man nicht nur an einem Ort agiert hat. Da hat man Leute gefunden wie Gerd Poppe, die sich zehn Jahre lang engagiert haben, einem Mut gemacht und gesagt haben: „Es lohnt sich, das auch noch zehn Jahre so zu machen.“ Das verrückte dann sozusagen die Perspektiven.

Ich bin 1988 nach Leipzig gegangen. Das war wieder eine ganz andere Welt. Ich habe dort junge Leute in meinem Alter kennengelernt. Die haben nicht das gemacht, was ich in Naumburg gemacht habe, nämlich darüber nachgedacht, wie die DDR reformiert werden muß und woran es liegt, daß alles falsch gelaufen ist; ich habe z. B. den Stalinismus-Arbeitskreis gehabt. Ihr einziges Ziel war es, offenkundig zu machen, daß es eine so große Differenz zwischen der Partei SED, die das Sagen hat, und der Bevölkerung gibt, daß ein Weiterarbeiten, ein Weiterleben gar nicht mehr möglich ist. Für sie ging es nur noch darum, das öffentlich zu machen. Öffentlich machen, das hieß: auf die Straße bringen, Demonstrationen organisieren. Das ist in der DDR aber undenkbar gewesen, wie hier vorhin angedeutet worden ist. In Jena hatten wir

das schon einmal probiert – ich habe das ein bißchen mitgekriegt –, auch der „Weiße Kreis“ hier.

Das Schlüsseldatum für mich ist der 15. Januar 1989, als die Demonstration auf dem Leipziger Marktplatz stattgefunden hat – die Stasi zählte 150 bis 200 Teilnehmer; nach meiner Erinnerung waren es bestimmt 600 –, etwas, das eigentlich nicht denkbar gewesen ist: Eine Demonstration, die von zwölf Leuten organisiert worden ist, die stattgefunden hat, die nicht verhindert werden konnte. Von da ab hieß es: Es gibt kein Zurück.

Es ist dann eine „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“ gegründet worden, die sich schon auf dem Flugblatt mit der Einladung zur Demonstration bekanntgemacht hatte, sich aber nicht als eine Initiative oder als ein Verein verstand.

Ich kann nur im nachhinein sagen: Über solche Gruppen ist es nicht gelaufen, sondern über Freundschaften. In dem Rahmen ist gesagt worden: Dort müssen wir etwas machen. Das ist mehr spontan vorbereitet worden. Da ist etwa ein Transparent gemalt worden, und es hieß: Nach dem Friedensgebet muß demonstriert werden. – Die meisten oder viele, die das dann gemacht haben, haben das vorher noch gar nicht gewußt, sondern die sind sozusagen an der Tür eingeladen worden, und das hat geklappt, weil die Stimmung dazu dagewesen ist. Es gab Anzeigen dafür, daß man dadurch etwas verändern kann. Aber darüber müßte man im Gespräch reden, was es heißt: „Es konnte damit bewirkt werden.“

Was ist noch zu sagen? – „Neues Forum“, „Demokratischer Aufbruch“ – habe ich mitgegründet oder denke ich mitgegründet zu haben. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Da kann man nur sagen: So bescheiden, lieber Herr Dietrich, müssen Sie gar nicht sein. – Ulrike Poppe!

Ulrike Poppe: Ich bin Jahrgang 1953, aufgewachsen am Rande von Berlin, in Hohen Neuendorf, also dicht an der Grenze, habe den Mauerbau sehr bewußt schon erlebt und die Grenze als Kind immer als Bedrohung empfunden. Das hat mich auch ein bißchen geprägt. Das ging bis in die Kinderspiele hinein.

Ich bin 1971 zum Studium nach Berlin gekommen und geriet dort in eine Szene, in der es eine Art staatskritisches Potential – so möchte ich das einmal nennen – gab. Diesen Freundeskreisen habe ich es zu verdanken, daß ich vieles von dem von der Schule her geprägten Weltbild abgelegt und mich neuen Denkmöglichkeiten geöffnet habe. Viele waren relegierte Studenten, einige sind in den Knast gekommen, viele sind in den Westen gegangen.

Ich habe dann nach einem abgebrochenen Studium in der psychiatrischen Klinik und in einem Heim für milieugeschädigte Kinder gearbeitet. Ich erwähne das deshalb, weil ich dort die Erfahrung gemacht habe mit der Diskrepanz zwischen dem propagandistischen Bild einer sozialistischen Gesellschaft und der

Realität, also mit dem Ausblenden und der Tabuisierung der Schattenseiten, die es natürlich in dieser Gesellschaft gab.

In den siebziger Jahren habe ich in diesen von mir eben erwähnten Freundeskreisen Veranstaltungen oder Gruppenabende erlebt, auch kontinuierlich zum Teil, in denen in relativ konspirativer Form über Gesellschaftsveränderung nachgedacht wurde, Gesellschaftskonzepte entworfen wurden. Diese Gruppen blieben nach außen hin natürlich ohne Relevanz und waren ziemlich gefährdet, weil sie eben konspirativ gearbeitet haben. Auch in diesen Kreisen gab es einige Verhaftungen.

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre – ich glaube, es war 1974 – habe ich auch einen Anwerbungsversuch der Stasi erlebt. Aber da ich schon zu dieser Szene Kontakt hatte, war ich, Gott sei Dank, nicht mehr so naiv, auf diese relativ geschickten Versuche, mich anzuwerben, hereinzufallen. Ich wußte auch, wie man sich dagegen wehrt, nämlich durch sofortige Dekonspiration. Ich habe es also gleich allen herumerzählt. Das hatte zur Folge, daß sie mich nicht weiter bedrängten.

Andere Freunde aber haben sich anwerben lassen, was wir zum Teil schon damals erfuhren. Wir haben also relativ früh gewußt, was die Stasi gegen solche Gruppierungen unternimmt, die sich in relativ kleinem und bescheidenem Rahmen kritisch verhalten.

Noch ein Wort zu den siebziger Jahren: Das war für mich auch die Zeit, in der ich versuchte, noch einen offiziellen Rahmen für Möglichkeiten von freier Aktivität auszutesten. Das spielte sich meist im kulturellen Bereich ab. Es gab damals in Berlin die Veranstaltungen „Eintopf“ und „Kramladen“. Ich versuchte auch, mich in Jugendclubs zu engagieren. Carlo Jordan wird vielleicht noch darüber reden, weil er das ebenfalls gemacht hat.

Als ich im Museum für Deutsche Geschichte zu arbeiten begann, reaktivierte ich meine FDJ-Mitgliedschaft. Innerhalb dieser FDJ-Gruppe versuchten wir, im Kinosaal Veranstaltungen zu organisieren, kulturelle, nichtkommerzielle Veranstaltungen, in deren Rahmen wir Leuten Auftrittsmöglichkeiten boten, die solche im offiziellen Rahmen sonst weniger hatten. Als Frank-Wolf Matthies las, kam es zum Eklat, was nicht verwunderlich war. Zunächst einmal wurde uns dann die Auflage erteilt, jedes Wort, das in zukünftigen Veranstaltungen gesprochen werden sollte, vorher einzureichen. Darauf sind wir immerhin noch eingegangen. Dann wollte Eckehard Maas Lieder von Bulat Okudschawa singen. Wir reichten die Texte ein. Aber das Ganze scheiterte dann, weil Eckehard Maas unter anderem auch dafür bekannt war, daß er Biermann-Lieder sang. So wurde diese Veranstaltung verboten, und danach wurden auch alle weiteren verboten.

Die Nahtstelle zu kirchlichen Gruppen war wohl die Herausforderung in der Friedensfrage Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre. Seit 1982 war ich Mitglied der Gruppe „Frauen für den Frieden“ – darüber kann ich vielleicht

nachher noch etwas erzählen in Ergänzung zu dem, was Katrin Eigenfeld schon gesagt hat –, seit Mitte der achtziger Jahre Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Auch habe ich in dem von Martin Gutzeit erwähnten Netzwerk „Frieden konkret“ mitgearbeitet, im Fortsetzungsausschuß. Ich könnte auch etwas über die Zusammensetzung, den Inhalt und die Themen dort sagen. Aber das will ich jetzt nicht vorwegnehmen.

Ich bin relativ spät in die Gruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ gekommen, über die Hans-Jürgen Fischbeck sicherlich noch sprechen wird. Auf diese Weise kam ich dann im September 1989 zu „Demokratie Jetzt“, deren Sprecherin ich wurde. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Bei dieser ersten Runde ist bereits der Bogen geschlagen worden, was den Weg der achtziger Jahre angeht.

Hans Misselwitz hat eine Reihe von Fragen schon systematisiert, die ich für die zweite Runde unseres Gesprächs noch einmal in Erinnerung rufen möchte. Er hat die internationalen Rahmenbedingungen erwähnt.

Herr Dietrich hat in diesem Zusammenhang etwas Wichtiges beigesteuert: Er sprach von dem Atomnationalismus, der in der Friedensbewegung eine Rolle gespielt hat, der die beiden deutschen Staaten angesichts der tödlichen Bedrohung wieder aufeinander bezog; jedenfalls haben viele Menschen das damals so empfunden und erlebt.

Auch sind schon die verschiedenen Ausgangspunkte, aber auch die Verknüpfungen angesprochen und deutlich geworden.

Für die ganze Frage der Opposition der achtziger Jahre ist von zentraler Bedeutung – deswegen will es für die nächste Runde ausdrücklich hervorheben – das berühmte „Dach der Kirche“. Wie war das damit? Schutz? Behinderung? Voraussetzung?

Katrin Eigenfeld bitte.

Katrin Eigenfeld: Zur Frage „Das Dach der Kirche – Schutz oder nicht?“ einige Sätze: Ich habe ja erwähnt, daß wir uns auch unter selbiges Dach begeben, unsere Veranstaltungen öffentlich und offiziell dort abgehalten, dort hinein auch unser Publikum, unsere Ansprechpartner, unsere Zielgruppen gewissermaßen gelockt haben. Ich habe es für mich immer so verstanden, daß wir nicht nur einen Gegner hatten, daß natürlich auch die Kirche irgendwo der Gegner war. Sie haben uns, so wie ich das verstanden habe, zensiert, reglementiert, sie haben uns behindert, sie haben uns wohlmeinend schützen wollen, behüten wollen, damit entmündigt und die Arbeit sehr erschwert. Sie haben nach 1978, nach dem Gespräch Schönherr/Honecker, die große Linie vertreten, daß diese Kirche im Sozialismus denkbar ist. Dieses Arrangement Staat/Kirche haben wir eigentlich zu spüren bekommen. Sie wollten dieses sich eingebilddete gute Verhältnis zum Staat nicht gestört wissen durch solche Störenfriedinnen, wie wir es wirklich auch waren. Vor jeder Veranstaltung,

vor allem, was wir vorhatten und tun wollten, gab es erst einmal massive Gespräche mit Vertretern, mit der Hierarchie in der Kirche.

Vieles ist trotzdem möglich gewesen. Aber es war nicht einfach. Wir hatten Verbündete unter ihnen. Oft waren das einzelne Gemeinden, einzelne Pastoren oder Pastorinnen, die da progressiv waren – auch einen entsprechenden Gemeindegemeinderat zu Seite hatten – und doch nach Wegen gesucht haben. Dafür gibt es viele Beispiele und Belege. Ich erinnere nur einmal an das erste Menschenrechtsseminar, das ablaufen sollte. Wer dabei war, weiß sehr gut, daß das nicht zustande kommen konnte, dann im nächsten Anlauf zustande kam, aber in Berlin-Friedrichsfelde, in der Gemeinde von Herrn Gartenschläger stattgefunden hat.

Herr Schnur hatte das Seminar gut im Griff. Ich muß sagen, intuitiv habe ich diese Veranstaltung mittendrin aus Protest verlassen. Ich habe gefragt: „Was spielt sich hier überhaupt ab?“ – und bin gegangen. Es hat dann allerdings zu guter Letzt doch noch in Magdeburg stattfinden können. Pfarrer Bohley hat das ermöglicht; auch die Kirchenleitung war wohl darüber informiert. – Es gibt also viele Beispiele dafür.

Insgesamt bin ich heute meiner Kirche noch in vielen Dingen gram. Ich habe mich oft wirklich reglementiert gefühlt.

Ich weiß auch, wie die Verhandlungen von Bischöfen, von Superintendenten, von Präbsten gelaufen sind – das alles zeigen ja nun auch die Akten –, und zwar im Rat des Bezirks, Abteilung Kirchenfragen, im Rat der Stadt, Abteilung Kirchenfragen, oder sogar auch mit der Staatssicherheit, daß sie meist versprochen haben, doch disziplinarisch einzuwirken, Schlimmes zu verhindern, und daß sie sich zum Teil distanziert haben. Ich habe beim letzten „Kirchentag von unten“ nur teilnehmen können – das nur als Beispiel –, weil mein Bischof der Staatssicherheit gegenüber versprochen hat, daß er sozusagen die Schirmherrschaft, die Bürgschaft für mich übernimmt, also dafür, daß ich mich bei diesem Kirchentag im Rahmen der Gesetze bewegen werde. Damit hatte ich die Fahrkarte nach Berlin, obwohl ich vorab Reiseverbot hatte. – Das sind nur kleine Beispiele; die Reihe könnte beliebig fortgeführt werden.

Insgesamt aber muß ich sagen: So schwarz-weiß ist das alles nicht zu sehen. Die Kirche, dieses Dach, hat eine wichtige Funktion gehabt, aber eigentlich wollten wir aus diesen Kirchenmauern raus, und dazu kam es ja dann irgendwann auch. Die Gründung des „Neuen Forum“ war der Durchbruch durch die Kirchenmauern.

Ulrike Poppe: Bei der Diskussion über die Rolle der Kirche und das Verhältnis Kirche/Gruppen müßte man wirklich eine Unterscheidung treffen. Auf der einen Seite ist die Kirchenleitung zu nennen. Für mich ist Kirche aber mehr als nur Kirchenleitung.

Die Spannungen, die Katrin Eigenfeld angeführt hat, kann ich bestätigen.

Kirchenleitung hatte objektiv die Funktion, so etwas wie eine Pufferzone zwischen dem gesellschaftskritischen Potential und dem Adressaten, also der Staatsführung, zu sein. Diese Funktion haben sie eigentlich auch immer ausgefüllt, haben das dann oft „Verantwortung“ genannt, haben gesagt, daß sie für uns, auch für unseren Schutz verantwortlich sind. Aber wir wollten diesen Schutz eigentlich nicht. Dieser Schutz, der subjektiv ja wirklich auch als Schutz gemeint gewesen sein mag, war für uns etwas Entmündigendes. Wir wollten selbst für das einstehen, was wir an Veränderung wollten. Da gingen wir auch durchaus so weit zu sagen: „Für uns ist die vom Staat formulierte Legalität nicht der Rahmen, auf den wir unsere Handlungen beschränken wollen; wir beziehen uns auf die Legitimität unseres Handelns.“ – Dazu hat die Kirche natürlich gesagt: „Die Kirche ist kein rechtsfreier Raum; wir können Überschreitungen des legalen Rahmens nicht mehr tolerieren.“ – Da gab es dann natürlich etliche Reibungspunkte.

Auf der anderen Seite muß man aber auch sehen: Die Kirche war nicht nur schützendes Dach, sondern es hat sich vieles auch thematisch angeboten, z. B. sehr viel Übereinstimmung in der Friedensfrage. Die Kirche war mit ihren kirchlichen Mitarbeitern, mit Diakonen und Pfarrern, auch selbst ein kritisches Potential. Das kam einfach dadurch zustande, daß die DDR die Bildungschancen bekanntlich sehr selektiv vergeben hat und deshalb für viele keine andere Möglichkeit mehr bestand, als einen kirchlichen Ausbildungsweg zu gehen. Deshalb hat sich dort ein besonderes Potential ansammeln können, mit dem immer eine gute Zusammenarbeit möglich war.

Ich meine, daß das sehr fruchtbar gewesen ist und, auch konfessionelle Schranken überschreitend, eine Gemeinsamkeit und gegenseitige Befruchtung ermöglicht hat, was man jetzt bei dem ganzen Frust über falsches oder kritikwürdiges kirchenleitendes Handeln nicht ignorieren sollte. (Beifall)

Hans Misselwitz: Ich möchte im Anschluß an das, was Ulrike Poppe gesagt hat, diesem pauschalen „sie“ oder „wir“ oder „die“ im Zusammenhang mit Kirche widersprechen. Das war auch im Blick auf Kirchenleitung als solche eine Wahrnehmung, die nicht richtig war. Ich will das so sagen, weil es zumindest Erfahrungen gegeben hat, die mehr meine Frau gemacht hat, die als Pastorin in der Gemeinde arbeitete, in der wir unseren Friedenskreis hatten. Sie war dort auch sehr viel an Kirchenleitungsgesprächen beteiligt, in denen die Fragen der Opposition, der Gruppen immer wieder zur Sprache kamen.

Ich will in zweierlei Hinsicht einen Konflikt markieren, der existiert hat: Wer jene Zeit politisch einigermaßen realistisch beobachtet hat, mußte sich die schwierigen Operationen selber eingestehen, die wir auch als Gruppe unternommen haben. Es gab ja dieses Problem der Legitimität und der Legalität. Wir haben uns als Opposition auch eines im Grunde unwürdigen Eingabensystems mit den entsprechenden Grußformeln bedient. Wir haben das

in den in der DDR legalen Formen genauso versucht, wie wir es in Formen des Untergrundes oder der Illegalität ausprobiert haben.

Ein Strukturkonflikt, der zwischen Kirche und Gruppen bestand, ist unbestreitbar. Ich meine, daß er vornehmlich dort aufkam, wo die gemeindliche Anbindung der Gruppen schwierig war oder nicht existierte, wo deren führende Leute nicht in den Gemeinden selbst tätig waren. Die Kirche hat eine gemeindliche Struktur, das heißt, die Gemeinde ist souverän in der Entscheidung über die wesentlichen logistischen Mittel. Räume, also das sogenannte „Dach“, mußten durch die Gemeinde selbst vergeben werden. Wer innerhalb der Gemeinde nicht mit der Gemeinde gearbeitet, sie auch nicht verstanden hat, konnte natürlich zum Bischof gehen. Der hatte aber an sich keine diktatorische Funktion, um durchzusetzen, was in der Gemeinde passieren sollte. Ich glaube, daß dort viele Konflikte entstanden sind.

Wir haben in Pankow die Erfahrung gemacht, daß wir über viele Jahre sicherlich im Interessenkonflikt mit einigen Mitgliedern des Gemeindekirchenrates gestanden haben, die dafür auch schwere Prügel an ihrer Arbeitsstelle ausgestanden haben, die sich gefragt haben: „Wen ladet ihr denn alles ein?“ – Wir haben dort über zwei Jahre in einer Stärke der Gruppe von etwa 60 Leuten – das ging dann auf 30 bis 40 Leute zurück – gearbeitet und alle Möglichkeiten nutzen können. Wir haben in der Zeit bei den monatlichen Veranstaltungen des Friedenskreises Belagerungen des Gemeindehauses durch die Staatssicherheit, durch die Polizei gehabt. Die sind mit Gruppen von 30 bis 40 Leuten in die Versammlungen hineingekommen. Das sind schwere Belastungen gewesen, die auch das gesamte Umfeld da betroffen haben. Die Gemeinde hat dazu gestanden.

Der Konflikt hat vielfach dort angefangen, wo im Grunde diese verschiedenen Interessenlagen, die nicht politischer Natur waren, zusammenkamen. Dazu gehörte, daß Gemeinden natürlich zuvörderst selbstbestimmt ihren christlichen Auftrag erfüllen, daß sie den nicht gefährden lassen wollten. Dort also ist ein Konflikt entstanden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Christian Dietrich, Sie haben ja schon 1989, Leipzig, erwähnt. Ich denke, daß das Bild der neunziger Jahre über die Kirche und die friedliche Revolution nicht zuletzt durch das Leipziger Beispiel geprägt worden ist. Sie sollten uns dazu vielleicht noch ein paar persönliche Eindrücke wiedergeben.

Christian Dietrich: Ich finde es schade, daß Christoph Wonneberger nicht hier ist; er ist leider erkrankt.

Ich habe ja schon gesagt: Es ist nicht so einfach zu beschreiben, wie das mit der Kirche gewesen ist. Ich selbst habe kurzzeitig die Studentengemeinde in Naumburg geleitet. Ein Gruppenmensch wie ich hat da also eine Kirchenfunktion ausgeübt. Ich habe Staat/Kirche-Gespräche geführt, wie andere Leute das auch tun mußten. Ich weiß ein bißchen aus eigener Erfahrung, in welche

Situationen man da kommen konnte. Ich will nur noch einmal bestätigen, was meine beiden Vorredner gesagt haben: Man muß sehr genau auf die einzelnen Personen schauen.

Das ist auch das Problem für Leipzig. – Das sind jetzt vorsichtige Anmerkungen, die ich als jemand mache, der diese Vorgänge beobachtet hat, der von außen gekommen ist. Ich bin ja erst 1988 nach Leipzig gekommen. Ehe ich begriffen habe, was da läuft, war es gelaufen.

Das Wichtigste ist, daß wir immer wieder fragen: Wie war das mit dem Staat? Wie war das mit der Kirche? – Was in Leipzig im Herbst 1988 passierte, ist, daß diese Statik nicht mehr funktioniert hat, das heißt, daß in dem geschlossenen System DDR und in der Kirche noch etwas anderes gemacht werden konnte. Allerdings gab es die Pflichtgespräche, Eindämmungsversuche usw.

Geplatzt ist die ganze Sache, weil die Friedensgebete von vielleicht 800 bis 1.000 vorwiegend Ausreisewilligen besucht wurden, die selbst oft nicht einer Gemeinde angehörten. Da begann genau das, was Hans Misselwitz gesagt hat: „Welche Verantwortung kann ein Pfarrer tragen oder auch nicht?“ Superintendent Magirius hat damals entschieden, daß die Gestaltung der Friedensgebete, die bis dahin in der Hand der Gruppen – geleitet hat das Christoph Wonneberger – lag, dort nicht mehr liegen konnte. Von da an waren Pfarrer zuständig. Es lief über den Kirchenvorstand der Kirche, der Nikolaikirche, in der die Friedensgebete stattfanden. Das haben die Gruppen als einen Rauschmiß aus der Kirche empfunden und in diesem Moment nachgefragt: „Was wollen wir eigentlich?“

Ich behaupte: Nicht alles, was dann passiert ist, ist überlegt gewesen. Das sind Zufälle gewesen. Die Folge war, daß es Friedensgebete gab in der Kirche, von der Kirche veranstaltet, und dabei „Gespräche in der Gemeinde“, das heißt, die Ausreiser haben sich während des Friedensgebets und nach dem Friedensgebet ausgetauscht.

Wenn es nicht mehr interessant war, hat man sich auch während des Friedensgebets unterhalten. Die Gruppen haben hinten unter der Orgel gestanden, die wichtigen Termine für die Woche besprochen und Absprachen getroffen. Diese Friedensgebete waren Gruppentreffen, und vor der Kirche wurden dann Aktionen gemacht. Wie ich schon sagte, spielten Zufälle eine Rolle, da wurde gebaut, da lagen Betonklötze, ungefähr 1 Meter hoch, und man hatte eine Bühne.

Heute, nachdem ich staatliche und Stasi-Akten eingesehen habe, kann ich sagen, daß die andere Seite, also Staat, Stasi usw., hilflos waren; denn Kirchenveranstaltungen konnten sie schlecht verbieten, das Hingehen zur Kirche konnten sie nicht verhindern. Das heißt: Die Leute waren da, aber es passierte nicht in der Kirche. Die Kirchenvertreter, Superintendent Magirius und andere, konnten sagen: „Machen Sie doch; das ist nicht unsere Sache; das

passiert nicht in der Kirche.“ – Dieses Auseinanderfallen, das Zerbrechen der Statik Staat/Kirche ist ganz wichtig. Dann kann man sich darüber streiten, welche Rolle die Friedensgebete nun gespielt haben und welche Rolle die Kirche gespielt hat.

Ich denke, daß es das vor der Kirche gewesen ist, was Folgen hatte. Die Demonstrationen haben nach den Friedensgebeten stattgefunden, aber eben nicht in der Kirche, sondern vor der Kirche, von der Kirche ausgehend. Der Ort war bekannt. Das ist bekanntgeworden, und zwar nicht immer nur durch die Gruppen, die darauf aufmerksam gemacht haben, und auch nicht nur durch die Fernsehberichterstattung – Messemontag; es gab Journalisten en masse, 1.000 ungefähr in Leipzig; da konnte am Abend schon ein Bericht im Fernsehen darüber zu sehen sein –, sondern auch durch Ausreiser, die ja ihre Symbole hatten, um auf ihren Ausreiseantrag aufmerksam zu machen. Die kamen dorthin, stellten ihre Autos auf dem Parkplatz ab, 20 bis 30 Autos mit weißen Fähnchen. Das hat doch einen Leipziger aufmerksam gemacht. Der hat sich gesagt: „Hier ist doch etwas!“ Die haben überlegt: „Was ist denn das nächste? Welches ist die nächste Kirche?“ – Ich habe jetzt von jemandem gehört, daß er daraufhin in die Nikolaikirche gegangen ist und gesehen hat, was da los ist.

So hat es 1988 angefangen, daß die Friedensgebete als Ort bekanntgeworden sind. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Das Problem „Schutzdach Kirche“ ist uns nach diesem Durchgang schon in seiner Vielschichtigkeit deutlich geworden.

Ich möchte in der nächsten Runde versuchen, auf das zurückzukommen, was Martin Gutzeit in seinem Vortrag problematisiert hat: Wie war das mit dem Selbstverständnis von Opposition in diesem Spannungsbogen von Resistenz und Übernahme von Verantwortung? Wie war ihr Eigenverständnis als Opposition? – Katrin Eigenfeld hat in ihrem Beitrag ja sehr deutlich gemacht, daß sie das so als Fragestellung eigentlich gar nicht bewegt hat. Oder habe ich Sie da mißverstanden, Katrin Eigenfeld?

Katrin Eigenfeld: Man muß ja sehen, daß es Aufgabe dieser Kommission ist, ein Stückchen Geschichte für unsere Kinder oder Enkel, für nächste Generationen, zu dokumentieren.

Wenn jetzt in die Geschichte einget, daß es in der DDR eine Opposition gegeben hat – es ist ja klar definiert, was das ist –, so könnte es da unter Umständen zu Irritationen kommen.

Mir gefällt „Widerstand“ eigentlich besser. Es waren Menschen, die sich irgendwie gefunden, gesammelt und irgendwo nein gesagt und dem widerstanden haben, an Veränderungen interessiert waren, diese Erstarrung aufhalten wollten und etwas dazu getan haben. Wir haben ja jetzt andere Verhältnisse,

und ich bin jetzt in der Opposition, das heißt, mit meiner Bewegung sitze ich in einem Parlament in der Opposition. Deshalb habe ich diese Schwierigkeiten. Aber das können andere anders sehen.

Für mich und für mein Leben, so wie wir es in Halle, in der Provinz, erlebt haben, klingt mir das auch politisch zu festgelegt. Wenn wir jetzt im Lexikon nachschlagen, was da unter dem Wort „Opposition“ steht, werden wir dort etwas anderes finden. (Beifall)

Ulrike Poppe: Alle honorigen Bemühungen, eine Charakteristik für die Opposition oder das widerständige Verhalten in der DDR zu finden, müssen einfach aufgrund dieser Inhomogenität, dieses breiten Spektrums scheitern. Das ging ja von Resistenz über Neinsagen, Sich-Heraushalten, Sand-im-Getriebe-Sein, Sich-eine-Nische-Suchen bis hin zu einer offenen und klaren Haltung gegen dieses System, bis hin zu einer Haltung, die sich auf die Überwindung des Systems konzentrierte. Ich behaupte: Es gab wirklich alles, und es gab alles nicht nur in einzelnen Gruppen, sondern auch bei den einzelnen Leuten in den Gruppen.

Wenn ich an die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ oder auch an die „Frauen für den Frieden“ denke, muß ich sagen: Innerhalb dieser Gruppen gab es sehr unterschiedliche Auffassungen. Wir haben uns durchaus auch – da muß ich Katrin Eigenfeld widersprechen – mit diesem Selbstverständnis auseinandergesetzt, damit, inwieweit wir uns selbst als Opposition sehen oder nicht.

Es gab auch Widersprüche bei einzelnen Menschen. Ich denke jetzt einmal daran zurück, daß ich bis zum Schluß daran festgehalten habe, eine Nützlichkeit darin zu sehen, mit staatlichen, offiziellen Stellen in den Dialog zu treten. Das ist ja eigentlich eine Position, die darauf hinausläuft, nicht gegen den Staat, sondern irgendwie mit ihm etwas zu verändern. Im Gegensatz dazu standen aber unsere konkreten Forderungen, die durchaus auf Überwindung dieses Systems ausgerichtet waren. Die Forderungen nach Demokratisierung, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, offener Gesellschaft bedeuteten doch letztlich nichts anderes, als diesen Staat abzuschaffen und dieses System zu überwinden. – So widersprüchlich war es beim einzelnen und auch in der ganzen Szene. (Beifall)

Christian Dietrich: Ich kann das für meine Naumburger Erfahrungen nur bestätigen. Wir haben im Friedenskreis die ganze Zeit darüber nachgedacht: „Was sind wir eigentlich für eine Opposition? Woher speist sich die Hoffnung, daß das auch eine sinnvolle Opposition ist?“ – Es gab keine Sitzung, bei der nicht über solche Fragen nachgedacht, und zwar laut nachgedacht worden ist.

Die Frage ist nur, mit welchen Begriffen das geschehen ist. Das hat Martin Gutzeit ja auch sehr deutlich gesagt. Die Frage ist: Wie gehen wir mit unseren Erinnerungen, mit den Akten, mit unseren eigenen Aufzeichnungen aus der

Zeit um, und wie setzt man das in Beziehung? – Es gab Tabus, natürlich. Wir haben nicht gesagt: „Wir sind die Opposition und marschieren jetzt los.“ Das wäre ja kontraproduktiv gewesen, zumindest Anfang der achtziger Jahre. Genau aus dem Grund, denke ich, hat es diese heftigen Debatten darüber gegeben.

Ich kann nur sagen: Es sind Formen gefunden worden, sich zu artikulieren, und die sind sehr alt – Herr Meusel hat sie ja heute schon benannt –, z. B. diese symbolischen Aktionen, die in den sechziger Jahren genauso wie in den achtziger Jahren wichtig gewesen sind. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Menschen, die das nicht als politisch empfunden haben, gerade solche Aktionen wie die, eine Kerze ins Fenster zu stellen, als einen Befreiungsschlag empfunden haben: „Jetzt habe ich das gemacht; ich habe gekennzeichnet: 'Ich mache hier nicht mit!'“

Von da an ging es nur noch weiter auf der Schiene. Irgendwann haben sie gesagt: „Das war doch politisch.“ Ich meinte das auch so – politisch alternativ. Dann hat man gesagt: „Das ist jetzt eine Opposition, die sich verbindet, um dann geschlossen zu agieren.“ – Das ist eine Frage, die mir auch in Budapest immer wieder gestellt worden ist.

Jetzt zu der Frage des Dialogs: Das Wichtigste – das kann ich für mich sagen – war eine Erkenntnis der Dialogverweigerung. Es gab den Punkt, an dem ich gesagt habe: „Es hat überhaupt keinen Zweck mehr, hier ein Gespräch zu führen.“ Hier begann Opposition. Das war aber, wie vorhin schon gesagt, zwischen 1987 und 1988, also sehr spät im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern.

Ich will noch etwas anderes sagen, weil sich das immer so anhört, als sei man Berufsrevolutionär gewesen (Heiterkeit), der ewig darüber nachgedacht hat: „Was kann man denn machen, damit das System kippt?“ – Thomas Auerbach hat das gestern abend sehr schön gesagt: „Es hat Spaß gemacht.“ Es war nur ein Teil dessen, was wir in den Gruppen gemacht haben, und das war wichtig. Mit den gleichen Leuten hat man auch Theater oder Musik gemacht oder irgendwelche Feten organisiert, Urlaub gemacht und was alles dazugehört. Unter dem Begriff „Opposition“ muß man auch das festhalten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Zunächst hören wir noch Hans Misselwitz.

Hans Misselwitz: Ich möchte nur einen Aspekt hinzufügen, der zu dem Wort „Opposition“ gehört: Ich selbst habe es zunächst immer wieder als Selbstbehauptungs-, wenn Sie so wollen, Resistenzverhalten verstanden. Es hatte auch etwas mit unserer Würde zu tun. Ich denke, daß der Dialog schon ein wichtiger Punkt war. Meiner Erinnerung nach ist das zumindest in der Praxis weitgehend in Dialogform abgelaufen. Ich sage das, weil ich das Stichwort „Dialogverweigerung“ gehört habe. Wir haben Dialog hergestellt, zwar nicht mit dem System – den haben wir gar nicht bekommen –, aber

innergesellschaftlich. Das war permanenter Zielpunkt, bis zum Aufruf des „Neuen Forum“, das darin wirklich seine geradezu geniale Stunde hatte, indem es dazu aufforderte, diesen Dialog über die Fragen des Landes zu beginnen. Damit zerbrach im Grunde ein Monopol, denn bis dahin ist die Selbstverständigung der Bürger über ihre Zukunft verhindert worden. Dialog war also ein Grundprinzip zumindest der Praxis, die wir selbst bestimmen wollten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Auf meiner Liste stehen jetzt fünf Namen. Nach dem Vorschlag von Markus Meckel möchte ich die Liste auch gleich schließen; denn wir haben ja vor, noch eine Gesamtrunde zu machen. Herr Jacobsen!

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Ich möchte Frau Poppe und Frau Eigenfeld meinen Dank dafür aussprechen, daß sie dieses Selbstverständnis so dargestellt haben. Vielleicht könnten wir in Zukunft doch ein wenig präziser als in der Vergangenheit unterscheiden zwischen oppositionellem Verhalten zur Reform des Systems – keine Opposition, sondern oppositionelles Verhalten! – und oppositionellem Verhalten zur Überwindung des Systems. Damit hätten wir zwei Kategorien, wobei manches natürlich noch dazwischenliegt. – Aus den Beiträgen hier ist sehr deutlich geworden, daß solche Unterscheidungen notwendig sind.

Eine Frage an Herrn Gutzeit: Bei hohem Respekt vor dem, was gestern und heute gesagt worden ist – es waren bewegende Zeugnisse dabei –, muß man doch immer wieder den Versuch unternehmen – der scheint mir bei Ihnen, Herr Gutzeit, nicht hinreichend gelungen zu sein –, die Wirkungsgeschichte ein wenig stärker im Auge zu behalten. Das heißt: Wir müssen uns fragen: Wie war denn die Transformation in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik überhaupt möglich, und wie ist in dem Zusammenhang das Verhalten von Menschen zu sehen, wie es geschildert worden ist?

Da gehört es zur Ehrlichkeit, zu sagen: Ohne die Bemühungen von außen, ohne eine permanente Strategie der Auflockerung – Stichworte: Harmel-Bericht, Entspannung, KSZE-, um überhaupt diesen Handlungsspielraum nicht nur in der DDR, sondern auch in Polen und in anderen Staaten zu schaffen, war das, was seit den sechziger/siebziger Jahren lief, nicht möglich; das war eine der Grundvoraussetzungen.

Es klang schon bei Herrn Misselwitz ein wenig an: Ohne den Prozeß der Enddogmatisierung und Entmilitarisierung von Gorbatschow – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen – wäre die Möglichkeit zu verstärktem oppositionellem Verhalten in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nicht denkbar gewesen. Wir wissen das aus dem Jahr 1956. Wir wissen das aus dem Jahre 1968.

Ich wäre dankbar, wenn Sie aus Ihrer Sicht das vielleicht noch einmal gewichten könnten, weil uns ja erst das Zusammenspiel von äußeren und

inneren Faktoren befähigt, die Gewichte stärker so zu setzen, wie sie historisch wahrscheinlich zu setzen sind.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Martin Gutzeit, Jahrhundertfrage!

Martin Gutzeit: Das ist eine Frage, über die wir schon seit geraumer Zeit im Clinch liegen.

Wesentlich für diese ganze Aufbruchs-, Umbruchphase ist doch, daß hier tatsächlich DDR-interne Kräfte wirksam geworden sind. Daß dabei gewisse Rahmenbedingungen eine Rolle gespielt haben, habe ich nie in Frage gestellt. Ich habe bewußt auf Gorbatschow, auch auf den KSZE-Prozeß hingewiesen. Ich habe andererseits aber auch auf eine westliche Fehlperspektive hingewiesen, die nämlich die Notwendigkeit von Veränderungen als internen Prozeß oppositionellen Verhaltens zumindest in den achtziger Jahren, wenn nicht schon vorher, überhaupt nicht mehr im Blick gehabt hat. Das ist doch der Sachverhalt, auf den ich hinweisen muß.

Ich muß das so sagen: Das geht hin bis zu Gert Weisskirchen. Als ich mit ihm im Juni 1989 zusammenkam und er mich gefragt hat: „Wie ist denn das? Wie soll sich denn die SPD gegenüber der DDR verhalten?“, habe ich versucht, ihm das zu erläutern. Ich habe gesagt: „Ihr müßt euch so verhalten, daß das, was Ihr seid, auch bei uns möglich ist, das heißt das Wahrnehmen dieser politischen Rechte, so daß wir eigentlich, wenn Sie es ernst nehmen, die gleichen Rechte haben.“ Das begreiflich zu machen war jedenfalls in Richtung Westen nur schwer möglich. Das ist eine andere Handlungsperspektive als die der Entspannung. Das war doch eher ein Versuch, die Probleme, die wir hatten, ein bißchen zu dämpfen, ein bißchen menschlicher zu gestalten. Aber die Systemüberwindungsperspektive lag in keiner Weise oder nur bei den wenigsten vor, und dort, wo sie vorhanden war oder formuliert wurde, war es sehr abstrakt und formal und hatte überhaupt nicht mehr die DDR-internen oppositionellen Kräfte im Blick.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Weisskirchen, Herr Passauer, Herr Hilsberg, Herr Fischer.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ja, auch der Westen; Gorbatschow auch, einverstanden –, aber der entscheidende Punkt ist, daß es Menschen gibt, die in entscheidenden Situationen, die nicht wiederkehren, die Freiheit des Handelns in Anspruch nehmen, ohne daß sie wissen, zu welchem Ergebnis dieses Handeln führt, ob es sie selbst hinwegfegt, ob es das Individuum wieder zum eigenen Leben bringt. Das ist der Versuch gewesen, in der Wahrheit zu leben und die Bedingungen zu schaffen, die notwendig sind, damit Freiheit überhaupt erst gelebt werden kann. Ich weiß, Herr Professor Jacobsen, daß es da Grenzen gibt, aber wenn es nicht in entscheidenden Situationen Menschen gibt, die nicht nach Grenzen fragen, sondern diese Grenzen überspringen und den Mut haben, sie zu durchbrechen, kann Freiheit nie konstituiert werden.

(Beifall) Die Frage, die ich stelle: Emanzipation zu realisieren in Systemen, in denen Diktatur herrscht, ist die Vorwegnahme einer Gesellschaft, die noch nicht ist und die erst dadurch konstituiert wird, daß der einzelne, wenn er handelt, in diesem Vorweghandeln Freiheit konstituiert, zunächst für sich, in Gruppen, mit anderen zusammen – gegen eine Gesellschaft, wie sie existiert. Das ist das, was hier geschehen ist. Wenn wir dazu vielleicht etwas beigetragen haben, ist es gut; die haben es selbst gemacht, und die haben es erreicht. (Beifall)

Sv. Martin-Michael Passauer: Ich frage Martin Gutzeit und Ulrike Poppe: Aus meiner Sicht gehört zu Widerstand und Opposition – das ist schon angesprochen worden – auch die öffentliche Demonstration. Bei Martin Gutzeit kam dieses Element der Demonstration, das auch zur Überwindung von Diktaturen führt, meines Erachtens zuwenig oder gar nicht vor.

Ich erinnere mich an eine Demonstration 1988 gegen das Verbot der Kirchenzeitung. Das war, wenn man so will, ein gewisser neuer Punkt oder eine neue Formierung von widerständigem Verhalten. Christian Dietrich hat das ja ähnlich erzählt. Die Jenenser haben das gestern abend auch erzählt.

Ich möchte also Martin Gutzeit und Ulrike Poppe noch einmal fragen, was das Element der Demonstration bei widerständigem Verhalten eigentlich bedeutete, wann darauf verzichtet wurde und wann es legitimiert war.

Die zweite Frage richtet sich an Hans Misselwitz und Katrin Eigenfeld. – Ich will mich jetzt nicht zu dem ganzen Problem „Kirche und Gruppen“ äußern, obwohl es mich unendlich reizt. Wir haben dazu vier große Anhörungen gehabt. Eine Frage möchte ich aber gern stellen, vielleicht auch aus dem praktischen Erleben. Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in der Kirche waren ja nicht nur Stolpe und Leich, sondern das waren oft Gemeindeglieder, in Halle oder in Berlin-Pankow, Frauen und Männer, die in der DDR genauso gelebt haben wie wir alle. Die haben oft eine andere politische Auffassung oder Einstellung gehabt als Gruppen, die innerhalb der Gemeinde leben wollten.

Meine Frage lautet: Ist der Dialog eigentlich zwischen DDR-Bürgern unterschiedlicher politischer Auffassung innerhalb einer vorgegebenen Gruppe, also in der Kirche, gelungen oder nicht? An sich hätte es doch einer Überwindung oder Überredung bedurft, um die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger davon zu überzeugen, daß das Anliegen richtig ist. Wäre es also darum gegangen, sich nicht an der Hierarchie festzumachen, sondern an denen, die wirklich die Entscheidung treffen? Da hat es unterschiedliche politische oder offensichtlich auch biblisch-theologische Auffassungen gegeben.

Meine konkrete Frage also: Ist dieser Dialog innerhalb der Kirche oder der Gemeinde zwischen den unterschiedlichen politischen Auffassungen gelungen?

Abg. Hilsberg (SPD): In der Bundesrepublik gibt es eine Fülle von Veröffentlichungen, gerade zu den „mainstreams“, über das Ende der DDR, in denen der Opposition lediglich so etwas wie eine moralische Rolle zugebilligt wird. Mit dieser Legende muß endgültig aufgeräumt werden. Ich würde mir wünschen, daß das, was hier gestern und heute gesagt worden ist, sehr viel lauter als bisher, lautstark, vor allem in der Öffentlichkeit, auch über die Presse, zur Kenntnis gebracht würde. Das ist insgesamt immer noch eine sehr, sehr schwache, viel zu schwache Stimme angesichts der politischen Wirkung, die es eben doch gehabt hat.

Wir sind jetzt noch am Anfang, und eine Geschichte der Opposition kann noch nicht geschrieben werden; dafür ist bisher viel zu wenig klar. Aber dieser Unterscheidung, die Herr Jacobsen versucht hat, möchte ich doch energisch widersprechen, weil man nicht einfach nur von den politischen Zielperspektiven sprechen kann, sondern auch von der Funktion sprechen muß. Auf diesen Unterschied zwischen Selbstverständnis und Funktion hat Martin Gutzeit deutlich hingewiesen. Das heißt: Wenn Opposition gemacht wurde, war es immer eine Fundamentalopposition. Es ging gar nicht anders in diesem Lande, weil es immer die Inanspruchnahme des Für-sich-selber-Sprechens war, was durch die SED ja gerade nicht zugebilligt wurde.

Ich möchte noch eine Frage stellen: Ulrike Poppe hat davon gesprochen, man könne eine Klassifizierung der Opposition nach unterschiedlichen Strömungen, die es gegeben hat, nicht vornehmen, dafür sei zu vieles durcheinandergegangen. Die Frage ist: Gibt es nicht doch so etwas wie unterschiedliche Strömungen, unterschiedliche Zielvorstellungen, die man ausmachen kann, und ist nicht genau das die Aufgabe, die in der Aufarbeitung vor uns liegt, nämlich einmal auszumachen, wohin wollten die einzelnen gehen, bis zu welchem Punkt des Selbstverständnisses waren sie bei ihrem Weg des Widerstandes schon gegangen?

Katrin Eigenfeld hat das sehr gut beschrieben: Widerstand war das erste. Zum Widerstand war man herausgefordert, wenn man seine Würde bewahren wollte. Man mußte ja antworten. Wenn man nicht geantwortet hätte, wäre man feige gewesen. Es war manchmal kein bewußter Schritt, kein aktiver Schritt. Es blieb eben nur eine Möglichkeit übrig: entweder Anpassung oder Widerstand. Es gab keinen Mittelweg dazwischen. Wenn man sich nicht weiter anpassen wollte, mußte man irgendwann einmal Schluß machen. Gerade in den achtziger Jahren haben sehr viele diesen Weg weg von der Anpassung genommen. Da ist ja die Opposition noch einmal erstarkt. Gerade in dem Moment, in dem sie sich schwach fühlte, 1988, nach den Verhaftungen, ist sie wieder erstarkt. In dem Moment, in dem der Staat dachte, jetzt habe er sie im Griff, hat sie neu an Stärke gewonnen.

Die Frage muß erlaubt sein: Kann man jetzt schon so etwas wie Hauptlinien, Hauptrichtungen bestimmen, anhand derer man erkennen kann, in welche

Richtung die einzelnen oppositionellen Strömungen eigentlich marschieren wollten?

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Mich beschäftigt immer noch eine Frage, auf die ich nicht unbedingt eine Antwort erwarte, die ich aber zumindest einmal stellen will. Es geht um etwas, was Frau Eigenfeld, Frau Poppe und auch Herr Dietrich angesprochen haben. Ich will es einmal so formulieren: Könnte diese von Ihnen beklagte fürsorgliche Haltung der Kirchenoberen gegenüber den oppositionellen Gruppen – ich bitte das jetzt nicht falsch zu verstehen, Frau Poppe oder Frau Eigenfeld; als Historiker versuche ich nur zu erklären, wieso das eigentlich kommt – auch etwas mit den Jahrgängen zu tun haben, die hier vor mir sitzen? Ich will damit sagen, daß Sie – Frau Poppe, Jahrgang 1953, wie ich gehört habe – natürlich nicht die Erfahrungen eben dieser fünfziger Jahre gemacht haben, in denen Sie ja erst geboren worden sind. In dem Jahr, in dem Sie geboren wurden, wurden uns die Blumenkästen von den Gartenzäunen der Pfarrämter gerissen, und es verschwanden der eine oder andere Superus oder Pfarrer. Ich könnte mir also schon denken – ohne das damit jetzt entschuldigen zu wollen; ich will es nur erklären –, daß hier eine Generation Erfahrungen gesammelt hat und Ihnen bestimmte Erfahrungen ersparen wollte.

Ich habe noch eine Frage an Frau Poppe: Ich könnte mir denken – ich frage das als Außenstehender; ich habe diese Dinge hier in der DDR nicht mehr erlebt –, daß Sie für eine solche Haltung – wie immer man das auch nennt; ich will das nicht so differenzieren wie Herr Jacobsen; es sei dahingestellt, ob es Opposition oder Widerstand oder etwas darunter war – gelegentlich natürlich auch eine gewisse Ermutigung gebraucht haben. Wenn ich jetzt wieder die historische Erfahrung heranziehe, dann muß ich zu dem Schluß kommen: Aus der Geschichte der DDR konnten Sie diese Ermutigung eigentlich kaum gewinnen; da ist ja alles schiefgegangen.

Meine Frage von daher also: Woher haben Sie eigentlich so etwas wie Ermutigung, Ermunterung, Unterstützung – oder wie immer man das bezeichnen will – bezogen? – Könnte es sein – das wäre die erste Frage –, daß hier der internationale Kontakt eine Rolle gespielt hat? – Ich erinnere mich an bestimmte Aussagen, die Gerd Poppe bei uns in der Enquete-Kommission gelegentlich gemacht hat, die mich eingangs sehr stutzig werden ließen, weil ich diesen Weg noch gar nicht so gesehen hatte. Welche Rolle haben also die Auseinandersetzungen, die Kontakte, die Gespräche, die Diskussionen mit den Polen, mit den Ungarn, mit den Tschechen gespielt?

Eine zweite Frage in diesem Zusammenhang – das haben wir hier gelegentlich schon angesprochen, und mit Karl Wilhelm Fricke haben wir ja auch einen Vertreter eines öffentlichen Mediums hier –: Welche Rolle spielte bei den Initiativen, die Sie da haben starten können, eigentlich das Echo, das es doch gelegentlich in den westlichen Medien gegeben hat? Hat Ihnen das

eigentlich geholfen? War Ihnen das recht? Ich will es einmal zuspitzen: War es Ihnen recht, daß- ich unterstelle einmal, daß das geschehen ist – etwa das ZDF-Magazin von Herrn Löwenthal, von Herrn Schenk über diese Dinge berichtet hat? Man konnte ja den Eindruck haben, daß das im Westen eher negativ gesehen wurde. Wie haben Sie das hier in der DDR empfunden?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Als letzter jetzt noch Bernd Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich greife nur eine von meinen Fragen heraus. Ich knüpfe an die Diskussion Gutzeit/Jacobsen/Weisskirchen an. Können wir uns auf die Position verständigen – auch wenn wir das als Historiker noch sorgfältig aufzuarbeiten haben –, daß sowohl im Westen als auch in der Bürgerrechtsbewegung in der DDR der Horizont des Handelns ein fundamental anderer war als der, den wir heute sehen? Anders formuliert: Die Logik des historischen Prozesses, die wir gegenwärtig sehen können, kann einfach nicht identisch sein, und zwar weder für Ost noch für West, mit dem Horizont, unter dem de facto gehandelt worden ist. Diese Differenz müßten wir einmal festhalten.

Bezogen auf die Bürgerrechtsbewegung läßt sich doch einfach feststellen: Die Frage des Wiederherstellung der nationalen Einheit war bei den meisten nicht im Kalkül enthalten. Ich persönlich habe auch die Zielsetzung „Gewaltenteilung“ bei der Bewegung so noch nicht wahrgenommen, obgleich sie in der Logik der Forderungen, des Einklagens von Menschen- und Bürgerrechten enthalten ist.

Insofern kann man sagen: Sowohl in den Intentionen, in den Ansätzen Ost als auch in den Ansätzen West, waren bereits Momente, die über diesen Status quo hinaustrieben, enthalten. Aber wir sollten doch nicht so tun, als ob der damalige Horizont mit dem heutigen identisch gewesen ist. Wir können mit Hegel vielleicht sagen – Martin Gutzeit, für Sie ist das doch ganz naheliegend –: Irgendwo war dann die „List der Vernunft“ im historischen Prozeß wirksam. Aber das ist doch nicht identisch mit dem, was in dem Horizont der jeweiligen Zeit den Akteuren bewußt war. Dies gilt für beide Richtungen, für Ost und West. Ich warne davor, sozusagen vom Endpunkt her Geschichte, das heißt ex post, zu konstruieren, wie das manchmal so oder so passiert.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Wir treten nun in die letzte Runde ein, bevor ich den Vorsitz Armin Mitter überlasse. Christian Dietrich zunächst.

Christian Dietrich: Die Antwort auf die letzte Frage oder das Gespräch darüber möchte ich mir verkneifen, weil ich denke, eigentlich wäre es die Aufgabe der Kommission in den nächsten Jahren, gerade an dieser Frage weiterzuarbeiten, weil daran die Frage des Sinns von Widerständigkeit geknüpft ist.

Jetzt zu der Frage von Professor Fischer, welche Rolle die Generationsfrage gespielt hat: – Ich kann das nur bestätigen. Auch meine Erfahrung war, daß vor allem Menschen, die die fünfziger Jahre und – ganz wichtig – das Ende der vierziger Jahre erlebt haben, meinten, daß so etwas immer wieder passieren kann. Ich bin Jahrgang 1965, bin in eine Diktatur hineingeboren worden. Der ideologische Wind war weg. Da war nichts mehr. Heute wurde ja auch schon mehrmals vorgebracht: Diese Sprache kam nicht mehr an. – Ich könnte jetzt auch einige Beispiele dafür bringen, inwieweit dieser Repressionsapparat, der da aufgebaut worden ist, noch greifen konnte. Der war unterschiedlich. Für 1989 können wir sehr schöne Geschichten erzählen über dieses Hase-und-Igel-Spiel. Es hat einfach schon gar nicht mehr funktioniert, die waren überfordert. Aber ähnliche Beispiele gibt es auch schon viel eher. Das Beispiel Juni 1953 und die Kopfschüsse, die heute morgen angesprochen worden sind, das hat diese Generation natürlich nicht erlebt.

Zur Frage nach der Ermütigung: Die Außenkontakte sind deshalb für mich wichtig gewesen, weil sie noch einmal deutlich gemacht haben, daß ich nicht in einem Archipel GULag lebe und verschwinde wie eine Ameise im Ameisenhaufen, sondern Europäer bin und eben Kontakte haben kann, reden kann, mit György Konrád z. B., erleben kann, in welchem Kontext das steht. Das ist ein Stückchen das Gefühl „Hier wird Weltgeschichte geschrieben, und du selber hast darin einen Platz; du mußt dich da auch entsprechend verhalten“, und das Wissen, daß das nicht untergeht.

Das hat aber nicht nur etwas mit den Außenkontakten zu tun, sondern das galt auch innerhalb des Landes. Ich könnte jetzt eine Reihe von Namen aufzählen, das kann, denke ich, jeder.

Zur Frage Demonstrationen, der Opposition, ihrem Selbstverständnis usw.: Ich habe vorhin schon einmal angedeutet – symbolische Aktionen, das sind ja Demonstrationen. Das sind Aktionen, die eigentlich auf der Straße passieren sollten, ob man einen Aufnäher draufmacht oder Kerzen anzündet oder dergleichen. Ich denke, daß diese Aktionen in der Frühzeit, in den siebziger und in den frühen achtziger Jahren, meist den Sinn hatten zu zeigen: „Ich will da nicht mitmachen, und das will ich jetzt endgültig deutlich machen.“

Es gibt eine zweite Funktion von Demonstrationen, das ist: „Wir müssen denen zeigen – Ihr seid in der Minderheit.“ – Das hat sich dann artikuliert in dem Ruf: „Wir sind das Volk!“

Diese beiden Funktionen sind zusammengekommen, das heißt einer nach dem anderen hat deutlich öffentlich gesagt: „Ich mache hier nicht mit.“ Genau das – so meine Erfahrung – gehörte in das Kalkül politischer Arbeit der Gruppen.

Man hat aber nicht im Jahre 1983 gesagt: „Wir machen Demonstrationen.“ – Wo denn? Da hätte man sich irgendwo anschließen müssen. Das wäre vielleicht ein kleiner Haufen gewesen. Wir haben eine Demonstration in der Kleinstadt Naumburg gemacht. Wir waren zu zwölf auf dem Naumburger

Marktplatz. Ich weiß nicht: Ist das eine Demonstration? – Wir haben es eine symbolische Aktion genannt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Nach dem Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik gibt es den Tatbestand „ungesetzliche Zusammenrottung“. Also war es eine Demonstration, jedenfalls aus der Täterperspektive.

Martin Gutzeit drängt es, sofort etwas zum Stichwort Demonstration hinzuzufügen.

Martin Gutzeit: Das ist vorhin vielleicht nicht so deutlich herausgekommen. Ich hatte auf die Leipziger Taktik hingewiesen und vorher auch von spontanen Aktionen gesprochen, die eigene politische Ansprüche im öffentlichen Raum artikulierten. Damit meinte ich die Demonstrationen.

Ich will noch einmal eine Erfahrung schildern, die mich selbst betrifft: Ich habe meine erste Demonstration mit 19 Jahren im Jahre 1971 gemacht. Ich war in Berlin und wollte zu einem Rockkonzert gehen. Wir hatten damals lange Haare. Zu diesem Konzert haben sie alle die nicht reingelassen, die zu lange Haare hatten. Was ist passiert? – Es sind bestimmt 50 oder 60 Leute zur Polizeistation gegangen, um sozusagen Protest anzumelden und doch noch hineinzukommen. Dann wurden drei Emissäre hochgeschickt, und danach konnten wir hineingehen. Man machte also die Erfahrung, daß man durch derartige öffentliche Demonstrationen etwas erreichen kann. Das war meine erste Erfahrung mit Demonstrationen.

In dieser spontanen Art konnte sie im Bereich der DDR tatsächlich etwas bewirken, und das wußte man. Man durfte es nicht exzessiv ausüben. Wir haben 1973 eine eher lustige Demonstration gemacht mit etwa 15 Leuten quer durch Berlin. Dieses Mittel war uns also sehr wohl bekannt, und ich halte es gerade auch im politischen Sinne für wichtig.

Katrin Eigenfeld: Zunächst zu den Demonstrationen: Dieses vorsichtige Ausprobieren der Wirkung von „Straßenpflaster“ hat es eigentlich schon lange gegeben. Sie müßten es auch wissen, Herr Passauer. Ich erinnere an die Zeit der Friedensdekade. Da haben wir in Halle einen sogenannten Sternmarsch praktiziert, sind also von Kirche zu Kirche gezogen. Die Straßen wurden vorgegeben und abgesprochen, und es durfte nichts Demonstratives dabei gezeigt werden. Das hatte auch seine Zeit – bis wir dann trotzdem kleine Bettlaken aus den Taschen gezogen oder uns etwas vor die Brust gehängt haben.

Dann sind zu nennen – wieder von Halle ausgehend – diese staatlich verordneten Friedensdemonstrationen zu Pfingsten. Da haben wir 1983 versucht, sie mit einem eigenen Marschblock zu verschönern. Das ist ganz brutal verhindert und zerschlagen worden.

Ich erinnere an den Olof-Palme-Marsch. Das war für mich ein Durchbruch,

weil ich das zum erstenmal ganz positiv empfand und gedacht habe: „Jetzt geht hier etwas los.“

Herr Passauer, Sie haben nach den Gemeindegemeinderäten gefragt, danach, ob wir den Dialog mit ihnen versucht haben, um unsere Ziele dort zu erstreiten: Ich bin selbst Mitglied des Gemeindegemeinderats gewesen und habe genau aus diesem Grunde versucht, in diesem Kreis unsere Interessen mit Engelszungen zu vertreten. Das waren damals die Interessen dieser Jugendlichen in der diakonischen Arbeit. Die Arbeit dort ist für mich sehr schnell zu Ende gegangen, weil man mich zur nächsten Wahl nicht wieder aufgestellt hat.

Ich habe Gemeindegemeinderäte erlebt – ich kann es jetzt leider nur so pauschalieren; es gibt immer Ausnahmen –, deren Mitglieder für mich sehr konservative Menschen waren. Zum Teil war es so, daß sie dort wirklich eine Nische gesucht haben. Ich habe bei ihnen ganz starke antikommunistische Strömungen feststellen können, die sie aber nicht nach außen artikulierten. Das ging natürlich hin bis zu IM, die mit drinsaßen. Ich habe selten Menschen aus einem Gemeindegemeinderat kennengelernt, die sich uns oder unserer Arbeit angeschlossen hätten. Das war leider nicht so.

Dennoch gab es Gemeindegemeinderäte, die es uns ermöglicht haben, die Räume zu nutzen. Das hing dann komischerweise wieder mit dem Pfarrer vor Ort zusammen. Wenn der Pfarrer vor Ort uns wohlgesonnen oder sogar einer von uns war, dann klappte das auch. Er hat es dann bestimmt geschafft, wiederum seinen Gemeindegemeinderat so einzustimmen, daß diese Dinge möglich wurden. – So habe ich es erlebt.

Nun zu dieser fürsorglichen Haltung von Kirchenoberen: Ich habe das in Halle erlebt. Jetzt hat es der damalige Superintendent auch eingestanden und gesagt: „Es war wohl ein Fehler, daß wir euch zu sehr behüten wollten, nämlich davor bewahren wollten, ins Gefängnis zu kommen.“ – Das hat er jetzt also kritisch gesehen. Das war das erste Mal, daß ich das erlebt habe.

Es ist nicht so, daß ich das jetzt verdamme. Was ich schlimm fand, war, wie sie sich in den offiziellen Gesprächen zu uns gestellt haben. Ich sage Ihnen ein Beispiel: In Halle hat eine in der Kirchenhierarchie sehr hoch gestellte Persönlichkeit uns gegenüber geäußert – aufgrund dieser Gespräche, die wir mit ihr geführt haben und führen mußten, weil sie ja dieser Puffer zwischen den staatlichen Stellen und uns war –: Die Verhältnismäßigkeit der Mittel; es sei ja so schlimm noch nicht in der DDR, daß man zu diesen Mitteln der Konspiration greifen müsse. Erst wenn es so schlimm sei wie im Faschismus, wäre das gerechtfertigt. – Das sind für mich Schlüsselerlebnisse gewesen. Ich habe das einfach nie vergessen.

Sie haben uns meist vorgeworfen, die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht zu beachten. Wir sind natürlich immer einen Schritt weiter gegangen, ganz klar. Wir haben die Spielräume völlig ausgereizt. Es war eine Entwicklung.

Zur Frage nach der Opposition, nach den Strömungen: Herr Hilsberg, die Antwort haben Sie hier und heute. Die Leute, die hier sitzen, sind sozusagen alle einmal aus einem Suppentopf gekommen. Sie sehen, wo sie alle gelandet sind. Das Spektrum ging dann vom „Neuen Forum“ über den „Demokratischen Aufbruch“, „Demokratie jetzt“, „Initiative Frieden und Menschenrechte“, und Freunde von uns sind heute auch in der CDU. Sie waren vielleicht im Grunde ihres Herzens immer schon CDU, und nun konnten sie sich in diesem System endlich verwirklichen.

Hans Misselwitz: Im Anschluß an diese Frage der Klassifizierung nur die Empfehlung: Um das historisch gerecht zu tun, würde ich auf jeden Fall versuchen, jegliche moralischen Kriterien davon wegzunehmen. In so einer Gruppe, wie wir sie hatten, verstanden sich etwa 30 % weiterhin in irgendeiner Weise als Marxisten. Die sind nun scheinbar historisch widerlegt worden. Trotzdem waren das oft die mutigsten Leute, denn sie haben wirklich einen biographischen Bruch gegen ihre Elternhäuser oder gegen die Partei, in der sie waren, vollzogen und in dem Zusammenhang oft größere Härte gespürt als andere. Trotzdem waren unter diesen sehr viele, die sich hauptsächlich im Kampf mit der SED befanden. Ich habe mich nie im Kampf mit der SED befunden, und zwar in dem Sinne: Ich habe die nicht verbessern wollen. Wir haben Dialog erst einmal in dem Sinne verstanden, daß wir den unter uns führen nach dem Motto: „Wir nehmen uns das Recht und die Freiheit, das zu machen, was wir zunächst machen können.“ – Da gab es diese Unterschiede.

Wer nachträglich auf die politischen Motivationen schaut, dem kann es passieren, daß er das moralisch nicht gerecht erfaßt. Man muß einfach diese Vielfalt sehen, auch in dem Sinne, wie Katrin Eigenfeld das gesagt hat.

Was die direkt an mich gestellte Frage angeht – mit den Entscheidungsträgern in der Kirche verhandeln –, so würde ich dem zustimmen, daß es diese unterschiedliche Generationenkultur gab. Das sind nicht nur historische Erfahrungen, denn natürlich hatten auch nicht alle Superintendenten oder Bischöfe persönlich irgend etwas erfahren. Es gab diese unterschiedliche Kultur. Ich will noch einmal darauf abzielen: Die meisten von uns sind ja auch durch eine bestimmte Jugendkultur geprägt gewesen, die es in den sechziger Jahren oder Anfang der siebziger Jahre gab. Wir haben oft auch so ausgesehen. Das bedeutete, daß ein bestimmtes vorhandenes Christentum, das im Grunde ein Reservoir bürgerlichen Rückzugs – im besten oder auch im schlechten Sinne – oder bürgerlicher Überwinterung war, Schwierigkeiten mit uns hatte. Da gab es sehr schwere emotionale oder psychologische Hemmnisse, die man allerdings auch abbauen konnte. Wir in Pankow haben da vielleicht eine Erfahrung gemacht, die speziell und nicht verallgemeinerbar ist. Aber wenn das funktionierte, hat die Kirchenleitung dazu gestanden. Das ging bis dahin, daß sie mit vor den Türen stand – also Stolpe oder Forck oder andere –, wenn die Stasi aufmarschierte.

Ulrike Poppe: Was bedeuteten Demonstrationen für uns? Es ist ja bekannt, daß das DDR-Regime sehr prestigeseuchtig war. Wenn sie schon nicht verhindern konnten, daß es Widerstand und Opposition gab, so haben sie sich wenigstens bemüht, es unter der Decke zu halten. Deshalb war es natürlich außerordentlich schwierig, auf die Straße zu gehen. Dennoch hat es solche Versuche gegeben, kleine Versuche, von denen Christian Dietrich auch schon gesprochen hat.

Der erste größere Versuch, jedenfalls in Berlin, war 1987 im Rahmen des Olof-Palme-Marsches. Das war ja eine mit dem Staat abgesprochene Aktion, aber innerhalb dieses Rahmens gab es noch eine eigene, das war die Berliner Honecker war gerade im Westen, und wir wußten, das bedeutete, daß in der DDR nichts passieren durfte. Die Staatsorgane, das MfS hatten für die Dauer des Besuches die Anweisung, nicht einzuschreiten; es durfte nichts irgendwie Nachteiliges in die Presse kommen. Diese Situation waren wir bemüht auszunutzen. Es kam dann zu einer Demonstration mit etwa 1.000 Menschen. Danach gab es die Demonstration gegen die Zensur der Kirchenzeitung, die hier schon erwähnt worden ist. Aber mehr gab es bis 1989 dann eigentlich nicht.

Dabei denke ich an richtige Demonstrationen mit Zügen, die durch die Straße marschierten. Natürlich gab es an bestimmten Orten Ansammlungen und kleine Züge. Ich erinnere mich auch an eine ganz kleine Demonstration zur chinesischen Botschaft, und zwar aus Protest gegen das Massaker. Da haben wir uns auf Anraten der uns begleitenden Kirchenleute zu dem Kompromiß verleiten lassen, in kleinen Grüppchen zu gehen und nicht als ein Block sichtbar zu werden, weil wir natürlich von der Stasi umringt waren. Vor dieser Botschaft sind wir dann auch sehr schnell in den LKW eingesammelt und in so eine Garage gefahren worden, in der wir viele Stunden verharrt haben.

Ein Beispiel will ich in dem Zusammenhang noch erzählen: 1983 kam von Friedensfreunden aus Weimar der Vorschlag, eine Demonstration in Berlin gegen NATO-Waffen, also durchaus der Ideologie der DDR entsprechend einseitig gegen NATO-Waffen, zu veranstalten. Es ging bei dieser Idee nur darum, ein Demonstrationsrecht durchzusetzen, also eine eigene, nicht staatlich verordnete Demonstration stattfinden zu lassen, denn gegen das Thema konnte ja dieser Staat nichts haben. Wir Berliner haben gesagt: Das ist Quatsch, das machen wir nicht; wir demonstrieren nicht für eine Idee, die nicht unsere ist; denn für uns ging es immer um beiderseitige Abrüstung. – Dennoch, obwohl wir nach außen hin ganz klar unser Nein kundgaben, gab es an dem Tag, an dem die Demonstration stattfinden sollte, ungefähr 100 Festnahmen in Berlin. – Eine solche Angst hatte dieser Staat vor eine selbstorganisierten Demonstration, per se, unabhängig von Inhalten!

Zu Stephan Hilsberg: Ich habe mich wahrscheinlich schlecht ausgedrückt. Ich

meine selbstverständlich auch, daß eine Klassifizierung nötig ist, daß zwischen unterschiedlichen Strömungen unterschieden werden muß. Ich plädiere gerade für eine ganz starke und sorgfältige Differenzierung, für ein genaues Hinsehen. Selbst eine Klassifizierung der einzelnen Gruppen nach bestimmten Kriterien ist schon problematisch. Man muß einmal die Entwicklung und zum anderen auch die einzelnen Personen berücksichtigen, die ja eine unterschiedliche Risikobereitschaft und auch unterschiedliche Ambitionen hatten, sich etwa in erklärte Gegnerschaft zum Staat oder in eine etwas gemäßigte Position zu bringen.

Dazu als Beispiel: Ich habe während meiner Verhaftung Reaktionen aus meinem Betrieb kennengelernt, und zwar haben sich Kollegen in meiner Abteilung solidarisch erklärt, obwohl sie politisch mit mir überhaupt nicht sympathisierten, also sehr angepaßte, sehr gemäßigte, ganz durchschnittliche Bürger waren, die das aber trotzdem ungerecht fanden. Das waren auch Leute aus der Partei, die einen Parteiausschluß riskiert haben, was dann auch stattgefunden hat. – Bis dahin also muß die Differenzierung eigentlich erfolgen, wenn man dem Spektrum gerecht werden will und die DDR-Gesellschaft nicht nur in zwei Teile teilt, in die große Masse der Angepaßten und die kleine Spitze der Opposition.

Diejenigen, die Kontakte zur Dissidenz in Osteuropa hatten, das waren diejenigen, die am wenigsten in ideologischen Denkmustern befangen waren. Das war auch die Bedeutung dieser Kontakte. Bei uns in der Opposition gab es diese Befangenheit noch mehr oder weniger stark. Es steht uns nicht gut an zu behaupten, wir seien frei davon gewesen, auch in der Opposition.

Zu Herrn Professor Fischer und der Frage, ob die fürsorgliche Haltung der Kirche eine Frage der Generationen gewesen sein kann: Das halte ich für möglich. Damit ist zum Teil auch argumentiert worden. Ich habe in Erinnerung, daß ältere kirchenleitende Leute gesagt haben: „Ihr habt die Erfahrung der fünfziger Jahre nicht gemacht; ich sage euch: Es kann so gefährlich werden.“ – Das sind Worte, die wir auch genügend von unseren eigenen Eltern gehört haben. Dagegen gab es natürlich entsprechenden Protest, denn wir wollten selber unsere Grenzen austesten, und wir wollten das, was wir machen, auch selbst verantworten.

Das ist aber nur eine Seite der Medaille und auch nur eine Erklärung. Das sehr viel Entscheidendere war, daß viele kirchenleitende Leute eine ihnen vom Staat zugewiesene Funktion angenommen haben, eben die Rolle des Vermittlers, diese Rolle, sich verantwortlich zu fühlen, nicht nur die vermittelnden Gespräche zu führen, sondern auch bestimmte Garantien für das Wohlverhalten der ihnen anvertrauten Gruppen, wie es dann manchmal so hieß, abzugeben.

Es gab aber auch Beispiele dafür, daß Pfarrer dem nicht entsprochen haben. Ich erinnere mich an den Pastor der Gethsemanekirche, Werner Widrat. Er

hatte ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Inneres in Berlin. Dieser Mann hatte ihm gesagt: „Die Veranstaltung, die Sie planen, wünschen wir gar nicht. Sie müssen damit rechnen, daß einzelne Leute, die dorthin gehen, strafrechtliche Konsequenzen erfahren werden.“ – Daraufhin hat Herr Widrat gesagt: „Gut, ich werde es den Leuten übermitteln, aber ich kann Ihnen nichts versprechen; diese Leute entscheiden selbst, ob sie das veranstalten oder nicht.“ – Das ist die Haltung, die wir uns gewünscht und die wir leider nur bei einigen wenigen gefunden haben. (Beifall)

Zur Frage, woher die Ermutigung kam: Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie die internationalen Kontakte angesprochen haben. Sie haben wirklich eine große und wichtige Rolle gespielt. Ich erinnere nur an die END-Konferenzen. 1983 war eine END-Konferenz – European Nuclear Disarmament – in West-Berlin. Viele Vertreter kamen aus West-Berlin nach Ost-Berlin herüber, und hier haben Kontakte begonnen, die ihre Fortführung in den nächsten Jahren fanden, was nicht nur einen Informationsaustausch, sondern auch Schutz bedeutete. Wir haben das selbst zu spüren bekommen. Als Bärbel Bohley und ich inhaftiert waren, haben viele dieser Gruppen, die wir da erst kennengelernt hatten, protestiert.

Die Haltung zu den Westmedien war in den Gruppen sehr unterschiedlich. Gleich zu Beginn der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ kam es zu einer Spaltung dieser Gruppe. Einer der wesentlichen Gründe für diese Spaltung war die unterschiedliche Haltung zu diesen Westmedien. Es gab eine Menge Gruppen, die das generell und prinzipiell abgelehnt haben. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hat das nicht abgelehnt, weil wir auf dem Standpunkt standen, daß Öffentlichkeit unser entscheidendes Mittel ist, und da war uns auch jede Öffentlichkeit recht.

Wir haben allerdings ein Stück differenziert und fanden die „Bild“-Zeitung und Löwenthal usw. nicht so gut, haben andere Medien bevorzugt. Aber im Prinzip waren wir sehr dankbar dafür, daß über die Westmedien wichtige Informationen gestreut wurden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke. Nun möchte ich Armin Mitter bitten, mit dem nächsten Podium zu beginnen.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Zunächst werden wir jetzt, wie es schon in der ersten Runde der Fall war, den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Gelegenheit geben, sich vorzustellen. Im zweiten Teil werden wir konkreter auf die politische Entwicklung in der Zeit von 1987 bis 1989 eingehen, wobei dann auch die Fragen, die schon in der ersten Runde zur Diskussion gestellt worden sind, wieder eine Rolle spielen werden.

Als erste möchte ich Frau Bohley bitten, das Wort zu ergreifen.

Bärbel Bohley: Letzten Endes ist mein Leben nicht viel anders verlaufen als das Leben aller anderen in der DDR. Vielleicht bin ich direkter an den

Geschehnissen dran gewesen, weil ich in Berlin geboren und aufgewachsen bin und immer dort gelebt habe. Ich würde schon sagen, daß Berlin die Stadt ist, die mich ganz wesentlich geprägt hat. Ich habe Berlin bereits vor 1961 als eine geteilte Stadt erlebt. Ich bin in dieser geteilten Stadt mit all ihren Problemen groß geworden.

Die Probleme nach dem Krieg waren etwa der Art: Wie lebt man in so einer zerstörten Stadt? – Für ein Kind wie mich war die Frage sehr wichtig: Wie ist diese Stadt so kaputtgegangen? Warum muß ich in Trümmern spielen? Warum sind das eigentlich meine Spielplätze?

Insofern bin ich also eigentlich sehr früh eine richtige Antimilitaristin geworden, wenn auch eine ganz kleine. Das war für mich als Kind ein ganz wichtiges Thema, wie auch der antifaschistische Widerstand, der uns in der Schule sehr früh nahegebracht wurde, für mich eine wesentliche Bedeutung hatte. Auch die Bekennende Kirche spielte in Gesprächen eine große Rolle.

Alles, was mit Widerstand zu tun hatte, war von daher sehr wichtig. Aus diesem Grunde möchte ich auch gern über die Frage sprechen, was Opposition in der DDR eigentlich bedeutete. Ich glaube, das ist hier noch völlig ungeklärt. Ich denke, daß man Opposition nicht vom Jetzt her beurteilen darf, sondern daß man das unbedingt vom Damals her beurteilen muß.

Natürlich ist Opposition in einer Diktatur etwas ganz anderes als in einer Demokratie. Dort, wo es z. B. verboten ist, einem Kriegsgefangenen ein Stück Brot zu geben, ist die Übertretung dieses Verbotes bereits ein oppositioneller Akt.

Dort ist es nicht nur Menschenliebe, sondern es bedeutet im Grunde genommen auch, das System zu überwinden. Insofern glaube ich, daß sehr, sehr viele Menschen in der DDR jeden Tag oppositionelle Akte gemacht haben. Anderenfalls hätte dieses Land 40 Jahre auch überhaupt nicht überleben können.

Selbst in Gesprächen, die man dann später mit seinem Vernehmer geführt hat, gab es dieses In-die-Augen-Gucken. Zum Schluß wußte ich über meinen Vernehmer genausoviel wie er über mich, obwohl ich ihm keine Fragen stellen konnte. Ich habe seinen Schritt gehört, habe seine Kleidung gesehen, habe gesehen, wann er aufblickte, wann er niederblickte, wie er schaute, wie er telefonierte. Ich habe ihn, glaube ich, genausogut durchschaut wie er mich, vielleicht sogar noch viel besser.

Dieses Menschliche hat also immer eine ganz große Rolle gespielt. Diese Akte des Widerstehens waren immer mit menschlichen Beziehungen oder mit Freundschaften und mit Zuneigungen verbunden. Das war sehr wichtig.

Angefangen hat mein politisches Leben eigentlich mehr im kulturellen Bereich. Ich habe ja Malerei studiert. Diese ganze Strecke – Lesungen, Freundschaften mit Leuten aus dem Kulturbereich – war für mich sehr wichtig.

Das war etwas, woran ich die Grenzen in der DDR zuerst kennengelernt habe.

Ich bin künstlerisch tätig geworden genau zur Zeit der Hochblüte des sozialistischen Realismus. Abstrakte Malerei, gegenstandslose Malerei gab es nicht. Damals war Kafka in keinem Buchladen erhältlich, Sartre, Camus gab es nicht. Das waren Menschen, die uns nicht zugänglich waren. Das war so wie in den siebziger Jahren mit Solshenizyn für die Russen.

Das war eigentlich der Boden, und diesen Bodensatz kann man gar nicht hoch genug bewerten und einschätzen. Der war überhaupt die einzige Möglichkeit, in diesem Lande zu leben, sozusagen der Humus für alle Ideen und Gedanken, die wir hatten. Das ging eigentlich uns allen so.

Von daher muß man die Zeit der DDR noch einmal in einzelne Zeitabschnitte aufteilen. Da waren natürlich die fünfziger Jahre – die habe ich nur als Kind erlebt – mit dem 17. Juni 1953, mit den Auswirkungen des Ungarn-Aufstandes, mit dem, was das für die Freunde unserer Familie, die weggegangen sind, bedeutete. Da war es von großer Bedeutung, in Berlin zu leben. Ich könnte eine unendlich lange Liste von Namen derjenigen erstellen, die aus Berlin weggegangen sind, die an mir vorbeigezogen sind und von denen ich mich auch verlassen gefühlt habe. Das ging nicht nur mir so, sondern auch vielen anderen. Das hat dazu beigetragen, daß man später eine ganz besondere Haltung zu dem Problem „Ausreise und Weggehen“ entwickelt hat.

Vor diesem Hintergrund betrachtet, ist gestern hier etwas ganz Wichtiges gemacht worden, indem einmal eine Liste von Namen vorgelesen und damit sozusagen materiell gemacht worden ist, was es für die Stadt Jena und für jeden einzelnen, der hier zurückgeblieben ist, geistig bedeutet hat, daß so viele Menschen aus dieser Stadt weggegangen sind. Ich möchte jetzt nicht, wie das gestern gemacht worden ist, diejenigen erwähnen, die weggegangen sind, sondern ich möchte mich einmal bei denen bedanken, die hiergeblieben sind, denn manchmal sieht es fast schon so aus, als müßte man sich dafür schämen, hiergeblieben zu sein mit seinen Illusionen, seinen Gedanken, seinen Vorstellungen, die ja auch alle immer in der Entwicklung waren.

Ich persönlich habe also diese Entwicklung vollzogen weg von einer Frau, die, wie heute vormittag Frau Bartl berichtet hat, relativ naiv war, hin zu einer wirklich Oppositionellen. Ich bin im Jahre 1988 aus dem Westen zurückgekommen mit dem ganz starken Gefühl, daß wir in diesem Lande hier eine Opposition brauchen – und zwar eine Opposition außerhalb der Kirche, weg von diesem Dach Kirche –, daß wir offen sein müssen für die Menschen in diesem Lande. Wir waren eine atheistische Gesellschaft. Die Kirche war nur ein kleiner Teil dieser Gesellschaft. In diese geistige Verelendung, die man überall feststellen konnte, mußte ein Dialog, mußte Bewegung gebracht werden.

Ich meine, das gipfelte wirklich in dem Satz – der nicht zynisch, sondern

tatsächlich ernst gemeint war -: „Auch die Stasi will erlöst sein.“ – Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß es auch in der Staatssicherheit Leute gegeben hat, die das nicht mehr ertragen haben, daß 40 Jahre Druck, Erniedrigung und Scham, daß das, was die Gesellschaft erlebt hat, auch in den ganzen Organen und bei den Funktionären der Stasi irgendwo Spuren hinterlassen hat, daß es zu dem großen gesellschaftlichen Dialog einfach kommen mußte. Leider ist dieser große gesellschaftliche Dialog nur eine kurze Zeit lang geführt worden. Ich denke, dieser Dialog ist unterdrückt worden. Er ist immer noch notwendig. Diese Veranstaltung hier ist in meinen Augen ein Stück dieses Dialogs, wenn er auch relativ spät geführt wird. Jetzt haben wir das Jahr 1994. Es wäre schön gewesen, wenn alles etwas früher gekommen wäre. Zum Glück ist es aber nie zu spät, so denke ich jedenfalls. Insofern ist das ein Anfang.

Ich möchte mich, wie gesagt, bei denen bedanken, die uns unterstützt haben. Wir waren ja nicht so sehr von unserem eigenen Selbstverständnis her Oppositionelle, sondern wir sind wie Oppositionelle behandelt worden. So hat uns der Staat behandelt, so hat uns die Gesellschaft zum Teil behandelt. Ich kenne die Berührungsgängste, die es einfach gab. Das spürte ich etwa im Verband Bildender Künstler, wenn jemand mir die Hand gegeben hat. Auch habe ich erlebt, daß ich keine Aufträge mehr bekommen habe und zusehen mußte, wie ich trotzdem überlebe. Das alles war also nicht einfach.

Es gab immer wieder diese Zeichen von Solidarität, z. B. von seiten der Eltern. Ich sehe hier etwa die Eltern von Roland Jahn. Ich denke schon, es bedeutet für sie sehr viel, daß sie heute hier sind, um an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Wenn ich von Zeichen der Solidarität rede, dann denke ich auch daran, daß unsere Kinder miterlebt haben, wie in der Wohnung ihrer Eltern Hausdurchsuchungen gemacht und die Eltern festgenommen wurden, daß sie aber auch miterlebt haben, daß Freunde da waren, die sich um sie gekümmert haben. Das waren Menschen, die uns das überhaupt möglich gemacht, die uns also auch diesen geistigen Raum gegeben haben, in dem wir uns entfalten konnten.

In diesem Zusammenhang müssen natürlich unbedingt die Kontakte zum Westen erwähnt werden. Das ist hier auch schon gesagt worden. Ich nenne hier noch einmal Roland Jahn und Jürgen Fuchs sowie viele Freunde bei den Grünen. Für mich persönlich erwähne ich hier natürlich ganz besonders Petra Kelly. Es gab auch Kontakte zu anderen Parteien, aber die Zahl dieser Kontakte war bedauerlicherweise sehr gering, wie das überhaupt eigentlich immer mehr menschliche Kontakte und nicht so sehr Kontakte zu den Organisationen waren. Hier sind auch die Grenzen zu sehen, die Opposition hatte. Die Grenzen bestanden darin, daß es diese Kontakte nicht gegeben hat, daß diese Auseinandersetzung nicht geführt wurde. Vielleicht können wir also

auch noch einmal über die Frage sprechen, wo die Grenzen der Opposition lagen.

Für mich selbst kann ich nur noch einmal sagen, daß ich diese Entwicklung vollzogen habe weg von einem ganz bescheidenen Oberschulmädchen, das einfach nur sagt: „Ich verstehe nicht, warum das eigentlich so ist“, hin zu einer Frau, die sagt: „Hier muß etwas passieren, und dafür nehme ich auch den Knast hin.“ – Ich erinnere mich noch daran, daß ich in der Zeit, als wir das „Neue Forum“ gegründet haben, mit Katja Havemann auf deren Terrasse gesessen habe und wir gesagt haben: „Uns ist schon klar, daß in diesem 'Neuen Forum' auch sehr viele Leute aus der Stasi tätig werden. Wer weiß, wer alles morgen hier erscheinen wird. Aber wir müssen etwas machen. Dieses Land muß in Bewegung kommen, weil es einfach am Ersticken ist.“

Diese Bewegung war nicht mehr von außen zu bewirken, weil, wie ich glaube, sich die westlichen Parteien und die Politiker auf das Spiel eingestellt hatten. Ich habe auch nicht gesehen, daß es innerhalb der SED Reformer gegeben hat. Solche Reformer sind ja auch nicht aufgetaucht. Es lag also wirklich an uns selber. Wir haben es einfach gemacht.

Da möchte ich uns auch nicht klein machen, sondern immer wieder sagen, daß wir die wichtigsten Leute gewesen sind, wobei wir natürlich Unterstützung von sehr vielen anderen hatten, was man einfach nicht vergessen darf.

Wir haben auch Fehler gemacht. Darüber muß man sprechen und auch darüber, warum wir diese Fehler gemacht haben, warum wir etwa nicht gesagt haben: „De Maizière, nun mal einen Schritt beiseite! Jetzt sind wir da, und wir verhandeln mit Herrn Kohl!“ – Daß wir das nicht gesagt haben, war ein Fehler, den hat die gesamte Opposition gemacht. Darüber, warum dieser Fehler gemacht worden ist, muß man einfach reden.

Ich halte es auch für ganz wichtig, daß über die Folgen dieser Fehler geredet wird. Es ist etwa zu fragen, welche Richtung eingeschlagen worden ist, weil diese Fehler gemacht worden sind, und wie diese Fehler korrigiert werden können.

Eine weitere Frage, die mich noch interessiert, lautet, wie den Menschen, die hier in der Opposition waren – es sind ja nicht nur ein paar Vorzeige-Oppositionelle, so fühlt man sich ja, sondern es sind die vielen, vielen, vielen, die ihre Arbeit verloren haben, die nicht Karriere gemacht haben, und zwar ganz bewußt nicht –, Gerechtigkeit widerfahren kann. Das ist meine Forderung. Ich denke, deshalb sitzen wir eigentlich auch hier.

Markus Meckel, MdB: Ich stamme aus einem evangelischen Pfarrhaus, das von der Tradition der Bekennenden Kirche geprägt war.

Als meinen geistigen Raum in meiner Jugend würde ich neben der Musik die evangelische Jugendarbeit nennen, die mir wichtig war und die mich ausfüllte. Hier ist unter anderem das Evangelische Jungmännerwerk zu erwähnen,

das sich von Anfang an insbesondere auch um Wehrdienstverweigerer gekümmert hat. Viele wissen nicht, daß das Jungmännerwerk auch Kontakte weitervermittelt hat zu Deutschen in Karaganda, also in die Sowjetunion, mit dem Ziel, Bibeln und andere Dinge mehr dorthin zu schaffen. – Dies war neben vielen Jugendrüstzeiten und dem Posauneblasen ein Hintergrund meiner Kindheit und Jugend.

1968 war dann für mich der „Prager Frühling“ sehr wichtig. Wir alle schauten mit Spannung dorthin, und zwar sowohl vor dem August als auch mit Schrecken im August. Für mich war das der Anfang eigenen politischen Verhaltens.

Zu meinem eigenen Erstaunen konnte ich damals die Erweiterte Oberschule besuchen. Diese Schule mußte ich 1969 aber verlassen. Ich bin dann in eines der vorhin schon angesprochenen kirchlichen Seminare gegangen. Bei mir war es das in Potsdam-Hermannswerder. Dort habe ich das Abitur abgelegt, das allerdings nur innerhalb des kirchlichen Raumes anerkannt war und lediglich zum Theologiestudium berechnete.

In den siebziger Jahren waren verschiedene Dinge wichtig. Ich habe in der Zeit zunächst an der Kirchlichen Hochschule in Naumburg und später am Sprachenkonvikt in Berlin studiert. Dazu kann ich manches jetzt nur in Stichworten sagen.

In der evangelischen Studentengemeinde in Berlin habe ich als Vertrauensstudent Bettina Wegner eingeladen und versucht, eine Lesung mit Klaus Schlesinger zu veranstalten, was die Stasi allerdings verhindert hat. Wir hatten einen Club von Theologiestudenten aus verschiedenen Sektionen und kirchlichen Ausbildungsstätten. Die Mitglieder dieses Clubs trafen sich schon seit Ende der sechziger Jahre. Ab 1973 habe ich es übernommen, das zu organisieren. Daraus hat sich eine Fülle von Kontakten mit Theologen in anderen Städten ergeben. Im Jahre 1978 schrieben wir Briefe an kirchliche und staatliche Behörden gegen die Einführung des Wehrunterrichts. Neben der theologischen und theoretischen Beschäftigung, die bei uns durchaus im Mittelpunkt stand, hat auch die Kommunikation zwischen Universitäten eine große Rolle gespielt, bei der es um die Folgen der Hochschulreform und die Frage ging, wie sich Theologen verhalten sollten.

In diesen Jahren habe ich auch an dem von Hans Misselwitz vorhin schon erwähnten Hauskreis teilgenommen, der sich bei ihm traf. Das wohl Wichtigste in dieser Zeit war dann aber die theoretische Arbeit im Theologiestudium.

Im Jahre 1974 habe ich Martin Gutzeit kennengelernt. Diese Verbindung hat die weitere Arbeit ganz wesentlich geprägt. Wir haben uns in unseren eigenen Arbeitskreisen beschäftigt mit der Philosophie von Aristoteles und Plato, mit der mittelalterlichen Philosophie bis hin zum deutschen Idealismus, haben uns mit den Neomarxisten nur wenig befaßt und hatten in dieser

Frage z. B. mit Edelbert Richter und den Naumburgern, mit denen wir uns in Arbeitskreisen trafen, Kontroversen, weil wir der Meinung waren, daß Marx Hegel nicht richtig verstanden hat. Wir führten Diskussionen über Rechtsphilosophie, in denen hinsichtlich der Einschätzung von Staat und Recht, von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung usw. Fragestellungen eine Rolle spielten, die uns später zur Parteigründung geführt haben. Von großer Bedeutung für viele in unserer Generation war dann die Ausweisung Biermanns. Zu diesem Zeitpunkt fingen wir an, zum einen das gesamte „Kapital“ von Karl Marx zu lesen, und zum anderen – das zog sich auch noch über die folgenden Jahre hin –, in einer kleinen Gruppe Schriften zu vervielfältigen und zu verteilen, z. B. die „Gedächtnisprotokolle“ von Jürgen Fuchs, die Vorträge von Bahro oder eben „Die wunderbaren Jahre“ von Reiner Kunze. Das haben wir dann unter die Leute zu bringen versucht. Das alles ging wahnsinnig konspirativ zu. Wenn man das aus heutiger Sicht betrachtet, klingt das ein bißchen komisch; aber so war es eben. Wir waren damals vier Leute, nämlich Martin Gutzeit, mein Bruder Hans Martin – der übrigens dann später bei mir im Ministerium war, und zwar nicht deshalb, weil er mein Bruder ist, sondern deshalb, weil er zu den wenigen Leuten gehörte, denen ich politisch vertraute und von denen ich glaubte, daß sie politisch etwas können –, Matthias Reichelt und ich. Absolutes Vertrauen war die Grundlage solcher Arbeit.

Ich mache jetzt einen Sprung in die achtziger Jahre. Ich war damals Vikar. In der Berlin-Brandenburgischen Kirche konnte ich nicht arbeiten, weil die Kirchenleitung etwas dagegen hatte. Deshalb bin ich in den achtziger Jahren nach Mecklenburg gezogen, wohin mir Martin Gutzeit später folgte.

Die politische Arbeit geschah in Mecklenburg in verschiedenen Kommunikationszusammenhängen. Seit Anfang der achtziger Jahre hatten wir einen Friedenskreis in Vipperow, der sich in der Zeit von 1982 bis zum Ende der achtziger Jahre vierzehntägig traf. In Mecklenburg schufen wir eine „Arbeitsgruppe Frieden“ gemeinsam mit Heiko Lietz – der heute leider nicht hier sein kann –, in der wir das häufig spannungsreiche Verhältnis zur Kirchenleitung aufzufangen versuchten. Für Mecklenburg jedenfalls war das eine relativ günstige Lösung. Ende der achtziger Jahre wurde ich dann Delegierter der Ökumenischen Versammlung, von der in früheren Anhörungen hier schon die Rede war.

Besonders wichtig war der Aufbau von Kommunikation zwischen den Oppositionsgruppen, ihre Vernetzung. Als Beispiel dafür nenne ich das Delegiertentreffen „Frieden konkret“, das es seit Anfang 1983 gab. Die Verbindlichkeit des Umgehens miteinander und das Schaffen von Strukturen, das sehr umstritten war, hatte für die politische Arbeit eine große Bedeutung. (Beifall)

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Ich möchte ganz kurz die Hinführung zu dem

beschreiben, was dann die Aktion des Kreises „Absage an Praxis und Prinzip der Abschreckung“ gewesen ist.

Ich bin Jahrgang 1938. Meinen Eltern verdanke ich alles. Mein widerständiges Verhalten reicht zurück bis in die Schulzeit. Wegen günstiger Umstände konnte ich ab 1956 Physik studieren. Während des Studiums war für mich ein kleiner Gesprächskreis mit einigen Verfolgten des Stalinismus wichtig, der vor dem Bau der Mauer in West-Berlin noch möglich war. Es handelte sich dabei um vier Leute, von denen wir erfuhren, was hinter den Stacheldrahtzäunen des Archipel GULag vor sich gegangen ist.

Seit 1968 bin ich Mitglied des Gemeindegemeinderats der Bartholomäus-Gemeinde. Das Leben in dieser Gemeinde war für mich und für meine Familie – ich bin verheiratet und habe drei Kinder – extrem wichtig. In der Zeit von 1977 bis 1990 war ich Mitglied der Synode Berlin-Brandenburg. Zu der Kirchenschelte möchte ich hier einmal feststellen, daß ich meiner Kirche sehr viel verdanke, und zwar ein erfülltes und befreites Leben, Freiheit und Aktion, die ich dort gefunden habe.

Der Zugang zu dieser Tätigkeit bestand darin, daß meine Freunde und ich, zu denen ich nachher noch etwas sagen möchte, von unserer Kirche wollten, daß sie in einem recht verstandenen Sinne nicht politisch oppositionell werden, sondern daß sie zur Wahrheit finden, die Wahrheit sagen sollte. Dies war der Zugang, der uns schließlich dazu geführt hat, auch politische Opposition zu werden. (Beifall)

Carlo Jordan, MdA: Ich bin Jahrgang 1951, geboren in Berlin. Meine ersten Erinnerungen sind Stadtlandschaften in Form von Ruinenfeldern. Ich habe West-Berlin wie Ost-Berlin gleichermaßen kennengelernt. West-Berlin war für mich eine andere Welt, aber es war damals für mich nicht eine unerreichbare Welt. Auch im Osten gab es für mich damals interessante Punkte, z. B. das Zentralhaus der Jungen Pioniere. Ich muß sagen, daß ich auch dorthin gern gegangen bin.

In der Schulzeit später bin ich nicht zu den Pionieren, sondern in die Christenlehre der Samariter-Gemeinde gegangen und habe dort, aber erst viel später unter dem Einfluß der Studentenbewegung und der Ideen von Rudi Dutschke, den Weg durch die Institutionen angetreten, habe wieder begonnen, mich in dem vorgegebenen DDR-Rahmen zu engagieren. Ich bin in die FDJ eingetreten und habe mich dann während des Ingenieurstudiums in der Zeit von 1969 bis 1972 in Absprache mit unserem damaligen Diskussionszirkel, den wir intern hatten, dafür ausgesprochen, daß wir doch einmal versuchen sollten, eine Studentenvertretung zu etablieren. Ich habe mich innerhalb der FDJ als Sekretär für Wissenschaft aufstellen lassen und war in der Zentralen FDJ-Leitung des größten Berliner Baubetriebes, nämlich im Ingenieurhochbau Berlin, einige Zeit Sekretär für Wissenschaft.

In dieser Zeit habe ich mich als Studentenvertreter verstanden und Anträge

eingebraucht. Im Jahre 1972 hatte die DDR-Volkskammer ein Gesetz erlassen, nach dem Absolventen der Ingenieurschulen mit Kriminellen gleichgestellt werden sollten, indem sie eine dreijährige Arbeitsplatzbindung in Kauf nehmen sollten. Ich habe dagegen als Studentenvertreter Anträge eingebracht. Diese Anträge wurden immer abgebugelt, oder es ergab sich zumindest eine Atmosphäre, in der gesagt wurde: „Wenn du ständig mit deinen Anträgen kommst, dann kommen wir nie zu Ende und sitzen dann noch stundenlang in dieser Leitungssitzung.“ – Das war für mich eine unmögliche Situation, und ich bin noch im Laufe der Legislaturperiode zurückgetreten, was einen großen Knall gab, weil ich gesagt habe, die FDJ mache nichts gegen die Gleichstellung von Absolventen der Ingenieurschulen mit Kriminellen. Das war ein Punkt, der mich noch lange verfolgte, der mir auch bei der Arbeit im Ingenieurhochbau immer anhing.

Als ich dann als Bauingenieur, als Bauleiter begann, habe ich mich geweigert, drei Jahre lang dort zu bleiben, habe gesagt, ich bliebe nur ein Jahr, schlosse noch die drei Bauten ab, und dann wollte ich aus dem Betrieb hinaus. Ich bin hart diskriminiert worden, durfte nicht mehr das Betriebsgebäude betreten, saß auf einer Baustelle mit einem Mann, der Opfer des Nationalsozialismus war, und mit einem Meister.

So begannen bei mir kleine Widerstandshandlungen. Allerdings muß ich sagen, daß das auch schon an der Ingenieurschule begonnen hatte. Das Studium nahm seinen Anfang mit einer Militärausbildung. Ich akzeptierte nicht, daß mir bei dieser Militärausbildung von irgendwelchen Leuten willkürlich ein Wille aufgezwungen wurde. Noch zu groß war die Erinnerung an die Ruinenfelder und an das unermeßliche Leid in mir, um mich dem nicht zu widersetzen. An der Ingenieurschule hatte ich auch ständig Aussprachen mit dem Fachrichtungsleiter. Das ging ungefähr so: „Herr Jordan, warum haben Sie so lange Haare? 1968 in Prag hat das genauso begonnen. Das wollen wir hier doch nicht.“

Jedenfalls hatte ich nach diesem kurzen Intermezzo mit den Ideen von Rudi Dutschke, den Gang durch die Institutionen anzutreten, ein für allemal die Erkenntnis gewonnen, daß in der DDR nur etwas von außen her und durch das Schaffen eigener Institutionen zu ändern ist.

Das erste, was wir gemacht haben, war dann, in einem Kreiskulturhaus wie diesem hier den Arbeiter-und-Studenten-Club zu gründen. Das fiel genau in die Zeit, in der Erich Honecker die Macht übernahm und im kulturellen Bereich bis zu den Weltjugendfestspielen einige Freiheiten gegeben waren. Wir konnten zunächst einmal relativ frei damit beginnen, dort einen Diskussionszirkel abzuhalten. Das ging aber nur bis zu den Weltfestspielen. Danach war in unserem selbstverwalteten Club plötzlich wieder Schluß. Jedes Bild, jede Diskussion mußte genehmigt werden. Wir haben diese Arbeit dann selbst abgeschlossen und dort nicht mehr weitergemacht.

Eine wichtige Sache bei diesem oppositionellen Handeln wurde für mich die Erkenntnis, daß man sich einerseits in konspirativen Gruppen vorbereitete und daß man andererseits immer versuchte, sich bestimmte Möglichkeiten in der Praxis, praktische Freiräume, zu erhalten.

Wie Rudi Molt schon berichtet hat, haben wir dann Vorträge über Selbstverwaltung gehalten. Dabei bin ich auf einen ganz interessanten Zusammenhang gestoßen, nämlich auf den, daß in der DDR ein fundamentaler Widerspruch zwischen der Sucht nach äußerer Anerkennung und der inneren Abschottung bestand. Wir haben damals einfach die jugoslawische Botschaft eingeladen, und die sind gekommen. Vorher erhielt ich etliche Anrufe, und mir wurde gesagt: „Herr Jordan, Sie müssen das absagen. Das ist gar nicht genehmigt. Das können Sie nicht machen.“ – Darauf habe ich geantwortet: „Ich kann doch nicht sagen, daß die Darstellung der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien in der DDR, also in einem sozialistischen Land, verboten ist. Das müßten Sie dann schon machen.“ – Später bekam ich dann einen Anruf, in dem mir gesagt wurde, daß wir die Veranstaltung durchführen könnten; aber danach wurde dieser Club sofort geschlossen. Die Menschen, die den Club aufgebaut hatten, mußten die Schlüssel abgeben. Wieder ein Projekt war damit gestorben.

In den kleinen konspirativen Zirkeln haben wir uns zielstrebig mit Problemen beschäftigt, die später wichtig werden sollten. Wir haben z. B. schlicht und einfach auch einmal Vernehmungstechniken studiert, die von Kriminalisten und von Geheimdienstbeamten angewendet werden, und haben uns diese Techniken eingeprägt. Das sollte dann im Jahre 1976 von großer Bedeutung werden, als ich im Zusammenhang mit dem Freitod von Pfarrer Brüsewitz verhaftet wurde, mich bei den Vernehmungen – aufgrund der Kenntnis der Vernehmungstechniken – an nichts mehr erinnern konnte und wieder auf freien Fuß kam. Die Folge allerdings war, daß ich die Charité – wo ich zu dieser Zeit Bauleiter war und damit für ein Projekt mit immerhin 100 Handwerkern Verantwortung trug – von einem Tag auf den anderen nicht mehr betreten durfte. Die Charité, so wurde mir von meinem Hauptabteilungsleiter Dummer – Genosse Dummer, wie er hieß – erklärt, sei Grenzgebiet. Ich sei jetzt dort ein Sicherheitsrisiko und dürfte die Charité nicht mehr betreten.

Das ging so weiter. In den achtziger Jahren sind viele Ansätze, die wir insbesondere mit der internationalen Einbindung unseres oppositionellen Wirkens in den siebziger Jahren entwickelt hatten, erst richtig entfaltet worden. Wichtig war Anfang der achtziger Jahre das Engagement für „Friedensverträge von unten“. – Ich hatte da einmal für den Pfarrer Passauer einen kleinen Forschungsauftrag. Diese „Friedensverträge von unten“ wurden in der Regel zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen abgeschlossen und dann beim Bund der Evangelischen Kirchen hinterlegt. Ich habe nie wieder etwas davon gehört, was aus dieser Sammlung geworden ist. Es gab nie eine

Veröffentlichung. – Dies als ein Beispiel für blockübergreifendes Handeln darf nicht verlorengehen.

In den achtziger Jahren habe ich nicht mehr beim Staat gearbeitet, nachdem ich konsequenterweise im Jahre 1979 ausgestiegen war. In den zehn Jahre bis zur Wende habe ich überwiegend im künstlerischen und im kirchlichen Bereich gearbeitet, habe z. B. bei Markus Meckel Kirchtürme restauriert, habe an der evangelischen Hochschule in Potsdam Philosophie und Literatur unterrichtet und war von 1986 bis 1989 Bauleiter bei der Zionskirche. Diese kirchliche Arbeit war für mich auch insofern sehr wichtig, als ich dort Ausdrucksmöglichkeiten fand, soziale Erfahrungen machen konnte und natürlich einen gewissen Freiraum hatte. Das Engagement an der Zionskirche ermöglichte auch die Etablierung der Berliner Umweltbibliothek.

Die Tätigkeit als Baumensch in kirchlichen Zusammenhängen brachte es mit sich, daß man ständig durch die DDR reiste und dabei leicht auch Kontakte zu den verschiedensten Gruppen pflegen konnte. Deshalb meine ich, daß das Verhältnis zur Kirche auch einmal unter dem Gesichtspunkt genau untersucht werden muß, daß dann, wenn es diesen Freiraum, diesen Proberaum für uns nicht gegeben hätte, viele unserer Aktionsformen nicht möglich geworden wären. Auf der anderen Seite muß man sagen, daß wir dort auch gedämpft worden sind.

Abschließend möchte ich noch auf die internationalen Kontakte eingehen und dabei die Tatsache hervorheben, daß ab Mitte der achtziger Jahre, insbesondere ab 1986/87, die Ostverbindungen immer wichtiger wurden. Wir haben als Akteure in der Ökologiebewegung dann zunehmend mit den Umweltbewegungen in Polen, im Baltikum, in Ungarn zusammengearbeitet, haben über die Zusammenarbeit im grünen Netzwerk „Greenway“ auch den Kontakt hergestellt zu den breiten Bürgerbewegungen, die im Jahre 1989 im Baltikum entstanden waren und die für uns hinsichtlich der Strukturvorschläge bis hin zu Parteibildungen eine Ermutigung darstellten, welche viel stärker war als die, die wir Anfang der achtziger Jahre aus dem Westen bekommen hatten. (Beifall)

Gerd Poppe, MdB: Wie Hans-Jürgen Fischbeck bin auch ich Physiker, bin allerdings seit 18 Jahren – genau seit der Biermann-Ausbürgerung – nicht mehr in dem Beruf tätig.

Im Gegensatz zu Hans-Jürgen Fischbeck möchte ich einen Tag aus meiner Schulzeit erwähnen. Im Jahre 1953 gab es außer dem 17. Juni noch einen anderen sehr wichtigen Tag. Das war der 5. März, Stalins Todestag. Ich kann mich an Freudenkundgebungen unter einigen Schülern, zu denen auch ich gehörte, erinnern. Stalin war ja überall. Er hing in jedem Klassenzimmer, er war in jedem Schulheft abgebildet, er war ein Symbol für den totalen Anspruch des Staates uns Schülern und überhaupt den Menschen gegenüber. Das ist wohl der Ausgangspunkt für meine spätere Biographie gewesen.

Wie kommt man zur Opposition? – Heute früh fiel der Begriff „Identität des Individuums“. Diese Identität muß natürlich immer wieder verteidigt und neu erobert werden. Dazu möchte ich einen Satz von György Konrád zitieren, der mir sehr wichtig ist. Er sprach nämlich von der Dialektik von Autonomie und Solidarität. Ich denke, auch das ist ein Kennzeichen für die ganz spezifische Art von Opposition in der DDR und in den anderen ostmitteleuropäischen Ländern.

Das Wichtigste innerhalb meiner Biographie ist, daß mir eines Tages die Einsicht kam, handelnde Person und nicht immer nur Opfer der Umstände sein zu wollen. Das war eigentlich die entscheidende Erkenntnis, die man sich selbst verschaffen mußte.

Es gibt vieles in meiner Biographie, was so ähnlich ist, wie es andere schon berichtet haben, nämlich etwa die große Bedeutung des Jahres 1968, und zwar sowohl hinsichtlich dessen, was vom Westen kam, wie auch hinsichtlich dessen, was in Prag geschah. Es war auch meine erste öffentliche Protesthandlung, am 21. August 1968 in die Prager Botschaft zu gehen und dort ein Protestschreiben abzuliefern. Dieses Jahr war tatsächlich ein ganz wichtiger Einschnitt.

Mehrmals ist auch schon über die linken konspirativen Zirkel berichtet worden. Natürlich habe auch ich in solchen Zirkeln mitdiskutiert. Interessanterweise ist der OV, der über uns angelegt worden ist, mit dem Namen „Zirkel“ versehen. Das war im übrigen zu einem Zeitpunkt, als ich diese Konspiration schon lange aufgegeben und überhaupt keine Ambitionen mehr hatte, in solchen Zirkeln mitzuwirken.

Erwähnen möchte ich jetzt noch das halbe Jahr bei den Bausoldaten, was mir angetan wurde, als ich schon 34 Jahre alt war. Es gab in der Zeit zwei Jahrgänge, die als Reservisten ein halbes Jahr eingezogen worden sind. Später hat man sich von dieser Praxis wieder verabschiedet.

Opposition und Widerstand in der DDR waren in den sechziger und siebziger Jahren etwas ganz anderes als in den achtziger Jahren, und zwar auch nach dem, was wir gestern gehört haben. Es waren ja doch im wesentlichen Einzelpersonen, die man als Oppositionelle bezeichnen konnte, etwa Robert Havemann, Wolf Biermann, Bahro und auf eine ganz andere Weise Pfarrer Brüsewitz.

Für mich waren in diesen Jahren die persönlichen Beziehungen immer sehr wichtig, z. B. zu Havemann und Biermann, wobei diese Beziehungen – im Falle von Robert Havemann bis zu dessen Tod – für mich prägend geblieben sind. Havemann hat sich ja auch sehr weit in Richtung Friedensbewegung begeben und dort ganz wesentliche Impulse für das ausgelöst, was wir in der DDR dann „unabhängige Friedensbewegung“ nannten.

Ich habe bereits gestern schon einmal anzudeuten versucht, daß es einen

wesentlichen Einschnitt gegen Ende der siebziger-/Anfang der achtziger Jahre gegeben hat, und zwar durch die Solidarnosc. Im Unterschied zu Ihnen, Herr Professor Jacobsen, ist für mich die Solidarnosc der ganz entscheidende Wendepunkt in der Geschichte und nicht Gorbatschow. (Beifall)

(Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Einer von mehreren!)

Gegen Ende der siebziger Jahre haben wir eingesehen, daß die Tätigkeit in Zirkeln überhaupt nichts brachte. Wir hatten den Massenexodus von Intellektuellen, Künstlern, Schriftstellern nach der Biermann-Ausbürgerung vor Augen. Dieser Substanzverlust war entsetzlich. Ich habe zwei Generationen meiner Freunde allein durch Ausreisen verloren. Für uns hieß das, daß wir, wenn wir nicht wollten, daß alles ewig so weitergeht, auf eine andere Weise handeln mußten, nicht mehr in konspirativen Zirkeln, die völlig ineffektiv waren. Für uns hieß das, daß wir an die Öffentlichkeit mußten, eine eigene Gegenöffentlichkeit oder so etwas wie Parallelstrukturen – auch dies ein Begriff, der von den Ostmitteleuropäern zu uns herüberschwappte – schaffen mußten.

Dies haben wir dann gemeinsam mit den auf ähnliche Weise emanzipatorisch und pazifistisch eingestellten Christen in der Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre gemacht. Ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der DDR-Opposition und die ganz spezifische Art von DDR-Opposition im Unterschied zu der in allen anderen mitteleuropäischen Staaten war diese Kombination von so etwas wie DDR-68ern einerseits und christlichen Pazifisten andererseits. Eine solche Kombination hat es in keinem anderen Land gegeben. Wir haben tatsächlich sehr viel voneinander gelernt, und zwar sowohl über Dialogformen als auch, entsprechend unserer jeweiligen Vorprägung, über die Möglichkeiten politischen Handelns in der DDR. Ich glaube, daß diese besondere Art der Zusammensetzung der Gruppen der frühen achtziger Jahre als Ausgangspunkt für die DDR-Opposition anzusehen ist. Für mich ist in dieser Zeit die blockübergreifende Friedensbewegung wichtig gewesen; Ulrike Poppe hat vorhin auf sie schon hingewiesen. Vor allem im Zusammenhang mit den END-Konferenzen gab es noch zahlreiche Begegnungen. Es gab natürlich auch die Versuche, die Kontakte nach Osten hin zu entwickeln bzw. aufrechtzuerhalten.

Unser Anspruch war, die Veränderungen nicht ausschließlich im eigenen Lande herbeizuführen, sondern darüber hinaus auch einen globalen und europäischen Anspruch umzusetzen, wobei für viele von uns die Länder östlich von uns eine besondere Rolle spielten, schon deshalb, weil sie zum Teil sehr ähnliche Bedingungen hatten.

Es gab in dieser Zeit interessante Aktionen der blockübergreifenden Friedensbewegung, z. B. im Jahre 1985 die „Initiative für Blockfreiheit“, eine Überkreuzaktion, mit der sich die westliche Friedensbewegung bzw. ein Teil von ihr – auch Grüne und SPD-Mitglieder waren dabei – in einem Brief an

den Obersten Sowjet und wir uns mit einem fast gleichlautenden Text an den amerikanischen Kongreß wandten. Eine weiteres Beispiel war ein Jahr später das Memorandum zur KSZE-Nachfolgekonferenz 1986 in Wien. Das war der erste gelungene Versuch, Basisgruppen aus allen KSZE-Staaten an einem gemeinsamen Text zu beteiligen. Das stand im Gegensatz zu früheren Unterschriftenaktionen, bei denen uns von Freunden aus dem Westen immer etwas vorgelegt wurde mit der Frage, ob wir das auch so sähen.

Das waren sehr interessante Projekte, die seinerzeit von uns unterstützt wurden. Ich will mit dem Jahr 1985/86 erst einmal schließen. Über die nachfolgenden Jahre werden wir ja noch ausführlicher reden können.

In der Zeit danach war für mich insbesondere die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, an der ich teilgenommen habe, wichtig. Ich bin in dieser Gruppe geblieben, solange sie existiert hat, und ich habe für diese Gruppe auch am Runden Tisch gesessen.

Jetzt noch etwas, was Ulrike Poppe vorhin vergessen hat: Es waren ja nicht immer politische Ambitionen, die uns zu einem bestimmten Handeln führten. Beispielsweise haben wir im Jahre 1980 in der Husemannstraße in Ost-Berlin einen Kinderladen gegründet, und zwar einfach deshalb, weil wir unsere Kinder nicht dem Erziehungssystem der DDR ausliefern wollten. Wir haben uns mit Gleichgesinnten, das heißt mit Leuten, die gleich alte Kinder hatten, zusammengesetzt und haben das trotz aller Androhungen tatsächlich über gut drei Jahre durchgehalten, bis dieser Kindergarten schließlich Ende 1983 durch eine Staatssicherheitsaktion zerstört worden ist.

Andere Aktivitäten waren literarische Lesungen in unserer Wohnung oder auf Grundstücken von Autoren, die in der DDR nicht oder jedenfalls bestimmte Werke nicht veröffentlichen durften. Auch dies lief über zwei bis drei Jahre sehr kontinuierlich. Es sind solche Dinge gewesen, an denen man persönlich beteiligt war, die den späteren politischen Weg mit vorgeprägt haben. Es war ja nicht so, daß man als Oppositioneller auf die Welt kam; vielmehr waren es viele Ereignisse, die uns zugestoßen sind oder die wir dann selbst zu beeinflussen versucht haben, welche zu einem Handeln führten, das ich durchaus als oppositionelles Handeln bezeichnen möchte, und zwar nicht nur, Herr Professor Jacobsen, um der Reform des DDR-Sozialismus willen, denn spätestens 1987/88 haben wir erkannt, daß eine Reform nicht unbedingt zu erwarten ist. Wenn Sie sich unsere Forderungen, die in diesen Jahren entstanden sind, anschauen, dann werden Sie auch sehen, daß mit diesen Forderungen das System nicht zu erhalten oder zu reformieren war, sondern daß sie auf ein grundsätzlich anderes System abzielten.

Wie das im einzelnen aussehen sollte, konnten wir im Jahre 1989, bevor die Mauer fiel, genausowenig wissen, wie das Herr Bahr gewußt hat, der sich ja noch für das nächste Jahrhundert den Status quo vorgestellt hat, oder wie das der Herr Strauß gewußt hat, der ja meinte, seine Enkel würden noch mit der

DDR zu leben haben. Da kann man uns also keine Vorhaltungen dahingehend machen, daß wir das damals nicht so gesehen haben. (Beifall)

Rainer Eppelmann, MdB: Wie die meisten meiner Vorredner muß auch ich ein wenig von mir erzählen, wenn ich von meiner Motivation für widerständiges Verhalten berichten soll, anderenfalls wird das nicht verständlich. Ich kann das nur vor diesem Hintergrund tun, weil ich glaube, daß man die Frage, wie man zu oppositionellem Verhalten kommt, nicht allgemein beantworten kann, daß es hier um persönliche Betroffenheit geht, die hoffentlich mit Verantwortungsgefühl für sich und für andere gepaart ist.

Wie Bärbel Bohley bin auch ich in Berlin geboren. Ich habe diese Stadt, solange ich in ihr lebe bzw. bewußt in ihr lebe, als eine geteilte Stadt in Erinnerung.

Mein Vater ist Zimmermann gewesen, meine Mutter gelernte Schneiderin und Hausfrau. Da meine Schwester nicht auf die Schule durfte, um das Abitur abzulegen, habe ich in den letzten drei Jahren vor dem Mauerbau in West-Berlin eine sogenannte Ost-Schule für Ost-Schüler besucht. Das alles ist mit dem 13. August 1961 zu Ende gegangen.

Danach war ich ein Jahr als Dachdeckerhilfsarbeiter tätig, habe dann Maurer gelernt, weil ich ursprünglich Architektur studieren wollte. Ein Vierteljahr lang bin ich dann auf einer Fachschule für Bauwesen in Berlin gewesen. Dort habe ich es aber nicht länger ausgehalten, weil ich drei Jahre lang auf dem West-Berliner Gymnasium streiten und selberdenken und -formulieren gelernt habe und es mir von daher nicht möglich war, auf einmal nur noch nachzubeten. Wegen permanenter Gastritis habe ich dort aufgehört.

Für mich ist der 13. August 1961 deswegen ein Schlüsselerlebnis gewesen. Mein Leben verlief von da an völlig anders als vorher, weil ich es – damals habe ich das noch nicht so schön ausdrücken können – als eine ungeheure Arroganz der Mächtigen, der Regierenden empfunden habe, daß diese so ohne weiteres, das heißt ohne mich überhaupt zu fragen, über mein Leben verfügten, indem ich von dem Zeitpunkt an dem nach Willen dieser Erlauchten fürs Leben eingesperrt gewesen bin.

Ich bin dann Bausoldat gewesen. Da fing das für mich an. Das ist Widerstand für mich selber gewesen. Da habe ich noch nicht an andere gedacht, sondern ich habe mir überlegt: „Für die, die dich da eingesperrt haben, nimmst du jetzt nicht auch noch die Knarre in die Hand und versprichst, daß du dein Leben dafür einsetzt, daß denen nichts passiert.“ Weil ich das auch in Form des Gelöbnisses nicht zusichern konnte, bin ich für acht Monate im Gefängnis gewesen. Vorher plus eineinhalb Jahre Bausoldatenzeit.

Zwischendurch habe ich noch Maurer gelernt. Danach bin ich in einer PGH tätig gewesen. Mir als inzwischen 26jährigem ist dann deutlich geworden, daß ich mir, da es diese DDR ja noch eine ganze Weile geben würde, einmal

überlegen müßte, wie ich mit den 75 Jahren umgehe, die ich als Lebenszeit etwa zur Verfügung habe. Da ich 25 Jahre arbeiten und 25 Jahre schlafen würde, blieben mir noch 25 Jahre übrig, in denen ich machen könnte, was ich wollte. Nach diesen Überlegungen bin ich auf den guten Gedanken gekommen, mir einen Beruf zu suchen, hinter dem ich stehe, um auf diese Weise nach Abzug von 25 Jahren des Schlafens 50 Jahre als Verfügungszeit zu haben und damit eine Menge mehr machen zu können. Der einzige Beruf, der mir unter Berücksichtigung der konkreten DDR-Verhältnisse dabei einfiel, war der des Pfarrers. Um genau zu sein, müßte ich hinzufügen, daß ich zu der Zeit noch so naiv gewesen bin zu glauben, daß es auch der Beruf des Journalisten hätte sein können, der mir ebenfalls Spaß gemacht hätte. Ich bin ja ungeheuer froh darüber, daß niemand auf den Gedanken gekommen ist, mich als Journalisten zu nehmen. (Heiterkeit)

In dieser Zeit habe ich mich übrigens nicht als Oppositioneller verstanden, um das noch einmal deutlich zu machen. Ich hatte ja bloß ein geltendes Recht in Anspruch genommen und war verwundert darüber, daß ich dafür Keile bekommen habe.

In der Zeit als Gemeindepfarrer ab Mitte der siebziger Jahre ist die Distanz und die Kritik gegenüber den Regierenden und gegenüber den Verhältnissen in der DDR eigentlich immer größer geworden, und zwar deshalb, weil ich auf einmal mit der Situation von Menschen konfrontiert wurde, die zu mir gekommen sind. Vorher hatte ich mehr oder weniger für mich oder in dem engen Raum der Familie gelebt. Auf einmal kamen jetzt Leute zu mir und weinten, klagten und erzählten. Je häufiger das passierte, um so größer wurde mein Grimm, und ich sagte mir, daß das so nicht weitergehen darf.

Ich habe nach Formen gesucht – ich verstand mich dann vom Ansatz her vielleicht als Reformier –, die dazu führten könnten, den Leuten ein Stück Hilfe zu geben dazu, in diesem Lande zurechtzukommen. Ich habe das gemeinsam mit Freunden mit den Blues-Messen ausprobiert. Außerdem hatte ich das große Glück, wenige Monate vor dessen Tod Robert Havemann noch kennenzulernen. Gemeinsam mit ihm habe ich den „Berliner Appell“ erarbeitet und veröffentlicht. Robert Havemann hat mir beigebracht, daß wir nur eine Chance haben, nämlich die, daß wir uns, wenn wir uns kontinuierlich widerständig verhalten wollen, Verbündete suchen, und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern auch über das eigene Land hinaus und indem man in die Öffentlichkeit geht, was zusätzlichen Schutz verschafft.

Von da an bin ich, zumindest an der Stelle, auch in Konfrontation zu vielen anderen in Friedenskreisen oder auch in meinem Kollegenkreis bzw. in Kirchenleitungen gegangen, die es für etwas ungeheuer Verwerfliches hielten, daß ich den Kontakt zu westlichen Diplomaten und zu westlichen Journalisten regelrecht gesucht habe, weil ich mir sagte, daß es für mich dazugehört, daß über diese DDR nicht nur das „Neue Deutschland“ und Erich Honecker

berichten und bestimmen, sondern daß ich selbst dazu beitragen muß, daß das Bild dieser DDR ein differenziertes Bild ist. Außerdem habe ich festgestellt, daß das etwas mit Schutz zu tun hat.

Dann entstanden „Friedensdekade“ – ich sage das jetzt einmal nur in Stichworten –, „Friedenswerkstatt“, eine Idee, die wir – wie das gestern und heute in Stichworten schon mehrfach angeklungen ist – von Jena übernommen haben, und auch das Seminar „Konkret für den Frieden“. Das ist die Gruppe gewesen, die die „Friedenswerkstatt“ vorbereitet und, nachdem sie die erste Veranstaltung durchgeführt hatte, gesagt hat: „Nun laßt uns bloß nicht nur Veranstaltungen mit Werkstattcharakter durchführen, sondern laßt uns auch inhaltlich arbeiten und das Ganze DDR-weit vernetzen.“ – Ich sehe uns noch in dem Gemeindehaus der Bartholomäus-Gemeinde sitzen, wo wir gesagt haben – ich weiß nicht, ob wir den Namen da schon genannt haben –: „So ein DDR-weites Seminar muß da stattfinden.“

Es hat Friedenspartnerschaften gegeben. Die Gemeinde, in der ich Pfarrer gewesen bin, hat versucht, und zwar als Entscheidung des Gemeindegemeinderates, mit sieben Kirchengemeinden außerhalb der DDR – und zwar ganz bewußt alles Kirchengemeinden in sogenannten NATO-Feindländern – solche Partnerschaften abzuschließen. Es ist sogar in mehreren Fällen gelungen, daß Vertreter dieser Kirchengemeinden zu uns gekommen sind; leider war das nur in Form dieser Einbahnstraße möglich. Wir haben miteinander Dinge inhaltlich erarbeitet und Gottesdienst abgehalten.

Noch ein Satz zu meinen Erfahrung in dieser Kirche: Diese Erfahrungen waren sehr unterschiedlich. Ohne Freunde, ohne Verbündete auch innerhalb dieser Kirche wäre das überhaupt nicht möglich gewesen. Wenn der Gemeindegemeinderat das, was wir da vorgehabt haben, nicht mitgetragen hätte, dann wäre das nicht möglich gewesen. Die Gemeindegemeinderäte waren die Bestimmer. Ein Pfarrer kann auf Dauer nicht gegen seinen Gemeindegemeinderat etwas machen.

Ich habe mich über die aber auch geärgert. Das war etwa dann der Fall, wenn Vertreter aus kirchenleitenden Gremien sagten: „Wenn du wüßtest, was wir alles wissen,“ – die wußten deshalb mehr, weil sie ökumenische Kontakte hatten und viel reisten – „dann würdest du ganz anders darüber reden.“ Sie haben nur nicht richtig erzählt, was sie alles wußten und was ich nun nicht sehen durfte. Ich habe mich darüber geärgert, daß es anfangs in unserer Kirche häufig nur vier oder fünf Personen gab, die zu allem etwas sagen konnten und die im übrigen zu allen internationalen Tagungen geladen worden sind. Andere konnten nicht zu solchen Tagungen fahren, selbst dann nicht, wenn sie eingeladen worden waren.

Ich weiß aber auch, daß dem Berliner Generalsuperintendenten Hartmut Grünbaum gedroht worden ist: „Wenn die Blues-Messe morgen stattfindet, dann marschieren wir da ein“, und daß der Bruder Grünbaum daraufhin

gesagt hat: „Dann müßt ihr einmarschieren. Ich werde keinen Gottesdienst absagen.“ – Ich glaube, auch an der Stelle muß man sich sehr genau anschauen, was los war.

Ich kann mich auch noch an Mitglieder im eigenen Gemeindegemeinderat erinnern, die aus Protest ihr Amt zunächst niedergelegt haben und ausgetreten sind, weil sie gesagt haben, daß sie mit der Friedensarbeit nichts zu tun haben wollten, die dann aber ein Jahr oder zwei Jahre später wieder zurückkamen und dann zu den Aktivposten gehört haben.

Ich glaube also, daß auch wir uns verändert haben, daß wir nicht mehr das gewesen sind, was wir am 17. Juni 1953 oder am 13. August 1961 waren.

Ein abschließender Satz: Man fragt dann ja auch: Wie kann man dabeibleiben? Bei mir jedenfalls war es so, daß ich nur deshalb dabeigeblichen bin, weil da Freunde waren, weil da Verbündete waren, und zwar auch innerhalb der Kirche, wie Stolpe, die dann den Schirm aufgehhalten und auf unserer Seite gestanden sind. Noch folgendes auch ein bißchen in Richtung unseres verehrten Freundes Jacobsen: Ich habe den Willy Brandt verehrt. Schmidt ist für mich ein interessanter Mann gewesen. Das gilt auch für Barzel und für Wehner, um noch ein paar andere zu nennen. Lech Walesa, Gorbatschow, Reagan und, wenn Sie so wollen, auch Kohl sind für mich wichtige Menschen, wichtige Politiker gewesen. Aber lebensnotwendig für mich waren die Leute in der Gruppe, in der Gemeinde, und solche Leute wie Gert Weisskirchen, Stefan Schwarz, oder Journalisten wie Herr Baum oder Herr Schwarz, die uns Informationen mitgebracht, die Briefe geliefert haben. Das ist – bei allem Respekt vor dem Mann – Helmut Schmidt nicht gewesen. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Rainer Eppelmann. In den Beiträgen ist deutlich geworden, daß ein wichtiger Einschnitt für oppositionelles, widerständiges Verhalten das Jahr 1987 gewesen ist. Ich möchte Herrn Meckel die Frage stellen – auch er hat dieses Datum genannt –, welche Bedeutung das Jahr 1987 für seine konkrete politische Tätigkeit hatte.

Markus Meckel, MdB: Es ist schwierig, das in Kürze zu machen. Gleichwohl möchte ich versuchen, ein paar Dimensionen aufzuzeigen. Ich kann das auch nicht an einem einzelnen Jahr festmachen. Aber 1987 war schon ein wichtiges Jahr, weil in diesem Jahr Verschiedenes zusammenkam.

Die Abrüstungspolitik und die Gorbatschowsche Politik haben zusammen mit dem, was damals unter dem Stichwort „Neues Denken“ die Politik prägte, einen größeren Spielraum für die innenpolitischen Entwicklungen der Satellitenstaaten mit sich gebracht, die meines Erachtens übrigens auch vom Westen her nicht in genügendem Maße erkannt worden waren, die jedenfalls nicht zu einer neuen Konzeption führten mit dem Ziel, die eigene innere Demokratisierung dieser Staaten zu unterstützen. Das ist die eine Dimension. In dieser Zeit hat sich eine orthodoxe Achse der Betonköpfe

herausgebildet, die von der DDR über die Tschechoslowakei bis hin nach Rumänien reichte, während in den anderen Satellitenstaaten mehr an Reformen und Veränderungen geschah. Ich denke, es ist wichtig, diesen Rahmen zu Beginn zu nennen.

Des weiteren gab es den Honecker-Besuch in Bonn. Im Vorfeld dieses Honecker-Besuchs wurde das SPD/SED-Papier veröffentlicht, das in der DDR-Opposition – wie wir das heute so pauschal nennen – umstritten war, das hier aber doch zu einem großen Teil für sehr gut gehalten wurde, weil man mit diesem Papier gegenüber der SED argumentieren konnte. In diesem Zusammenhang gab es ja z. B. die Erfahrung des Olof-Palme-Marsches – Katrin Eigenfeld hat schon darauf hingewiesen –, bei dem wir zum erstenmal unangefochten mit eigenen Transparenten und Forderungen durch Städte und Dörfer gehen konnten, während solche Schilder vorher immer zerrissen oder weggenommen worden waren. Eigenständiges konnte plötzlich in begrenzter Öffentlichkeit geschehen. Das gab vielen Hoffnung.

Ende 1987 kam dann der Bruch. Damit zerbrach bei allen die Hoffnung darauf, daß sich das DDR-System von oben her in irgendeiner Weise ändern könnte. Ich nenne hier in Stichworten die Umweltbibliothek, die Rosa-Luxemburg-Demonstration Anfang Januar 1988, die schwere Enttäuschung vieler, die nach dem Weggang derer, welche dort aktiv waren, zurückblieben. Von da an sagten wir: „Wir brauchen neue Strukturen.“ – Gerd Poppe hat schon berichtet von den Zirkeln in den siebziger Jahren, aus denen sich dann die Gruppen und die Vernetzungen gebildet haben. Im Jahre 1988 wurden schließlich bei einer Reihe dieser Leute Überlegungen angestellt, wie man aus dem kirchlichen Rahmen in die Gesellschaft hineinwirken und eigene Strukturen schaffen könnte.

Ich habe damals gemeinsam mit Martin Gutzeit den Plan gehabt, einen Verein „Bürgerbeteiligung“ zu gründen. Das haben wir dann nicht gemacht, weil wir das aus verschiedenen Gründen doch nicht mehr für sinnvoll hielten. Im Januar 1989 haben wir beschlossen, eine sozialdemokratische Partei in der DDR zu gründen. Ich könnte das inhaltlich noch genauer ausführen, z. B. hinsichtlich der Frage, weshalb wir eine Partei wollten, damit aber bei allen anderen nicht auf Gegenliebe stießen. Aber das ist vielleicht doch eine Sache für sich.

Dieser Bruch war für eigenes konzeptionelles Handeln wichtig. Wir wollten die Zuständigkeit für unsere Wirklichkeit zurückgewinnen. Dafür brauchten wir feste, selbstgewählte Strukturen, so daß wir nicht bei jeder Diskussion von vorn mit der Klärung der Frage anfangen mußten, was wir wollen oder nicht wollen. Es ging ja auch um die Frage nach dem Mandat. In den achtziger Jahren gab es da in den verschiedenen Gruppen einen ständigen Kampf, in dem klargestellt werden mußte, daß nicht nur derjenige, der am schnellsten redet, etwas zu sagen hat. Der Klärungsprozeß war nicht einfach, wer für wen

Sprecher sein kann. Solche Diskussionen haben uns im Rahmen von „Frieden konkret“ über Jahre beschäftigt.

Ich denke, daß diese Zeit der Strukturbildung und der unterschiedlichen Ansätze von zentraler Bedeutung war. Das ist auch vor dem Hintergrund der Zielvorstellungen darüber zu sehen, was man als anderes System wollte. Hier standen wir auch mit der Forderung nach einer repräsentativen, eben einer parlamentarischen Demokratie ziemlich allein.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Herr Meckel. Herr Poppe, Sie haben keine Partei gegründet, Sie sind eine Bürgerbewegung geblieben. Inwiefern unterschied sich Ihr Kurs von dem, was Herr Meckel zu der Zeit von 1987/88 gesagt hat?

Gerd Poppe, MdB: Ich kann das durch die Aufzählung dessen beschreiben, was wir in dieser Zeit gemacht haben. Das eine ist beispielsweise, daß sich die Menschenrechtsgruppen, die es in der Zwischenzeit in mehreren Orten gab, konsolidierten, daß sie in jenem Jahr erstmals in größerem Umfang eigene Blätter herausgegeben haben. Ich nenne hier den „Grenzfall“, die „Umweltblätter“ oder vergleichbare Versuche, die es anderenorts gegeben hat. Das Vorhaben, tatsächlich eine Gegenöffentlichkeit zu bilden, sich laut und vernehmlich zu artikulieren, sei es auch nur mit einer Auflage von 1.000 Exemplaren, hatte zumindest zu einem gewissen Erfolg geführt.

Ich erinnere auch an verschiedene Aktivitäten, die insbesondere mit den Ländern in Ostmitteleuropa zusammenhingen. Ich nenne hier die Gemeinsame Erklärung zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution Ende 1986. Das war eine wichtige Sache, daß Dissidenten aus Polen, aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei, aus Jugoslawien, aus der Sowjetunion und aus der DDR gemeinsam eine Erklärung herausgaben, die sich in scharfer Form gegen das System richtete, indem sie die ungarische Revolution als solche feierte.

Ich erwähne hier noch die Erklärung zum zehnjährigen Bestehen der „Charta 77“. Im Jahre 1988 ging das weiter mit solchen Versuchen wie einer Veranstaltung zu Rumänien, einer ziemlich gut besuchten Veranstaltung in der Gethsemanekirche in Berlin zu den Menschenrechtsverletzungen durch das Ceausescu-Regime. Solche Aktivitäten nahmen in der Zeit erheblich zu.

Als wichtigste im Jahr 1987 betrachte ich die Ereignisse um die Zionskirche. Da sollte ja der Versuch unternommen werden, die Menschen in der Umweltbibliothek beim Drucken des „Grenzfall“ zu ertappen. Das gelang zwar nicht, aber es kam zu Verhaftungen und zu den ersten sehr beeindruckenden Solidaritätsveranstaltungen in der DDR. Zwar hatten wir im Falle von Verhaftungen auch vorher schon immer versucht, uns solidarisch zu zeigen, und es kamen auch stets viele Erklärungen aus dem Westen. Wie ich glaube, ist es aber 1987 zum erstenmal gelungen, durch eine sehr deutliche Protesthaltung, und zwar durch eine neu gewählte Form des Protestes, nämlich der Mahnwache, erreichen, daß die Gefangenen freigelassen wurden.

Abgesehen davon war dies der erste Schritt der Bewegung aus der Kirche heraus. So wichtig die Kirche Anfang der achtziger Jahre war, damit sich diese Gruppen bilden, damit sie arbeiten und eine bestimmte Teilöffentlichkeit erreichen konnten, so wichtig war es auch, die Kirche schließlich wieder zu verlassen. Wenn die vielen Gruppen, die vielen jungen Menschen die Kirche nicht verlassen hätten, wenn sie nicht auf die Straße gegangen wären, dann wäre es zu den Ereignissen im Jahre 1989 nicht gekommen.

Die Ereignisse um die Zionskirche herum sind gewissermaßen symbolisch der erste Schritt aus der Kirche heraus gewesen. Die Menschen gingen hinaus, machten eine Mahnwache vor der Tür, und die Bewohner aus der Umgebung brachten Tee und Brote. Das war ein neuer Kontakt, eine neue Öffnung in die Gesellschaft hinein. Das war in Verbindung mit den Nachfolgeereignissen im Jahr 1988 ein sehr wichtiger Schritt.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Ich möchte schildern, wie wir versucht haben, im Dialog mit der Kirche zu politischer Opposition zu kommen. Auch das begann im Jahre 1987, rührte aber her vom Herbst 1986, nämlich vom 25. Jahrestag des Baus der Mauer, an dem einer meiner Freunde, nämlich Reinhard Lampe, der damals Mitglied unserer Gemeinde war, eine einsame Protestaktion an der Mauer gemacht hatte und ins Gefängnis kam. Das brachte mich und unseren Gemeindegemeinderat dann dazu, einen Antrag an die Synode Berlin-Brandenburg zu unterstützen, den Reinhard Lampe, Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn auch in einer bestimmten Kommunikation mit mir im Herbst 1986 verfaßten, nachdem Reinhard Lampe nach Intervention von Gottfried Forck nach seiner Verurteilung aus dem Gefängnis wieder freigekommen war. Dieser Antrag ist nach intensiven und erregten Debatten im Gemeindegemeinderat durch den Gemeindegemeinderat übernommen worden, nachdem er eine gewisse Änderung erfahren hatte. Die Übernahme des Antrags durch den Gemeindegemeinderat war von Bedeutung, weil der Gemeindegemeinderat in der Synode antragsberechtigt ist. Wir mußten also ein Gremium finden, das einen solchen Antrag unterstützte.

Ich selbst war, wie ich vorhin schon gesagt habe, Synodaler. Insofern kam natürlich auf mich die Aufgabe zu, im April 1987 den Antrag in die Synode einzubringen. Der Antrag richtete sich gegen die Abgrenzungspolitik. Er enthielt zwischen den Zeilen aber auch eine klare Stellungnahme gegen die innere Abgrenzung des Machtsystems der DDR. Es war also der Versuch einer Absage sowohl an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung als auch an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, wie wir gesagt haben, um damit unsere Kirche zu einer prinzipiellen Kritik an den Grundlagen des Staates zu bewegen.

Das war bis dahin von den Kirchen, die sich auf den Weg des 6. März 1978 begeben hatten und diesen Weg auch weitergehen wollten, abgelehnt worden. Wir aber meinten, daß dieser Weg nicht einfach weitergegangen

werden dürfte, sondern daß die Kirche die Staatslüge entlarven müßte und sich zu den Menschen und nicht zu den Mächtigen stellen sollte. Das war unser Anspruch.

Die Synode hat den Antrag erst einmal mit großem Beifall begrüßt, so daß ich schon glaubte, daß er angenommen oder zumindest in wesentlichen Teilen angenommen werden würde. Diese Erwartung wurde aber leider enttäuscht.

In meiner Naivität bin ich nicht in den Tagungsausschuß gegangen. In dieser Synode hatte ich eine andere Aufgabe. Ein kleiner Formulierungsausschuß im Tagungsausschuß der Synode machte unseren Antrag im wesentlichen zunichte. Vier der fünf Punkte, die dann beschlossen wurden, standen am anderen Tag im „Neuen Deutschland“. Das war ein furchtbarer Schlag für mich. Durch einen schnell eingebrachten Initiativantrag habe ich es dann noch erreicht, daß die Synode an dem ursprünglichen Antrag weiterarbeitete.

Nach diesem Ereignis haben wir auch aus Mitgliedern der Bartholomäus-Gemeinde eine Initiativgruppe gebildet und einen Aufruf verfaßt, der sich an Christen, an Gemeinden und an Gemeindegemeinderäte richtete. Dieser Aufruf wurde beim Berliner Kirchentag 1987 verbreitet, und die Teilnehmer wurden aufgefordert, sich mit diesem Antrag zu beschäftigen und gegenüber dem Präsidium der Bundessynode dazu Stellung zu nehmen, zu sagen, ob sie diesen Antrag unterstützen oder was sie sonst dazu meinen. Dies ist dann auch in für DDR-Verhältnisse relativ breiter Form erfolgt. Ungefähr 200 Zuschriften an das Präsidium der Bundessynode hat es gegeben, darunter 15 Zuschriften aus CFK-Kreisen, in denen dieser Antrag abgelehnt worden ist. Alle anderen haben dem Antrag zugestimmt.

Almuth Berger, unsere Pastorin, hat es dann erreicht, daß sich Heino Falcke diesen Antrag zu eigen gemacht und ihn im September 1987 in die Bundessynode eingebracht hat. Die Bundessynode stand allerdings unter dem Eindruck der schon erwähnten drei Ereignisse, nämlich des SPD/SED-Papiers, des Olof-Palme-Marsches und des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik, war der Meinung, daß sich das DDR-Regime schon öffne, fragte sich deshalb, was ein solcher Antrag, der in diesem Sinne kontraproduktiv sei, solle, und lehnte den Antrag de facto ab. Im November 1987, also durch die Ereignisse um die Zionskirche, zeigte sich jedoch, daß wir recht hatten, das heißt, das es lediglich nach außen gerichtete Gesten waren, keineswegs eine innere Öffnung.

Ein weiterer Schritt zum Voranbringen unseres Anliegens gelang mit der Ökumenischen Versammlung. Dazu möchte ich etwas sagen, weil die Ökumenische Versammlung, jedenfalls bis zum jetzigen Zeitpunkt, bei dieser Anhörung keine Rolle gespielt hat.

Wenn man die Rolle der Kirche richtig einschätzen will, dann darf man die Ökumenische Versammlung nicht außer acht lassen. Faktisch ist es doch so – dieser Bezug ist sehr wichtig –: Die Berlin-Brandenburgische Kirche

und die Bundessynode haben sich zu einer Grundsatzkritik nicht bereit gefunden; aber sie haben die Ökumenische Versammlung zusammen mit 19 anderen Kirchen in der AGCK einberufen, dabei auch wesentliche Vertreter oppositioneller Gruppen in diese Ökumenische Versammlung delegiert und gesagt, die Ökumenische Versammlung spreche für sich selbst. De facto war sie aber doch eine Art Kirchenparlament.

Ein entsprechender Wille muß vorhanden gewesen sein. Ich wurde also in die Ökumenische Versammlung delegiert und hatte die Gelegenheit, in einem Zeugnis der Betroffenheit einem anderen als Michael Beleites unser Anliegen vorzutragen. Unsere Forderung, die Abgrenzungspolitik, die Politik der inneren und äußeren Abgrenzung, zu überwinden, ist von den Medien – ich konnte nicht davon ausgehen – sehr umfassend verbreitet worden. Sogar in der „Tagesschau“ und in der „heute“-Sendung wurde davon berichtet. In meinem Petition hatte ich also auch die innere Abgrenzung angegriffen, wobei der Spitzensatz war, daß die Mauer der Beweis für den inneren Unfrieden in unserer Gesellschaft sei.

In der Folgezeit haben wir uns dann durch das Verhalten in unserer Initiativgruppe relativ schlüssig und zielstrebig politisiert. Wir hatten also jetzt eine Absage gefordert. Die Kirche ist uns darin zwar nicht gefolgt, aber in der Ökumenischen Versammlung ist das aufgenommen worden. Dort wurde die Arbeitsgruppe 3 „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ gebildet. Diese Arbeitsgruppe 3 tat das, was wir gewollt haben, das heißt, sie übte eine prinzipielle Kritik und forderte in ihren Beschlüssen einen demokratischen Rechtsstaat in der DDR. So kann man das sagen. Die Meinungsbildung, die dort stattfand, war für die demokratische Revolution in der DDR sehr wesentlich, auch wenn sie mit ihren Forderungen vom April 1989 nicht in allen Punkten bis in den September/Oktober hinein gewirkt hat.

Im Rahmen des Prozesses unserer Politisierung haben wir uns dann gefragt, was wir tun können, um Abgrenzungen zu überwinden, und wir haben uns auf die Kommunalwahlen im Jahre 1989 konzentriert. In vier Offenen Briefen, die wir, so gut es ging, verbreiteten, haben wir auf diese Kommunalwahlen hingewiesen und geschrieben: „Ihr könnt ja doch wählen. Ihr könnt wählen zwischen Wählen und Nichtwählen. Ihr könnt auch alle Namen durchstreichen, und ihr könnt die Auszählung der Stimmen beobachten.“ – Sie alle wissen ja – das brauche ich nicht weiter zu erzählen –, welche Rolle die Wahlfälschung dann gespielt hat.

Die Wahlfälschung hat die Kirche wirklich sehr tangiert. Alle Generalsuperintendenten sind beim jeweiligen Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung vorstellig und dort in einer unglaublichen Weise abgefertigt worden. Daraus haben wir die Prognose hergeleitet, daß die Kirche nun bereit sein müsse, den Weg des 6. März zu verlassen. In der Bundessynode in Greifswald war noch von einem Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche die Rede gewesen.

Wir waren der Meinung, daß durch die aufgedeckte Wahlfälschung auch in den Augen der Kirche der gröbliche Bruch dieses Grundvertrauens manifest geworden sein mußte. Hinzu kam ja nun, daß der Bischof und die Generalsuperintendenten, wie oben gesagt, regelrecht abgefertigt wurden, als sie bei den Ersten Sekretären der Bezirksleitungen vorstellig geworden waren.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Juni einen Brief verfaßt, der nach meiner Einschätzung die erste Initiative zum Runden Tisch war. In diesem Brief haben wir die Kirchen aufgefordert, zu autorisierten „Gesprächsrunden“ einzuladen. So haben wir das genannt, weil wir den Begriff „Runder Tisch“, der ja in Polen schon verwendet worden war, nicht in den Mund nehmen wollten.

Der letzte Schritt hin zu unserer Politisierung war dann eine Veranstaltung der Bekenntnis-Gemeinde aus Anlaß des 28. Jahrestages des Baus der Mauer am 13. August 1989. Da haben wir wohl zum erstenmal mit westlicher Medienöffentlichkeit gefordert, in der DDR eine politische Sammlungsbewegung zu gründen. Das ist dann beispielsweise mit der Überschrift „DDR-Opposition geht an den Start“ in der „taz“ erschienen. Das hat uns veranlaßt, am 12. September den Gründungsaufruf für „Demokratie Jetzt“ zu verbreiten, in den die Beschlüsse der Ökumenischen Versammlung in dem Thesenpapier für eine demokratische Umgestaltung der DDR wesentlich eingegangen sind. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Herr Fischbeck. Eine der wichtigsten Institutionen, die oppositionell-widerständiges Verhalten repräsentiert hat, war die Umweltbibliothek. Carlo Jordan ist einer der Mitbegründer der Umweltbibliothek. Herr Jordan, vielleicht können Sie aus der Perspektive der Umweltbibliothek diese Zeit zwischen 1987 und 1989 resümieren.

Carlo Jordan, MdA: Mit der Umweltbibliothek hat sich das Ministerium für Staatssicherheit die erste öffentliche Niederlage in seiner Geschichte zugezogen. Das konnte von vielen weit und breit mitverfolgt werden.

Im Verhältnis zu den Oppositionsgruppen war bei uns in der Umweltbibliothek neu, daß sich aufgrund unserer Konstruktion alle Menschen zu uns trauten. Zu den konspirativen Gruppen wagte sich ja kaum jemand, und gegen die Kirche gab es Vorbehalte. Durch den Begriff „Umweltbibliothek“ wirkten wir dagegen weit in den Apparat hinein, und wir fanden in Verbindung mit dem neuen ökologischen Denken auch eine breite Akzeptanz.

Zugleich hat die Umweltbibliothek den Beginn der Bürgerbewegung dargestellt. Die Umweltbibliothek ist als erste wirklich auch von ganz einfachen Menschen unterstützt worden, und zwar in jeder Form, z. B. mit Essen, wenn wir die Mahnwachen dort abgehalten haben. Das war für uns schon ein ganz großes Gefühl. Das setzte sich fort, indem wir bereit waren, uns neuen Gruppen, die dem Durchschnittsbild der DDR-Oppositionellen nicht entsprachen, zu öffnen.

Das waren zunächst einmal Intellektuelle, die wir suchten, welche in der Ökologiebewegung bisher völlig fehlten. Diese saßen beispielsweise warm in den Akademien und in ihren Universitäten, und sie wollten sich nicht auf so windige Sachen wie die, die in den kleinen Gruppen diskutiert wurden, einlassen. Wir haben uns deshalb zunächst einmal auch denjenigen geöffnet, die einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt hatten, um auf diese Weise mehr Intellektuelle einzubinden. Die Umweltbibliothek war dann auch die Drehscheibe für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Innerhalb der Initiative gab es die erste Arbeit mit Antragsstellern. Das war die Gruppe „Staatsbürgerschaftsrecht“. Da in dieser Gruppe besonders viele hochqualifizierte und seriöse Wissenschaftler waren, haben wir gesagt: Diese brauchen wir für die Ökologiebewegung.

Als diese Menschen Anfang 1988 weggefangen wurden, haben wir uns die Frage gestellt, was wir nun machen sollten. Der erste Gedanke hierbei war, daß wir bei den Staatsbürgerschaftsgruppen herumfahren und den Menschen dort mitteilen, daß wir uns immer sonntags in einer der Berliner Großkirchen trafen. Zunächst hatten wir dabei an die Sophienkirche gedacht.

Unser Motiv, das dahinterstand, war schlicht, dieses intellektuelle Potential in unsere Gruppen einzufangen, dieses Potential zu sammeln. Die Antragssteller sind dann dort gemeinsam mit Gemeindegemeinderatsmitgliedern, gemeinsam mit den Gemeindegliedern von der Staatssicherheit verprügelt worden. Das bewirkte eine weitere Radikalisierung. – Jedenfalls waren wir damit für diese Menschen ein Anlaufpunkt geworden. Das war völlig neu.

Parallel dazu verlief die Gründung des grün-ökologischen „Netzwerkes Arche“. Damit begann für uns eine Zeit, in der wir zielstrebig Strukturen schufen. Wir wollten eine Regionalisierung der DDR erreichen. In der DDR gab es ja 15 Bezirke, wie die Sowjetunion 15 Unionsrepubliken hatte. Wir wollten unsere Umweltarbeit bei den regionalen Zusammenhängen, das heißt bei den mecklenburgischen, bei den brandenburgischen, bei den Thüringer, bei den Lausitzer Umweltproblemen, konzentrieren und dort regionale Netzwerke schaffen. Dabei haben wir uns zunächst einmal – das war ganz wichtig – auf die ökologischen Katastrophengebiete konzentriert. Wir haben also zu Bitterfeld gearbeitet, haben zum Problem des Zerfalls der Stadt Leipzig gearbeitet, haben dieses wichtige Video „Bitteres aus Bitterfeld“ hergestellt. Ich meine, daß damit auch eine neue Stufe der Mobilisierung und damit eine immer größere Akzeptanz einherging. Wir waren gefragt, wir wurden immer in die Kirchengemeinden eingeladen; das war die einzige Möglichkeit.

Ich meine, daß gerade die Zeit von 1988/89 von einem immer größeren Zustrom von Menschen, die sich engagieren, sich einsetzen wollten, gekennzeichnet war. Unsere Aufgabe damals war, das irgendwie in Strukturen zusammenzufassen. Wir haben das als Grüne in Richtung grüne Partei wei-

terentwickelt, so ähnlich wie die Sozialdemokratie aus einem Gründerquartett heraus entstand.

Nur war es so – auch das ist interessant –, daß wir bei unseren Westpartnern eigentlich unwillkommen waren. So habe ich das im übrigen auch bei der SPD erlebt. Ich glaube auch, daß die Stellungnahme des ja nicht ganz einflußlosen Walter Momper, nach der man in der DDR nicht solche Abenteuer machen sollte, nicht von ungefähr kam. Während wir in diesem Zusammenhang aus dem Osten – im Baltikum, in Ungarn usw. gab es damals ja schon grüne Parteien – eine Ermutigung erfuhren, beobachteten wir im Jahre 1989 im Westen, auch bei den West-Grünen, Bedenken und Zaudern. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Frau Bohley, Sie haben mir gerade etwas polemisch zugeflüstert, daß Sie niemals in einer kirchlichen Gruppe gewesen seien. Ich möchte Ihnen die Frage stellen, welche Erwägungen Sie dazu gebracht haben, möglichst außerhalb der Kirche zu agieren, und wie das in der Zeit von 1987 bis 1989 konkret gewesen ist.

Bärbel Bohley: Dieser Bereich scheint mir doch wichtig zu sein, weil meines Wissens die Enquete-Kommission zu dem Thema „Kirche und Opposition“ schon einmal eine Anhörung durchgeführt hat. Mir ist es wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß es auch außerhalb der Kirche Gruppen gegeben hat. Sowohl „Frauen für den Frieden“ in Berlin als auch die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und das „Neue Forum“ waren keine kirchlichen Gruppen. Andererseits hatten wir gegenüber Menschen, die entweder in der Kirche ein Amt hatten oder die sonst Kirchenmitglieder waren und uns nahestanden, auch keine Berührungsängste. Das muß man also schon auseinanderhalten.

Insofern war Herr Stolpe für mich natürlich auch nie ein Regenschirm; das muß ich schon einmal grundsätzlich sagen. Ich würde eher sagen, daß Herr Stolpe etwas anderes war. Im übrigen sind das Dinge, die mit Kirche zu tun haben oder auch nicht zu tun haben.

Auf uns, auf die Gruppe „Frauen für den Frieden“, sind damals Leute aus der Kirchenleitung zugekommen und haben erklärt, sie wollten einmal mit uns sprechen. Sie haben also eigentlich den Kontakt gesucht. Ich hatte im Laufe der Jahre auch den Eindruck gewonnen, daß in der DDR Opposition nur in der Kirche stattfinden könnte. Wenn man sich außerhalb der Kirche bewegen wollte, dann ist man daran gehindert worden. Solange das hinter verschlossenen Türen stattfand, konnte man schon eine ganze Menge sagen.

Dann gab es natürlich Auseinandersetzungen, weil wahrscheinlich die Kirchenleitung auch immer einem bestimmten Druck von seiten der staatlichen Organe ausgesetzt war. Wir sind ja nie mitgenommen worden, um die einmal kennenzulernen. Es wäre eigentlich auch eine Aufgabe der Kirchen gewesen, die Menschen zu emanzipieren oder ihnen dabei zu helfen, mit den betreffenden Leuten zu sprechen.

Ich denke, es war das Hauptanliegen der außerkirchlichen Gruppen, die Diskussion über die Fragen zu führen, wie wir selbstbestimmt leben, wie wir selbst Verantwortung übernehmen, wie wir uns beteiligen, wie wir bei den politischen Prozessen mitmachen können. So schlecht die Möglichkeit auch war, so sind wir doch davon ausgegangen, daß man nur einem solchen Wesen Vertrauen entgegenbringen kann, das sich selbst führt.

Insofern hatte ich auch niemals besonderes Vertrauen zu Leuten, die durch die Kirchenleitung geführt worden sind. In der Kirche gab es aber auch Leute, die sich selbst geführt haben. Diese hatten allerdings auch immer Schwierigkeiten.

Man muß das also schon auseinanderhalten. Was ich hier sage, soll die kirchliche Arbeit nicht schmälern, aber ich möchte einfach zum Ausdruck bringen, daß es sehr viele Leute außerhalb der Kirche gab, die sich vielleicht nicht unbedingt in solchen Gruppen wie den unseren organisierten, die aber eine Arbeit betrieben, die ich durchaus als oppositionelle Arbeit bezeichnen würde. Die Mitglieder dieser Gruppen haben sich darüber Gedanken gemacht, wie man das System in dessen ganzer Unbeweglichkeit überwinden könnte. Ob eine solche Gruppe nachher „Demokratischer Sozialismus“ hieß oder ob eine solche Gruppe irgendwie eine parlamentarische Demokratie anstrebte, kann in diesem Zusammenhang einmal außer Betracht bleiben. Das Ziel dieser Gruppen bestand jedenfalls darin, die Bewegungsunfähigkeit in diesem Lande zu überwinden.

Je länger die DDR existierte, um so mehr wurde das Wort „Sozialismus“ in Frage gestellt. Darin waren sich zum Schluß alle einig, daß das, was es in diesem Lande gab, auf keinen Fall „Sozialismus“ war. Was nach einem Dialog und nach einer Veränderung dann herauskommt, das war allerdings offen, und das sollte auch offengehalten werden.

Ich selbst war nach meinem halbjährigen Aufenthalt im Westen der Meinung, daß in diesen Dialog unbedingt der Westen einbezogen werden mußte. Im Westen gab es ja auch sehr viele Leute, die dort an der Antwort auf die gleichen Fragen und an der Lösung der gleichen Probleme interessiert waren. Das zu übernehmen, was im Westen vorhanden war, war also nicht die einzige Möglichkeit.

Von daher kam auch der Gedanke an einen dritten Weg auf. Das war nicht unbedingt ein dritter Weg, der in den Sozialismus führen sollte, sondern das war ein Weg zwischen den Systemen. Irgendwie war nämlich klar, daß beide Seiten veränderungswürdig sind. Das stellt sich jetzt auch mehr und mehr als richtig heraus. Insofern habe ich eigentlich keine Schwierigkeit dabei, aus der einen Opposition in die nächste gerutscht zu sein. Ich denke, da gibt es noch genügend Aufgaben zu lösen. Wenn man das sagt, dann heißt das aber nicht unbedingt, daß man das System jetzt beseitigen will, sondern das heißt,

daß man das System verändern will. Ich denke, die Lösung dieser Fragen steht immer noch vor uns. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Frau Bohley. – Carlo Jordan und Gerd Poppe haben auf die Bedeutung hingewiesen, die die Ostkontakte für die Oppositionellen in der DDR hatten. Herr Eppelmann, Sie stehen für jemanden, den man, auch wenn man nicht zur Oppositionsszene gehört hat, durch die Westmedien doch immer wahrnehmen konnte. Welche Bedeutung hatten gerade in der Zeit von 1987 bis 1989 Ihre Kontakte zu Westmedien, und welche Bedeutung hatten auch die sehr häufigen Besuche von Politikern bei Ihnen für Sie persönlich und für Ihre politische Tätigkeit?

Rainer Eppelmann, MdB: Einen Teil davon habe ich ja schon deutlich zu machen versucht, indem ich gesagt habe, daß das zum einen regelrecht ein Stück Schutz gewesen ist. Menschen, die bekannt gewesen sind, konnten nicht mehr so einfach unterdrückt, gequält oder mundtot gemacht werden.

Zum anderen ist zu sagen – das war eigentlich das Wichtigste –, daß wir dadurch die Möglichkeit gehabt haben, über Ereignisse, Stimmungen und Tendenzen, die es in der DDR gegeben hat, zu informieren in den Westen hinein und damit – dadurch wurde das ja eigentlich erst spannend – ungeheuer schnell auch wieder in die DDR zurück. Ich kann mich erinnern, daß es Monate gedauert hat, ehe die Initiative von Christoph Wonneberger, angefangen von ihrer Formulierung in der Dresdner Weinbergsgemeinde, DDR-weit verbreitet gewesen ist. Ich kann mich auch noch daran erinnern, daß ich gemeinsam mit Robert Havemann an die Kirche herangetreten bin – das haben wir gemacht, weil wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, daß wir das alles über die Westmedien machten – und gefragt habe, ob der „Berliner Appell“ nicht über kirchliche Kanäle verbreitet werden könne, weil es sonst Monate dauere, bis dieser Appell innerhalb der ganzen DDR verbreitet sein würde, und daß wir erst dann, als die Kirche nein gesagt hatte, den Weg über die Westmedien gegangen sind. Damit war dieser Appell innerhalb von fünf Minuten verbreitet, weil fast alle in der DDR abends Westfernsehen gesehen und Westradio gehört haben.

Ich glaube, das ist die entscheidende Sache gewesen, daß die Regierenden auf der Basis ihres Informationsnetzes und der Strukturen in der Lage gewesen sind, sich innerhalb kürzester Zeit zu informieren. Wie sollte das bei uns gehen? Sollten tausend Leute per Fahrrad ausschwärmen, um anderen schnell Bescheid sagen zu können, war wir gerade überlegt hatten? – Im Grunde hatten wir also gar keine andere Möglichkeit. Es gab, abgesehen vom staatlichen Fernsehkanal, nur einen funktionierenden Informationskanal. Für uns damals in der DDR war es eine glückliche Situation, daß es das westliche Fernsehen und die anderen westlichen Medien gab.

Hinzu kam das Gespräch mit den Diplomaten. Uns war ganz klar, daß diese Diplomaten das, was wir an Stimmungen und Einschätzungen geschildert

haben, weiterberichten würden, daß der englische, der französische, der italienische, der österreichische oder schwedische Botschafter das nicht für sich behält, sondern daß diese Diplomaten das weitergeben und damit auch mit das Bild bestimmen, das die schwedische, die französische, die italienische oder die amerikanische Regierung von dem haben, was die DDR ausmacht.

Wenn ich mir vor Augen führe, was es trotzdem noch für ein Bild von dieser DDR gegeben hat, für wie gut, wie humanistisch man die DDR gehalten hat, muß ich sogar sagen, daß wir viel zu spät damit angefangen, daß wir viel zuwenig an dieser Stelle gemacht haben. Vielleicht ist es aber auch so, daß den altvertrauten Informationssträngen mehr vertraut worden ist als uns, weil man uns doch nicht so ernst genommen hat.

Es hat immer wieder auch Sachgespräche gegeben, das heißt, wir haben gegenseitig voneinander gelernt. Es ist nicht so, daß nur die gelernt haben, was in der DDR los ist, sondern die haben natürlich auch uns ein Stück von ihren Strukturen, von ihren Vorstellungen und ihren Problemen erzählt.

Wir sind also aus einer nicht selbst gesuchten Isolierung herausgekommen. Wenn es stimmt, daß man ein Stück von dieser Welt sehen, ein Stück von ihr hören muß, um Weltbürger sein zu können, dann muß man in diesem Zusammenhang sagen, daß, abgesehen von ein paar Privilegierten, alle DDR-Bürger Provinzler gewesen sind. Daß uns Amerikaner, Franzosen und Italiener von den Problemen in ihren Ländern berichtet haben, eröffnete uns also eine Chance. Wir haben unsere eigenen Probleme auch ein Stück weit an den Problemen gemessen, die uns in diesen Gesprächen geschildert worden sind.

Ich jedenfalls halte das für etwas ungeheuer Wichtiges. Ich habe auch nie begriffen oder nie begreifen wollen, daß so viele Menschen in meiner eigenen Kirche das als ein Werk des Teufels angesehen haben. Diese Einschätzung hielt ich damals und halte ich auch heute noch für kurzsichtig und für politisch dumm. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Vielen Dank, Herr Eppelmann. Zwei Mitglieder der Kommission möchten jetzt eine Frage stellen. Als erster Herr Professor Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Zwei kurze Klarstellungen zu Themen, die hier diskutiert worden sind: Wie mir scheint, bin ich in hohem Maße in der Annahme bestätigt worden, daß man beim oppositionellen Verhalten zwei Ebenen unterscheiden kann – Herr Poppe, Sie haben das selbst angedeutet –, nämlich zum ersten die Ebene des oppositionellen Verhaltens mit dem Ziel der Reform des Systems, in welche Richtung auch immer, und zum zweiten – auch das haben Sie herausgestellt, Herr Poppe – oppositionelles Verhalten mit dem Ziel der Überwindung des Systems, wobei man dabei nicht unbedingt so weit gehen muß – wie es Frau Bohley schon angedeutet hat – zu sagen, daß die Überwindung mit der Übernahme der westlichen Organisation und

gesellschaftlichen Ordnung gekoppelt sein mußte, sondern daß ein dritter Weg denkbar war.

Möglicherweise – wenn all diejenigen, die hier als Zeitzeugen aufgetreten sind, damit einverstanden sind – kann man hier auch eine interessante Zwischenebene sehen und sagen: Darüber hinaus gab es so etwas wie eine Selbstbehauptung von Personen und Gruppen im Geiste der Humanitas. – So etwas haben Sie, Herr Eppelmann, eben auch erwähnt. Es wurde da gesagt: „Wir gehen nicht. Wir wollen nicht Soldat werden.“ – Das ist etwas gewesen, was nicht mit dem Gedanken an große Reformen und Veränderungen verbunden war.

Eine zweite Bemerkung: Herr Poppe, ich bitte darum, darauf zu achten, daß hier nicht unnötige Töne anklingen. – Wenn man die Transformation einmal objektiv zu analysieren versucht, dann stellt man fest, daß es – ich glaube, darin werden Sie mir zustimmen können – nicht eine monokausale Erklärung, sondern mehrere Faktoren gibt, die in der jeweiligen Zeit eine unterschiedliche Rolle gespielt haben. Dazu gehören die Entspannungspolitik, die Politik – selbstverständlich, Herr Poppe – der „Solidarität“, die Rolle Gorbatschows, die Rolle Ungarns und natürlich – genauso, wie hier mit Recht hervorgehoben worden ist – die bedeutende Rolle der friedlichen Revolution in der DDR.

Das muß man also im Prozeß sehen, und hier wird man wahrscheinlich unterschiedlich gewichten können und müssen. Wenn wir uns so verstehen, dann wird es in unserem zukünftigen Dialog, lieber Herr Gutzeit, auch viel einfacher werden, wird es nicht zu weiteren „Clinches“ zwischen uns kommen.

Jetzt komme ich zu meiner Frage, die ich an Frau Bohley und an Herrn Fischbeck richte. Bei all den Darlegungen über die Vorstellungen und Entwicklungen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik, auf welcher oppositionellen Ebene auch immer, ist mir aufgefallen, daß ein Faktor überhaupt nicht angeklungen ist: 500.000 russische Soldaten befanden sich in der DDR.

(Martin Gutzeit: Das habe ich gesagt.)

Also 500.000 russische Soldaten! Das DDR-System war also im Grunde von dem großen Bruder abhängig. Letzten Endes konnte im Prinzipiellen nichts geschehen, solange es in Moskau nicht qualitative Veränderungen gab.

Hat in all den Diskussionen im Kreise Ihrer Freunde das Problem eine Rolle gespielt, wie man sich gegenüber den russischen Soldaten verhalten sollte? Es ging ja nicht allein darum, die DDR zu verändern. Die Frage war doch: Was ist das denn – eine Besatzungsmacht, ein „sozialistischer Bruder“, ein Freund? Was sind die Russen, die bei uns sind? – Das würde mich interessieren,

weil es überhaupt noch nicht angesprochen worden ist, Frau Bohley und Herr Fischbeck.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Ich möchte gern noch die Frage von Herrn Wilke dazunehmen.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe eine Frage an Carlo Jordan: – Soweit ich die Parteiakten zu der Aktion um die Sophienkirche kenne, kommen die Aktivisten der Umweltbibliothek in den Gesprächen von staatlicher Seite her sehr wenig vor. Vielmehr ist da die Rede von Pfarrern, die nicht richtig wüßten, was zu tun sei. In Ihrem Vortrag, Herr Jordan, war dies nicht enthalten. Dazu möchte ich gern Ihre Meinung hören.

Meine zweite Frage: Rainer Eppelmann hat als Zeitzeuge beschrieben, daß er Stolpe damals als Schirmhalter empfunden habe. So weit, so richtig. Mich würde aber noch interessieren – für die weitere Diskussion ist das wichtig –, wie sich der Blick in dem Moment geändert hat, in dem man bestimmte Akten einsehen durfte.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Wir machen jetzt eine Schlußrunde. Jeder der Podiumsteilnehmer ist gefragt worden. Ich bitte Sie alle, die an Sie nun noch gestellten Fragen zu beantworten. Frau Bohley beginnt.

Bärbel Bohley: Bezüglich der Russen ist das natürlich in mir doppelbödig. Das gilt sicherlich auch für viele andere Menschen aus meiner Generation.

In gewisser Weise habe ich schon geglaubt, daß wir dadurch, daß wir ein besetztes und geteiltes Land waren, auch die Schulden unserer Väter abgetragen haben. Auch viele Intellektuelle im Westen haben die Teilung wohl als Folge der Geschichte gesehen.

Andererseits haben wir in der DDR auch sehr gut gesehen, wie diese Russen gelebt haben, nämlich wirklich wie Gefangene. Da waren wir eigentlich die Freien und sie die Gefangenen. Mich hat es schon mit Mitleid erfüllt, als ich in Naumburg gesehen habe, mit welcher Menschenverachtung die Russen zum einen von ihren eigenen Vorgesetzten behandelt worden sind und wie sie zum anderen getreten worden sind, wenn sie in einer Gaststätte bloß einen Schnaps haben wollten. Das war wirklich schrecklich.

Natürlich haben wir auch über die Fragen diskutiert, was mit den Russen passiert, wie sich da etwas verändern kann. Robert Havemann hat z. B. gegen Ende der siebziger Jahre gesagt, daß die Russen die DDR an den Westen verkaufen würden, daß sie, wenn sie so weitermachten, nicht mehr in der Lage sein würden, die verschiedenen Länder zu besetzen. Wir haben uns also schon darüber Gedanken gemacht.

Es ist aber auch so – ich glaube, das ist der Hauptgrund für die geistigen Grenzen der Opposition bzw. der oppositionellen Gruppen oder eigentlich für alle Menschen in der DDR gewesen –, daß wir 28 Jahre lang eingesperrt gewesen sind. Das kann man sich heute vielleicht gar nicht mehr so

klarmachen, weil das Gefühl dafür, was da eigentlich los war, so leicht verlorengeht. (Beifall – Zurufe)

Wir waren eingesperrt durch die Russen und durch die eigenen Leute, also auch durch die eigenen Leute. Das würde ich also nicht nur auf die Russen beziehen. Da gab es eine absolute Zusammenarbeit mit dem Ziel, das Volk wirklich in Knechtschaft zu halten. Das muß man schon so sehen. Daß viel von den Russen abhing, war uns also immer klar.

Rainer Eppelmann, MdB: „Die Russen werden uns doch nie freigeben. Angesichts der Opfer, die der Zweite Weltkrieg sie gekostet hat, werden die Russen eine solche Gabe, die sie bis mitten nach Europa bringt, doch nicht freiwillig wieder abgeben.“ – Das ist nicht bloß meine Überzeugung, sondern auch die Überzeugung vieler anderer gewesen. Deshalb haben wir uns gesagt, daß wir uns Gedanken an eine Vereinigung, zumindest laut ausgesprochene, versagen, es sei denn, wir wären bereit, darüber nachzudenken, daß wir um den Preis eines dritten Weltkrieges wieder vereint sein wollten. Um einen solchen Preis hat das allerdings niemand von denen, die ich kenne und mit denen ich über so etwas geredet habe, fordern wollen.

Vieles von dem, was ich zu tun versucht habe – das sage ich jetzt sehr persönlich –, habe ich deshalb später als relativ erwachsener Mann in dem Bewußtsein gemacht, daß ich das für meine Kinder oder für meine Enkelkinder tue, das heißt, ich habe gedacht, daß dann, wenn es gut läuft, meine Kinder Entscheidendes an Veränderungen merken werden und daß das dann, wenn es nicht gut läuft, vielleicht erst meinen Enkelkindern zugute kommen wird. Mir ist dabei immer wieder das Bild vom Nußbaum eingefallen, der erst einmal gepflanzt werden muß, bevor dann später Nüsse an ihm wachsen. Da ich nun feststellen kann, daß der Nußbaum so schnell wächst, daß ich noch selber davon naschen kann, erlebe ich mich bei allen Problemen heute immer noch als einen sehr fröhlichen und optimistischen Menschen. (Beifall)

Damit komme ich zur Antwort auf die zweite Frage, die an mich gestellt worden ist. Ich danke Manfred Wilke dafür, daß er diese Frage an mich gerichtet hat, so daß ich mit meiner Antwort dazu beitragen kann, daß nicht ein schiefes Bild entsteht. Ich sage noch einmal: Manfred Stolpe ist für mich oft ein kluger Ratgeber, ein zuhörender Mensch, ein Beschützer gewesen. Ich habe überhaupt keinen Grund, über die Erfahrungen, die ich zu DDR-Zeiten mit Manfred Stolpe gemacht habe, nicht so zu berichten, wie ich dies damals erlebt habe. Danach habe ich jedoch festgestellt – das ist für mich sehr schmerzlich gewesen –, daß ich von diesem Manfred Stolpe eben nur die Hälfte kannte, daß er Dinge getan hat, die ich ihm niemals zugetraut hätte. Ich habe also auf einmal die zweite Seite eines Menschen kennengelernt, von dem ich dachte, daß er mir ganz nahesteht, und von dem ich jetzt nur noch sagen kann, daß er mir ferner gar nicht stehen kann.

Das ist für mich nicht bloß Geschehen von gestern gewesen. Ich weiß ja

darum, daß ich dann, wenn ich diese zweite Seite von Manfred Stolpe damals schon gekannt hätte, niemals zu ihm hätte gehen können. Das hat er also auch riskiert.

(Beifall)

Das ist für mich das Traurige an Manfred Stolpe. Richtig betroffen macht mich jedoch – wenn mich Manfred Wilke nun schon einmal provoziert und mich dazu gebracht hat, sage ich das auch –, wie Manfred Stolpe heute mit seiner Vita umgeht, das heißt, daß er mit der größten Selbstverständlichkeit denkt, für ihn gebe es andere Rechte als für andere. Das macht mich richtig sauer. (Beifall)

Gerd Poppe, MdB: Herr Professor Jacobsen, wenn wir uns darin einig sind, daß es für uns alle überraschend war, mit welcher Geschwindigkeit der Status quo sein Ende erreicht hat, dann haben wir sicherlich auch kein Problem damit, diese Vorgänge nicht monokausal zu erklären, was ich auch nie gemacht habe. Natürlich gab es eine Vielzahl von Einflüssen. Sehr wichtig ist die Fluchtbewegung, ist das Ausscheren von Polen, von Ungarn aus dem sogenannten sozialistischen Lager, ist natürlich der desolate Zustand der Wirtschaft in den realsozialistischen Systemen selbst.

Die Politiker, die ja immer eine große Weitsichtigkeit für sich in Anspruch nehmen, haben zwei wichtige Probleme übersehen oder zumindest unterschätzt. Das eine war der tatsächliche Zustand des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR und natürlich auch der anderen östlichen Staaten. Dieser Zustand war bei weitem katastrophaler, als es vom Westen her analysiert worden ist. Das zweite war, daß die Akzeptanz dieser Systeme durch die Bevölkerung immer weitaus geringer war, als es vom Westen her angenommen worden ist. Auch war oppositionelles und widerständiges Verhalten viel ausgeprägter, als man das von westlicher Seite her vermutet hat. Das hat diese Anhörung auch in besonderem Maße gezeigt.

Jetzt möchte ich Ihnen noch kurz auflisten, was wir am 10. Dezember 1987 anlässlich des Tages der Menschenrechte in einer Erklärung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ an Forderungen aufgestellt haben: Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Garantie elementarer Menschenrechte, Presse- und Medienfreiheit, Streikrecht, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Abschaffung des politischen Strafrechts. – All diese Forderungen sind damals schon erhoben worden, und zwar nicht nur in dieser einen Gruppe, sondern in mehreren Gruppen.

Noch eine Bemerkung zu der Skepsis gegenüber dem westlichen Parlamentarismus, die in diesem Papier zum Ausdruck kommt: Ich bin der Meinung, daß diese Skepsis durchaus ganz reale Wurzeln hat. Nach dreieinhalb Jahren in diesem Deutschen Bundestag kann ich durchaus sagen, daß es dort vieles gibt, was kritikwürdig ist.

Schließlich noch ein Zitat aus dem erwähnten Papier, aus dem hervorgeht, daß es eine zunehmende Distanz gegenüber der sozialistischen Utopie gegeben hat.

Hier heißt es:

„Der Einsatz für als unveräußerlich betrachtete Menschenrechte bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr an einer bestimmten Ideologie, einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können.“

Dies ist doch eindeutig.

Abschließend möchte ich Ihnen aus dem genannten Papier noch einen Satz nennen, der unser Handeln sehr geprägt hat. Jedenfalls haben wir versucht, danach zu handeln. In diesem Satz kommt ein hoher Anspruch zum Ausdruck, nämlich der, daß die Oppositionellen versuchen sollten, noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits ihnen zugestanden, als wäre dies Bestandteil ihres legitimen Handelns. (Beifall)

Carlo Jordan, MdA: Ich möchte kurz auf die Frage von Herrn Professor Jacobsen zu unserer Beziehung zu den Sowjettruppen eingehen. – Es gab Probleme, hauptsächlich Umweltprobleme, durch die enorme Militärkonzentration. Diese Probleme hatten wir schon seit einiger Zeit, wenn auch sehr behutsam, thematisiert. Im Jahre 1987/88 gab es dann von der Umweltbibliothek aus einen offenen Brief an Michail Gorbatschow. Wir haben darin gefordert, daß auch bei den in der DDR ständig stationierten Sowjetsoldaten die Todesstrafe abgeschafft wird. Das haben wir gemacht, weil wir mehrfach miterlebt hatten, daß Sowjetsoldaten, die sich von der Truppe entfernt hatten, gejagt und, nachdem sie gefaßt waren, vor Ort liquidiert wurden. Diesen Brief haben wir auch AP und der sowjetischen Botschaft übergeben.

Das führte zu einer harten Auseinandersetzung auch in der Opposition. Ich wurde dafür kritisiert. Es wurde gefragt, wie man nur einen solchen Brief schreiben könne. Es hieß, das sei doch kontraproduktiv. Ich habe aber eben mehrfach miterlebt, wie sowjetische Soldaten gejagt wurden. Einfach aus Menschlichkeit und aus Abscheu vor der Todesstrafe habe ich diesen Brief geschrieben.

Etwas anderes dazu: Im Sommer 1989 war ich auf dem Friedensmarsch in Litauen. Da haben wir gemeinsam mit litauischen Grünen Militärstützpunkte besetzt. Wir haben uns schlicht vor den Generalstab dort gesetzt. Das war ein riesiger Flugstützpunkt. Dann riefen alle Litauer: „Beri chinel – idi damoi!“ („Nimm Deine Jacke – geh nach Hause!“)

Ich wußte, daß ich das nie würde rufen können, denn die Russen, die in Deutschland sind, sind dort, weil es eine deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg gibt. Selbst noch in das Konzept der Grünen Partei hinein hat sich deshalb das Konzept der deutschen Konföderation fortgesetzt. Wir

haben gesagt, daß wir ein gutes Einvernehmen finden, daß wir einen Friedensvertrag schließen und auf der Basis eines solchen Friedensvertrages die Sowjetsoldaten ähnlich wie die Westalliierten aus dem konföderierten Deutschland herausbekommen müssen. Das war unsere Überzeugung im Herbst 1989.

Damit komme ich zu der Frage von Manfred Wilke: Es war in der Tat so, daß es im „Netzwerk Arche“ eine Gruppe namens „Sozialökologische Partnerschaft“ gab. Diese Gruppe hat sich immer sehr intensiv zunächst um die Antragsteller gekümmert. Das funktionierte mit ganz kleinen Zetteln. Wir wußten, wo sich die Antragsteller in den sogenannten Staatsbürgerrechtsgruppen treffen, und wir haben denen einfach einen kleinen Zettel gegeben mit der Mitteilung: „Nächsten Sonntag Sophienkirche.“

Plötzlich gab es dann einen Konflikt im „Netzwerk Arche“, und zwar zwischen Werner Pethke, der diese Gruppe leitete, und Andreas Passarge. Andreas Passarge war so etwas wie der Adjutant von Manfred Stolpe und hatte in der Woche mindestens ein oder zwei Gespräche mit Bruder Stolpe. Plötzlich drängte Andreas Passarge dann in diese Arbeit hinein, und er sammelte die Antragssteller. Er ging dann mit den Antragstellern aber nicht in die Großkirchen im Stadtzentrum, sondern er fuhr immer in die Vororte, z. B. nach Malchow oder nach Eggersdorf. Am 1. Mai fuhr man dann irgendwo anders hin.

Jedenfalls waren diese Konflikte, die sich im Frühjahr 1988 im Zentrum von Berlin ergeben hatten, damit erst mal wieder abgestellt. Parallel dazu sollte sich insbesondere der Pfarrer der Bekenntnis-Gemeinde – das war in der damaligen Zeit Pfarrer Hilse – in erster Linie für die Antragsteller öffnen. Die Antragsteller haben bei ihm eigentlich den festesten Anlaufpunkt gefunden und dort an jedem Sonntag ihre thematischen Gottesdienste abgehalten.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Ich möchte gern zwei Bemerkungen machen. Mit meiner ersten Bemerkung möchte ich mich auf die Frage von Herrn Professor Jacobsen beziehen.

Die Gegenwart der Sowjettruppen in der DDR hatte für viele Widerständige eine lähmende Wirkung in bezug auf ihre Bereitschaft, aus ihrer puren Verweigerungshaltung und Ablehnung herauszugehen und statt dessen Opposition zu organisieren, weil auf der Hand lag, daß es keinen Zweck hat, daß in der DDR erst dann Änderungen möglich sind, wenn sich in der Sowjetunion etwas ändert.

Im Jahre 1985 war es dann aber so, daß sich in der Sowjetunion etwas geändert hat. Das hat für mich und für viele andere auch die Geschäftsgrundlage des 6. März 1978 geändert. Ich konnte diesen Modus vivendi mit dem Staat nachvollziehen, solange ich feststellen mußte, daß das auf nicht absehbare Zeit die Gesellschaft, der Staat, die verstaatlichte Gesellschaft war, in der wir zu leben hatten, daß wir also damit auskommen mußten.

Nachdem es aus unserer Sicht diese Geschäftsgrundlage nicht mehr gab, war nun eben unsere Forderung an die Kirche, daß sie ihre Haltung gegenüber dem Staat ändert, zwar nicht in dem Sinne, daß sie den 6. März aufkündigt, aber in dem Sinne, daß sie den Staat bei dem Wort nimmt, das sozusagen Gorbatschow gesagt hat. Das hat die Kirche aber nicht getan. Das war unser Konflikt mit der Kirche, der durch die Ökumenische Versammlung zum Teil aufgelöst oder gemildert wurde.

Die zweite Bemerkung geht auf das zurück, was zu Manfred Stolpe gesagt wurde. Für mich sind viele Worte der Bergpredigt bestimmend, aber ein Wort aus der Bergpredigt ist für mich besonders wichtig. Dieses Wort lautet: „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!“ Ich habe Vertrauen zu Manfred Stolpe gehabt, und ich habe es noch. Das gilt auch nach dem, was aus den Stasi-Akten zu meiner Kenntnis gelangt ist. Dabei beziehe ich mich auf die Expertise von Ehrhart Neubert zum Untersuchungsausschuß im Brandenburger Landtag. Was ich da gelesen habe, hat auch mich beklommen gemacht – das will ich nicht bestreiten –; nach meiner Auffassung – dafür kann man viele gute Gründe anführen – ist aber der Ort der Wahrheit das Gespräch. Ich kann nur und erst im Gespräch mit Manfred Stolpe, das natürlich so nicht ohne weiteres möglich ist, dazu irgendetwas sagen. Leider ist es so, daß ein Gespräch in der Öffentlichkeit nicht möglich ist, weil das immer ein Pranger wäre, und an einem Pranger kann ein Gespräch nicht stattfinden. Das kann dann auch nicht der Ort der Wahrheit sein. Mein Vertrauensverhältnis zu Manfred Stolpe – das sage ich, auch wenn viele hier ganz anderer Ansicht sind – ist nicht gebrochen. (Beifall – Zuruf/Jürgen Fuchs: Aber es gibt doch die Fakten!)

Markus Meckel, MdB: Die sowjetischen Truppen sind ein ganzer Themenkomplex, über den man ausführlich reden müßte, was aber jetzt nicht möglich ist. Ich möchte dazu nur in ein paar Stichworten etwas sagen.

Daß sowjetische Truppen bei uns waren, hing einmal zusammen – das ist schon gesagt worden – mit dem Erbe, mit den Folgen des Zweiten Weltkrieges, der von uns Deutschen ausgegangen war. In diesem Bewußtsein lebten wir immer. Gleichzeitig gab es aber auch die Erfahrung, in einem wahrhaftig besetzten Land zu leben. Ich war lange Pfarrer in einer Gemeinde, an die ein großer sowjetischer Flugplatz mit vielen Truppen angrenzte. Ich habe mir immer gewünscht, einmal eine Karte zu sehen, aus der hervorgeht, wo die Russen überall sind, welche Fläche das in der ganzen DDR ist.

Ich muß sagen, das war auch für mich ganz persönlich eine Dauerbelastung. Es erfüllte einen mit tiefem Groll mitanzusehen, wie sich die Russen wirklich als Besatzer verhalten haben, und zwar bis zuletzt. Über die Zeit, in der es bei uns dann schon die Demokratie gab, will ich in diesem Zusammenhang nicht reden, obwohl auch dazu einiges zu sagen wäre.

Für mich war es dann durchaus ein Triumph, als Außenminister daran

mitwirken zu können, daß dies alles ein Ende hat, und zwar ein solches Ende, das den Frieden in Europa nicht gefährdete und gleichzeitig uns Deutschen die Einheit brachte. Beides zusammen hatten wir vorher so nicht erwartet. Daß dies möglich war, betrachte ich heute noch als Geschenk.

In den achtziger Jahren gab es viele Diskussionen über eine Blockfreiheit oder Neutralität Deutschlands. Insbesondere Martin Gutzeit und ich haben uns solchen Überlegungen nie angeschlossen. Ich erinnere mich an Gespräche im Jahre 1987, als wir uns vor Augen führten, daß der 50. Jahrestag des Kriegsendes bevorstand. Wir haben damals überlegt, daß wir zu diesem Zeitpunkt einen Abzug der Truppen fordern müßten, ohne daß dies eine Auflösung des Blocks hätte bedeuten sollen. Jedenfalls war es für uns ein klares Ziel, daß die Russen weg müssen. Wie das konkret zu erreichen war, war unklar. Klar war aber, daß dies in unsere Handlungsoption hineingehörte, wobei das, wie gesagt, nicht einen Austritt aus dem Militärblock, sondern vorerst nur eine Veränderung der Blöcke bedeuten sollte. Wir meinten: Diese und die Beziehungen zwischen ihnen müssen entmilitarisiert werden. Das wiederum schafft Demokratisierungsmöglichkeiten.

Das waren also die Perspektiven, in denen wir Veränderungen erhofften. Die Frage der Selbstbestimmung war für uns eine ganz zentrale Kategorie, die wiederum mit der nationalen Frage zusammenhing. Zu Selbstbestimmung und zur nationalen Frage ist hier ja schon einiges gesagt worden.

Die historische Verantwortung, die Erkenntnis, daß wir in einer gemeinsamen Verantwortung leben, hat gerade die DDR-Regierung immer geleugnet. Wir dagegen haben gesagt, daß diese Verantwortung zu unserer Geschichte gehört. Gerade viele Aktivitäten des Jahres 1990 gingen auf die Wahrnehmung genau dieser Verantwortung zurück, in die wir uns gestellt fühlten. Im Jahre 1990 haben wir zum erstenmal in der DDR-Geschichte als Regierung diese Verantwortung zum Thema gemacht.

Wenn ich von nationaler Identität rede, dann ist das ja nicht nur etwas Angestammtes, sondern es ist auch etwas, zu dem ich mich zu verhalten habe. Auch das ist wiederum eine Frage von Selbstbestimmung, eine zentrale Frage, vor der wir auch heute bei der Verarbeitung des Verhältnisses von Nationalität und Demokratie stehen.

Bärbel Bohley: Ich möchte nur einen Vorschlag machen. Ich habe nämlich das Gefühl, daß hier noch etwas fehlt. Ich finde, daß zu der Problematik Ausreise unbedingt noch eine Sitzung stattfinden muß.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das wird in Berlin stattfinden.

Bärbel Bohley: Vielleicht könnte man das auch mit einer Diskussion verbinden, die über die Frage hinausgeht, was das, was es an Folgen gegeben

hat, für die gegenwärtige und die künftige Politik bedeutet. Anderenfalls wäre das nur eine Kulturveranstaltung, und dafür wäre es zu schade.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Zum Abschluß übergebe ich an Herrn Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte bei dieser Gelegenheit ganz offiziell auf diese Veranstaltung hinweisen, weil ich sehe, daß es erfreulicherweise noch einige gibt, die bei unserer Anhörungstournee mit uns ziehen. Am Montag, dem 11. April, um 10.00 Uhr in Berlin-Lichtenberg (Zuruf: Lichtenberger Kongreßzentrum, ehemaliges Stasi-Offizierscasinol!) findet eine öffentliche Anhörung unserer Kommission zu der angesprochenen Frage statt, welche Bedeutung die Ausreise, die Fluchtbewegung usw. hatten.

Mein abschließender Satz: Ich hoffe, es ist deutlich geworden, daß die Menschen, die in den letzten zwei Tagen hier als Zeitzeugen gesprochen haben, sich nicht als Anarchisten verstanden, daß sie also nicht Menschen sind, die Widerstand um des Widerstandes oder um eines Prinzips willen leisteten, sondern daß wir darum bemüht gewesen sind, unsere eigenen Lebensverhältnisse und die der Menschen um uns herum bunter, vielfältiger, menschlicher zu machen, und zwar immer im Spannungsverhältnis von Mittun und Verweigern. An den Stellen, an denen uns das gut oder unterstützenswert erschien, haben wir das versucht, und an den Stellen, bei denen wir meinten, daß es so nicht weitergehe, haben wir uns mit mehr oder weniger großem Erfolg verweigert.

Ich habe den Eindruck, daß dies eine Aufgabe ist, die auch noch heute und morgen zu leisten ist, das heißt, es muß immer wieder entschieden werden: „Kann ich, darf ich, muß ich jetzt mittun; kann ich, darf ich, muß ich mich jetzt verweigern?“ – In der Hoffnung, daß es uns immer wieder gelingt, eine richtige Antwort auf diese Frage zu finden, wünsche ich Ihnen alles Gute.

(Ende der Sitzung: 18.28 Uhr)